

STADTARCHIV
BRAUNSCHWEIG

Stadtarchiv Braunschweig

DII 2a:

40

B e r i c h t.

über die Verhandlungen der Stadtverordneten zu
Braunschweig in deren Sitzung am 3. November 1921.

Tagesordnung:

1. Antrag S e h n a l t z e auf Zuweisung geeigneter Räume an die Fürsorgestelle für Lungenkranke.
2. Antrag Nessentius auf Unterstützung der Witwen und Waisen in Oppau durch Verzicht der Stadtverordneten auf die ihnen zustehenden Tagegelder.
3. Anfrage Dietermann, betreffend die Verpachtung einer Wohnung in dem städtischen Hause Bahnhofstraße 1A.
4. Antrag Sauerbier auf Anbringung einer Federungsverrichtung an dem städtischen Krankenzug.
5. Antrag Nessentius
 - 1) auf durchgreifende Feststellung der Über-

flüssigen

STADTARCHIV
BRAUNSCHWEIG

- flüssigen Wohnräume in großen Wohnungen,
2) auf Einführung einer Wohnungsluxussteuer,
3) auf Festsetzung einer Ablösung in bar zur
Befreiung von Wohnungsbeschlagnahmen und
Wohnungsluxussteuern.
- 6) Neuwahl der Beisitzer des Landausschusses.
7) Zuschuß für das Oberschlesier-Hilfswerk.
8) Satzung über Erhebung einer Vergnügungssteuer.
9) Zuschuß an die kaufmännische Fortbildungsschule
10) Antrag von ehemaligen städtischen Steuer-
beamten auf Nachzahlung der erhöhten
Bezüge.
11) Zustellung der Steueranschriften.
12) Einrichtung einer Fahrradaufbewahrungsstelle
vor dem Hauptpostgebäude.
13) Verlängerung des Straßenkanals auf der
Kalandstraße.
14) Verkauf von Baustellen auf der Charlotten-
höhe.

- 15) Erhöhung der Pachten für drei städtische Wirtschaftsgebäude.
- 16) Anlage einer Wasserleitung auf dem städtischen Rieselgute.
- 17) Zuschuß an die Landeskrüppel-, Heil- und Pflegeanstalt.
- 18) Zuschuß an das Landessüdlingsheim aus der Jüdelstiftung.
- 19) Beschaffung eines Regals für die Erwerbslosenfürsorge.
- 20) Instandsetzung zweier Schulturnhallen.
- 21) Änderung der Beleuchtungsanlage in der Handwerker- und Kunstgewerbeschule.
- 22) Änderung einer Büroeinrichtung in öffentlichen Arbeitsnachweis.
- 23) Verlängerung der Wasserrohrleitung auf der Charlottenhöhe.

24) Ankauf und Abbruchung von Baracken.

An Ratstische die Herren Oberbürgermeister
R e t e m e y e r , Bürgermeister M e y e r ,
Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g ,
Stadtbaurat G e b e n s l e s s e n , Stadtrat
S c h a p e r , Stadtrat V o g l e r , sowie
die Stadträte B u r g o l d , F ü e r m a n n ,
P i n n o w , R a l f s , Dr. R e i c h e ,
R ü t e r .

Es fehlen die Herren Stadtverordneten
S c h m i d t und G a r t u n g .

Vor-

V o r s i t z e n d e r F r e d e : Joh
eröffne die Sitzung.

An neuen Anträgen sind eingegangen:
Ein Antrag des Herrn **S t u k e n b e r g** mit
folgenden Wortlaut:

„Das Ausfahren der Postfuhrwerke aus dem
Johannishofe erfolgt vielfach in einer Weise,
die die Verkehrssicherheit sehr gefährdet.
Der Rat der Stadt wolle daher bei der Polizei
direkt dahin veranlassen werden, daß die Ausfahrt
der Postfuhrwerke durch einen Polizeibeamten
überwacht wird.“

Ein Antrag des Herrn Dr. **S e h u l t z e :**
„Der Rat der Stadt wird ersucht, der Stadtverord-
netenversammlung inallert bald eine Vorlage,
betreffend Einrichtung eines Gesundheitsfürsorge-
amts zu machen.“

Ein Antrag des Herrn **S a u e r b i e t :**

Die

„Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, einen zweiten Überwachungsbeamten für die Vergütungsteuer baldigst einzustellen.“

Ein Bringlichkeitsantrag des Herrn
G r ä f :

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Vergütung des von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Kontrollieurs Karl Schulze von 1 250 M auf 1500 M ab 1. Oktober d. Ja. monatlich festzusetzen.“

Die Anträge werden am Schlusse der Tagesordnung begründet werden.

Der erste Punkt der Tagesordnung „Begründung von Anfragen und Anträgen“ betrifft diejenigen Anträge und Anfragen, die in der vorhergehenden Versammlung gestellt sind.

1. Antrag S c h u l t z e auf Zuweisung geeigneterer Räume an die Fürsorgestelle für Lungenkranke.

Hortlaut des Antrages: Es wird beantragt, der vom Verein für Gesundheitspflege geleiteten Fürsorgestelle für Lungenkranke (Tuberkulosefürsorgestelle) geeignete Räumlichkeiten als bisher stadtseitig zur Verfügung zu stellen."

Stadt. Br. S c h u l t z e (zur Begründung): Meine Damen und Herren: Welche Bedeutung die Fürsorge- und Auskunftstellen neben

den Heilanstalten und Volkshelbstätten haben, ^{braucht} ~~noch~~ / leh hier nicht hervorzuheben. Im Jahre

1906 hatten wir 117 Fürsorgestellen für Lungenkranke, sie sind bis zum Jahre 1921 auf

3 029 gestiegen, die Zahl der Heilanstalten ^{in der gleichen Zeit} von 59 auf 74. Die heutige Fürsorgestelle

ist im Jahre 1911 gegründet worden und befindet sich seit dieser Zeit noch in denselben Räumen,

in

in denen sie damals aufgemacht wurde, an der Katharinenkirche 12. Schon im ersten Winter des Bestehens dieser Fürsorgestelle hatten sich diese Räume als unzureichend erweisen, hauptsächlich deshalb, weil sie zu dunkel und schlecht heizbar sind. Ehe man zu den Räumen gelangt, kommt man an den Aborten vorbei, dann in einen kleinen Raum, der ungefähr so groß ist wie ein Abteil dritter Klasse auf der Eisenbahn. In diesem Räume sitzt die Schwester, rechts ist das Untersuchungszimmer, links der Warteraum. Im Winter ist es dort außerordentlich kalt und es drängen sich alle ankommenden in den Raum der Schwester zusammen. Die anderen Räume sind schlecht zu heizen, weil darunter keine bewohnten Räume sind, sondern unter dem Wartezimmer befindet sich eine Waschanstalt und unter dem Sprechzimmer ein Durchgang. Für

eine

eine Fürsorgestelle, die doch von vielen Kranken in Anspruch genommen wird, brauchen wir größere und bessere Räume. Mindestens 4 Räume müßten es sein, die gut heizbar sind. Einen Raum, ⁱⁿ dem die Schwester nur während der ~~Pflicht~~^{Besuch}stunden anwesend ist, können wir zur Fürsorgestelle nicht gebrauchen; auch außerhalb dieser Zeit müssen die Leute sich Rat und Auskunft von der Schwester holen können. Wenn für Gesunde die bisher benutzten Räume brauchbar sein könnten, so ist das doch nicht für Kranke der Fall. Man muß bedenken, daß die dort ankommenden Leute schon Lungenkrank sind, und was es für diese heißt, in den ungenügenden ^{Kellern} Räumen lange Zeit, manchmal zwei Stunden, zu warten, ^F diese Verantwortung können wir nicht länger tragen. Wir haben seitens des Vereins für Gesundheitspflege, der diese Fürsorgestelle leitet, alles getan, um bessere Räume zu bekommen, aber wir haben weder die Mittel, noch

die

die Macht dazu, uns andere Räume zu beschaffen.
Wir haben uns an den Staat gewandt und auch an
die Stadt, haben schriftliche Eingaben gemacht,
haben in öffentlichen Versammlungen auf die
Unzulänglichkeit der Räume hingewiesen - es ist
bisher nichts erfolgt. Die gesamte Ärzteschaft
haben ⁱⁿ Jahre 1919 einen Antrag an den Rat der
Stadt gerichtet, indem auch auf die Unzuläng-
lichkeit der Räume für die Fürsorgestelle hin-
gewiesen ist, aber auf diesen Antrag ist eine
Antwort nicht erfolgt. Nun könnte man weiter-
let ^{man} ~~Anwendungen~~ gegen unseren Wunsch machen.
Man könnte sagen, es ist nicht Sache der Stadt-
verwaltung, für genügende Räumlichkeiten zu
^{anderen Räumlichkeiten} sorgen, es ist die falsche Stelle, an die man
sich gewandt hat. ^{Man muß sich auf} ~~Nur auf~~ diesen Standpunkt
stellt, daß die Unterhaltung der Fürsorge-
stelle gleichzeitig von Staat und Stadt ge-
sehen ^{man darf} ~~muß~~ bedenken, daß die größte

Zahl

Zahl der Kranken aus der Stadt kennen und es ist deswegen in erster Linie Pflicht der Stadt, ist, diese Räume besser auszustatten, zumal auch in anderen Städten die Fürsorgestellen von der Stadt erhalten werden. Der zweite Einwand wäre der, daß es keine freien Räume gebe, in denen man die Fürsorgestelle unterbringen könnte. Ich glaube aber, wenn man an die Räumlichkeiten für die neuen Banken, die wie Pilze aus dem Boden ersprossen sind, denkt, dann müßte man auch meinen, daß für diese wichtigen Fürsorgestellen Räume vorhanden sein werden. Ich habe schon bestimmte Räume dafür in Aussicht genommen, die der Stadt gehören und von ihr zur Verfügung gestellt werden könnten, es ist wohl aber richtiger, wenn das zunächst in der Kommission besprochen wird.

V o r s i t z e n d e r : Der Antrag ist
genügend unterstützt, ich überweise ihn dem Bau-
ausschuß zur Vorberatung.

(Antrag Schultze.)

2. Antrag Heessenius auf Unterstützung der Witwen und Waisen in Oppau durch Verzicht der Stadtverordneten auf die ihnen zustehenden Tagegelder.

Wortlaut des Antrages: Als Zeichen unserer Teilnahme und zur Linderung der Not bitte ich die Stadtverordneten, auf alle Tagegelder, die der Haushaltsplan für dieses Jahr vorsieht, zu verzichten, um dieselben den Witwen und Waisen der Oppauer Katastrophe zu überweisen.

Stadtver. Heessenius (zur Begründung):

Der Antrag ist von mir in jener Sitzung gestellt worden, als es sich darum handelte, der damals in Oppau aufgetretenen Not schnell Hilfe zu bringen. Wenn alle Anträge solange auf Erledigung warten müssen, wie dieser, dann werden solche Anträge immer zu spät zur Ausführung kommen. Es mögen wohl Einwendungen gegen meinen Antrag vorgebracht werden, aber immerhin habe ich doch Bedenken gegen diese Entschädigungssätze, die uns für die Teilnahme an den Stadtverordnetensitzungen

gezahlt werden, als etwas *Moralisches* kann ich sie nicht betrachten. Es ist ein Trinkgeld, daß man uns gibt, und ich sehe nicht ein, warum wir auf diese Entschädigungen für unsere geringe Tätigkeit im Dienste der Stadt aus den angegebenen Gründen und zu Wohltätigkeitszwecken nicht verzichten könnten, insbesondere wenn man sieht, daß Anforderungen an die Mildtätigkeit für die *Oppauer*/Opfer durch den Staat und die Behörden gestellt werden. Es wäre ein billiges Mittel, mit dem die Stadt in gewisser Weise glänzen könnte, nicht zuletzt auch die Stadtverordnetenversammlung, wenn die Stadtverordneten auf die ihnen zustehenden Tagegelder/verzichteten und den dadurch ankommenden Betrag den Oppauern zuwenden lasse ließen.

**Der Vorsitzende überreicht den Antrag den
Finanzausschuß zur Vorberatung.**

(Antrag Nesselitz.)

3. Anfrage Dietermann, betreffend die Vermietung einer Wohnung in dem städtischen Hause Bahnhofstraße 14.

Nortlaut der Anfrage: Ist den Rat der Stadt bekannt, daß in dem städtischen Hause Bahnhofstraße 14 eine Zweizimmerwohnung an einen in diesem Hause wohnenden Mieter, der bereits eine Fünfzimmerwohnung besitzt, als Lagerraum überlassen ist?

Stadt. D i e t e r m a n n (zur Begründung):
Meine Damen und Herren! In dem städtischen Hause Bahnhofstraße 14 ist eine Zweizimmerwohnung an einen dortigen Mieter abgegeben, der bereits eine Fünfzimmerwohnung inne hat. Herr Stadtrat Schaper ist so freundlich, mitzuteilen, daß es sich dabei um eine große Familie handelt, die 6 Kinder hat. Die Sache stimmt aber nicht ganz; ich habe Erkundigungen eingezogen. Die fraglichen Zimmer werden zum ^{Verkleinern} Verkleinern von Holz und son-

stigen

stigen Sachen verwendet, und ich sehe nicht ein, daß man sie bei der heutigen Wohnungsnot zu solchen Zwecken zur Verfügung stellt. Die kleine Wohnung ist mit Keller- und Bodenraum versehen und ist vorher von einer Familie mit 2 Kindern bewohnt, ^{gewesen} kann also auch in Zukunft in ähnlicher Weise wieder vermietet werden. Ich möchte bitten, zu beschließen, daß der Rat beauftragt wird, den Mietvertrag wieder rückgängig zu machen, damit die Wohnung nicht für andere frei wird.

Stadtbanrat G e b e n s l e b e n : Meine Damen und Herren! Ich habe eben in Wohnungssatz folgendes festgestellt: Es handelt sich um eine Familie Grote, welche schon seit längerer Zeit in dem städtischen Hause Bahnhofstraße 14 wohnt. Sie besteht aus 10 Köpfen und hatte bislang 4 Zimmer und eine Küche inne. Nun wurde eine Zweizimmerwohnung in demselben Hause frei, die bislang von einem Herrn Seifert bewohnt ist, und Grote hatte bei dem Wohnungssatzamt den Antrag gestellt, daß für ihn und seine zahlreiche Familie zwei weitere Zimmer zur Verfügung gestellt werden möchten. Diesen Wunsch des Herrn Grote ist entsprochen worden, und wir alle sind wohl der Ansicht, daß für eine 10 köpfige Familie 6 Räume nicht zu viel sind.

Auf Antrag des Stadtverordneten Dietermann
beschließt die Versammlung Besprechung der
Anfrage. /

(Punkt 3.)

Stadt. D i e t e r m a n n : Wenn dem so wäre, wie Herr Stadtbaurat Gebensleben eben mitteilt, so hätte ich gegen die Vermietung nichts einzuwenden, aber leider ist dem nicht so. Die zur Besprechung stehenden Räume werden als Lagerräume verwendet, und wir haben keine Ursache, Räume, die Wohnräume sind, als Lagerräume benutzen zu lassen, sondern wir stehen auf dem Standpunkt, daß sie auch als Wohnräume verwendet werden müssen. Wenn der Mann Lagerräume braucht, so mag er sie sich anderweitig mieten, aber die Stadt hat keine Veranlassung, ihm in dieser Weise entgegenzukommen. Auch die Fünfzimmerwohnung wird tatsächlich nicht benutzt, sondern zum Holz-zerkleinern und zum Aufbewahren aller möglichen Schartenen gebraucht.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Ich habe feststellen lassen, daß von den zwei fraglichen Zimmern daß eine als Schlafzimmer und daß andere zum Aufbewahren von Vorräten - Äpfel, Gemüse usw. - benutzt wird, dagegen ist nicht ermittelt, daß der zweite Raum als „Lagerraum“ benutzt wird. Es hat diese Familie außerordentlich wenig Nebengeläß, und so ist ihr gestattet worden, daß eine Zimmer zum Aufbewahren von Vorräten zu benutzen. Dagegen ist wohl in keiner Weise etwas einzumenden.

**Stadtv. N 5 1 1 : Joh stelle den Antrag,
die von Herrn Stadtverordneten Dietermann er-
wähnten Wohnungsverhältnisse im Hause Bahnhof-
straße 14 durch den Wohnungsausschuß nachprüfen
zu lassen.**

Der Antrag H 8 1 1 wurde angenommen.

(Überweisung an den Wohnungsaus-
schuß).

4. Antrag Sauerbier auf Anbringung einer Federungs-Vorrichtung an den städtischen Kranken-
auto.

Wortlaut des Antrages: Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, an den Sanitätsauto der Berufsfeuerwehr eine Vorrichtung anbringen zu lassen, wodurch eine bessere Federung beim Transport von Kranken erzielt wird.

Stadt. Sauerbier (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Ihnen allen ist die segensreiche Einrichtung bekannt, daß die Stadt ein Sanitätsauto hält, in dem Kranken möglichst schnell nach der Klinik oder zu einem Krankenhaus gebracht werden könne. Die Promptheit in den Erscheinen des Autos und die Schnelligkeit der Beförderung ^{ist} ~~ist~~ dankenswerter ~~zu~~ anzuerkennen, es könnte das wohl nicht besser ausgeführt werden. Trotz-dem haftet der

Sachg

Sache aber noch ein großer Mangel an, der darin besteht, daß das Auto nicht genügend befedert ist, sodaß Kranke, die beispielsweise an Blinddarmentzündung leiden - wie mir in wiederholten Fällen bekannt geworden ist - bei der Beförderung durch das Autofuhrwerk ^{fürs Leben} (Schmerzen ^{fahren} ausgehalten ^{müssen} ~~haben~~ und sich dahin geäußert haben, daß sie alles andere ertragen wollten, nur nicht wieder eine solche Fahrt mit dem Sanitätsauto. Deshalb geht mein Antrag dahin, an dem Sanitätsauto eine Vorrichtung anbringen zu lassen, durch die eine bessere Federung erreicht wird. Die Ausführung wird mit sehr geringen Kosten zu ermöglichen sein; ich denke sie ^{mir} ~~hier~~ in der Weise, wie sie bei den Krankenautos in Kriege angewandt worden ist. Es ist dort an der Decke des Autos an einer Drahtseile eine Federung so eingerichtet, daß das Gestell in der Federung aufgehängt werden kann, wodurch

dann

dann die Stöße im Traggestell vermieden werden.
Da die Ausführung dieser Einrichtung von den
Handwerkern der Berufsfeuerwehr mit eigenen
Mitteln geschehen kann, so würden die entstehenden
Kosten nur gering sein. Ich bitte Sie,
meinem Antrage zuzustimmen.

**Der Vorsitzende überweist den Antrag dem
Bauschuß zur Vorberatung.**

(Punkt 4.)

5. Antrag H e s s e n i u s

- 1) auf durchgreifende Feststellung der überflüssigen Wohnräume in Großwohnungen,
- 2) auf Einführung einer Wohn^{mit}luxussteuer,
- 3) auf Festsetzung einer Ablösung in bar zur Befreiung von Beschlagnahmen und Wohnungsluxussteuer.

Wortlaut des Antrages: Um der Wohnungsnot mehr abzuhelpen, gleichzeitig aber auch unnötige Härten und Unbequemlichkeiten zu vermeiden, die durch Hergabe überschüssiger Räume von Großwohnungen für beide Teile entstehen, bitte ich folgendes zu beschließen:

- 1) eine durchgreifende Feststellung überschüssiger Wohnräume in Großwohnungen und Villen vorzunehmen.

Als zu große sollen nur Wohnungen gelten, die mindestens 3 Wohnräume enthalten ~~u~~ Küche, Speisezimmer, Flur, Badezimmer, sowie Räume,

die

die vom Inhaber der Wohnung zu beruflichen Zwecken benutzt werden, sollen nicht als Wohnräume gelten.

2) eine Wohnungsluxussteuer einzuführen.

3) eine Ablösung in bar zu schaffen, die zum Erbauen neuer Wohnungen benutzt wird und durch die sich Großwohnungseinkäufer und Villenbesitzer von der Beschlagnahme und der Luxussteuer durch einmalige marktzahlbare und unverzinsliche Barabfindungen befreien können.

Als Grundlage für die auszuarbeitende Verlage empfehle ich die vorliegenden Erfahrungen des Wohnungsausschusses der Stadt Gera von 1. Oktober 1919 bis 31. Dezember 1921 zu benutzen. Der Stadt Gera wurde es in 1 1/2 Jahren ermöglicht, 50 Wohnungen durch Neu- und Ausbau zu beschaffen und an Geld 1 335 000 M einzuziehen.

Stadt-

Stadt. H e s s e n t u m (zur Begründung):
Meine Damen und Herren! Daß unsere Wohnungs-
beschläagnahmen nicht glücklich sind, konnten
Sie aus den vor etlichen Sitzungen geflogenen
Verhandlungen über die Holländische Villa
feststellen. Wenn wir dieses Haus der
Allgemeinheit als Miethaus zugänglich gemacht
haben würden und Wohnungen darin ausgebaut
hätten, so müßten wir später für Niederrinstand-
setzung ungeheuerer Summen bezahlen. Die Räume
in diesem Hause sind derartig unangebracht
zu Wohnzwecken für die Allgemeinheit und so
ungenüßlich für eine Familie, die man dort
hineinbringen würde, daß wir keine Freude
daran erleben würden. Wenn jemand Besitzer
einer großen und wertvollen Villa ist, wird
er sich dazu bereit finden lassen, durch
Zahlung einer Abfindungssumme, wodurch dann
genügend Räume geschaffen werden können,

seine

seine von altersher ^{an}geschenkten und gewissermaßen geheiligten Räume davor zu schützen, daß sie nicht zu Vermietungszwecken durch unschöne und unangebrachter Umbauten verunstaltet werden und doch für diejenigen, die dort hineinkommen sollen, keine genügenden Wohnräume bilden.

Nir sind Fälle bekannt, daß Wohnungen hergerichtet sind, wo die Küche im Dachgeschoß sich befindet, die Wohnräume in einem anderen Stockwerk und vielleicht noch Räume im Keller. Auf der einen Seite des Flurs ist der Schlafraum gelegen und auf der anderen Seite das Wohnzimmer, so daß etwas Gemütliches für das Familienleben an den Leuten mit solchen Wohnungen nicht geboten wird. Dazu kommt, daß sie schon beim Einziehen in die neubeschaffene Wohnung schief angesehen werden; beide Teile, Mieter und Vermieter, sind sich von vornherein spinnefeind, noch ehe sie sich kennen. Jedenfalls würde das von mir

empfohlene

empfohlene Verfahren, wenn es eingeführt würde, mehr zur Zufriedenheit aller Beteiligten beitragen, als durch Zwangsmittel ungenügender Wohnungen zu schaffen. Ich bitte deshalb, wenn es irgend angingig ist, meinen Anträge stattzugeben.

V o r s i t z e n d e r: Der Antrag des Herrn Nessenius ist als Dringlichkeitsantrag charakterisiert. Es sind darin drei Punkte als erstrebenswert angegeben: 1. Eine durchgreifende Feststellung der überschüssigen Wohnräume, 2.) die Einführung einer Wohnungsluxussteuer und 3.) die Möglichkeit sich von Beschlagnahmen und Wohnungsluxussteuer freizumachen durch Zahlung einer Abfindungssumme. Das sind alles Dinge, die in die in Braunschweig bestehenden Bestimmungen scharf eingreifen. Es müßte geprüft werden, ob die Ausführung des Antrages überhaupt möglich ist, und dazu gehört eine eingehende Kenntnis über das Wirken und die Befugnisse derjenigen Stellen, die bei der Wohnungsregelung mitzuwirken haben. Ich möchte an Herrn Nessenius die Frage richten, ob er auf der Dringlichkeit des Antrages bestehen will. Ich meines Teils halte dafür, daß eine Kommissionsberatung unerlässlich ist.

Stadt-

Stadtverordneter Nessanius: Eine Kommissionsberatung würde allerdings zur notwendigen Klärung aller in Betracht kommenden Fragen wertvoll sein. Wenn meine Anregungen Nutzen haben sollen, müßten sie gründlich durchberaten werden, und deshalb ^{bin} werde ich mit der Überweisung an die Wohnungskommission einverstanden.

Vor-

V o r s i t z e n d e r : Dem Antrage des Herrn N ö l l entsprechend ist die Nachprüfung der Wohnungsverhältnisse in dem Hause auf der Bahnhofstraße der Wohnungsdeputation überwiesen worden. Ich habe nichts dagegen gesagt, aber es bedeutet eine Überweisung an eine solche Deputation in gewisser Weise eine Überweisung an den Rat. Es unterscheidet sich die Zusammensetzung der Kommissionen von ^{der} ~~den~~ Deputationen in wesentlicher Weise, wie das den Älteren Mitgliedern der Versammlung bekannt sein wird. - Ich überweise den Antrag des Herrn Neesenius dem Bauausschuß zur Beratung.

6. Neuwahl der Beisitzer des Landtags-
ausschusses.

Stadtverordneter G r ä f : Die bisherigen Mitglieder des Landtagsausschusses, die früheren Stadtverordneten Wahrenndorf, Einert, Genzen und Bunge, haben dem Räte der Stadt gegenüber erklärt, daß sie sich nicht mehr als Beisitzer des Landtagsausschusses zu betrachten vermögen, da sie nicht mehr Stadtverordnete seien, und bitten, ihrer Entlassung aus diesem Amte zuzustimmen. In einer früheren Sitzung haben wir uns mit dieser Angelegenheit schon einmal befaßt, ^{hier} & ist damals an den Rechtsausschuß zurückverwiesen worden. Nach nochmaliger Beratung schlägt Ihnen der Rechtsausschuß vor, die Zustimmung zur Entlassung der genannten Herren aus ihrem Amte zu geben und nach Paragraph 13 II des Landesbeschaffungsgesetzes eine Neuwahl vorzunehmen.

Zu

Zu Mitgliedern des Landausschusses werden Ihnen
von dem Ausschusse vorgeschlagen:

als Vertreter der Grundeigentümer die Herren

Schmidt und Stadtverordneter Sauerbier,

als Vertreter der Pächter die Herren Stadtver-
ordneten

→ Maß und Dunge

Die

Die Versammlung stimmt den Anträgen des
Rechtsausschusses zu. (Punkt 6)

7. Zuschuß für die Oberschlesier Hilfswerke.

Stadtverordneter B u r g d o r f f : Bei der Beratung dieses Punktes der Tagesordnung ^{in der vorigen Sitzung} wurde ich darauf hingewiesen, daß das Hamburger 8 Uhr-Abendblatt eine Mitteilung gebracht habe, daß die Gelder des Oberschlesier Hilfswerks nicht in zweckmäßiger Weise verwandt würden, und um Klarheit darüber zu schaffen, wurde die Beschlußfassung verschoben. Es ist nun inzwischen Nachfrage gehalten worden, und ich kann mitteilen, ⁱⁿ daß ich nunmehr Nummer 437 ^{der} „Freiheit“ vom Sonntag den 18. September d.Js. zu dieser Frage Stellung genommen worden ist. Es wird in dem betreffenden Artikel auf die Mitteilung des 8 Uhr-Abendblattes hingewiesen, daß die durch die Oberschlesier Hilfswerke gesammelten Gelder nicht zuletzt auch den unter dem Namen Selbstschutz bestehenden Organisationen zugeflossen wären,

daß

daß dagegen der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Angelegenheit durch seinen Vertrauensmann beim Oberschlesier Hilfswerk habe untersuchen lassen und über das Ergebnis der Untersuchung der Genosse Grassmann folgendes mitgeteilt habe:

„ Dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde ging von seinem Vertreter bei der Hauptgeschäftsführung des Oberschlesier Hilfswerks die Versicherung zu, daß bisher keine Gelder zu anderen Zwecken verwandt worden seien als für die Milderung der Not in Oberschlesien und für die ergänzende Flüchtlingsfürsorge im Reich. Es wird darauf hingewiesen, daß die Eingänge der gesammelten Gelder aus Borkum und andern Nordseebädern zu Buche stehen.

Bestätigt

Bezüglich der Geld- und Spendenverteilung in
Opfern, die unter Mithilfe der Oberschlesischen
Organisationsvertreter und unter Aufsicht des
Vorsitzenden der Zentralkommission der Deutschen
Gewerkschaften für Schlesien vor sich geht, wird
uns berichtet, daß dort keinerlei Verwendung der
Spenden zu anderen ^{allg. Linderung} Zwecken der Not der Ober-
schlesier bekannt ist.

Wir richten darum an alle Gewerkschafts-
kartelle und Ortsausschüsse die Bitte, die ge-
sammelten Gelder nach wie vor unter Oberschle-
sier Hilfswerk, ^{Bank} Karte-Berlin N W 7 Nummer 112310
einzuzahlen oder direkt dem Oberschlesier Hilfs-
werk Berlin N W 7, unter den Linden 78, zu über-
weisen.'

Aus diesen Mitteilungen dürfte wohl hervor-
gehen, daß die Verwendung der Gelder zu dem an-
gegebenen Zweck gewährleistet ist.

Der

Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen demnach,
dem Vorschlage des Rats gemäß, die 10 000 Mark
als Spende der Stadt Braunschweig für das Ober-
schlesier Hilfswerk zu bewilligen.

Ober-

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Es ist mir soeben ein Schreiben des Vertreters der Gewerkschaften, Herrn Wilhelm Nitzschke aus Berlin zugegangen, das folgendermaßen lautet:

„ Am 30. Januar d. Js. wurde ich auf Ersuchen der Geschäftsleitung des Oberschlesier Hilfswerks vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde als Beirat, für dieses Sammelwerk ernannt. Ich nehme an allen maßgebenden Sitzungen und Besprechungen teil, wodurch ich stets von allen Maßnahmen unterrichtet bin. Außerdem werden wird mir jederzeit bereitwilligst Einblick gewährt in die Kassenführung der Hauptgeschäftsstelle des Oberschlesier Hilfswerks, sowie auch in der Durchführung der Spendenverteilungsstelle des Roten Kreuzs.

Im weiteren ist zur gewissenhaften und unparteiischen Überführung der Spenden an die Hilfsbedürftigen in Oberschlesien mein Kollege Haver Kohl in Breslau, Leiter der Zentralkommis-

sion

sion bestimmt, auch habe ich mich persönlich von der einwandfreien Verteilung der Spenden bei der Kommission des Roten Kreuz in Osnabrück überzeugt.

Angesichts dessen glaube ich mit gutem Gewissen sagen zu dürfen: Es sind bisher keine Gelder des Oberschlesier Hilfswerks zu anderen Zwecken als nur zur Linderung der Not in Oberschlesien und für die ergänzende Flüchtlingsfürsorge im Reich verwandt worden, und ich hoffe auch fernerhin, gemeinsam mit Herrn Xaver Kohl und Herrn Weinschild in diesem Sinne berichten zu können."

Dem Schreiben ist eine Bilanz beigelegt, aus der sich allerdings nur die bisher geleistete Ausgabe ersichtlich ist.

Es

Es sind nicht weniger als 28 670 000 Mark zur Verausgabung gelangt und davon sind zugewandt dem Deutschrotkreuz in Breslau und dem Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz 17 Millionen Mark, der Flüchtlingsfürsorge der Deutschen Grenz-Marken-Schutz-Verbände, Berlin, 7 1/2 Million Mark, den Vereinigten Verbänden für heimatstreue Oberschlesier, Breslau 4 Millionen Mark.

Joh glaube, daß unter diesen Umständen die Bedenken hier in der vorigen Versammlung geltend gemacht wurden, schwinden werden, und bitte, den von uns beantragten Beitrag von 10 000 Mark zu bewilligen.

Stadtverordneter Regener : Meine Parteigenossen können sich nach wie vor nicht dazu bereit erklären, diese Mittel zu bewilligen. Wenn man aus der Bilanz hört, daß den Grenz-Marken-Schutz-Verbände 7 Millionen Mark zugeflossen sind, so kann man sich lebhaft vorstellen, für welche Zwecke diese Gelder verwandt wurden. Wir haben die Befürchtung, daß dieses Geld den illegalen Söldnertruppen, den Orgeschleuten zufließt und wenig ^{wenig} für die notleidenden Oberschlesier verwandt wird als eingestellt ist auf die Devise: Oberschlesien muß deutsch bleiben ! Wenn wir beachten, daß von den Ausschüssen solche Bände ausgegeben worden sind - es sind deren schon drei -, mit Illustrationen auf feinstem Papier, wovon jedes Exemplar heute 60 Mark kostet, daß solche Werke in Millionen herausgegangen sind,

dann

dann muß man sich ~~sich~~ sagen: woher kommen diese Mittel ? Wir haben die Befürchtung, daß die eingekommenen Gelder verwandt sind , um diese Propaganda mit zu stützen. Meine Fraktion wird nicht für die Bewilligung der 10 000 Mark stimmen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r:

Nehmen Sie es mir bitte nicht übel, aber man muß doch sagen, daß ein solcher Standpunkt tief bedauerlich ist. Selbst wenn es wahr wäre, daß von den einkommenen Geldern ein Teil dazu verwandt wird, um Oberschlesien dem Deutschen Reich zu erhalten, dann sollten wir doch alle sagen: „Mit Vergnügen geben wir das Geld her.“ Ich fürchte hierbei nur eins, nämlich, daß mit Geld in dieser Sache nichts zu machen ist. In übrigen sollte ich meinen, daß nach den Erklärungen der Vertreter der Gewerkschaften auch seitens der Fraktion des Herrn Regener zugegeben werden müßte: „Mißbrauch kann nicht stattfinden.“ (Zuruf: Der wird an den unteren Stellen geschehen sein.) Ohne Aufklärung gibt es heute keinen Erfolg, das ist doch allbekannt. Wir müssen derartige Aufwendungen machen, wenn wir bei den Sammlungen Erfolg haben wollen. Ich möchte Sie nochmals bitten, unsern Antrage zuzustimmen.

Stadt v. B u r g d o r f f: Ich möchte meinen Ausführungen gerade in Bezug auf die Rede des Herrn Regener noch folgendes hinzufügen: In dem Artikel, den ich verlesen habe, steht ausdrücklich noch folgendes:

„Genosse Grasmann bemerkt dazu noch, daß das Oberschlesier Hilfswerk in allen seinen Teilen, und zwar bis zu den letzten Verteilungsstellen, unter der Kontrolle von Vertrauensmännern des allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes steht. Wenn diese Bemerkung nicht genügen sollte, dann weiß ich nicht, was noch gesagt werden kann. Da die früher vorgebrachten Verdächtigungen aus einem bürgerlichen Blatte stammten, so war ich als Anhänger der bürgerlichen Parteien dafür, daß man Nachforschungen anstellte. Wenn wir nun derartige Nachrichten bekommen, wie sie von Herrn Grasmann ausgegangen sind, der ein Genosse
in

in angesehener Stellung ist, dann dürfte es für uns kein Wenn und Aber mehr geben, dann kann es nur heißen: Wir bewilligen, denn wir haben die Kontrolle dafür, daß die Gelder in die richtigen Kanäle geleitet werden. .

Entsprechend den Kommissionsanträge werden
die 10 000 Mark von der Versammlung bewilligt.

(Punkt 7).

8. Satzung über Erhebung einer
Vergnügungssteuer.

Stadt v. Dieternann: Meine Damen und Herren! Ein Anschreiben des Rates mit dem Entwurf der Satzung über Erhebung einer Vergnügungssteuer ist Ihnen allen zugegangen, sodaß ich mich darauf beziehen kann. Die Steuer ist zum größten Teil auf die reichsgesetzliche Regelung der Vergnügungssteuer aufgebaut. Sie sieht in ganzen, mit einer Ausnahme, eine Kartensteuer vor, die weit über das hinausgeht, was das Reichsgesetz vorsieht. Ich möchte bitten, gleich in die Einzelberatung einzutreten; ich werde dann den Bericht der Kommission in Anschluß an die einzelnen Bestimmungen geben.

Städt. M ä d g e : Meine Damen und Herren.
Gleich von vornherein möchte ich einige Bemerkungen zu der Vorlage machen. Wenn ich das Statut, das uns zur Annahme vorgelegt worden ist ansehe, dann fällt mir die große Anzahl der einzelnen Positionen auf. Es wird reichlich Kasualistik in den einzelnen Gruppen und Punkten getrieben, die mit verschiedenen hohen Steuersätzen belegt sind, und es will ^{mir} ~~hier~~ scheinen, als wenn die zugrunde gelegten Unterscheidungen unter recht verschiedenartigen Gesichtspunkten ausgemacht wären. Welcher Gesichtspunkt kann und muß aber bei einer derartigen Steuerfrage allein ausschlaggebend sein? Zweifellos der Gesichtspunkt, daß bei der Besteuerung der Unterschied keine Rolle spielen darf, ob die einzelnen Lustbarkeitssachen den einzelnen mehr oder weniger erwünscht ist. Die Steuer soll und darf kein Mittel sein, um irgendwelche Vergnügungen zu verhindern
oder

oder ihnen Steine in den Weg zu legen und andere dagegen zu unterstützen. Das ist nicht der Zweck der Steuer, sondern sie hat einzig und allein den Zweck, der Stadt Einnahmen zu verschaffen.

Vorsitzender: Der Herr Redner hat eine allgemeine Besprechung begonnen. Ist jemand dagegen, daß eine allgemeine Aussprache stattfindet ? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte, Herr M ä d g e, fahren Sie fort.

Stadtverordneter M ü d g e: (fortfahrend):

Dieser Gesichtspunkt der Begünstigung der einen oder anderen Lustbarkeit darf in dem Statut keine Berücksichtigung finden, und deshalb würde ich es von meinem Standpunkt aus mißbilligen, wenn es heißen sollte: Die Vorführung ^{eines Dramas,} im Theater ist eine unterstützungswürdige Sache, Das Lustspiel hat schon bedeutend weniger Wert und dabei könnte man mehr Steuern nehmen. Die Art der Vorführung ist für die Steuer ganz belanglos, es fragt sich nur, in welcher Weise das einzelne ertragsfähig ist. Mir scheint, daß bei Aufstellung des früheren Statuts wie auch bei Aufstellung der neuen Vorlage das Prinzip eine Rolle mitgespielt hätte, daß man in den Steuersätzen ein Werturteil über die einzelnen Vergnügungen gestellt ^{fällt} und deshalb einzelne Vergnügungen stärker belastet hat, um sie nach Möglichkeit zu verhindern, daß man andere Vergnügungen dagegen entlastet hat,

RR

um sie zu fördern, deren Zustandekommen leichter möglich zu machen. Gegen dieses Prinzip möchte ich mich von vornherein wenden. Es soll nur die Ertragsfähigkeit maßgebend sein. Will man ein anderes Prinzip aufstellen, dann mag wirklich ein Werturteil gesprochen werden und klar zum Ausdruck kommen, aus welchen Gründen man eine bestimmte Kategorie für weniger wertvoll hält, vielleicht das Kino weniger wertvoll wie die Darbietungen von Schlangennmenschen. Ich vermag solchen Unterschied ~~unter Umständen~~ nicht einzusehen und glaube, daß man eine solche Wertung überhaupt auslassen sollte, sondern lediglich sich darnach richten, was die einzelne Kategorie von Vergnügungen zu tragen vermag. Daß möglicherweise Ausnahmen gemacht werden, soweit es sich um Sachen handelt, die bei ihrer Veranstaltung gar keine Einnahmen bringen, sondern nur

Kosten

Kosten verursachen, die Ausstellungen von Gemälden, die tatsächlich kaum unterhalten werden können, Dauerausstellungen, die sich nicht rentieren das muß besonders behandelt werden, und ich brauche es wohl bei dieser allgemeinen Aussprache nicht erst zu betonen. Ebenso würde das Oratorium dazu gehören, daß, wenn man die Kosten der ganzen Vorbereitungen mitrechnet - mehr Kosten macht, als eine einzelne Aufführung einbringt.

Das möchte ich im allgemeinen gesagt haben und von vornherein zum Ausdruck bringen, daß ich mich nicht so recht mit diesem Entwurf befreunden kann, indes mir darin eine zu weitgehende Realistik steckt.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Die Ausführungen des Herrn Vorredners waren außerordentlich anregend, und wenn wir noch nie eine Lustbarkeitssteuer gehabt hätten, würden sie als Grundlage für die Ausarbeitung des ersten Entwurfes eine hervorragende schätzenswerte Unterlage geboten haben. Nachdem aber die städtischen Behörden den Weg gegangen sind, der in der Lustbarkeitssteuerordnung vom Frühling vorigen Jahres seinen Ausdruck gefunden hat und man unter dem Druck der Not und angesichts des näher und näher rückenden Schlußtermins für Ausarbeitung einer städtischen Vergnügungssteuer-Satzung - 15. Dezember - zu dieser Vorlage gekommen ist, würde es ein verhängnisvolles Vorgehen sein, wenn man diese Vorlage ablehnte, an den Rat zurückverwies und den Rat vorzuschläge, ein neues Statut auszuarbeiten, das diesen Schönheiten ^{voller} ~~noch~~ nicht hätte.

hätte. Ich glaube die Versicherungen abgeben zu können, daß wir als Erzieher bei diesem Entwurf eben so wenig wie bei dem früheren Statut haben wirken wollen. Gegenüber einem vergnügungsechtigen Braunschweig - und ich glaube, ein Teil der Bevölkerung ist vielleicht recht vergnügungsechtig - würde das ein Schöpfen von Wasser in ein Sieb bedeuten. Mit dieser Steuer entscheidend einzuwirken, den Größenwahn haben wir nicht gehabt und wollen wir auch diesmal nicht haben. Aber es ist ganz etwas anderes, daß auf die Ergiebigkeit der Steuer Rücksicht genommen wird, und in der Hinsicht begegnen ^{hier} ~~mir~~ meine Auffassungen mit denjenigen des Herrn Möge. Eine Steuer ist als Vergnügungssteuer um so ergiebiger, je mehr sie sich auf die breite Masse der Teilnehmer bezieht. Es ist zweifellos, daß es für die-
jenigen

jenigen, die in ein Tingeltangel gehen wollen, durchaus nicht erschreckend wirkt, wenn ihnen gesagt wird: Ihr müßt 30%, 40% oder 50% Steuer zahlen. Wenn sich dagegen jemand den Genuß eines Oratoriums leisten oder in eine Gemälde-Ausstellung gehen will und hierfür 10% Steuer zahlen soll, so wird er das ganz gewiß auch tun und wird durch die Steuer nicht abgeschreckt werden. Es ist nicht unzweckmäßig, eine gewisse Rücksicht zu nehmen und die Steuer etwas leichter erträglich zu machen. Dieser harmlose Gedanke, aber nicht der Gedanke einer vollständigen oder halben Erdrückung gewisser Vergnügungen hat uns geführt. Ich möchte aber bitten, wegen der Geschäftslage der hochgeehrten Versammlung sich nicht mehr in eingehenden Erörterungen dieser grundsätzlichen Frage zu ergehen.

Stadtv. R e g e n e r : So ganz harklos, wie Herr Stadtrat von Frankenberg die Sache darzustellen beliebt, ist sie in Wirklichkeit doch nicht. Die Steuer hat einen sehr schönen Namen, Vergnügungssteuer, und das ist das Verderbliche bei der Geschichte. ~~Vielleicht~~ Viele werden sagen: Wer in der Lage ist, zu einem Vergnügen das Geld übrig zu haben, der wird auch die Steuer tragen können. Einen derartigen Grundsatz haben wir von Herrn Stadtrat von Frankenberg gehört, wenn er sagt: Wer sich in ein Tingeltangel begeben will, wird sich davon nicht abhalten lassen dadurch, daß er 50% Steuer bezahlen soll. Damit ist das Wesen der Steuer doch nicht getroffen, die Sache ist so, daß die Steuer, die ganz folgerichtigerweise abgewälzt werden muß, natürlich auf die Besucher, resp. auf die Konsumenten in den Gaststätten übertragen wird, daß sie in wesentlichen als reine Konsumentensteuer wirkt,

und

und dadurch wird inner die Frequenz in den jeweiligen Lokale nachteilig beeinflusst, was die Gefahr eines allgemeinen Nachlassens der Steuererträge in sich birgt, insbesondere wenn man weit über die Vorschläge des Reiches hinausgeht und die Steuer noch komplizierter macht als das Reich, die nur von zwei Staffeln der Steuer spricht. Herr Stadtrat von Frankenberg hat in seinem Anschreiben so nett gesagt: Wir sind sozial; wir wollen drei Stufen in der Steuer einführen, dann werden die ärmeren Bevölkerungsschichten weniger getroffen, für die Eintrittspreise von 1 Mark berechnen wir den kleinen Steuersatz von 10%. Das ist natürlich weiße Salbe und wirkt nicht so sozial, wie es sich auf dem Papier ausnimmt. Herr Stadtrat von Frankenberg weiß, daß die Generalkosten solcher Unternehmungen so kolossal sind, daß es unmöglich ist, 1 Mark als Eintrittspreis gelten zu lassen. Das Reich

hat

hat sich mit Sätzen wie folgenden vertraut gemacht: Bei Eintrittspreisen bis zu 3 Mark 10%, bei solchen von mehr als 3 Mark 15%, mehr als 5 Mark 20%, mehr als 20 M 25%. Vergleichen Sie damit einmal die Sätze, die der Magistratus brunsviga in seinem Entwurf angesetzt hat. Es ist eine Geistesarmut der Steuer-Erfinder, wenn sie innerwährend, wenn Mittel zu beschaffen sind und sie keinen Ausweg zu finden wissen, sich eines Geschöpfes in der Welt erinnern, auf das sie alle sich stürzen und dieses als melkende Kuh betrachten, die sie mit Butter versorgen soll. Die Gaststätten, die hierfür vornehmlich in Frage kommen, sind mit einem derartigen Haufen von Extrasteuern sowieso schon erblich belastet, daß sie kaum in der Lage sind, derartig exorbitant erhöhte Steuern noch tragen zu können. Ich will den Herren, denen die Steuern der Gaststätten weniger bekannt sind, einige der

Steuern

Steuern aufzählen: Konzessionssteuer,

**Wein-, Bier- und Branntwein-
steuer, Mineralwassersteuer, Betriebssteuer,**

**Lustbarkeitssteuer, Polizeiabgaben usw. - alles
Sondersteuern, die das Gewerbe des Gastwirts
ganz besonders belasten. Dazu kommt, daß wir
in Bälde, zum 1. Januar, hinausgenommen werden
aus den Rahmen der allgemeinen Umsatzsteuer und
für die Gastwirtschaftsbetriebe statt der sonst
üblichen 1 1/2% eine Umsatzsteuer von 10 und 20%
in Frage kommen wird. Das Reich hat nämlich
eine Vorlage gemacht, wonach 5 und 10% erhoben
werden sollen, mit der Maßgabe, daß die Kommunal-
verwaltungen in der Lage sein sollen, noch einen
100%igen Steuerzuschlag zu erheben. Weiter
kommt dazu, daß wir von April ab eine 4fache
Erhöhung der Biersteuer zu gewärtigen haben.**

**Sie müßten sich bei diesem Entwurf nicht
auf den Standpunkt stellen, daß das Vergnügen**

etwas

etwas ist, was unter allen Umständen eine steuerliche Belastung erträgt, sondern Sie müssen bei dieser Frage prüfen: Wer kommt bei Veranstaltung von Vergnügungen in Betracht. Ist es nicht ein großer Kreis von Arbeitern, Angestellten, von selbständigen Wirten und Gewerbetreibenden, die bei dieser Frage in Betracht kommen? Ich will darauf verzichten, Ihnen den Hergang des Gastwirts-gewerbes mit Zahlen aufzuführen, aber wir liegt eine Liste vor, wonach 22 ganz alte braunschweigische Geschäfte während der Jahre 1920-21 eingegangen sind. Die Leute haben ihren Betrieb natürlich nicht deshalb dicht gemacht, weil kein Platz mehr in ihren Lokalen ist, so daß keine Gäste mehr Platz haben, da das Geld bis an die Tür lag, sondern weil er unrentabel war, weil durch die Erhöhung aller Lebensmittelpreise, aller Bedarfswerte der Gewerbebetrieb eines Gastwirtes unter allen Umständen

leiden muß, weil jeder dort an ersten sparen muß und sich Luxus in dem früheren Maße nicht gestatten kann. Dabei kommen Tausende solcher Unternehmungen unter den Schlitten. Wenn wir nun noch bedenken, daß für Braunschweig die Bettsteuer die Legierbetriebe noch empfindlich belasten wird, wenn wir sie demnächst bekennen, dann können Sie ermessen, wie berechtigt es ist, wenn die Gastwirtschaftsbetriebe sich gegen eine derartige Überspannung in den Steuern wehren. Wir werden uns vorbehalten, in der Einzelberatung unsere einzelnen Anträge einzubringen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g :

Herr Stadtverordneter Regener hat ein gewisses
Peck mit seinen Ausführungen. Er hat darin er-
wähnt, daß die Gastwirte durch Steuern stark
in Anspruch genommen seien, gebrauchte dabei sogar
ein sehr kühnes Bild, aber er hat übersehen,
daß wir die Konzessionssteuer bei uns gar nicht
eingeführt haben, weil wir erhebliche rechtliche
Bedenken gegen die Zulässigkeit dieser Steuer
haben, aber auch aus dem Grunde, weil die Be-
lastung des Gastwirtsstandes nicht übertrieben
werden darf. Nachdem der Rat die Freude gehabt
hat, daß einer der engeren Fraktionsgenossen
des Herrn Regener - Namen aus den Anschlußsit-
zungen pflegen nicht genannt zu werden -, der
früher die Lustbarkeitssteuer mit Hand und Fuß
bekämpft hat, in der Kommissionssitzung erklärt
hat, er müßte anerkennen, daß in dieser Finanz-
not die Steuer nicht von der Hand gewiesen werden

Königs.

könnte, sind wir überzeugt, daß die große Mehrheit der Versammlung bereit sein wird, nachdem von Reichsrats die neuen Grundsätze herausgegeben worden sind, mit uns den Weg zu gehen, wie er in der Vorlage zu finden ist: einmal der Anschluß an die Grundsätze des Reichsrats und sodann eine stärkere Heranziehung derjenigen Gruppen zur Vergütungssteuer, die das am ersten vertragen können. Daß sogar der Name Vergütungssteuer aus von Herrn Regener zum Vorwurf gemacht ist, kann ich nicht verstehen; weshalb diese Bezeichnung gewählt ist, das mag Herr Regener mit dem Reichsrat abmachen, wir sind es nicht die ~~Sie~~^{Wir} eingeführt haben. Die Hauptsache ist doch inner, daß die Steuer in einer gerechten und gleichzeitig für unsere Finanzen ergiebigen Weise geordnet wird.

Stadte. F a y : Die Ansicht des Herrn
Mädge, daß die Vergnügungssteuer behandelt wer-
den sollte allein nach ihrer Ergiebigkeit, nicht
aber unter Berücksichtigung der Kultur- und
Bildungsfragen, kann ich absolut nicht teilen.
Ich habe es im Gegenteil immer als eine gesunde
Grundlage für die Vergnügungssteuer angesehen,
daß eine geistige Ablenkung und Erholung gewal-
tig unterschieden werden soll von leichten, ja
mitunter sehr leichten und schädlichen Vergnügen-
gen, und daß zur Gesundung der Bevölkerung unse-
res deutschen Vaterlandes gerade hier ein Unter-
schied einsetzen muß. Wenn Herr Regener meint,
daß selbst eine Erhöhung der Steuer den leichten
und leichteren Vergnügungen keine Einbuße bieten
würde, so bezweifle ich das. Es ist dieses das
einzige Mittel, das uns bleibt, um solchen leicht-
en Vergnügungen entgegenzutreten. Wenn es abso-
lut nicht möglich sein sollte, daß das deutsche
Volk

Volk durch die Festsetzung einer solchen Steuer darauf kommt, daß einem solchen Vergnügen Halt geboten werden muß, dann setzt mit der hohen Steuer die gesunde, gerechtfertigte Strafe ein. Wenn kein Unterschied zwischen Ergiebigkeit und Kulturzwecken gemacht werden soll, dann muß Herr Mäde auch der Entscheidung unseres Ministers Örtter rechtgeben, wenn er sagt: „Laß sie ruhig Hazard spielen, wenn sie nur ihre Abgaben zahlen.“ Richtig ist allerdings, daß der Staat dabei gewinnt, und wenn das ihre Ansicht ist, dann trennen sich unsere Ansichten in dem Punkt. Ich bin der Ansicht, daß bei solchen Steuerfragen es die vornehmste Aufgabe ist, zu ermöglichen, daß Kultur- und Bildungszwecke Berücksichtigung finden.

Stadt v. M ä d g e : Ich halte an meiner Ansicht den Grunde nach fest, daß durch eine Steuer das Volk moralisch zu beeinflussen, nicht das Richtige ist. Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg anerkannt hat, daß die Ausführungen, die ~~ich~~ wir vorhin zu machen erlaubte, gewisse Grundlagen böten, die an sich richtig und begrüßenswert sind, dann vermag ich nicht einzusehen, warum sie nicht noch jetzt richtig verbessert werden sollen - zum Richtigmachen ist es niemals zu spät - und ^{nur} aus dem Grunde, weil wir im vorigen Jahre eine Steuer aufgezogen haben, die alle möglichen Mängel zeigt, die man vermeiden könnte. Man könnte sehr wohl sagen: „Nun, dann wollen wir es jetzt anders machen,“ aber nicht richtig ist es, zu sagen: „Weil das nun einmal da ist, hat es Anspruch darauf, ^{es} behalten zu werden.“ Ich halte das vorgelegte Statut für verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig, und deshalb

deshalb bitte ich, in der Gesamtaussprache die Vorlage von vornherein zurückzuweisen und anheimzugeben, die ganze Sache nach anderen Grundsätzen aufzuziehen, indem der Gedanke der Ergiebigkeit und nicht der Wert der einzelnen Veranstaltungen der Steuerveranlagung zugrunde gelegt wird.

Stadtv. S t e g m a n n : Nur wenige
Worte. Herr Stadtrat von Frankenberg versuchte
die Ausführungen meines Parteifreundes Regener
damit zurückzuweisen, daß er sagte : Im Finanz-
ausschuß hat ein Herr Ihrer Fraktion selbst
erklärt, daß er, der gegenüber der Steuer vor
zwei Jahren sich ablehnend verhalten habe, jetzt
anderer Meinung sei. Den Namen wollte der Herr
Stadtrat nicht nennen - ich bin es, der mit den
Worten gemeint ist. Gewiß, wir haben seiner-
zeit die Steuer mit ^{Nägeln} Händen und Zähnen bekämpft,
und zwar grundsätzlich. Als ^{wir aber mit} ~~sie aber trotz~~
~~unseres Kampfes abgelehnt wurde, haben wir~~
~~unsern Aufruf allein bleiben, haben wir~~
~~als jene Steuerverlage uns unterbreitet wurde,~~
mitgearbeitet und versucht, ihr die Giftzähne
auszubrechen und sind dafür eingetreten, daß
die ~~ärmeren~~ Klassen und alle diejenigen, die
die Steuer nicht tragen können, gelinde be-
handelt wurden. Jetzt, wo sich die Stadt in
den

dem größten Dalles befindet und Steuern über Steuern erfunden werden müssen, sind wir der Ansicht, daß ^{man nun} auch diese Steuer ^{nicht fördern kommt} ~~bewilligt werden muß~~, ^{kommt.} und Sie werden auch nicht gehört & haben, daß Herr Regener die Steuer grundsätzlich abgelehnt hat. Es ist etwas anderes, ob wir die Steuer, wenn sie nun einmal als notwendig eingebracht wird, anerkennen oder ob wir darauf sehen, daß nicht die Existenz einzelner Bevölkerungsschichten durch die Steuer erdrosselt wird. Wir werden zu dem Zwecke in der Einzelberatung unsere Anträge stellen. Insbesondere wollen wir dafür eintreten, daß diejenigen Vereine, deren Veranstaltungen ein höheres Interesse darbieten, nicht sans façon wie jeder beliebige Rauchklub behandelt werden. Der Herr Stadtrat sagt, wir wollen nicht als Erzieher auftreten, aber dahin müssen wir wirken, daß Vereine, die erzieherisch wirken,

so behandelt werden, daß sie mit gelinden Steuersätzen abkommen oder von der Steuer frei sind.

Die Anträge, die wir in dieser Hinsicht stellen, bitte ich ~~nach Möglichkeit~~ zu unterstützen.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich bitte dringend, den Antrag des Herrn Mäde abzulehnen, und zwar wesentlich aus den Gründen, die Herr Stadtrat von Frankenberg angeführt hat; ich möchte sie unterstreichen. Wir haben seit 1 1/2 Jahren im wesentlichen dieselbe Staffelung, wie sie im Entwurf sich verkündet; die Gesamteinteilung hat die Feuerprobe bestanden. Zu einer erneuten Stellungnahme zu dem alten Statut zwingt uns die Tatsache, daß andernfalls wir Gefahr laufen, mit unseren Sätzen unter die Reichsvorschriften zu fallen, die - wie Herr Regener vorgetragen hat - weit geringere Sätze vorsieht. Wenn das Reichsgesetz allein Gültigkeit für unsere Stadt haben sollte, dann würde eintreten, daß die bisherigen Steuerpflichtigen ganz erheblich entlastet würden zu einer Zeit, wo die Stadt die Einnahmen aus der Lustbarkeitssteuer schlechterdings nicht missen kann.

Wir

Wir haben in unserem Voranschlage mit diesen Steuersätzen und dem Erträgnis daraus gerechnet und können das nicht plötzlich bei Seite lassen. Auch Herr Drews, Herr Mädge und Herr Regener werden nach den Vorschriften, die uns vom Reiche aus gegeben sind, keine bessere Steuer zur Hand haben. Es dreht sich formell darum, die Steuersatzung zu verabschieden und die Steuer so zu gestalten, daß sie möglichst ertragreich ist, wie ja auch Herr Mädge wünscht. Den Entwurf jetzt zurückzuweisen, das würde nur Unheil anrichten.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Die Lustbarkeitssteuer bringt augenblicklich für die Wintermonate ungefähr 200 000 M monatlich an Steuern ein. Würde jetzt eine Zurückverweisung der Vorlage beschlossen, so würden wir - da kein Gedanke daran ist, uns vor dem 15. Dezember mit den geehrten Herrschaften auf einer neuen Grundlage zu verständigen - vom 15. Dezember ab die Reichssätze solange gelten lassen müssen, bis die Verständigung zwischen den städtischen Behörden erreicht und die Genehmigung durch das Ministerium und das Landesamt herbeigeführt ist, und dadurch würde uns in jedem Monat die Differenz zwischen 100 000 und 200 000 M entgehen. Es zeigt dies, wie bedenklich es ist, dem Gedankengang des Herrn Mädege zu folgen. Das höfliche Lob, das ich seinen Ausführungen gespendet habe, ist wohl in etwas

zu

zu weitgehender Weise von ihm aufgefaßt. Meine Worte sollten von Anfang an darauf hindeuten, daß der Weg, den wir vor 1 1/2 Jahren gegangen sind, den Vorteil für sich hat, daß auch eine heilsame Sonderung der Gruppen eintrat hinsichtlich der Abgabefähigkeit. Es ist keineswegs von mir gesagt, daß der damals von uns betretene Weg falsch ist, ich halte ihn heute noch für richtig. - Ich bitte die geehrten Herrschaften, nun recht bald in die Einzelberatung einzutreten.

Stadtv. R e g e n e r : Ich bitte, dem Antrage des Herrn Mäde doch beizustimmen, und zwar deshalb, weil das Statut ein zu sehr kompliziertes ist. Es war gewiß auch von meinen Parteivertretern nicht beabsichtigt, der Stadt Steuermittel wegzunehmen; man will auch ihr mehr zuführen, nur können wir uns nicht bereit finden, das in dem hohen Maße zu tun, wie das bei einzelnen Punkten vorgeschlagen ist (Zuruf Jasper: Das kann bei den einzelnen Paragraphen geregelt werden!)

Wenn der Rat heute sagt, daß das Statut am 15. Dezember unter Dach gebracht werden muß, dann bitte ich zu berücksichtigen, daß am 9. Juni die Bestimmungen über die Vergnügungssteuer erlassen und am 16. Juni vom Reichsrat publiziert worden sind, aber bisher ist vom Rat in der Sache nichts geschehen. Jetzt, wo der Endtermin vor der Türe steht, sagt der Rat :

.Eile

„Eile tut not!“ und will in schneller Beratung die Vorlage durchpeitschen. (Zuruf Jasper : Seit dem 1. September ist die Vorlage dem Hause zugestellt.) Ich bitte, dem Antrage des Herrn Mäde beizutreten. Die vereinigte Gastwirteorganisation hat unter Zugrundelegung des Reichsratstarif eine Eingabe beigebracht und vorgeschlagen, um eine Vereinfachung herbeizuführen, für Eintrittspreise bis zu 10 M 20 % und darüber hinaus 30 % zu erheben. Ich bitte Sie mit dem Antrage Mäde zugleich einem Amendement, das ich stellen werde, zuzustimmen, daß der Beirat, der für das Gastwirtsgewerbe anerkannt wurde, bei der Vorberatung mit zugezogen wird, damit die Geschichte nicht nur vom grünen Tische aus geregelt wird, sondern auch Leute vom Fach ihr Verständnis mit in die Wagschale werfen können.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ich darf mit aller Bestimmtheit den Vorwurf zurückweisen, der in den Worten des Herrn Regener liegt, als ob diese Vorlage am grünen Tisch entstanden wäre. Ich habe noch keine Vorlage der geehrten Versammlung zu unterbreiten die Ehre gehabt, die sich wie diese der ^{Abprüfung} Zustimmung der Gastwirte- wie Lichtspielkreise erfreut hat. Wenn je ein Vorwurf gänzlich aus der Luft gegriffen war, so war es der des Herrn Regener. (Zuruf Regener: Haben Sie uns die Zahlen genannt? Darauf kommt es an.)

Stadtv. J a h n s : Ich glaube, wir alle sind nicht dafür, daß das solide Gastwirtsge-
werbe durch die Vergnügungssteuer erdrosselt
wird, wie Herr Regener meint, daß es durch diese
Steuer geschieht. Ich für mein Teil halte die
Lustbarkeits- oder Vergnügungssteuer für eine
gesunde Steuer, es werden durch sie diejenigen
getroffen, die sich ein Vergnügen zu leisten
noch in der Lage sind. Betrachten Sie sich den
Mittelstand und den Stand derjenigen, die durch
positive Arbeit nichts mehr erwerben können;
die zu diesen Ständen gehörigen können sich ein
Vergnügen nicht mehr leisten, sondern nur die-
jenigen, die tatsächlich gute Einnahmequellen
zu verzeichnen haben. Wer gewillt ist, derarti-
ge Stätten aufzusuchen, wo Variétévorstellungen
geboten werden und derartiges, der mag auch die
Steuer zahlen. Ich habe dadurch, daß ich Besuch
hatte, einmal ein solches Ding besuchen müssen
und

und habe mir nachher sagen müssen : Es ekelt einen an und man muß sich beschämt fragen : Wie kannst du hierher Besuch führen oder mit deiner erwachsenen Tochter in ein solches Lokal gehen. Solche Vergnügungen soll man ganz ungeheuer besteuern, denn die Besucher empfinden es nicht so scharf, ob sie 20 oder 50 % Steuer bezahlen müssen. Meines Erachtens ist hier gerade eine hohe Steuer recht gesund; sie trifft diejenigen, die zahlen können und die zahlen sollen. Ich bin dafür, dem Antrage des Herrn Dr. Jasper zu entsprechen und die Einzelberatung vorzunehmen. Wenn Anträge auf Abänderungen gestellt werden, so können sie bei der Beratung heute genau so gut beachtet werden wie später.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Herr Regener redete von durchpeitschen - ich habe schon darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorlage vom 1. September datiert ist; Muße, um Stellung zu ihr zu nehmen, war also genug vorhanden. Der Herr Stadtrat hat mitgeteilt, daß die Beteiligten bereits in weiten Kreisen gehört worden sind, und ich halte mich als den Vorsitzenden des Finanzausschusses für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß Herr Stadtv. Drews mit zu dem vorberatenden Ausschuß gehört hat, obgleich mir das geschäftsordnungsmäßig bedenklich erschien. Daß eine Besteuerung der Vergnügen stattfinden soll und daß ferner die Klasseneinteilung im wesentlichen richtig ist, darüber bestand Einstimmigkeit im Ausschuß, es handelt sich heute hier eigentlich nur um die Einzelheiten.

Stadtv. S i e v e r s : Meine Damen und Herren! Ich kann mich auf die Erklärung beschränken, daß wir diese Steuer ablehnen werden, da sie eine solche ist, die die große Masse trifft. Es ist nicht so, wie es Herr Jahns geschildert hat, daß er mit seinen Steuerprojekten moralisch Einflüsse ausüben kann. Das ist hier gar nicht die Frage, sondern es handelt sich darum, ob für einen Kinoplatz 3 M oder 3,60 M ~~Steuer~~ gezahlt werden soll. Das ist die einzige Frage, die hier zur Tagesordnung steht. Wir sind der Auffassung : Wenn sich die große Masse ^{nurmal} einen Genuß verschafft, so soll das kein Anlaß für die Stadt sein, es zu besteuern. Um diesen Entwurf uns möglichst lange vom Halse zu halten, werden wir für den Antrag des Herrn Mäde stimmen.

Der Antrag Mäde auf Zurückverweisung
der Vorlage wird abgelehnt.

Stadtv. D i e t e r m a n n : Zu dem Anschreiben des Rats habe ich nichts besonderes zu bemerken. - Es wurde in der Kommission bemängelt der einzelne Satz : „Dieser Entwurf ist nach eingehender Aussprache mit Vertretern der Gast- und Schankwirte, Kaffeehäuser und Lichtspielunternehmungen aufgestellt.“ Es könnte dadurch der Eindruck erweckt werden, als wenn die Besitzer der Gast- und Schankwirtschaften sowie der Kaffeehäuser mit der ganzen Vorlage einverstanden gewesen seien. Das stimmt nicht, sondern Herr Stadtrat von Frankenberg hat den betreffenden Herren nur die Vorlage außer der Staffelung der Beträge vorgelegt.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :
Der Herr Berichterstatter irt mit dieser Mitteilung. Ich habe die Staffe lung, wie sie der Rat vorzuschlagen beabsichtigte, den Beteiligten vorgetragen, und darauf haben die Beteiligten ihre Wünsche geäußert, die ich niedergeschrieben und dem Rat mitgeteilt habe. Darauf hat der Rat seine Entschlie ßung gefaßt. Auf diese Weise ist die an die geehrten Herrschaften abgegebene Vorlage entstanden. Hätte ich, nachdem der Rat beschlossen hatte, wieder die Beteiligten gehört, wann wären wir dann mit den Vorberatungen fertig geworden, denn dann hätte ich beim Rat wieder Vortrag halten und so das Spiel mit Grazie ins Unendliche wiederholen müssen. Die Beteiligten sind gehört, und ich habe vielerlei von dem, was ich aus der Aussprache mit den Gastwirten und Kinobesitzern entnahm, dem Rat unterbreitet und habe das Gesamtergebnis jener Beratung zum Gegenstand meiner Berichterstattung in Rate gemacht.

Stadtv. D i e t e r m a n n : Ich habe das eben in meiner Berichterstattung nur erwähnt, damit uns nicht der Vorwurf gemacht werden kann, wir hätten diese Sache im Ausschuß nicht besprochen.

Es wäre nun vorzuschlagen, einen Absatz nach dem andern zu beraten.

V o r s i t z e n d e r : Da bei jedem Paragraphen eine Abstimmung vorzunehmen ist, möchte ich die Herrschaften bitten, hier im Saale zugegen zu bleiben. Es ist nicht gutzuheißen, wenn die Zahl der Abstimmenden nicht so ziemlich die volle Versammlung ausmacht.

Stadtv. **D i e t e r m a n n** : Zu § 1, I
ist nichts zu bemerken.

§ 1 II A hat folgenden Wortlaut:

„Zu den „Vergnügungen“ im Sinne dieser Vorschriften rechnen insbesondere :

A. Geistliche Konzerte, Oratorien, Kirchenkonzerte, gewerbsmäßige Ausstellungen von Gemälden, Bildwerken und sonstigen Gegenständen der Kunst und des Kunstgewerbes.“

Die Kommission schlägt vor, diesen Absatz so bestehen zu lassen, wie er vom Rat beantragt ist.

V o r s i t z e n d e r : Herr Dietermann,
es würde sich empfehlen, die Verschiedenheiten
des Entwurfs gegenüber der früheren Satzung
hervorzuheben.

Stadtv. D i e t e r m a n n : Es sind
4 Gruppen von der Kommission vorgesehen mit der
Bezeichnung A, B, C, D. Das Vorgelesene be-
trifft die Gruppe A, und die Kommission bittet
um Zustimmung.

V o r s i t z e n d e r : Unter A stand früher noch : „Aufführungen und Konzerte des Landestheaters sowie Veranstaltungen in den nicht zu Erwerbszwecken dienenden Museen, Schulen und ähnlichen Anstalten sind steuerfrei, ebenso die Veranstaltungen des Vereins 'Volkslesehalle.'"

Es soll durch diese Fortlassung nicht ausgedrückt werden, daß diese Veranstaltungen künftighin nicht mehr berücksichtigt werden sollen, sondern sie finden ihre Berücksichtigung unter § 2, der so wie so neu hat eingefügt werden müssen.

Stadtv. Dr. M ä d g e : Ich sehe in diesem Absatz genannt: „Geistliche Konzerte, Oratorien“, und vermag von meinem Standpunkt aus nicht einzusehen, wo denn eigentlich der Wertunterschied oder sonstige Unterschied zwischen den beiden genannten ^{von} und weltlichen Kunstdarbietungen liegen soll. Warum wollen Sie etwa, wenn nicht gerade Oratorien, sondern musikalische Kunstwerke auf weltlichem Gebiet zur Aufführung kommen, etwas anderes Platz greifen lassen als beim geistlichen Konzert. Außerdem vermisste ich, daß rein künstlerische Theaterveranstaltungen aufgeführt sind. Wenn etwa eine aus Weimar oder Berlin kommende Theatergruppe Vorstellungen gibt, wüßte ich nicht, warum sie nicht unter diesen Gesichtspunkt fallen soll, wie er hier erwähnt ist. Ich bitte um Aufklärung über die Gesichtspunkte, die hier maßgebend sein sollen.

Stadttrat v o n F r a n k e n b e r g :
Wir haben in der bisherigen Satzung die Fassung
so gewählt, weil wir uns gesagt haben, daß
derartige Veranstaltungen und ihr Besuch be-
sonders begünstigt werden soll. Das war der
leitende Gesichtspunkt für uns. Wenn wir erst
anfangen wollten, inbezug auf Theatervorstellun-
gen den Wert der reinen Kunst genau abzuwägen,
dann würde, wie ich glaube, die Schwierigkeit
in der Durchführung im einzelnen außerordent-
lich groß werden, während es ohne weiteres
gegeben ist, zu sagen, was ein geistliches
Konzert, ein Kirchenkonzert, ein Oratorium ist.
Es ist wünschenswert, daß man bei Erlaß von
Steuervorschriften an die Anwendung und Recht-
sprechung denkt. Wir wollen doch nicht einen
Rattenkönig von Prozessen durch unsere Satzung
herbeiführen, sondern die Bestimmungen so

ein-

einfach wie möglich halten. Da sich die
Bestimmung in diesem Paragraphen bewährt hat,
möchte ich doch bitten, der Fassung zuzustimmen.

Stadtv. M ä d g e : Ich habe die Auskunft zur Kenntnis genommen. Meiner Ansicht nach spricht aber dafür höchstens der Umstand, daß sich die Fassung bisher bewährt haben soll. Ich verstehe immer noch nicht, weshalb unter diese Rubrik nicht auch die hochkünstlerische Darbietung von weltlicher Musik fallen soll. Man sagt wohl : Das Publikum, das geistliche Konzerte besucht, bezahlt dafür nicht viel. Es sind dort aber auch die Eintrittspreise um so billiger, und das kommt in der Steuerstaffel sowieso schon zum Ausdruck, kann also nicht maßgebend sein. Ich muß die Kasuistik, die in dieser Sache liegt und die ich schon von vornherein zur Sprache gebracht habe, auch wieder bei den einzelnen Paragraphen bemängeln.

V o r s i t z e n d e r : Ich darf wohl darauf aufmerksam machen, daß in § 3 unter 2 hinzugefügt werden soll, daß Ermäßigung oder Erlaß der Steuer vom Rate der Stadt gewährt werden kann bei künstlerischen Veranstaltungen. Der Herr Berichterstatter wird das noch erwähnen.

§ 1 A ohne weitere Besprechung, gilt als
angenommen.

Städtv. D i e t e r m a n n : In § 1 B 1
sollen aufgeführt werden :

„Theater- (das vorhergehende Wort „sonstige“
fällt weg), Konzert-, Tanz-, Zirkusaufführungen,
Singspiele, Pantomimen, lebende Bilder und
dergl.“

Die Kommission schlägt vor, dies so zu
belassen.

Stadtv. S a u e r b i e r : Meine Damen und Herren ! In der Kommissionssitzung ist die Satzung eingehend behandelt und sind die Mängel, die hervorgetreten sind durch die Vorschläge der Kommission zu beseitigen versucht.

Es sind uns nun Bedenken gekommen, daß man, obwohl man Varietesachen hier in B 1 nicht einstellen wollte, doch die Zirkusaufführungen eingestellt hat. Ich möchte empfehlen „Zirkusaufführungen“ zu streichen und unter D zu bringen.

Herr Dietermann hat nicht erwähnt, daß wir die Abteilungen A bis D geschaffen haben und unter D auch die Kleinkunsth Bühnen und Varietes gebracht haben. Ich komme zu meinem Antrage, weil ich der Meinung bin, daß sich die Zirkusaufführungen von Varieteaufführungen nicht wesentlich unterscheiden. Daß sie

er-

erzieherisch wirken können, ~~A~~ fällt ja weg.
Das Auftreten von Seiltänzern läßt den Charakter der Vorführungen im Zirkus als eine Art Varieteaufführung erkennen. Da unter D schon die Varietes eingestellt sind, ist es konsequent, die „Zirkusaufführungen“ hier zu streichen und dort ebenfalls aufzuführen.

Stadtv. M ä d g e : Ich möchte zur Geschäftsordnung etwas bemerken, indem ich frage, ob es nicht zweckmäßig ist, ~~das~~ wir die verschiedenen Sachen, die in § 1 unter B aufgeführt sind erst einmal hintereinander verlesen. Dann könnte man sich darüber in eins aussprechen - aber mir ist auch das andere Verfahren recht.

Zu diesem B 1 möchte ich folgendes sagen : Ich sehe dort „Theater-, Konzert-, Tanzaufführungen usw.“ Ich vermisste an dieser Stelle das Kino und finde es nachher unter C 1. Es wird offenbar als eine Veranstaltung angesehen, die man niedriger einschätzen will. (Zuruf: Da gehen auch die Proletarier hin!) An sich ist das Kino ^{mehr befrucht} ~~ertragreicher~~ als Theater und Konzert ; es werden ^{aber nicht genug} dort höhere Eintrittspreise erhoben. Jedenfalls vermag ich nicht einzusehen, weshalb man sagen will, Konzert und 2 Tanzaufführungen, Singspiele,

Pantomimen

Pantomimen, lebende Bilder, ursprünglich auch Zirkusaufführungen, können hier in Frage und unter der anderen Gruppe der Kinematograph. Im Kino gibt es gewiß eine Menge Schauerstücke, es werden aber auch hochkünstlerische Sachen geboten, Vorführungen von ersten deutschen Künstlern in vorzüglicher Art dargestellt. Dabei handelt es sich durchaus um Kunstwerke, die man mit dem Theater und Konzert auf eine Stufe stellen kann. Um feststellen zu können, wie die Ertragsfähigkeit ist, müßte man eine Kalkulationsrechnung haben. Man kann nicht auf gut Glück sagen, das brächte etwas ein und das nicht. Wer kennt die Unterlagen für die Ausgaben der Kinos; wer weiß, wie sie belastet sind und welchen Reinertrag sie bringen? Wer denkt an den Stand der Filmaktion? Bisher habe ich immer nur Ungünstiges darüber gelesen.

(Zuruf

(Zuruf: „Sie sind wohl Filmaktionär!“ - Wird vom Redner verneint. Heiterkeit.) Ich kann diese Behauptungen natürlich nicht im einzelnen mit Zahlen belegen, muß aber erwarten, wenn gesagt wird, die Sache sei ertragreich, daß Unterlagen dafür da sind, und nicht nur auf Vermutungen ~~Miß~~ hin hier beschlossen wird. Solange diese wirtschaftlichen Unterlagen nicht beigebracht sind, muß man auf die Vermutung kommen, daß ein moralisches Werturteil mit der Einstellung der Kinos an diesem Platze gefällt wird. (Zuruf: Die Steuer für die Kinovorführungen besteht ja schon lange.) Gewiß, aber sie soll heute von neuem beraten werden und ich protestiere dagegen, daß diese wieder so wie früher gemacht wird. Ich halte die Eingruppierung des Kinos für einen Fehler, es

muß

muß hineingebracht werden ^{früher} bei „Zirkusaufführungen“.

(Zuruf: Sie besuchen wohl wenig Kinos?) Ich habe leider wenig Zeit dazu.

V e r s i t z e n d e r : Herr Mäde hat sich zur Geschäftsordnung dahin geäußert, daß er eine Verlesung der sämtlichen 10 Punkte von B wünsche. Ich möchte hinzufügen: Auch eine Verlesung der Punkte C und D. Das würde das Gute haben, daß nachher die Ansicht, wie sie die Kommission vertreten hat, nicht wiederholt zu werden braucht; man sieht gleich, dies und das ist schon berücksichtigt und es würde einer unnützen Rederei wahrscheinlich ein Riegel vorgeschoben sein.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Herr Mädge hat Ausführungen zur Sache gemacht und hat zugleich eine geschäftsordnungsmäßige Anregung gegeben, aber keinen Antrag gestellt. Ich sehe keinen Grund ein, eine Geschäftsordnungsdebatte vom Zaun zu brechen, sondern möchte nur der Anregung widersprechen. Die heutige Verhandlung setzt voraus, daß jeder die Vorlage kennt, und Herr Mädge kennt sie aus dem ff. Durch die Art und Weise, wie er vorzugehen beliebt, würde verhindert werden, daß sachgemäße Anträge gestellt werden können, wenn man nicht einen großen Wurstkessel einrichten will, in dem der eine von Ziffer 1, der andere von 2 und 3/4 wieder ein anderer von 5 reden würde. Die Einteilung ist erforderlich, um jeden ~~Gegen~~ Gelegenheit zu geben, an der rechten Stelle seine Meinung zu äußern. Herr Mädge ist ja sachverständig

für

für Schlangemenschen, Tingeltangel und Oratorien und kann bei jedem Punkt seine Stellungnahme zum besten geben. Wenn der Herr Berichterstatter das alles verliest, würde nichts weiter dadurch erreicht werden, als daß er ein Hausleerer wird.

Was der Herr Berichterstatter noch tun könnte, wäre, einen Gesamtüberblick über die Gestaltung des § 1 zu geben, und wenn es Herr Dietermann nicht übel nimmt, kann ich das mit ein paar Worten statt seiner tun.

Der Ausschuß hat es nicht bei der bisherigen Drei-Einteilung gelassen, sondern hat eine Vier-Einteilung vorgenommen, indem er im wesentlichen den zweiten Teil der Ziffer C herausgenommen und zu einer Gruppe D gemacht hat und mit dieser Gruppe D ^{zusammengefaßt} ~~zusammengefaßt~~ ^{zusammengefaßt} einige Veranstaltungen, die unter B 2 aufgeführt sind.

Das

Das ist - wie Herr Sauerbier schon angeführt hat - Kleinkunstbühne, Variete, Spezialitäten und Rauchtheater. Zu diesen am meisten zu besteuern den Unternehmungen wünscht Herr Sauerbier die in B 1 zu streichenden Zirkusaufführungen hinzuzunehmen.

Im Ausschuß sind wir ~~st~~ so verfahren, daß wir zunächst die Frage der Gruppeneinteilung erörtert haben, und als wir uns für 4 Gruppen entschlossen hatten, stellte es sich heraus, ^{das hierin letzten Gruppen} daß nur in einer Stufe eine Abweichung von 10 v.H. vorhanden ist, sodaß man schwanken kann, ob eine Vier-Einteilung überhaupt wünschenswert war. Wir haben sie ^{für} wünschenswert gehalten gegen über dem Wunsche der Kino-Unternehmer, die schlechter angefaßt waren als die Spezialitätenvorstellungen, indem nicht zu verkennen war, daß sie ertragreichere Unternehmungen haben, und die ~~Voll-~~Sitzung wird nun sagen können, ob das Kino etwas minder angesehen werden soll als die Spezialitäten.

V o r s i t z e n d e r : Herr Mäde ist
mit dieser Auskunft wohl zufriedengestellt.

Stadtv. S t e g m a n n : Ich möchte mich gegen den Antrag Sauerbief wenden. Auch in der Sitzung des Finanzausschusses ist ursprünglich versucht worden, die Zirkusvorstellungen, Variete und Spezialitätenvorstellungen aus diesem ersten Punkt der Gruppe B herauszubringen in die Gruppe C, wir sind aber davon abgekommen und haben sie in dieser Gruppe belassen. Bedenken Sie bitte, was es bedeuten würde, daß gerade die Zirkusvorstellungen, die so stark von den Minderbesitzenden besucht werden, mehr besteuert werden sollten. Außerdem würde man durch die höhere Besteuerung vielleicht erreichen, daß die Zirkusse Braunschweig mieden. Sie haben bisher der Stadt Einnahmen gebracht und damit könnte man zufrieden sein. Ich bitte Sie dringend, den Antrag abzulehnen und die Zirkusvorstellungen unter B zu belassen.

Stadtv. R e g e n e r : Ich möchte die Frage aufwerfen, ob es nicht richtiger ist, daß sich auch die Versammlung darüber entscheidet, ob wir 4 Klassen machen oder es bei der Ratsvorlage belassen. Aus dem Munde des Herrn Dr. Jasper haben wir gehört, daß ein nennenswerter finanzieller Unterschied nicht besteht. Man schafft eine Abteilung mehr, aber für die Stadt springt dabei ein Ertrag nicht heraus. Ich stelle den Antrag, die Ratsvorlage wieder herzustellen.

Stadtv. S a u e r b i e r : Ich habe mich bei meinem Antrage davon leiten lassen, daß mögliche Gerechtigkeit eintreten soll. Es muß anerkannt werden, daß der Zirkus mehr oder weniger dem Variete ähnlich geworden ist. Wir sehen nicht mehr das Bild des Zirkus, wie wir es von früher gewohnt sind, kein Schulreiten usw., das erzieherisch auf die Jugend wirken soll. Wenn gesagt wird, daß wir erreichen würden, daß kein einziger Zirkus hierherkommt, so geschieht das wohl so wie so nicht. Da die Zirkusse ganz gewaltige Preise nehmen, kann man ruhig sagen, daß sie entsprechend den Spezialitäten besteuert werden sollen.

Die Anregung des Herrn Regener, erst einmal über die Einteilung in 4 Gruppen eine Entscheidung zu treffen, möchte ich entschieden unterstützen. Dadurch würde klar werden, warum die einen nach C, die andern nach D kommen sollen.

Herrn Stegmann möchte ich erwidern, daß der Unterschied ~~fr~~ zwar in der einen Stufe nur 10 %

be-

beträgt, daß das aber doch etwas ausmacht. Maßgebend ist in der Ausschußsitzung gewesen, daß man den Kinos nicht allzu hart auf die Hühneraugen treten wollte; die Vorlage sah etwas höhere Sätze vor. Man sagte sich: die Kinos stellen das vor, aus dem die Stadt etwas herausziehen kann, und eine zu scharfe Heranziehung würde das in Frage stellen. Außerdem trifft man die minderbemittelte Bevölkerung am meisten mit der Kinksteuer. Man sagt, es ist das Theater des kleinen Mannes. Bei zu hohen Steuern würde das eintreten können, was Herr Mäde meinte. Richtig aber ist es, daß sie mit den billigeren Sätzen auskommen können. Die Kinos haben sich doch bis jetzt einigermaßen gut gehalten, haben bei bestehenden Aktiengesellschaften Dividenden verteilt und es sind auch neue Kinos gegründet - wie man sagt, soll ja demnächst noch eins in hiesiger Stadt entstehen. Darum bin ich der

An-

Ansicht, daß man das Kino unter allen Umständen an der Stelle belassen soll, wo es heute steht. Wir sehen, daß das Publikum sich an die V mit den Steuersätzen verbundenen Preise gewöhnt hat.

Im Übrigen muß man zugeben, daß im Kino auch künstlerische Vorführungen gegeben werden können, wenn man es will. Weshalb es nicht geschieht, das ~~V~~ wollen wir eben nicht näher untersuchen. Die heutigen Vorführungen sind allerdings meist zweifelhafter Natur, doch es kommen auch einmal schöne Landschaften und etwas vor, das erzieherisch wirken kann. Man konnte in der Ausschuss-sitzung unmöglich zugestehen, daß Tingeltangel und Variete mit dem Kino über einen Kamm geschoren werden. Das war der Grund, daß wir uns auf die Vier-Einteilung festgelegt haben. Ich möchte Sie bitten, sich damit einverstanden zu erklären, daß die 4fache Gruppierung beibehalten wird.

Stadt. M ä d g e : Der Vorschlag des Herrn Regener scheint ganz praktisch zu sein, aber ich weiß doch nicht, ob wir damit etwas Sachgemäßes beschließen. Haben wir uns auf 3 Abteilungen festgelegt, so könnten wir es erleben, daß wir bei der Einzelberatung alles überhaupt nur in 2 Gruppen einteilen, indem wir bei keiner einzelnen Sache sagen: „Hier liegt keine Ursache vor, sie in Gruppe C zu stellen,“ und dann hätten wir eine leere Gruppe. So fürchterlich schlimm wäre das ja nicht, denn dann könnten wir die Gruppe C einfach wegstreichen.

Ich möchte den Antrag stellen, in B 1 auch Kabarett und Kino aufzunehmen. Das Kabarett scheint in schlechtem Rufe zu stehen (sehr richtig!), man nimmt ohne weiteres an, Kabarett und Kleinkunstabühne seien minderwertig. Ich fürchte nur, daß da nicht der richtige künstlerische Maßstab an ^{denen} ~~die dortigen~~ Darbietungen an-

^{steht man}
gelegt wird sondern ^{auswendig} sich einseitig auf mora-
lische Grundsätze oder sonstige Erwägungen an-
stellt, die mit Kunst schlechthin nichts zu
tun haben. (Zuruf Slevors: Die höhere Tochter
des Herrn Jahn!) Darüber kann man sich furcht-
bar schwer einigen, und ich glaube, auch die
Ansichten der Versammlung werden darüber diamet-
ral auseinandergehen, so daß wir uns hier nie
werden verständigen können, was wir als Kunst
anzuerkennen haben und was als minderwertig
angesehen werden muß. Von meinem Standpunkt
aus kann ich nur sagen: In Kabarett kann genau
so gut wie in Theater hochwertige, erstklassige
Kunst geboten werden. Es kann dort natürlich
auch Mißbrauch getrieben werden, aber auch
in Theater kann das geschehen, und der schlimm-
ste Mißbrauch ist, wenn in Theater Schund aufge-
führt wird, was man oft erleben kann. Ich sehe
nicht ein, warum diese Sachen nicht gleichmäßig
behandelt werden sollen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g :

Ich möchte ganz kurz erklären, daß wir persönlich der Antrag Sauerbier, die Zirkusaufführungen betreffend, von einer sehr gesunden Grundlage, nicht nur wegen der besonderen Ergiebigkeit, sondern auch wegen der besseren Handhabung der Steuer anzugehen scheint. Wir im Rathaus werden es mit Freuden begrüßen, wenn wir in ^{keine} haarspalterischen ^{Heft-}Unternehmungen zwischen Spezialitäten und Zirkus einzutreten haben. Dasselbe gilt auch von alle den Sachen, die die Kommission unter D zusammenzufassen vorschlägt.

Stadto. L e h n e r t : Wenn in dieser Weise mit der Verhandlung fortgefahren wird, dann wird es wirklich ein Vergnügen, das wir uns heute abend erlauben. Ich möchte ersuchen, gemäß der Geschäftsordnung den einzelnen Stadtverordneten nur zweimal das Wort zu einem Punkt zu erteilen, und wenn ein Redner die festgelegte Redezeit ~~überschreitet~~ überschreitet, hat der Vorsitzende erst die Voraussetzung zu fragen, ob der Betreffende weiterreden soll. Es scheint von der bisher üblichen strengen Methode, die bisher hier Mode gewesen ist, abzuweichen zu werden und damit könnten wir erlauben, daß der Vorsitzende allein hier sitzt und die übrigen Stadtverordneten nach Hause gehen sind.

V o r s i t z e n d e r : Ich schreibe
mir immer auf, wer sich zum Wort meldet und
wie oft ihm das Wort erteilt wird. Bei der Be-
ratung dieser Satzung kann es sich nur darum
handeln, daß zu dem jeweils zur Beratung stehen-
den einzelnen Punkt der Redner nicht mehr als
zweimal zum Wort kommt. - Auch Herr Hädke hat
zu dem eben behandelten Punkte nur zweimal
gesprochen.

Stadtv. S i e v e r s : Herr Mädge hat ~~am~~ dafür gesprochen, daß möglicherweise ~~eine~~ von den 4 geplanten Gruppen eine unter den Tisch fallen könnte. Dazu möchte ich bemerken, daß für mich, der ich den Beratungen im Ausschuß nicht beigewohnt habe, diese ganze Art der Beratung ein schwieriges Ding ist. Erst auf ~~hinter-~~ ^{dem} ~~listigen~~ ^{sehr feinen Wege} bin ich dahinter gekommen, daß ~~man die~~ ^{man} Einteilung in 4 Gruppen plant. Ich erlaube mir die Anfrage an den Herrn Referenten, wie diese 4 Gruppen besteuert werden sollen, ob sich ~~die~~ ^{die} Besteuerung ~~nach der Zugehörigkeit~~ zu A,B,C ändern wird, wie hoch die Sätze sind, ob sich die Summen 1,2,3 und 5 Mark ändern werden. Dann erst habe ich die Möglichkeit, mir ein Bild zu machen, wie es werden wird, wenn z. B. der Zirkuß in Gruppe A,B oder D steht. Wie bisher verfahren wurde, ist es ein Unding, klar

zu

zu erblicken, was der Finanzausschuß aus der
Ratsvorlage gemacht hat.

V o r s i t z e n d e r :

Ich glaube auch, daß die Versammlung
bisher kein klares Bild aus der Verhandlung
gewonnen hat. Allein die Mitteilung, daß 4 Grup-
pen eingerichtet werden sollen, genügt nicht,
es hätte müssen der § 5 mit gestreift werden;
das ist doch entscheidender für die Beurteilung.

Stadt. B u r g d o r f f : Es dürfte zweckmäßig sein, zunächst über die Gruppeneinteilung selbst das Nähere zu erfahren. Sodann möchte ich zu dem Antrage Sauerbier bemerken, daß ich empfehlen möchte, die Zirkusvorstellungen unter dieser ersten Gruppe zu belassen, denn auch diese hat ihr Publikum, und zwar ein ziemlich zahlreiches. Wir müssen berücksichtigen, daß die Zirkusunternehmungen von Stadt zu Stadt ziehen und bei den heutigen hohen Unkosten unter zu hoher Besteuerung sehr leicht der Fall eintreten könnte, daß Braunschweig von diesen Unternehmungen übergangen wird, was ich für das Geschäftsleben in der Stadt Braunschweig bedauern müßte. Aus den Landgemeinden kommt doch ein zahlreiches Publikum zu den Zirkusvorstellungen und trägt zur Erhöhung des Umsatzes der Geschäfte-

te

te bei. Deshalb möchte ich empfehlen, die
Zirkusaufführungen an dieser Stelle zu belaa-
sen und sie nicht in der Steuer heraufzusetzen.

Stadt. **D i e t e r m a n n** : Die Besteuerung der Gruppe A bleibt nach den Vorschlägen des Ausschusses so bestehen wie die Vorlage lautet, ebenso auch die der Gruppe B.

In Gruppe C lauten die Sätze:

bis 1 Mark	20%,
• 2	• 20%,
• 3	• 40%,
• 5	• 40%,
• 10	• 40%,
Über 10	• 50%.

Für Gruppe D wird vorgeschlagen: 20,30, 40,40,50,50%.

V o r s i t z e n d e r : Nein, Gruppe D sieht am Schluß dreimal 50% vor. Es ist dort maßgebend die Skala, wie sie der Rat für Gruppe C vorgeschlagen hatte, also

20,30,40,50,50,50%.

Der Klarheit wegen könnten Sie neben die frühere Gruppe C2, jetzt Gruppe D, gleich das Fehlende hinschreiben. Gruppe D enthält nach dem Antrage des Ausschusses folgende Veranstaltungen: „Die Veranstaltung von Tingeltangel-, Kabarett-, Kleinkunstbühne-, Varieté-, Spezialitäten-, Rauchtheater- und ähnliche Vorführungen.“

Die nicht in der Vorlage stehenden Veranstaltungen sind genommen aus B2 und hier eingeschoben. Nun hat Herr Sauerbier beantragt, daß die Zirkusvorführungen auch nach D kommen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g :
Herr Dietermann hat den kleinen Irrtum wohl
schon berichtet, daß bei C die zweite Staffel
nicht 20, sondern 30% umfassen soll.

Herrn Burgdorff möchte ich erwidern: Wir
können uns kaum retten vor Anträgen auswertiger
Zirkusvorstellungen. Zu Dutzenden kommen sie an
uns und an die Polizeidirektion. Die Unternehm-
er sind auch bereit, sich allen von uns gestell-
ten Bedingungen anzupassen. Dagegen bin ich
aus Mitleiden wiederholt dringend gebeten
worden, dafür zu sorgen, daß die Zirkusunterneh-
mungen schärfer herangezogen werden.

Stadt. J a h n s : Ich möchte Herrn
Stevens erwidern, daß ich nicht gesagt habe
„höhere Tochter“ sondern „erwachsene Tochter“,
und zu denen zähle ich auch diejenigen Damen,
die den unteren Schichten angehören und die
nicht solche Ergüsse, wie ich sie in Sinn hat-
te, über sich ergehen^{zu} lassen belieben.

Stadtv. D r e s d e : Ich möchte mich den
Anträge des Herrn Hädke anschließen, und habe außer-
dem auch schon einen entsprechenden Antrag an den
Herrn Vorsitzenden abgegeben, in dem ich wünsche,
daß Gruppe C2 mit in die Gruppe **B** gebracht wird.

Hortlaut des Antrages Dross:

„Ich beantrage, daß in Gruppe C Absatz 2
angeführte „die Veranstaltung von Fingeltangel usw.“
in Gruppe B unter 10 aufzunehmen, wonach dann in
Gruppe B Nummer 10 „Öffentliche Belustigungen usw.“

als

- 134 -

als Nummer 11 zu bezeichnen ist.

V o r s i t z e n d e r : Wir können nicht zuerst darüber abstimmen, ob B 1,2 usw. aufgenommen werden soll, weil wir in dem Falle, daß sich die Herrschaften nochher bei der Neueinführung der Gruppe B ablehnend verhalten sollten, in Verlegenheit kommen würden und ~~das~~ Zurückversetzungen vornehmen müßten. Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob die Herrschaften 2,3 oder 4 Gruppen wünschen.

Eine Zwei-Teilung hat Herr Bross beantragt.
Der Antrag lautet:

„Gruppe A und B zu einer Gruppe zusammenzuschließen, C und D ebenfalls zu einer Gruppe, und maßgebend sein zu lassen für Eintrittspreise ~~die je 5 bis 10 Mark eine Steuer von 20%, über 10 Mark 30%.~~“

Nun ist zu untersuchen, welches der weitest gehende Antrag ist. Zu dem Zwecke muß man einen Überblick zu gewinnen suchen über die

finan-

finanzielle Wirkung. Sie ^{haben} ~~liegen~~ auf Seite 5 der Vorlage, daß die Gruppe A bis 25% geht, die Gruppe B bis 40%, C bis 50 und D ebenfalls bis 50%. Nach der Aufführung der Steuersätze in Prozenten erscheint der Vorschlag der Verteilung der weitest gehende. Wenn ich eine überschlägliche Bezeichnung geben will, so handelt es sich in Gruppe A um geistliche Konzerte und Ausstellungen von Kunstgegenständen, in Gruppe B um Theater, Konzerte und Schauspielen verschiedener Art, in Gruppe C um die Kinos und in Gruppe D um Fingeltanzel, Kabarett, Spezialitäten und ähnliche Vorstellungen.

Stadt. Dr. J a s p e r : Ich bitte die Reihenfolge der Abstimmungen so zu gestalten, daß zunächst 4 Gruppen, dann 3, 2 und schließlich 1 Gruppe zur Abstimmung gestellt wird. Der Inhalt für die Gruppeneinteilung wird erst später von der Versammlung gegeben, und die Sätze der Steuer erst in § 5.

Für den Antrag der Kommission, Einteilung
in 4 Gruppen, stimmt die Mehrheit der Versammlung
(19).

V o r s i t z e n d e r : Zu 21 hat Herr
Sauerbier beantragt, die Zirkusaufführungen
herauszunehmen und sie in Gruppe 8 einzufügen.

Stadtv. S t e g n a n n : Ich möchte noch einige Worte gegen die Ausführungen des Herrn Sauerbier zu seinem Antrage sagen. Der Rat hat in seiner Vorlage die Zirkusvorstellungen unter Gruppe B gebracht und in Finanzaußschuß ist es ^{nur} den Ratsdezernenten ^{nur} und einem Ratsmitgliede eingefallen, sie in Gruppe C zu bringen. ~~Es ist damit tatsächlich eine goldene Brücke gebaut, um aus den Zirkusaufführungen noch etwas zu bringen. Aber~~ Es kommt doch darauf an, daß neben den anderen Gründen vor allen Dingen Gerechtigkeit waltet, und deshalb möchte ich daran erinnern, daß in Zirkus jedenfalls auch künstlerische Darbietungen erscheinen, z.B. die Schalreiteria. Außerdem finden Sie unter B eine Anzahl Künstler, die in einer Hude oder unter freiem Himmel ihre Darbietungen bringen, jedoch in dem Falle, daß sie in Zirkus auftreten.

Aber

höher besteuert würden, wenn der Zirkus aus dieser Gruppe herausgenommen würde. Kunstreiter, Seiltänzer, Luftspringer, Kraft- und Schlangenessen treten doch auch in Zirkus auf, und dort könnten sie höher besteuert werden, als wenn sie ihre Vorführungen in ^{eigener} ~~der~~ Bude bringen. Ist das Gerechtigkeit? Ich möchte fragen: Stehen vielleicht Bauchredner, Hypnotiseure, Verwandlungskünstler, Zauberkünstler, Ballett- und Trauhtänzer höher als Zirkuskünstler? Ich bin der Meinung, man sollte den Zirkus nicht höher besteuern als diese.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g :

Die letzten Bedenken des Herrn Stegmann halte ich nicht für zutreffend, weil wir die Kabarett- und ähnliche Vorführungen unter C und D gebracht haben. Sie müssen sich „Zirkus“ wie „Kabarett“ als Sammelbegriffe denken. Alle diese Art Vorstellungen fallen unter die höhere Steuer. Das schließt nicht aus, daß wir jemand, der mit einer einzelnen Darbietung als Schlangenessen auf die Messe zieht, gelinder fassen; einen unherziehenden Künstler würde ich für seine Person gern ein Zugeständnis machen. Wenn wir den Zirkus als Ganzes nehmen, ebenso ein Konzert in Rahmen eines Kabarett, dann sind wir von ganz gesunden Grundsätzen geleitet, die sich in der Praxis auch verwirklichen lassen.

Stadt. D r e s d e n: Wenn Sie beabsichtigen, die Spezialitäten und Varietee unter D zu bringen, dann ist es selbstverständlich, daß auch der Zirkus unter D aufgeführt wird. Die Reithunst ist in Zirkus heutzutage wenig oder gar nicht vertreten, die meisten Zirkusnummern bestehen aus Spezialitäten.

Stadtv. R e g e r. Nachdem die Vier-
gliederung beschlossen worden ist, wird es dahin
kommen, daß die härtesten Steuern wieder den
Gastwirtschaftsbetriebe, die Kabaretts halten, Bookbier-
feste, Kappenfeste usw. veranstalten, treffen muß.
Sie sind zu solchen Veranstaltungen gezwungen,
weil sie sonst keinen Absatz haben. Sie können
vielleicht die Ausgaben nicht, woran Oster
zugrunde gegangen ist. Wenn Sie auf Kosten der
Gastwirtschaftsbetriebe die Gruppe D schaffen wollen,
dann möchte ich beamttragen, den Absatz C 2 unter
Absatz B als Nummer 10 zu setzen, und B 10 als
B 11 zu bezeichnen.

Wenn ein Verein eine Kneipe abhält und die
Gäste setzen um 11 oder 12 eine Kappe auf, dann
würden sie ja nach den Sätzen unter B ganz ge-
waltig steuern. Wohin soll das führen ?

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : So-
eben hat die geehrte Versammlung beschlossen,
die Einteilung in 4 Gruppen vorzunehmen. Was
der verehrte Herr Vorredner will, schlägt diesen
Beschlusse ins Gesicht. Das würde ich mir nicht
gefallen lassen.

Stadt. R e g e n e r : Eben erst ist hier
gesagt worden, daß die Einstellung unsere Sache
ist.

Vorsitzender : Die Einteilung in 4 Gruppen ist eben beschlossen. Wenn Ihr Antrag angenommen würde, so sind Sie wohl der Meinung, andere Punkte in D hineinzubringen. Wohin würden wir damit kommen ?

Stadt. Dr. J a s p e r : Ich sehe den Antrag des Herrn Regener als eben nicht vorhanden an, er muß später behandelt werden, und zwar wenn wir dahin kommen, B 10 zu bilden. Augenblicklich steht zur Besprechung B 2 und es ist zulässig, hier Streichungen oder Einreihungen zu beantragen. Neue Anträge jetzt zu verhandeln, das geht nicht an.

Stadtv. S t e g m a n n : Mir scheint, daß die Sache immer noch komplizierter und konfus wird. Es liegt das zum Teil daran, daß ~~das Ver-~~
~~sänftis vorliegt,~~ daß der Finanzausschuß nicht die ~~Umänderungsanträge~~, die von ihm ~~zum Teil~~ beschlossen sind, nochmals hat vervielfältigen und den Stadtverordneten hat zugehen lassen, wie das sonst geschehen ist. Jetzt können nun noch neue Anträge dazwischen, sodaß die Sache so verwickelt wird, daß sie die wenigsten ver-
stehen. Ich beantrage deshalb, den zu Anfang unserer Verhandlung über diesen Punkt der Tages-
ordnung abgelehnten Antrag, die Vorlage nochmals an den Finanzausschuß zurück zu verweisen und
sämtliche Anträge den Finanzausschuß zu ^{ihm} geben, jetzt anzunehmen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Der Herr Berichterstatter, der der Parteigenosse und Nachbar des geehrten Herrn Vorredners ist, hat in so übersichtlicher Weise die Sache anschaulich gemacht und wird damit fortfahren, daß es ein schlechter Dank wäre, jetzt schließlich die Sache noch an den Finanzausschuß zurück zu verweisen. Ich glaube, das hat Herr Dietermann nicht verdient. / Zuruf Sievers: Also nur aus Liebensehrlichkeit gegen Herrn Dietermann sollen wir weiter beraten; das ist ja ein schöner Grundsatz! /

Der Antrag S t e g n a n n auf Zurückverweisung
an den Finanzausschuß wird abgelehnt (13 : 14
Stimmen).

in die Rede
Vorsitzender: Wir wollen schon Klarheit
hineinbringen; ich möchte nur bitten, sie nicht
noch weiter unnötig zu komplizieren.

Wir sind bei B 1. Dazu liegen zwei Anträge
vor : der eine will einen Punkt herausbringen,
der andere 2 Punkte hinein.

Herr S a u e r b i e r beantragt, die
Zirkus-Aufführungen hier weg zu lassen. Wohin
sie kommen sollen, das kümmert uns vorläufig nicht.
Sie wissen, daß sie nach D sollen.

Der Antrag S a u e r b i e r wird ab-
gelehnt.

Vor-

Vorsitzender: Herr M ä d g e hat beantragt
2 neue Punkte hinein zu bringen, nämlich Kaba-
rett und Kino.

Stadtv. Dr. R ü p k e: Ich möchte bitten, entsprechend der Ratsvorlage, die einzelnen Sachen vorzunehmen und von der Versammlung bestimmen zu lassen, in welche Gruppen sie kommen sollen.

Vorsitzender : Wir kommen zunächst zur Beschlussfassung über diesen Punkt B 1, über den die Versammlung gesprochen hat.

Der Antrag H ä d g e wird abgelehnt.

Weitere Anträge und Wortmeldungen zu B 1 liegen nicht vor, damit ist Punkt B 1 festgestellt, wie er von der Kommission beantragt ist.

Stadt. B i e t e r m a n n: Die Kommission schlägt vor in dem Abschnitt B 2 die Worte „Spezialitäten“ und „Variete und Rauch“ zu streichen.

Stadtv. R e g e r : Ich bitte, es bei der Ratsvorlage zu belassen, aus den vorhin von hier angeführten Gründen.

Stadtv. M ä d g e : Ich schließe mich dieser Anregung an und beantrage, in diesen Punkt auch die Kinos aufzunehmen. Ich vermag nicht einzusehen, warum sie später erscheinen sollen, und halte es für passend, sie hier mit den Spezialitäten, Varietés und Ranch-Theater-Vorstellungen aufzuführen.

Stadt. Dr. J a s p e r : Die Verantwortung, die ich nicht aufkommen lassen wollte, weil ich Herrn Hädge persönlich schätze, wird bei mir jetzt nahezu zur Gewißheit: Es sind keine sachlichen Beweggründe, die Herrn Hädge bestimmen, sondern andere. Es ist bei B 1 über die Frage abgestimmt, ob die Kinos auch der Gruppe B versetzt werden sollen, und der Antrag des Herrn Hädge ist abgelehnt. Nun meint Herr Hädge, denselben Antrag bei B 1 bringen zu sollen. Ich weiß nicht, ob dadurch eine sachliche Entscheidung gefordert wird. Wir können nun erleben, daß der Antrag bei B 3, B 4 usw. immer wieder erscheint. Ich möchte auf diese Sachlage alle Kollegen aufmerksam machen, und Sie werden dann wissen, wie solche zu verten sind. Im Ausschuß waren wir der Meinung, daß die Kinos mindestens ebenso belastet werden sollten wie bisher. Ein Entgegenkommen

kommen

kommen gegenüber den Kinos schien uns bei der Geschäftslage dieser Unternehmungen nicht gerechtfertigt, und noch weniger gerechtfertigt schien es, bei der Finanzlage der Stadt Anfälle veranlassen zu sollen.

Stadt. Dr. R u p k e: Ich möchte meine Anregung wegen der Handhabung der Beratung und Abstimmung wieder aufnehmen. Wir erleben sonst, daß bei jedem Punkt die Anregung des Herrn Rüdge wiederkommt. (Vorsitzender: Wird immer wieder abgelehnt!) Wir müssen jetzt einen Beschluß fassen, wohin die Kinos kommen sollen und dabei muß es bleiben.

Vorsitzender : Wer ist dafür, daß jeder einzelne Punkt der Vorlage einer nach dem andern zum Abschluß gebracht wird, wie ich es bei B 1 gemacht habe ? - Das ist die Mehrheit.

B 2 wird entsprechend dem Ausschußantrage angenommen.

Auf Wunsch des Herrn Stadts. N ü d g e wird über seinen Antrag, in B 2 die Lino aufzuführen, abgestimmt. Der Antrag wird abgelehnt.

Stadt. Dieternann: Die Kommission bittet, § 3 in der von Rat vorgeschlagenen Fassung bestehen zu lassen.

Vorsitzender : Wenn zu dem zur Beratung
gestellten Punkt keine Abänderungsvorschläge
gemacht werden, nehme ich die Zustimmung der
Versammlung zu dem betreffenden Punkt an.

8. § ohne Abänderungsanträge.

Stadt v. D t e r n a n n : Zu Gruppe 8 4
schlägt die Kommission vor den Absatz:

„ Geschlossene Tanzunterrichtsstunden unter-
liegen der Steuer nicht, doch müssen die Unter-
nehmer die einzelnen Tanzstundengruppen (Zirkel)
vor Beginn unter Angabe der Zeit und des Ortes
beim Rat der Stadt anmelden, widrigenfalls die
Veranstaltungen wie andere Tanzunterhaltungen
steuerpflichtig sind. Die sogenannten Prüfungs-
oder Schlußbälle und Schlußkränzchen fallen unter
die Steuerpflicht "

zu streichen. Es wurde bemängelt, daß die
Tanzstunden sich zu reinen Tanzkränzchen ausge-
baut hätten. Wer das Geld hätte, seinen Kindern
Tanzstunde geben zu lassen, könne auch die Steuer
zahlen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Ich will auf diesen Antrag des Ausschusses nicht eingehen, sondern der Versammlung die Entscheidung überlassen. Ich möchte aber hinweisen, daß in der zweiten Zeile dieses Punktes B 4 der Hinweis: „Vergleiche jedoch unter Gruppe C Nummer 2“ geändert werden muß unter der Voraussetzung, daß Kostümfeste und dergleichen der Gruppe B überlassen werden. Dann müßte es hier heißen: Gruppe D.“

B 4 wird nach den Vorschlägen der Kommission
angenommen.

B.5 ohne Besprechung, gilt als stillschweigend
angenommen.

Stadt. D i e t e r m a n n: In Punkt B 6
sollen am Schluß eingefügt werden (hinter Nach-
figuren-Kabinett) „anatomische Museen“.

Vorsitzender: Derartige „anatomische Museen“ wie sie auf der die Nase und auf die Kasse kennen, sind also nicht zu den künstlerischen Unternehmungen zu rechnen, sondern gehören unter diesen Punkt, wo auch die Nachfiguren Kabinette stehen.

16 ohne weitere Besprechung, gilt als angenommen.

B 2 ohne Änderungsanträge.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Es hat hier
leider der Druckfehlerkobold sein Wesen getrie-
ben. In der zweiten Zeile ist hinter „Schlangen-
menschen“ aufgeführt „Raucher“. Das muß natürlich
heißen „Tancher“. (Heiterkeit)

Stadt. D i e t e r m a n n: Auch in 8 8
hat der Druckfehlerentfessel. gewirkt. Es muß nicht
heißen „Messer-, Ball- oder Platten-Werfer“
sondern „Messer-Werfer“.

B 8 und 9 ohne Änderungsanträge.

Auch zu B 10 werden von Berichterstatter keine Änderungsanträge gestellt.

Stadtv. R e g e n e r: Ich bitte, jetzt
meinen Antrag zu behandeln, der lautet:

„Das in Gruppe C Absatz 2 Angeführte: „Die
Veranstaltung von Ringeltangel“ usw., in Gruppe B
unter 10 aufzunehmen, wonach dann in Gruppe B
Nummer 10 „Öffentliche Belustigungen“ usw. als
Nummer 11 zu bezeichnen ist.“

(Zuruf Hädge: Mein Antrag deckt sich damit.)

Vorsitzender: Die Voraussetzung Ihrer Anträge ist, daß Gruppe D verschwindet. Wir sind jetzt bei B 10 und können sagen: B 10 soll an der Stelle belassen werden unter der Voraussetzung, daß nicht etwa der Antrag des Herrn Regener angenommen wird.

Ohne Widerspruch.

Stadt. Dieternann: Unter die Gruppe C fallen folgende Sachen:

„ 1. Die gewerbsmäßige Vorführung von Lichtspielen aller Art (in Kinematographen, Biographen, Tonbild-Theatern und ähnlichen Veranstaltungen,

2. Die Veranstaltung von Tingeltangel-Kabarett, Kleinkunstbühnen, Variete-, Spezialitäten-, Rauch-Theater und ähnlichen Vorführungen, Bookbier-, Masken-, Kappen-, Karnevals-, Narren-, Ulk-, Kostüm-Feste, Pflanzfeste und dergleichen.“

Der Finanzausschuß beantragt, aus dieser Gruppe C 2 die Gruppe B werden zu lassen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :
Ich halte den Vorschlag des Finanzausschusses
für außerordentlich zweckmäßig schon deshalb,
weil man damit den Wünschen der Lichtspielun-
ternehmer entgegen kommt, die darüber klagen,
daß sie mit Fingeltangelunternehmungen in einen
Topf geworfen werden. Sie fühlen sich in die-
ser Gesellschaft, ^{wo man sie auf} ~~die~~ in mancher Beziehung doch
recht anregend ist, nicht recht wohl. Ich
glaube, der Wunsch der Lichtspielunternehmer
ist nicht ganz unberechtigt.

Nach den übrigen Vorschläge des Ausschusses
bezüglich der Hinzufügung von vier Unternehmungen
betrifft, so hält ^{er} ~~er~~ sie für eine wesent-
liche Verbesserung der Satzung, da sonst die
Abgrenzung zwischen den ursprünglich in B 2 und
C 2 aufgeführten Unternehmungen mancherlei
Schwierigkeiten bietet und es zweckmäßig ist,
alle diese Unternehmungen mit einem gleichen
Maßstab zu messen.

Die Versammlung stimmt der Fassung in zwei Gruppen C und D und den von der Kommission vorgeschlagenen Wortlaute zu.

Abschnitt III ohne Abänderungsvorschläge, gilt als angenommen.

- § 2 -

Vorsitzender: § 2 ist neu und nach den Reichsbestimmungen aufgestellt. Daran kann von Ausschluß nichts geändert werden.

Stadtv. S t e g m a n n : § 2 führt die
Veranstaltungen an, die der Steuer nicht unter-
liegen. Ich beantrage zu diesen Paragraphen,
als Ziffer 3 und 4 einzusetzen:

3) Wissenschaftliche und belehrende Vor-
träge, Konzerte und Theaterveranstaltungen, die
von Bildungsausschuß des Gewerkschaftskartells
oder ähnlichen Institutionen zur Hebung der
Volksbildung veranstaltet werden,

4) künstlerische Vereinskonzerte, auch
mit Klavier- oder sonstiger Instrumentalbeglei-
tung und Mitwirkung eines Solisten, jedoch ohne
anschließende Tanzbelustigungen oder Konverse."

Die bisherige Ziffer 3 wird dann 5, 4
wird 6, 5 wird 7.

Wer sich einigermaßen auch um die Arbeit-
erschaft bekümmert hat und ihr Vereinsleben
kennt, der wird wissen, daß seit Jahrzehnten
das Gewerkschaftskartell in den Wintermonaten

künst-

künstlerische Konzerte und wissenschaftliche Vorträge mit Lichtbildervorführungen veranstaltet hat. Es haben dabei Kräfte vom Landestheater und andere angesehen ~~Solo~~ Kräfte mitgewirkt, unter anderen auch Dekantor Wilms. Die Besucher dieser Veranstaltungen setzt sich nicht nur aus Arbeitern zusammen, sondern auch aus bürgerlichen Kreisen zusammen, ich erinnere mich, zu wiederholten Malen Herrn ^{Professordirektor} Landrichter Kuhlmann und Herrn ~~Finanzdirektor~~ Bartels unter den Gästen gesehen zu haben, auch andere, die mir nicht mehr in Gedächtnis sind. Den Veranstaltungen hatte der Krieg ein Ende gemacht, aber jetzt sind sie wieder aufgenommen worden, und es ist dafür ein besonderer Bildungsausschuss eingesetzt. Dankenswerter Weise finden im Landestheater, geschlossene Vorstellungen statt, die ebenfalls von

Stl-

unvollständig
Bildungsausschuß des Gewerkschaftskartells in-
spiziert werden. Leider aber ist es so, daß
ein Teil dieser Veranstaltungen des Gewerk-
schaftskartells zur Vergnügungsteuer heran-
gezogen worden sind, und das halte ich für ein
großes Unrecht. Wir sollten froh sein, wenn
der Ausschuß bestrebt ist, die Bildung des
Arbeiters zu heben. Ich erinnere daran, wie es
früher in der Beziehung aussah, wo es manche
unter den Arbeitern gab, die sich mit der
Schnapsflasche auf der Straße zu tranken und
nur in den niedrigsten Kneipen verkehrten. Man
bemüht sich jetzt, sie zu besserer Bildung
heranzuziehen, Konzerte und Theatervorstel-
lungen sollen ihnen Erkenntnisse für höhere
Genüsse bringen. Es ist eine Hebung dieser
edlen Bestrebungen und eine Herabsetzung,
wenn man sie minder gut behandelt, als die

in

in dieser § 2 aufgeführten. Darnach sind die
Verführungen von Leibestbungen steuerfrei,
während diese Konzerte usw. nicht steuerfrei
sind. Die Stadtverwaltung und alle, die die
Demoralisation, die der Krieg gebracht hat,
und die Rohheit, die damit verbunden ist,
bekämpfen wollen, müssen es der Arbeiterschaft
klar machen, daß sie solche Einrichtungen
trifft und müßten alles aufbieten, um diese
Bestrebungen zu unterstützen. Solche Sachen
sollte man nicht mit jedem gewöhnlichen
Kunzel gleichstellen und unter die Lustbar-
keitssteuer stellen. Ich weise darauf hin,
daß die Veranstaltungen des Lesingebundes
ohne weiteres steuerfrei sind, auch die
Veranstaltungen der Volkshochschulkurse.
Warum sollen die Veranstaltungen, die von
der Arbeiterschaft mit viel Mühe und großen

großen

großen Kosten beschafft werden, schlechter behandelt werden als diese Veranstaltungen?

Der zweite Teil meines Antrages betrifft die künstlerischen Vereinskonzerte. Das Sängerkartell hat ja den Stadtverordneten eine Eingabe zugehen lassen, in der sie ersuchen, ihre künstlerischen Konzerte, an die keine Tanzbelustigung und sonstiger Familiengebindele angehängt ist - nach den Konzerten gehen die Leute nach Hause - von der Vergnügungssteuer frei zu lassen. Es ist Unrecht, daß man sie besteuert, da man andern Vereinen gegenüber nicht in dieser Weise verfährt. Diese Veranstaltungen des Sängerkartells - und dasselbe ist es mit anderen größeren Vereinen, dem Männergesangsverein, dem Lehrergesangsverein und andern - bieten den Mitgliedern tatsächlich einen künstlerischen Genuß. Die Darbietungen des Sängerkartells, die auf hoher Stufe stehen, möchte ich geschützt sehen. Selbstverständlich ist es, daß

mit

mit solchen Konzerten eine direkte Mitwirkung von Solisten und eine Klavierbegleitung verbunden ist, und daß auch das kein Anlaß zur Erhebung der Steuer sein darf. Es ist uns in Finanzausschuß gesagt worden, der Gebrauch dieser Steuerfreiheit könnte ausarten, sobald derartige instrumentale Mitwirkung auch ~~Steuerfrei~~ gelassen würde. Es ist aber doch selbstverständlich, daß man in solchen Konzerten nicht ^{un}unterbrochen nur die Sängerschar auftreten lassen kann, sondern daß auch Solopartien und eine Klavierbegleitung da sein muß oder daß sonstige Musik-Instrumente in den Konzert mitwirken. Jedensfalls sind diese Unternehmen angetan, die Arbeiterschaft zum Guten und Schönen zuerziehen. Wir verlangen diese Steuerfreiheit ja auch nicht für die Arbeiter allein, sondern für sämtliche bedeutendere Gesangsvereine. In der letzten Zeit sind diese Vereine derartig mit Ausgaben

be-

belastet, daß sie nicht in der Lage sind,
ihre Vereinigung aufrecht zu erhalten, wenn
sie auch noch diese Steuer tragen sollen.
Deswegen bitte ich, dringend, meinen Antrag
anzunehmen.

Stadt. D i e t e r m a n n : Ich möchte zu diesem Antrage nicht als Berichterstatter, sondern als Stadtverordneter sprechen, und bitte sie, den Antrage meines Freundes Stegmann zuzustimmen. Es ist den bezeichneten Vereinen, insbesondere den Gesangsvereinen in der heutigen Zeit fast unmöglich gemacht, ^{in gutem Besitze zu sein} die nur Gutes bieten, denn die Unkosten sind derartig gestiegen, daß die Mitglieder der Vereine nicht in der Lage sind, sie aufzubringen. Sie müssen bedenken, daß wir als Arbeiterverein ein Publikum haben, das von der Hand in den Mund lebt und nicht in der Lage ist, Eintrittspreise von 15 und 18 M zu zahlen. Nun ist man in der Kommission der Anregung entgegengekommen, indem man darauf hinwies, man könne mit diese Sachen unter § 3 zur Erledigung bringen. Aber ich bin in dieser Bezie-

hung

hung mißtrauisch; man kann die Sache nicht ohne weiteres dem Rat überlassen, damit dieser bestimmt, welche Veranstaltungen steuerfrei bleiben sollen, sondern wir müssen von vornherein wissen, daß diese Vereine keine Vergütungsteuern zahlen haben. Nur dann können sie den ^{Volke} ~~Frankt~~ etwas *g*utes bieten.

Vor-

V o r s i t z e n d e r : Wir haben in der Kommission über diese Sache gesprochen. Sollte der Antrag abgelehnt werden, dann wissen Sie doch, daß in § 3 darauf hingewiesen wird, daß von Rat der Stadt eine Ermäßigung oder ein **Er-**laß der Steuer gewährt werden kann.

Stadtv. Dr. S o h n l t z e : Ich möchte
mir die Anfrage erlauben, ob diese Veranstal-
tungen nicht als gemeinnützige vom Staate an-
erkannt werden können. Gerade so wie es der
Lessingbund gemacht hat, können sich doch
auch die Arbeitervereine an den Staat wenden,
und ich zweifle nicht, daß diese ^{ihre} Bestre-
bungen als gemeinnützig ~~anerkannt~~ ^{und nicht} werden. Ich
weiß, daß von verschiedenen anderen Seiten
solche Anträge an den Staat gerichtet sind und
es erscheint mir eigentümlich, daß nicht schon
auf diesem Wege die Darbietungen der größeren
Gesangsvereine, wie Lehrerengesangsverein, Bach-
verein usw. ~~nicht~~ ^{als} gemeinnützig anerkannt worden
sind. Auch die Arbeitervereine könnten sich
dieserhalb an den Staat wenden, und was den
Lessingbund recht ist, das muß den anderen
Vereinen billig sein.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :
Ich möchte die verehrten Herrschaften bitten,
eine kleine Verbesserung gut zu heißen, nämlich
in den § 2,7 auf der vorletzten Zeile nicht
zu sagen „von den Landesregierungen“ sondern
„von der Landesregierung“ - es kommt nur die
braunschweigische Landesregierung in Frage,
von einer andern kann niemand einen Freibrief
für die Steuer mitbringen.

Im übrigen sind die Ausführungen des Herrn
Dr. Schultze zutreffend und auch ich möchte
Herrn Stegmann auf den von Herrn Vorredner an-
gezeigten Weg verweisen; es steht auch dem
Bildungsausschuß des Gewerkschaftskartells
frei, der Regierung seine Wünsche zu unterbrei-
ten. Ich weise ferner darauf hin, daß wissen-
schaftliche Vorträge an und für sich weder
bisher noch künftig unter die Lastbarkeits-
steuer fallen. Was dagegen die Konzerte be-

trifft.

trifft, so würde entweder durch Zulassung von
der Landesregierung oder durch besonderen
Beschluß des Rats ^{nach} auch § 3 den Wünschen des
Herrn Stegmann ^{Aufklärung} ~~Richtung~~ getragen werden können.
Aber alle künstlerischen Konzerte der Vereine
für Steuerfrei zu erklären, das reicht über die
Reichsratsbestimmungen hinaus; ganz abgesehen
von den finanziellen Bedenken möchte ich davor
warnen.

Stadt v. L e h n e r t : Ich bin erfreut, daß Herr Dr. Schultze sich zu dem Antrage Stegmann zustimmend geäußert hat. Seinerzeit hatten wir eine Sitzung, an der auch Herr Pastor Götz und andere Herren teilnahmen, und in der der Lessingbund klagte, daß es ~~unmöglich~~ wäre, noch Kunst zu bieten, wenn er mit dieser Steuer belastet würde, und deshalb ist der Lessingbund bei der Landesregierung vorstelltig geworden. Wenn heute oder morgen der Lehrerengesangverein ein Konzert veranstalten will, dann ist ihm das unmöglich ohne Solisten oder ohne instrumentale Mitwirkung, und auch er müßte unbedingt Vergütungsgelder bezahlen. Ich weiß, Herr Frede, was Sie meinen: in § 3 würde diese angehängt werden. Das sind aber ungefangene Fische. Man wüßte doch nicht, wie der eine oder der andere der Herren des Morgens aufgestanden ist. Tanzveranstaltungen und dergleichen dürfte, allerdings nicht hinten an die Konzerte

angesetzt werden, aber der Lehrergesangsverein, die Euterpe, Orpheus und andere in bürgerlichen Lager sind ja auch schon vollständig davon abgegangen, an die Konzerte Familienfestlichkeiten anzuschließen. Bei solchen Vereinsfestlichkeiten, wo es zum Tanzen kommt, ist es allerdings selbstverständlich, daß ein Entgelt an Steuer entrichtet werden muß. Genau dasselbe, was der Lehrergesangsverein in den bürgerlichen Kreisen bedeutet, ist die Arbeiterliedertafel in den braunschweiger Arbeiterkreisen, die heute Eber mit 150 Sängern in einem Konzert auftritt, dessen Kosten sich auf 7 000 M belaufen. Würden wir solche Konzerte unter die Vergnügungssteuer bringen, so würde in diesen Kreisen auch Lust und Liebe zum Gesang erdrosselt und die Mitglieder solcher Vereine auf eine andere Bahn geleitet werden. Wenn es

Zweck

Zweck haben soll, künstlerische Vorführungen durch die Vereine zu bieten und durch sie Bildung in die Arbeiterkreise hineinzubringen, dann müssen Sie diese Sache unterstützen, andernfalls werden die einzelnen, die gute Stimmen haben, sich sagen: „Laß es gehen, wie es will,“ und würden bald auf eine schiefe Ebene geschoben sein. Wir sagen, wenn die Veranstaltungen unserer Mitbürger einen künstlerischen Genuß vermitteln, dann müssen sie auch von der Vergütungssteuer befreit werden, ohne die Vereinsmitglieder nun in Stehkragen (oder in Kittel).

Stadtv. Dr. E. G. p. k. e. : Wenn ich den Antrag des Herrn Stegmann recht verstanden habe, so läuft er darauf hinaus, daß die Veranstaltungen des Gewerkschaftskartells ohne weiteres von der Steuer frei sein sollen, während es bei den übrigen Vereinen notwendig wäre, daß die ^{Genehmigung} ~~Meinung~~ der Landesregierung eingeholt würde. So etwas würde ein Müssen mit zweierlei Maß sein, denn was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Ich weiß nicht, ob die Regierung die Vereine anders behandeln würde als den Lessingbund. Hier ohne weiteres durch das Statut schon Steuerfreiheit der einen Gruppe zugebühren und einen Unterschied gegenüber den andern Vereinen zu machen, das erscheint mir bedenklich. Man müßte doch die Entscheidung der Behörde überlassen, die nachprüfen soll, wie die

einzelnen

einzelnen Veranstaltungen aufgezogen sind.
Deshalb kann ich mich mit dem Antrage des
Herrn Stegmann nicht befremden.

Stadt. B i e t e r m a n n : Für die Anregung des Herrn Dr. Schultze bin ich dankbar. Ich kann mitteilen, daß wir diesen Weg schon beschritten haben, und ich bin neugierig, was darauf geschehen wird. Wenn wir nun jetzt als gesetznützig wirkender Verein anerkannt werden, so kann man doch nicht wissen, was über kurz oder lang geschehen wird. Wir können eine andere Regierung bekommen, die anderer Meinung ist, dann müßten wir wieder Vergnügungssteuern bezahlen. Dem müssen wir vorbeugen und deshalb beantragen wir, daß wir auf die Steuer befreit sind, daß heißt nur bei rein künstlerischen Konzerten.

Stadte. S t e g m a n n : Ich möchte zunächst auf die Stadt Berlin verweisen, auch dort hat man von der Stadt aus, nicht von der Regierung aus, die Veranstaltungen derartiger Vereine als gemeinnützig bezeichnet und läßt die Vereinskonzerte von der städtischen Lustbarkeitssteuerfrei. Sie sehen an diesem Beispiel, daß es nicht nötig ist, daß man erst die Regierung zur Anerkennung der Allgemeinen Nützlichkeit auffordert. Wenn es bereits gesehen ist, so kann man ja auch nichts dagegen haben, aber ich sehe nicht ein, daß wir uns, wenn wir hier in der Stadtverordnetenversammlung von-Lustbarkeitssteuer, die neue Vorlage über die Vergnügungssteuer durcharbeiten auf die Regierung verlassen sollen. Muß denn alles erst von oben herab gestempelt sein? Sie, meine Damen und Herren, haben doch wohl

soviel Verständnis von Kunstdarbietungen, daß sie hier selber handeln könnten, wenn sie eingesehen haben, daß es angebracht ist. Es handelt sich nicht nur um die Arbeitervereine, sondern auch um den Lehrerengesangsverein und andere derartige Körperschaften, selbstverständlich nicht auch um jeden beliebigen Klinkbilverein, auch nicht um alle Turnvereine usw. Es bleiben noch eine ganze Menge Vereine übrig, die besteuert werden. Aber solche, die Volksbildung zu geben geeignet sind und alles, was in ihren Kräften steht, dafür anbieten, die sollte man hier gleich im Statut ohne Unterschied von der Steuer frei lassen. Wir sind doch selbständig und brauchen uns nicht hinter die Regierung zu verstecken. Möglich wäre es ja, wenn mein Antrag abgelehnt wird, ihn unter § 3 unter zu bringen, so wie es Herr Stadtrat

von

von Frankenberg wünscht. Aber das kann man nicht machen, wenn man der Meinung ist, daß es berechtigt ist, die Steuerfreiheit durchzuführen.

Ich habe hier ein Programm des Bildungsausschusses. Am Sonnabend, dem 5. November, Konzert im großen Saale des Sächsischen Hofes, ausgeführt vom braunschweigischen Konservatorium für Musik. (Redner führt die Mitwirkenden und einige der Konzertnummern an.) Dieses Programm wird jeder als ein solches ansehen, das etwas Gutes zu bringen verspricht. Es ist ein ~~Stuhlreihen-~~ ^{Stuhlreihen-} Konzert, Tische sind nicht ~~ausgestellt~~ ^{aufgestellt} und Getränke werden nicht verabreicht. Wenn das Konzert zu Ende ist, werden die Teilnehmer in gehobener Stimmung nach Hause gehen. Auch dieses Konzert ist zu 2 M ^{für} ~~je~~ ^{je} ~~Person~~ ^{Person} besteuert. Wenn wir uns bei der Befreiung

Im Gegensatz hierzu habe ich hier ein Programm der Volks-
hoffgüter in der Hand, das zeigt, daß die Befreiung ~~von~~ ^{von}
wird für diese Veranstaltung keine Hilfe sein.

von der Steuer auf den Rat verlassen müßten, so ist zu erwarten, daß Herr Stadtrat von Frankenberg sich in den meisten Fällen nicht wird erweichen lassen. Es ist also nichts mit einer derartig unverbindlichen Zusage, die Bestimmung über die Steuerfreiheit muß Hand und Fuß haben, muß wirksam sein. Man schätzt heute ganz besonders die körperliche Übung, die Fußballsportspiele usw., und das hat ja sein Gutes. Ich verstehe von Fußball nichts, aber daß dies Spiel eine schätzenswertere Veranstaltung ist als solche künstlerischen und Bildungsbestrebungen, das trifft doch jedenfalls nicht zu. Wir sehen, daß die Sportvereine ihre eigenen Sportplätze haben und bei ihren Vorführungen ein Bomben-Geschäft machen. Solche Vorführungen sind vollständig steuerfrei, trotzdem ein hoher Eintrittspreis

gezahlt

gefordert wird, während diese Vereine mit künstlerischen Bestrebungen nicht wissen, wie sie ihr Dasein fristen sollen. Hier liegt tatsächlich eine Benachteiligung durch die Einforderung der Vergnügungssteuer vor. Ebenso wie die Darbietungen des Vereins Volkshalle und der Kurse für Volksbildung steuerfrei sind, müssen auch die Vereinskonzerte mit künstlerischem Charakter steuerfrei gelassen werden. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Röpke

Stadtv. Dr. ~~Schallitz~~: Ich möchte
noch einmal hervorheben, daß zweierlei Maß
angewendet würde, wenn der Antrag Stegmann
angenommen wird, denn dann müßte ein Teil
der Vereine, um steuerfreie Veranstaltungen
treffen zu können, erst das Anerkennung seiner
~~Allgemeinnützigkeit~~ von der Landesregierung
einholen, während die andern Vereine ohne
weiteres steuerfrei wären.

Der Vorsitzende verliest den Antrag
Stegmann (s. S. 177.)

Der erste Teil des Antrages Stegmann
(betreffend die einzufügende Nummer 3) wird
mit 18 Stimmen angenommen, der zweite Teil
mit 16 gegen 13 Stimmen.

Stadt v. Frau G e t z e : Soll in den
Bestimmungen des Herrn Stegmann ausdrücklich
das Gewerkschaftskartell ^{genannt} ~~gekennzeichnet~~ werden und
der Lehrer-Gesangsverein nicht? Das wäre doch
durchaus unlogisch. (Zurück: Es wird so vieles
unlogisch gemacht!)

V o r s i t z e n d e r : Es hat Herr Dr. Röpke zweimal ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß das zu Bedenken Anlaß gibt, und ich habe den Antrag langsam vorgelesen. Frau Gütze hätte sich vorher äußern müssen, jetzt ist die Abstimmung geschehen. Es steht allerdings in dem Antrage: „Des Gewerkschaftskartells oder ähnlicher Institutionen.“ Dadurch hätten die Herrschaften Gelegenheit gehabt, diesen Passus in der Debatte zu erörtern. Jetzt ^{soll} ~~hat~~ der Rat nicht mehr darüber zu bestimmen *haben*.

§ 2 ohne weitere Erörterungen.

- 205 -

- § 3 -

Stadtpr. D i e t e r m a n n : Ich habe
seitens des Ausschusses nichts zu § 3 zu
bemerken. Es kann bei der vom Rat vorgeschla-
genen Fassung bleiben, weil durch die Annahme
des Antrages Stegmann die Sache erledigt ist.

Stadtv. R e g e n e r : Ich möchte Absatz 1 des § 3 gestrichen wissen. Es heißt dort: „Eine Ermäßigung oder ein Erlass der Steuer kann vom Rat gewährt werden 1/ bei Lustbarkeiten und Veranstaltungen zur Feier vaterländischer Feste und geschichtlicher Gedenktage.“ Heute sagt das Ministerium: „Der 9. November ist ein Vaterländischer-Gedenktag“, morgen sagt es vielleicht: „Der Einzug der Märkertroppen in Braunschweig“, und übermorgen: „Die Schlacht bei Tannenberg“. Um diese ~~deutschn~~artige Bestimmung aus dem Statut herauszubringen, möchte ich den Absatz 1 gestrichen sehen.

In Nummer 2 bitte ich die Worte „oder erbaulichen“ zu streichen. Das ist mir zu sehr auf Pfaffenkram zugeschnitten. Herr Stadtrat von Frankenberg sagte schon, daß der Besuch des Oratoriums nicht so bedeutend

sein

sein dürfte wie der der ~~weltlich~~ weltlichen
Konzerte. Auch da ist auf das Kirchliche
Rücksicht genommen, und ich sehe nicht ein,
warum sich das wie ein roter Faden durch das
ganze Statut hindurchziehen soll.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Es tut mir sehr leid, daß der verehrte Herr Vordner die Ausführungen, die ich über diese Sache in seiner Gegenwart im Finanzausschuß gemacht habe, nicht mehr genau in Erinnerung zu haben scheint: Daß wir den 9. November als geschichtlichen Gedenktag in Gedächtnis behalten werden, wie wir auch den 18. Oktober als solchen zu erblicken gewohnt waren. Ich glaube, daß es ratsam ist, die vaterländischen und geschichtlichen Gedenktage in unserer Sitzung zu erwähnen, da die Geschichte in ihrer Entzückung immer eine derartige Rücksichtnahme fordert wird, sodaß wir diese Bestimmung in ihrer Fassung belassen sollten.

Ebenso bitte ich, die unverfängliche Bestimmung „erbauliche Zwecke“ bestehen zu lassen. Was dem Gewerkschaftskartell recht ist, sollte in dieser abgeschwächten Form - wir haben es mit einer kann-Vorschrift zu tun - auch den zu erbaulichen Zwecken Vereinigten billig sein.

Stadtv. M & d g e : Ich bitte, zu diesen Paragraphen den Antrag anzunehmen, daß hier (~~ebenfalls~~^{ke}, wie die Veranstaltungen des Gewerkschaftskartells in vorigen Paragraphen und diese Sachen unter den verschiedenen Punkten hier aufgeführt werden,) auch die Veranstaltungen des Lessingabundes, des Lehrerergesangsvereins und ähnlicher Vereine ^{zu} gekannt werden. Die Formulierung behalte ich mir vor.

V o r s i t z e n d e r : Joh mache darauf aufmerksam, daß der Lehrergesangsverein usw. selbstverständlich auch unter diesen Paragraphen fällt. (Zuruf: Bachverein!) Es sind künstlerische Vereine, und die werden hier ja erfaßt. Es hätte das aber mehr ausgesprochen werden können im Bericht des Herrn Dietermann.

Der Ausschuß hatte anfangs vorgeschlagen, in diesen § einzufügen "Vereinskonzerte"; das ist ja aber hinfällig geworden.

Der Antrag Regener (Punkt 1 wegfällen zu lassen, „erbauliche“ zu streichen) wird abgelehnt, darauf wird der Ausschuß-Antrag auf Beibehaltung des vom Rat der Stadt beantragten Wortlauts des § 3 angenommen.

§ 4 ohne Änderung vorgeschlagen, er gilt als stillschweigend angenommen.

Stadtv. D i e t e r m a n n : Die Steuer-
sätze habe ich schon ~~vor-~~gelesen, sie betragen
nach dem Kommissionsvorschlage
in Gruppe C 20, 30, 40, 40, 50, 50 %,
" " B 20, 30, 40, 50, 50, 50 %.

Stadto. D r e r o e s : Joh beantrage, daß
Gruppe D ebenso besteuert wird wie Gruppe C.

Stadtv. S a u e r b i e r : Wenn den Antrage des Herrn Dreves statt gegeben würde, dann ^{drüß} ~~treffe~~ zu, daß wir nicht mehr 4, sondern nur 3 Paragraphen hätten. Das würde nicht mehr angehen können, denn wir haben uns heute dahin festgelegt, daß wir 4 ^{Abteilungen} ~~Paragraphen~~ bilden wollen.

Nun war ^{im} ~~den~~ Finanzausschuß der Antrag gestellt, man möge die Sätze für die Gruppe C niedriger gestalten, aber der Antrag ist nicht durchgegangen, sondern es sind die Sätze angenommen, wie sie von Herrn Dietermann vorgelesen worden sind. Daß in der letzten Stufe 50 % erhoben werden sollen, hat den Zweck, die Leute zu treffen, die unter allen Umständen ihr Geld los werden wollen, sonst aber nur der Gedanke maßgebend, daß man die Kinos nicht so schaff lassen sollte wie bisher, besonders nicht in den niedrigeren Eintrittspreisen, in den gesagt wurde, daß die Gefahr vorliege, daß sie ein-

gehen.

gehen, und das können wir nicht prüfen. Im übrigen hat sich das Publikum ja mit dem heutigen Prozentsatze einigermaßen abgefunden. In der Kommission waren für die letzten beiden Staffeln ~~50 und~~ 50 % angenommen worden. Ich bitte nun, nur an der letzten Stelle 50 % zu nehmen und es in der vorletzten bei 40 % zu belassen, sodaß sich für Gruppe C eine Staffelung in folgender Weise ergibt:
20, 30, 40, 40, 40, 50 %.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :
Diese Vorschläge des Herrn Sauerbier möchte
ich auch meinerseits zur Annahme empfehlen,
und zwar aus dem Grunde, weil nach mir gewor-
dener Mitteilung bei den Lichtspielunternehmen
eine nicht unbedeutende Anzahl von Plätzen
zwischen 5 und 10 M in Frage kommt. Es wird
durch diese niedrigere Festsetzung in der
fünften Staffel allerdings ein Ausfall für die
Stadt entstehen, gleichwohl gestatte ich mir,
den Vorschlag zu empfehlen, weil dadurch ein
wirklicher Unterschied zwischen der Gruppe C
und D festgelegt wird, stärker als wenn nur
in der einen Staffel (in der vierten) der
Unterschied vorhanden sein würde.

Abstimmung über § 5: Die Sätze der Gruppe A werden angenommen.

Ebenso die der Gruppe B.

V o r s i t z e n d e r : Für Gruppe C schlägt der Ausschuß vor: 20, 30, 40, 40, 50, 50 %. Es betrifft diese Gruppe die Kinos; sie waren bisher durchweg mit 40 % besteuert. Nach den neuen Sätzen soll also in den unteren Staffeln eine Ermäßigung eintreten, und in der Mitte sind die 40 % beibehalten worden.

Dagegenüber schlägt Herr Sauerbier vor: 20, 30, 40, 40, 40, 50 %, sodaß die zweit-letzte Staffel durch 40 % ersetzt wird.

Herr Drees hat beantragt Gruppe C und D gleichmäßig zu besteuern.

Nur ist dafür, daß Gruppe C und D zusammen
gelegt werden. - Das ist abgelehnt.

Hierauf wird der Ausschuß Antrag betref-
fend die Staffel für C ablehnt, und darnach
der Antrag Sauerbier, ^{zu} ~~ebenfalls~~ die
Staffel C betreffend, angenommen.

V o r s i t z e n d e r : Für Gruppe D
gilt die Skala, die sie in der Vorlage für
C vor sich haben:

20, 30, 40, 50, 50, 50 %.

Hierauf ^{für} liegen keine Änderungsanträge vor.
- Sie gilt als angenommen.

Zu § 5, Absatz 2 und 3 hat ^{weder} während die
Kommission Einsendungen zu machen, noch er-
folgen Meldungen aus der Versammlung,

ebenso

- 219 -

Ebenso § 6 - 18.

Stadtö. R e g e r : Ich schlage vor, einen § 18a anzunehmen, der folgenden Wortlaut hat:

„Alle aus der Festsetzung der Vergnügungssteuer entstehenden Differenzen zwischen Veran-
staltern und der Steuerstelle des Rats der
Stadt werden entschieden ^{und} ~~angeschlichtet~~ von
einer paritätischen Kommission, die zusammen-
gesetzt wird aus je einem Vertreter des Rats
der Stadt, einem Stadtverordneten und einem
~~beim Rat~~ ^{der} gastwirtschaftlichen Orga-
nisationen.“

Es entspricht dieser Antrag einem Wunsch
der an Ort befindlichen drei Gastwirte-Orga-
nisationen, die nach den jahrelangen Erfah-
rungen, die sie mit der Steuerstelle ge-
macht haben, zu dem Entschluß gekommen sind,
eine andere Lösung zu wünschen, bei der sie

Gewähr

Gewähr haben, daß ein ^{Leient} ~~beim Rat~~ der von dem
Ministerium anerkannten Organisationen in
Streitfragen mitwirkt.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Ich will mit dem geehrten Vorredner nicht deshalb rechten, weil sein Antrag ein kleines Misstrauensvotum für den Rat der Stadt ^{ist} - das nehmen wir gestrost hin, denn in der Beziehung sind wir durch die geehrten Herren nicht verwöhnt -, aber ich muß darauf verweisen, daß der Antrag eine bedenkliche Abweichung vom Gemeindeabgabengesetz bedeutet. Ich bitte in der Hinsicht den Paragraph 16 nachzulesen. Die geehrte Versammlung und der Rat der Stadt, auch die Gatswirts-Organisation, sind nicht befugt, auch nur ein Tittelchen von dem Gemeindeabgabengesetz abzuweichen.

(Zwischenruf Regener: Der Antrag kann doch angenommen und in das Statut aufgenommen werden!)

Wir

Wir könnten ihn in das Statut aufnehmen, aber *auf*
~~zusatz~~ dann würde dieser Satz in dem Statut un-
gültig sein.

(Zuruf Sievers: Das können wir dem Mini-
sterium überlassen; das muß das Statut ja geneh-
migen.)

Der

Der Antrag Regener wird abgelehnt (16 : 12 Stimmen)

Paragraph 19 gilt als stillschweigend angenommen, nach dem der Referent, Stadtverordneter Dietermann das Einverständnis des Ausschusses mit dem Wortlaut des Paragraphen bekannt gegeben hat.

Tarif (Anhang zur Vergnügungssteuer).

Stadtverordneter D i e t e r m a n n: Zu diesem
Tarif habe ich nichts weiter zu bemerken, ^{als} daß
bei C, b, in der Gruppe 3 hinter Kabarett ein-
zufügen ist „ usw. (siehe § 1 D) “ .

Ohne

Ohne Wortmeldungen, der Vorsitzende nimmt das
Einverständnis der Versammlung mit dem vorgeleg-
ten Tarif an. In der Schlußabstimmung wird das
ganze Statut mit den beschlossenen Änderungen im
ganzen angenommen.

Stadtverordneter M ä d g e : (persönliche Bemerkung) : Meine Damen und Herren ! Die Ausführungen des Herrn Dr. Jasper ließen - wie ich sie verstanden habe und wie mir in der Zwischenzeit von einigen Herren bestätigt worden ist - die Auffassung zu, daß ich mich bei meiner Stellungnahme in der Beratung des Statuts von unsachlichen Momenten habe leiten lassen. Das kommt selbstverständlich nicht in Frage. Ich verwahre mich ganz entschieden gegen eine derartige grundlose Unterstellung. Ich habe mich lediglich leiten lassen von den Ausführungen, die mir ~~von~~ ^{von} jedem anderen Stadtverordneten auch zugegangen sind.

Auf

Auf Wunsch des Herrn Stegmann ist die Versammlung damit einverstanden, daß die hier folgenden beiden Punkte außerhalb der Reihenfolge der aufgestellten Tagesordnung behandelt werden.

9. Zuschuß an die kaufmännische Fortbil-
dungsschule.

Stadtverordneter S t e g m a n n : Die Handelskammer, Abteilung für das kaufmännische Fortbildungsschulwesen, fordert - wie Sie aus der Beilage zu der Tagesordnung sehen, neben dem bereits von der Stadt gezahlten Betrage von 4 300 Mark noch 37 004,51 Mark als städtischen Zuschuß zu den Kosten der kaufmännischen Fortbildungsschule. Diese Schule ist bekanntlich keine städtische, sondern wird von der Handelskammer unterhalten, und der sich ergebende Fehlbetrag wird in jedem Jahre zwischen dem Staate, der Stadt Braunschweig und der Handelskammer je zu einem Drittel übernommen. Die hohe Summe, die für das Rechnungsjahr 1920/21 gefordert wird, hat dem Rat der Stadt Veranlassung gegeben, nicht ohne Weiteres die Forderung der Handelskammer

an-

sazuerkennen, sondern zunächst eine Abrechnung einzufordern. Zweitens schien es dem Rat fraglich, ob eine zwingende Verpflichtung für die Stadt vorliegt, diese Summe zu verwilligen.

Was die Verwaltungskosten betrifft, so bekannst der Leiter der Schule, Herr Dr. Kanter, der in die 11 Gehaltsstufe eingereiht ist, ein Gehalt von etwa ³⁰⁰⁰⁰~~9-950~~ Mark. Herr Dr. Kanter, der früher als Stellvertretender Leiter der Fortbildungsschule wirkte, hat im April 1919 die selbständige Leitung der Schule übernommen und hat außerdem noch die Inspektion der unter Verwaltung der Handelskammer stehenden sonstigen 9 kaufmännischen Fortbildungsschulen im Freistaate Braunschweig auszuüben. Er ist als volkswirtschaftlicher Beirat bei der Handelskammer

tätige

tätig, um Einblick zu gewinnen in die Geschäfte der Handelskammer und dadurch immer auf dem Laufenden zu sein, was im Interesse der Schule liegt, und hier~~für~~ bekommt er von der Handelskammer noch 5000 Mark. Außerdem gibt er in der Fortbildungsschule 12 Stunden Unterricht in der Woche. Nachdem festgestellt war, daß diese Entlohnung der Tätigkeit des Herrn entspricht, war nichts dagegen zu unternehmen. Außerdem schien dem Rat die Tatsache, daß für die Verwaltung der Schule ein Obersekretär beschäftigt wird, der sichtlich 30 000 Mark Gehalt bekommt, der Aufklärung wert, denn die kaufmännische Fortbildungsschule hat nur 650 Schüler, während die städtische Fortbildungsschule mit ^{ca} 5000 Schülern und Schülerinnen in ihrem Büro mit 2 Schreibhilfen auskommt.

Bei

Bei der Untersuchung hat sich herausgestellt, daß die Amtstätigkeit des Obersekretärs Fronzier anders aufzufassen ist als die ähnlicher Beamten in anderen Schulen. Die Verwaltung der kaufmännischen Fortbildungsschule ist eine sehr komplizierte und ganz und gar auf die besonderen Verhältnisse dieser Schule eingestellt, weil man den Bedürfnissen der Firmen Rechnung tragen muß, deren Personal die Fortbildungsschule besucht. Es ist nicht daran zu denken, daß diese Arbeit des Büros durch eine nebenamtliche Kraft geleistet werden könnte, sodaß die Frage der Gehälter und Verwaltungskosten als zur Zufriedenheit erledigt anzusehen ist.

Weiter erschien es dem Rat der Stadt fraglich, ob eine zwingende Verpflichtung zur Leistung des Ausschusses für die Fortbildungsschule vorläge. Es ist darüber ein Briefwechsel hin- und hergepflogen worden und das Staatsministerium

hat

hat wiederholt um Auskunft angegangen werden müssen. Es hat sich herausgestellt, daß seit 1897 die Grundsätze für den Zuschuß des Staats, der Stadt und der Handelskammer festgelegt sind, wenn auch nicht als zwingende, aber die Vereinbarung über die Drittelung des nötigen Zuschusses, nachdem ein Teil der Kosten durch das Schulgeld aufgebracht worden sind, liegt vor. Diese Vereinbarung ist im Jahre 1915 erneuert worden, so daß die Stadt, wie die Dinge liegen, wohl oder übel den Zuschuß zahlen muß. Im ganzen sind von der Stadt für 1920 - 21 zu leisten 41 504,51 Mark, 4 300 Mark sind schon gezahlt, so daß noch 37 204,51 zu zahlen sind.

Es ist noch die Frage erwogen worden, ob man angesichts dieses hohen Zuschusses der Stadt nicht lieber die Schule in die Verwaltung der

Stadt

Stadt ~~übernehmen~~^{ernehmen} sollte. Aber zweifellos würden dann die Kosten für die Stadt noch weit höher werden, weil dann der Beitrag der Handels^{kammer}/~~Kort~~ viele Schulräume und ihre Einrichtung geschaffen werden müßten usw., so daß dann vielleicht das Doppelte und Dreifache dabei heraus käme. Außerdem kommt in Betracht, daß die Stadt für eine solche Fortbildungsschule keine freien Räume hat, selbst die städtische Fortbildungsschule hat ja noch nicht für die sämtlichen Abteilungen ein eigenes Heim, sondern einige davon müssen sich in der ganzen Stadt herumdrücken, was dem Schuldirektor Heinemann gar nicht recht ist. Auch das Moment spricht für eine dereinstige Übernahme der kaufmännischen Fortbildungsschule, daß die Stadt bisher in ihrer Verwaltung so gut wie nichts zu sagen gehabt hat. Wie aber Herr Stadtrat Schaper in der letzten Schulausschußsitzung erklärt hat, ist man davon in der letzten Zeit ab-

Ko-

gekommen, in dem man Herrn Stadtrat Schaper regelmäßig zu den Sitzungen des Schulvorstandes zusieht - allerdings hat er dort kein Stimmrecht. Innerhin ist dadurch aber den Wünschen der Stadt in gewisser Beziehung Rechnung getragen. Wie gesagt, müssen wir vorläufig von einer Übernahme der Schule auf die Stadt absehen und das Drittel des Fehlbetrages diesmal und in der nächsten Zukunft noch decken.

Der Schulausschuß empfiehlt angesichts dieser Tatsachen die geforderte Summe zu bewilligen.

Während der Rede des Stadtverordneten Stegmanns
übernimmt der Stadtverordnete Dr. Jasper den
Vorsitz.

Stadtverordneter H e r b s t : Nach den längeren Ausführungen des Herrn Berichterstatters kann ich mich auf ein kurzes Wort beschränken und bitten, dem Antrage des Schulausschusses zuzustimmen. Es handelt sich um die gute Ausbildung unseres kaufmännischen Nachwuchses, und dafür sind die Gelder gut angewandt.

Ohne

Ohne weitere Wortmeldungen; der Vorsitzende stellt fest, daß damit der Antrag des Schulausschusses angenommen ist.

(Kaufmännische Fortbildungsschule, Zuschuß)

10. Antrag von ehemaligen städtischen Steuer-
beamten auf Nachzahlung der erhöhten Bezüge.

Stadtverordneter S t e g m a n n : Die geehrten Herrschaften werden sich erinnern, daß wir vor einiger Zeit (am 3. August) die Forderung der städtischen Steuerbeamten auf Nachzahlung des Betrages, der durch die Versetzung der Stadt Braunschweig in die Ortsklasse B den städtischen Beamten zuteil geworden ist, verhandelt haben. Sie wissen auch, daß die Stadtverordnetenversammlung die Nachzahlung abgelehnt hat, und zwar aus folgenden Gründen: Zunächst war man in Finanzausschusse und im Plenum der Überzeugung, daß die fraglichen Beamten durch die Übernahme der neuen Stellen ihre Stellung und *ihre* Einkommen tatsächlich verbessert haben, da sie dadurch in höhere Gehaltsklassen, von der 5. in die 6. und teilweise in die 8. Klasse, gekommen sind.

Weiter

Weiter hat die Stadt dadurch gewissermaßen Schaden gelitten, daß die Stadt für die ~~Ausscheidung~~ ^{Ausstellung} sendenden Aushilfskräfte hat annehmen müssen. Als drittes kommt hinzu, daß sämtliche ausgeschiedenen ^{Ausgestellten} ~~Beichte~~, wenn die Stadt diesen Wunsch Rechnung tragen würde, dasselbe Entgegenkommen verlangen würden. Die 10 Steuerbeamten haben sich bei der Entscheidung des Rats der Stadt und der Stadtverordneten nicht beruhigt, sondern haben sich an das braunschweigische Staatsministerium gewandt, damit dieses eingreift und die Stadt veranlaßt, die Zahlung zu leisten. Das Ministerium ist merkwürdigerweise auf diesen Wunsch eingegangen, obwohl es keine Sache des braunschweigischen Staats ist, da es sich um jetzige Reichsbeamte handelt, und es hat uns im Finanzausschusse fremdartig berührt, daß sich das Ministerium in

diese

diese Sache mischt, die es nichts angeht. Das Schreiben des Ministeriums an den Rat lautet folgendermaßen:

„ Wir ersuchen, die Stadtverordnetenversammlung wegen der Zahlung der Bezüge von 10 in den Reichsdienst übergetretenen ehemaligen städtischen Beamten zu erneuter Beschlußfassung zu veranlassen. Die 10 Bittsteller sind seinerzeit nicht aus dem Beamtenverhältnis freiwillig geschieden (nur dann könnte die Verweigerung dieser Nachzahlung erwägungsfähig sein), sondern sie sind wegen der Veränderung in der Organisation der Steuerverwaltung, mithin unter dem Drucke der Verhältnisse lediglich in eine andere Verwaltung, nämlich in die Reichsverwaltung, übergegangen, ohne daß sich in übrigen ihre Dienststelle und Beamtenverhältnisse wesentlich geändert hätten.

Sie

Sie sind dabei ohne Unterbrechung im Beamtenverhältnisse geblieben, haben dieses Verhältnis auch niemals aufgeben wollen, vielmehr den Reichsdienst als bloße Fortsetzung des städtischen Dienstes angesehen. Bei dieser Lage ist der versagende Beschluß der städtischen Behörden ein unverdienter Härter."

Es ist auch merkwürdig, daß in diesem Schreiben gerade die Stadtverordneten zu erneuter Beschlußfassung aufgefordert werden und nicht der Rat, der doch das wichtigste Wort hierzu zu sagen hat. Es kann keine Rede davon sein, daß die betreffenden Beamten unter dem Drucke der Verhältnisse gehandelt haben, eben so wenig, daß der Übertritt in den Reichsdienst eine Fortsetzung des Kommunaldienstes ist. Als das Steuerwesen geändert wurde und die Finanzämter gegründet wurden, ~~konnte sich die Verwaltung der Stadt~~

war es allerdings klar, daß nicht alle bis jetzt in den Kommunalämtern tätigen Beamten diesen Schritt befallen konnten, sondern daß Ausfaltungen in andere Ämter stattfinden mußten.

~~schon von selbst sagen, daß ein Teil ihrer Beam-~~
~~ten in diesen Dienst übergeben würden, denn~~
Es ist verständlich daß einige der älteren Steu-
erbeamten nicht gern in ein anderes Büro der
Stadt versetzt werden wollten. Sie wollten lie-
ber weiter im Steuerdienst verwandt sein und
versuchten, beim Reiche anzukommen, zu gleicher
Zeit versuchten sie dadurch ihre Stellung zu
verbessern. Von einem Drucke kann also nicht die
Rede sein, auch nicht davon, daß dieser Dienst
beim Reiche eine Fortsetzung des Kommunaldien-
stes ist, ^{daß} ~~und dieses~~ Letztere geht daraus her-
vor, daß sich die Beamten in gewisser Weise ge-
sichert haben: Sie haben ^{fol} gesagt: Wir treten nicht
einfach aus dem Kommunaldienste aus, sondern bean-
tragen, uns auf 3 Monate zu beurlauben, so daß
^{wir} ~~sie~~ jederzeit in städtischen Dienst zurücktreten
könnten, wenn ^{wir} ~~sie~~ beim Reichsdienst nicht fänden,

was

was ~~sie~~^{man} suchten, wenn vielleicht ungünstige Be-
soldungsverhältnisse ~~für sie~~^{für sie} eintreten, wenn ~~sie~~^{man}
nicht in die Gruppe hineinversetzt werden, in
die ~~sie~~^{man} kommen ~~wollten~~^{wünschten} oder sonst ~~ihnen~~^{ihnen} ungün-
stige Verhältnisse vorfinden. Der Urlaub ist
ihnen von Rat zugestanden und sie sind beim
Reichsdienst geblieben. Während die Beamten der
Meinung gewesen, der Reichsdienst sei eine Fort-
setzung des Kommunaldienstes, dann hätten sie
gar keinen Urlaub zu beantragen brauchen. Sie
sind nun dort in eine höhere Gehaltsstufe gekom-
men, sind finanziell dauernd besser gestellt, und
so muß man es - wie auch damals die Mehrheit der
Stadtverordneten getan hat - als ein unbilliges
Verlangen bezeichnen, wenn von der Stadt die Nach-
zahlung vom 1. April 1920 an verlangt wird. Der
Finanzausschuß empfiehlt ~~ihnen~~^{ihnen} deshalb, zum
zweiten Mal ~~Ablehnung~~^{die} des Antrages der 10 Reichs-
beamten auszusprechen.

Stadtverordneter J a h n s : Die Ausführungen des Herrn Stegmann vermögen mich nicht von der Richtigkeit des früheren Beschlusses der Stadtverordneten zu überzeugen. Ich habe schon seinerzeit, als diese Sache hier zum erstenmal zur Beratung kam, angeführt, daß diese zehn Beamten die einzige Gruppe von Beamten in ganzen Deutschen Vaterlande wären, die von einer solchen ausnahmsweisen Behandlung betroffen würden, daß sie die Nachzahlungen vom 1. April 1920 an nicht erhalten, und ich muß mich heute der Ansicht des Ministeriums anschließen, in dem ich das Vorgehen des Ministeriums nicht als falsch ansehen kann. Die 10 Beamten sind nicht schon Reichsbeamte gewesen für die Zeit, wo die Nachzahlung geleistet werden soll, sondern städtische Beamte, und sie sind auch heute noch in gewissem Sinne als Beamte unseres engeren Vaterlandes anzusehen.

Man

Man kann nicht sagen, sie seien lediglich aus dem städtischen Dienste getreten, um sich zu verbessern, sondern sie sind fortgegangen, weil der ganze Apparat für die Besteuerung der Einwohnerschaft an das Reich übergegangen ist, und das war richtig, wenn dieser ganze Apparat nicht noch mehr stocken sollte, als es tatsächlich schon der Fall ist. Da die derzeitigen Arbeitgeber die Nachzahlungen für alle Beamten für die vergangene Zeit haben zahlen müssen - auch in Reich und in den Bundesstaaten -, so haben auch diese 10 Beamten die erhöhten Bezüge unter allen Umständen zu beanspruchen. Es stünde einzig in Deutschen Reich da, wenn diese 10 Beamten die Nachzahlung nicht erhielten. Wenn jedoch Angestellte Nachzahlungen erlangen würden, ^{nach} die auch Posenuskel oder sonst wohin verzogen

sind.

sind, so stehe ich auch auf den Standpunkt des Herrn Stegmann, daß man sie ihnen nicht nachschicken soll, aber diese Beamten, die unter diesen Umständen aus dem städtischen Dienste geschieden sind, haben entschieden das Recht, die Nachzahlung zu verlangen. Ich bitte also die Versammlung, dem Wunsche dieser Herren zu entsprechen und die Lappalien zu bewilligen, damit sie nicht schlechter gestellt sind als alle übrigen Reichs- und Kommunalbeamten.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Daß es sich bei der Nachzahlung um eine Lappalie handelt, das möchte ich bezweifeln. Wir sind der Ansicht wenn man einen Teile der Personen, die in der fraglichen Zeit ausgeschieden sind, mögen es nun Angestellte oder Beamte sein, die Nachzahlung bewilligt, dann erfordert es die Gerechtigkeit, daß man sie allen gewährt, und dann ist es keine Kleinigkeit mehr. Wohin die Beamten gezogen sind, ob sie hierbleiben oder nach Possumukel gehen, das ist bei der Sache nicht entscheidend; die Hauptsache ist, daß sie freiwillig ausgeschieden sind. Wenn die Herren vorsichtig handeln wollten, müßten sie den Reiche sagen: „ Wir treten über unter den und den Bestimmungen. “ Sie hatten drei Monate Zeit dazu und müßten unter ihren Bedingungen auch die aufstellen: „ Sollten den städtischen Beamten etwa

Nach-

Nachzahlung ^{im} zuteil werden, dann bitten wir, sie ^{zufällig} auszus zahlen." Das haben sie nicht getan. In keinem Falle haben wir auf die Beamten irgend welchen Druck ausgeübt - wie sollten wir auch dazu kommen? In Steuersachen sind wir, nachdem uns diese Beamten verlassen hatten, allerdings entlastet, aber wir haben im übrigen doch sofort Militäranwälte neu einstellen müssen. Daraus ergibt sich, daß es wohl möglich gewesen wäre, diese Herren bei uns in anderen Büros zu beschäftigen. Man kann doch nicht sagen, daß jemand nur zum Steuertechniker bei uns ausgebildet wird, sondern unsere Beamten können eben so gut in anderen Büros ihre Arbeit leisten, auch wenn sie aus den Steuerbüros kommen. Wie ich glaube, ist es ein Eingriff in das Recht der Selbstverwaltung, wenn die städtischen Behörden einen solchen Be-

schluß

schluß gefaßt haben und das Ministerium für diese Reichsbeamten eintritt, indem es sagt: Wir verlangen nochmalige Beratung durch die Stadtverordnetenversammlung. Es bleibt ja wohl nichts anderes übrig, als daß die Versammlung erneut einen Beschluß faßt, aber da sachliche Änderungen nicht eingetreten sind, ist es wohl selbstverständlich, daß ^Sie ihren Beschluß aufrecht erhalten.

Stadt v. L e h n e r t : Es berührt einen eigenartig, daß diese Herrschaften die Dreistigkeit besitzen und das Ministerium in ihrer Sache anrufen, und zwar darum als eine Dreistigkeit, weil sie selbst das Arbeitsverhältnis gelöst hatten. Anders kann ich die Sache nicht betrachten. Jeder einzelne, ob er nun Hand- oder Kopfarbeiter ist, hat, wenn das Arbeitsverhältnis gelöst hat, keinen Anspruch auf Zahlungen mehr. Ich weiß nicht in ihre Beamtenseele hineinzudenken, Herr Jahnke, und weiß, daß es sich um Kollegen von ihm handelt, denen er beiseitpringen zu müssen glaubt. Aber hier kennt nicht der Beamtenstandpunkt zum Austragen, sondern die Stellung der Stadtverordneten zu den Ausgetretenen. Ich will nicht sagen, daß ^{früher} die Stadt durch ihren Austritt in große Verlegenheit gebracht haben, aber heute ist doch aus den Händen des Herrn Oberbürgermeister

wieder

wieder bestätigt, daß sofort 9 Militäranwärter wieder eingestellt werden müßten. Wenn 10 Leute weggehen und Plätze dadurch offen werden, müssen sie doch wieder besetzt werden; daß sollte Herr Jahn als Rechnungsrat doch ganz gut wissen, wenn ich als gewöhnlicher Sterbli- cher das weiß. Diese Herren sind zu ihren Arbeitsgeber gegangen und haben ^{an} auf 3-monatli- chen Urlaub gebeten, damit sie in den Falle, daß es ihnen drüben nicht angenehm war, wieder in die gute gemütliche Stube zurückkommen konnten. Wenn wir so arbeiten wollen, und auf diese Weise die Ende nicht machen, dann hat es keinen Zweck mehr. Weil sie früher in der Ortsklasse C gewesen sind, während sie jetzt in der Klasse B stehen würden, so trauern sie jetzt noch darauf herum, daß sie als B-Menschen behandelt werden. Die Herrschaften haben sich

durch

durch ihren Wechsel bedeutend besser gestellt,
waren aber vorsichtig bei ihrem Wechsel, indem
sie sich 3 Monate Bedenkzeit ausgedenken hatten.
Wenn sie bei einem Privatunternehmer gewesen
wären, hätten sie das nicht tun können. Ich
möchte die Herrschaften auf ihrer Seite fragen,
ob sich einer die Bereitwilligkeit nehmen würde,
zu seinem Geschäftsherrn oder Fabrikdirektor
zu sagen: Ich möchte eine andere, bessere
Stellung annehmen, aber ich bitte mir drei
monatlichen Urlaub aus, damit ich nachher wie-
der kommen kann. Das mögen Sie wohl in der
Beamtenkarriere möglich machen, anderwärts
aber ist es unmöglich. Wenn sie anderwärts
die Tür hinter sich zugemacht haben, können
sie nachher auch an den Arbeitgeber keine
Ansprüche mehr stellen, und in derselben Weise
müssen wir auch hier verfahren. Wenn Sie den

Anfrage

Anträge der 10 ausgeschiedenen Beuten zu-
stimmen, dann tun Sie es nur aus reiner Ge-
fälligkeit, aber nicht als Stadtverordneter.

Die Mehrheit der Versammlung entscheidet sich für Zurücksetzung der Ansprüche der in den Reichsdienst getretenen städtischen Beamten.

II. Zustellung der Steueranschriften.

Stadto. M a n t e : Meine sehr geehrten
Herrn und Herren! Die Stadtverwaltung ist
durch eine Angelegenheit, die ich zu schildern
übernommen habe, etwas in Verlegenheit gekom-
men und bittet um ihre gütliche Äußerung
in dieser Sache.

Sie wissen, daß früher die Polizeidirek-
tion die Verpflichtung hatte, die Steuerans-
schriften für die städtische und staatliche
Gemeindeeinkommen ^{steuer} und die übrigen Steuern
durch ihre Beamten austragen zu lassen. In-
zwischen haben sich die Verhältnisse dahin
geändert, daß die Stadt mit den Einkommensteu-
ern nichts mehr zu tun hat, und auch die Ver-
hältnisse bei der Polizeidirektion haben sich
geändert, sodaß sie jetzt abgelehnt haben,
eine derartige Arbeit für die Stadt durch

Ihre

ihre Beamten ausführen zu lassen, und zwar mit der Begründung, daß sie deswegen die Beamten nicht dem Sicherheitsdienste entziehen könnte. Wie ich aus den Akten ersehen habe, läßt sich dagegen nichts machen; auch das Ministerium hat der Polizeidirektion in dieser Sache recht gegeben. Nun ist die Stadt aber immer noch in der Lage, Steueranschriften ^{ausarbeiten} ~~ausarbeiten~~ und verteilen zu lassen, nämlich für Gewerbesteuer, Grundsteuer, Kirchensteuer und andere städtische Steuern, auch für die Staatsgrundsteuer und die Staatsgewerbesteuer sind die Anschriften mit auszutragen. Nun sind wir in der glücklichen Lage, daß die Steueranschriften fertig da liegen, aber die Stadtverwaltung ist leider nicht instande, sie den Zensiten zu behändigen. (Zuruf: Gehen wir doch selbst und tragen sie aus!) Das wollte ich nachher auch vorschlagen. Nun hat der Rat

der

der Stadt geglaubt, daß diese Arbeiten unter diesen Umständen nicht nur die Ratsdiener ^{befolgen sollten} - soweit sie dafür aus dem sonstigen Dienste herausgenommen werden könnten -, sondern daß auch die jüngsten Angestellten, die zu Schreibdiensten angenommen sind, die ^{Abschreiber} ~~Büroassistenten~~ ^{und Bureauverwalter} ~~sozialen sowie die Landwirte~~ ^{hier mit} übernehmen sollten und so der Stadt, die ihre Arbeitgeberin ist, in ihrer Not beispringen sollten. Da ist der merkwürdige Beschluß der Angestellten herausgekommen, daß sie es ablehnten, diese Arbeiten durch die Jüngsten unter ihnen ausführen zu lassen. Sie beziehen sich dabei auf einen Paragraphen, in dem es heißt, daß man einen Beamten nicht zusetzen könnte, beliebige Arbeiten auszuführen, die nicht auf der Höhe der Leistungen und Anforderungen ständen, zu denen man sie angenommen hätte. Nun bin ich ja auch der Meinung, daß man diesen Schreibern und Büroassistenten nicht zusetzen kann - na, meinet-

wegen

wegen den Pferdediener mit Büsten von der Straße zusammenzubringen und zu sammeln, obgleich das ja auch eine Arbeit ist, die Werte schafft. Aber ich weiß doch nicht, ob nicht ein junger Mann, der bisher aufs Rathaus kommt und etwas lernen soll, nicht einmal ganz gut auch solche Arbeiten mit ausführen könnte, die darin bestehen, diese Steueranschriften an die Empfänger zu behändigen. Diese Arbeiten halte ich für eine außerordentlich wichtige. Es handelt sich darum dabei nicht allein darum, daß die Schreiben abgegeben werden und daß Leute gesucht werden, ~~die die angegebenen Wohnungen finden können~~, sondern es können auch knifflige Fälle vor, z.B. daß die Zensiten von der einen nach der anderen Straße verzogen sind, daß dann ein richtiger Bericht darüber gemacht wird und daß es einer gewissen Findigkeit bedarf, um schließlich die Steuerpflichtigen aufzufinden.

zu finden.

zufinden, oder festzustellen, ob die Leute vielleicht nach Magdeburg oder einer anderen Stadt verzogen sind, und anderes mehr. Jedenfalls möchte der Rat zunächst eine gütliche Äußerung der verehrten Versammlung haben, ob auch sie auf dem Standpunkt steht, daß derartige Arbeiten die Ehre einschränkend oder das Ansehen beeinträchtigend sind, und ~~daß~~ würde durch den Herrn Vorsitzenden aus der Besprechung festzustellen sein. Es wird von den jungen Leuten gesagt, sie stammten aus guten Familien und hätten bei Übernahme ihres Dienstes nicht an solche Verpflichtungen gedacht. Ich habe mir immer eingebildet, daß ich auch nicht aus einer schlechten Familie stamme, und als ich mein „Einjähriges“ gemacht hatte, was damals ein gewisses Ansehen gab, kam ich in die Lehre in ein kaufmännisches Geschäft. Da habe ich ein Jahr lang mit einer Kasse nach der Post gehen und die Briefschaften abholen müssen - Meine früheren Schulge-

ROSEN

nessen dachten, ich wäre vielleicht Barbier geworden. Unser kaufmännischer Direktor schenkte mir ^{Klein} ~~das~~ Vertrauen, ~~und~~ auf der Post wurde die Mappe aufgeschossen und vollgepfropft mit Briefen und Paketen bis 50 Pfund schwer, ^e ~~darfte~~ ^{ich} sie wieder ^{schleppen} an mich nehmen und sie nach dem Geschäft tragen. So bin ich in Braunschweig naher hausiert. Allerdings muß ich auch sagen: Trotzdem ich Englisch und Französisch gelernt hatte, war ich doch kaum in der Lage, ein Kuvert richtig zu schreiben. Ich hatte in der Schule auch gelernt mit x und ~~Korren~~ ^{unseren} ~~und~~ ^{Man} bekannten zu rechnen, aber wenn ich an das Buch gestellt wurde und sollte 27 Posten zusammenrechnen, so haperte es auch damit manchmal. Ich habe mir gesagt: Du mußt von unten anfangen, wenn du die Praxis lernen willst. Und schließlich habe ich dann auch rechnen gelernt, das kann ich den geehrten Herrschaften versichern. Nach meiner Ansicht stellen sich

die

die jungen Beamten auf einen bösen Standpunkt
(Zuruf Lehnert: *Beraterter Standpunkt!*), wenn
sie der Stadt diesen Dienst verweigern. Ich
möchte den Herrn Vorsitzenden bitten, einmal
die Versammlung nach ihrer Ansicht zu fragen.

Stadtv. S t u k e n b e r g : Meine
Herrn und Herren! Ich muß diesen Standpunkt
der Anwärter aufs lebhafteste bedauern. Es
liegt hier typhisch so, daß die Polizeibe-
amten nicht mehr zur Verfügung gestellt werden
können, daß wir aber ~~nicht~~ gezwungen sind,
diese Steueranschriften jetzt so schnell wie
möglich austragen zu lassen, ohne daß dafür
der Stadt eine besondere Ausgabe entsteht. In
einem solchen Falle hätte man ohne weiteres
erwarten können, daß die Beamtenanwärter so
viel Interesse für die Stadt zeigten, daß sie
sich für diese besondere Arbeit zur Verfügung
stellten. Herr Hunte hat schon ganz richtig
darauf hingewiesen, daß es sich um keine ent-
ehrende oder entwürdigende Arbeit handelt, die
sie übernehmen sollen, sie sollen damit auch
nicht den Beweis für ihre Fähigkeit als Be-
amte liefern, sondern sich lediglich in den

Dienat

Dienst der Stadt stellen bei einer Sache, die schließlich auch ihnen wieder zugute kommt. Wenn der Stadtsäckel zu sehr mit Ausgaben belastet wird und die Beamten fordern wieder einmal eine Erhöhung des Gehalts oder einen Zuschuß, dann wird man schließlich fragen: Woher soll es denn kommen? Es wurde vorhin der Zwischenruf gemacht, daß wir uns zu solchen Arbeiten zur Verfügung stellen wollen. Sollten jene Herren wirklich auf ihrem Standpunkt beharren, so wäre ich sofort bereit, hier helfend mit einzuspringen, und ich bin überzeugt, daß mir mein Arbeitgeber sofort Erlaubnis dazu geben würde. Es liegt mir daran, daß der Stadt Kosten erspart werden.

Stadt. Burgdorff: Meine Damen und Herren!

Wenn man bedenkt, daß die heutige Zeit einen Wandel geschaffen hat in der Beurteilung der Arbeit, insbesondere der körperlichen Arbeit und der geistigen Arbeit, daß heute ~~derjenige~~ derjenige, der früher zu den Gutsitzierten gehörte, es nicht unter seiner Würde hält, mit den Händen seine Kartoffeln und seine Kohlen zusammenzuholen, dann muß man mit Kopfschütteln sagen, daß der Standpunkt derjenigen, die für die Auskündigung der Steueranschriften in Aussicht genommen sind, ein ganz eigenartiger ist. Es handelt sich doch keineswegs um eine entehrende Arbeit, die man von ihnen verlangt. Wenn die Herren auf ihren Standpunkt verharren, dann wird es stünde Stadtkorrespondenzversammlung zur Ehre anrechnen, zu ihrem Teile mit dazu beizutragen, daß die Zettel ausgekündigt werden, damit die Finanzen der Stadt in Ordnung gehalten werden können.

Stadt. S t e i n e r t : Meine Damen und Herren! Wenn diese jungen Leute schon von vornherein auf diese Weise ihren Ständedünkel herauskehren, so kann man das verstehen, weil sie bisher in Ständedünkel großgezogen sind. Daß aber ältere Beamte diese jungen Leute in ihren Ständedünkel unterstützen, das kann ich nicht verstehen. Herr Munte sagte, daß er als Lehrling noch ganz andere Sachen hätte ausführen müssen, und diese jungen Leute, um die es sich hier handelt, sind als Lehrlinge in der Stadtverwaltung zu bewerten. Sie haben, wenn ihnen derartige Arbeiten angeboten werden und ihre Ausführung verlangt wird, einfach das zu tun - da gibt es keinen Weg drum hinweg. Wir als Arbeiter haben noch andere Arbeiten zu machen, aber als ehrenrend kann ich das nicht ansehen. Ich bin der Meinung, daß diese jungen Leute nicht berechtigt sind, die Übernahme solcher Arbeiten abzulehnen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g :

Wenn die Versammlung, die ich hoffe, den Vorgehen des Rates zustimmt, dann nehme ich an, daß die Bedenken, die seitens der Beteiligten geäußert sind, zusammenzuschmelzen werden. Wir legen Wert darauf, daß die Versammlung mit uns auf den Standpunkt steht: Das Verlangte ist für die Betreffenden keine demütigende Arbeit und kann ganz gut von ihnen ausgeführt werden. Ich glaube, daß sich hier der Gemeinsinn stärker zeigen wird als die übertriebene Betonung des Ständegefühls, wie denn der Beamtenausschuß in seiner Äußerung auch anerkannt hat, daß es für die Ratadiener das gegebene wäre, diese Arbeit auszuführen. Es handelt sich bei dieser Arbeit um die Heranziehung der Hilfschreiber und Büroangewandten, auf die sonstigen Angestellten werden wir nicht zurückzugreifen haben, während wir später bei Volkszählungen und dergleichen allerdings auch auf die Hilfe dieser rechnen.

V o r s i t z e n d e r : Ich möchte die Aufmerksamkeit der Versammlung auf § 31 des Verwaltungsstatuts hinlenken, in dem es heißt: „Mit jedem Amte soll ein ordentlicher angemessener Geschäftskreis verbunden sein. Die Beamten sind übrige ohne Anspruch auf Entschädigung verpflichtet, nicht nur die zeitweilige Vertretung anderer Beamten zu übernehmen, sondern auch gleichartige oder mit ihren bisherigen Geschäftskreise in naher Verbindung stehende Arbeiten dauernd zu übernehmen.“

Und in § 32 heißt es: „Jeder Hilfs- oder Unterbeamte muß auf Beschluß der städtischen Behörden die Versetzung in ein anderes Amt unter Beibehaltung des ihm zustehenden Gehaltes sich gefallen lassen.“

Stadte. S a u e r b i e r : Meine geehrten Damen und Herren ! Ich erkenne keineswegs die Schwierigkeit der Lage, in der ich mich hier befinde, und ich gestehe offen, daß es mir schwer wird, die genügende Objektivität aufzubringen, um auf alle Ausführungen, die hier gemacht sind, eingehen zu können. Ich hatte mir vorgenommen, in dieser ganzen Angelegenheit das Wort nicht zu ergreifen, gewisse Umstände zwingen mich aber doch dazu, vor allen Dingen sind es die Ausführungen des Herrn Referenten gewesen, die eine Aufklärung in manchen Fällen erfordern. Es ist der Ausdruck gefallen, wie es möglich gewesen wäre, daß der Ausschuß der Beamtenschaft zu solch einem Urteil habe kommen können, daß den nicht angestellten Beamten das Austragen der Steuerzuschreiben nicht zugemutet werden könnte. Meine Damen und Herren ! Der Ausschuß der städtischen Beamtenschaft setzt sich zusammen aus höheren, mittleren und unteren Beamten. Nach längere-

von

ren wiederholten Beratungen und ausgiebigen Erwägungen und unter Berücksichtigung aller Einzelheiten ist der Ausschuss der städtischen Beamtenschaft zu der Ansicht gelangt, daß diese Tätigkeit den nichtangestellten städtischen Beamten nicht zugenutzt werden könnte, da es ^{hier} in der Hauptsache nur um Botendienste handelt. Ich halte es ~~für meine Person~~ ebenfalls für einen Fehlgriff, der bedenkliche Folgen für den guten Nachschub der gesamten städtischen Beamten nach sich ziehen wird, wenn diese Tätigkeit, die nicht nur einen Notbehelf darstellt, sondern eine stete Einrichtung werden soll, Platz greift. Die Auswirkungen dieser Bestimmungen sind nicht zu ^{über}sehen und würden auch für die Stadt Braunschweig wenig schätzlich sein. Der Vergleich, den Herr Hunte mit den Lehrlingenmassen in einem kaufmännischen Geschäft

Geschäft zieht, paßt garnicht. Auch beim Räte der Stadt werden innerhalb des Betriebes Arbeiten verrichtet von älteren ^{und} jüngeren Beamten, wie das Hinauftragen von Akten und dergleichen, die ungefähr den untergeordneten Diensten in einem kaufmännischen Geschäft gleichen könnten. Dagegen würde niemand etwas sagen und hat auch noch niemand etwas gesagt. Wenn Sie einen passenden Vergleich ziehen wollen, so paßt vielleicht der: Wenn z.B. ein Schulinspektor durch die plötzliche Erkrankung seines Schuldieners in Verlegenheit gerät, ~~und~~ seinen jüngeren, noch nicht angestellten Lehrern zuhelfen würde: „Herr Sö-und-so und Soundso, Sie müssen heute morgen die Briefschaften zum Rathause bringen und die dort liegenden mir mitbringen!“ Oder wenn ein Rechtsanwalt zu seinem Büropersonal sagen wollte: „Das Absenden der Briefschaften durch die Post ist“

ist mir zu kostspielig, Sie müssen von heute ab die Briefschaften selber zustellen." (Zuruf
Lehnert: Lehrer sind ja keine Lehrlinge!) Hier auch nicht, Herr Lehnert, denn Lehrlinge haben wir leider nicht; aber hätten wir die, dann könnten wir ja auch einer 4 jährigen Lehrlingszeit etwa sagen: So, jetzt habt Ihr ausgelernt, konntet^u das und das Gehalt verlangen und habt nur die und die Tätigkeit zu verrichten. So aber handelt es sich hier um Beamte, die an und über die dreißig Jahre alt, verheiratet und 10 bis 12 Jahre bei der Stadt beschäftigt sind. Ich kann es mir daher nicht denken, daß Sie diesen Beamten zumuten wollen, sie sollten von jetzt ab eine Tätigkeit mit übernehmen, die Botendienste darstellen.

Wie ich schon zu Anfang ^{erwähnt} ~~erläutert~~ habe,
muß ich es mir leider versagen, auf alle Einzel-
heiten

heiten einzugehen, da die Materie an sich viel zu kompliziert ist, um sie hier so darzustellen, daß sie von Ihnen allen richtig verstanden würde.

Es ist mir nicht recht verständlich, wie der Rat der Stadt in einer Angelegenheit, die ursächlich nur die seine ist und über die er wohl allein am besten auf Grund aller statistischen Bestimmungen und Gesetzes-Vorschriften Bescheid weiß, das Stadtverordnetenkollegium um eine gutachtliche Äußerung ersucht. Weshalb

die

die Aufmachung hier in dieser Form durch einen Referenten, wenn in Finanzausschuß die Sache von Rate der Stadt selbst vorgebracht ist ? Ich habe das Gefühl, als ob der Rat der Stadt seiner Sache nicht ganz sicher ist und bei dem Stadtverordneten-Kollegium Rückendeckung für diese Angelegenheit mit allen ihren Auswirkungen sucht. Ich erkläre hiermit offen, daß ich dies für meine Person unter allen Umständen ablehne, und hoffe, darin ein Teil Unterstützung bei Ihnen zu finden. Was würde dann zunächst die Folge sein, wenn der Rat der Stadt eine Verfügung in diesem Sinne erlasse ? Es würde, soweit mit bekannt, sicher ein Teil der nicht angestellten Beamten kündigen und dann vom Rate der Stadt entlassen werden. (Zuruf: Können Andere!)

Ja, aber was für welche ? Der Ausschuß der städtischen Beamtenschaft sowohl, als die ältesten Beamten selbst, hat das ehrliche Bestreben,

für einen

für einen guten Nachwuchs mit allen Mitteln Sorge zu tragen. Glauben Sie ernstlich, meine geehrten Herrschaften, daß ein guter Nachwuchs sich beim Räte der Stadt melden wird, wenn mit einer Tätigkeit hier gerechnet werden muß, die Botendienste darstellt, wenn, wie man kurz sagen wird, die Tätigkeit beim Räte der Stadt in diesem Sinne berücksichtigt ist? Ich glaube, meine geehrten Herrschaften, das wird ernstlich Ihr Wille nicht sein. Überhaupt möchte ich hier kurz erklären, daß dieser Fall, wie er jetzt hier aufsteht, garnicht neu ist, denn er war schon vor circa 20 Jahren einmal da. Damals hatte der Stadtschreiber Friessmann das gleiche Ansinnen an die nicht angestellten Beamten gestellt. Zwei dieser Herren hatten sich damals geweigert, diese Tätigkeit - die Briefschaften auszutragen - zu verrichten. Der Stadtschreiber Friessmann ließ sie zu sich kommen, machte

nachte ihnen ernstliche Vorhaltungen und wies sie auf die Folgen hin, wenn sie sich weigern würden, diese Arbeit auszuführen. Trotz aller Ermahnungen und Hinweise blieben aber die beiden Herren, die sich heute noch in städtischem Dienste befinden und meine Ausführungen jeden Augenblick bezeugen können, bei ihrer Weigerung. Der Stadtsekretär Priesemann erklärte ihnen, er werde es nunmehr dem Stadtmagistrat vortragen, und sie könnten sich ja schon vorstellen, was ihnen jetzt bevorstände. Er trug es dann dem damaligen Oberbürgermeister Pockels vor, und der erklärte kurz: „Nein, diese Tätigkeit geziemt den mittleren Beamten nicht. Das sind Botendienste, die ^{beauftragen} ~~dürfen~~ sie nicht ^{zu} ~~aussühren~~.“ Meine Herrschaften, das war damals vor 20 Jahren im alten fast autokratischen Staate noch, und heute sollte es den Beamten zugemutet werden! ? Ebenso wenig wie

wie ein Bürobeamter zu einem Ratsdiener sagen kann: „Können Sie einmal herein und helfen Sie mir bei der Steuerberechnung, oder Kassenberechnung dieser oder jener Personen“, eben so wenig kann den Beamten zugemutet werden, daß sie nach der Dienstzeit mit dem Ratsdiener Hand in Hand das Austragen der Briefschaften usw. besorgen. Man könnte diese Folgerung noch erweitern, wenn andere Tätigkeiten irgend welcher Art in städtischen Dienste ein Hineinspringen anderer Kräfte für angezeigt ^{nur} erforderlich erscheinen ließen. Meine geehrten Damen und Herren! Ich kann hier unnötig, wie ich schon mehrmals erwähnte, alle die Einzelheiten aufzählen, die mich veranlassen, Sie dringend zu bitten, dem Ersuchen des Rates der Stadt nicht zuzustimmen (Zuruf Sievers: Führen Sie sie nur einmal auf!) Nein, Herr Sievers, ich befürchte, Sie ganz besonders damit zu langweilen. Aber vielleicht genügt

nügt

nügt Ihnen der kurze Hinweis auf die Gesamtorganisation der Beamtenschaft hinauf bis zum deutschen Beamtenbunde. Für mich gilt als feststehend, daß diese Arbeitszuteilung für den mittleren Beamtenstand, ob es sich um angestellte oder nicht angestellte handelt, eine arge Zumutung darstellt, und ich erkläre hiermit, daß ich die Bestrebungen dieser Beamten, diese Zumutung auf legalen Wege von sich abzuwälzen, mit allen Mitteln, soweit es in meinen Kräften steht, unterstützen werde. Ich möchte Sie aber dringend bitten, das Ersuchen des Rates der Stadt, so harmlos es Ihnen hier auch vorgebracht ist und erscheinen mag, mit Rücksicht auf seine Auswirkungen, die tatsächlich kaum zu übersehen sind, abzulehnen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Meine Damen und Herren ! Ich hätte gern gesehen, wenn diese Rede des Herrn Sauerbier nicht gehalten wäre. Wohin sollen wir schließlich kommen, wenn eine solche Stellungnahme vertreten wird ? Wir haben doch heute Verhältnisse, in denen wirklich ein übertriebenes Standgefühl zurücktreten muß. Ich hätte gewünscht, daß Herr Sauerbier doch wenigstens mit einem Wort gesagt hätte, was denn die Stadt in ihrer Verlegenheit jetzt tun solle. Es darf nicht immer nur gesagt werden, wie weit die Rechte unserer Beamten gehen, sondern man muß auch einmal bedenken, was das Wohl unserer Stadt erfordert. (Sehr richtig!) Wir haben jetzt zuverlässige Personen nötig, deren Bescheinigung bei einer Beschwerde gegen die Veranlagung zur Steuer maßgebend ist, und dazu

können

können wir nicht jeden beliebigen Arbeitslosen gebrauchen. Daß der frühere Magistrat auf einem anderen Standpunkt gestanden hat, liegt an den früheren ganz anderen Verhältnissen, und wenn Herr Sauerbier meint, der Rat der Stadt wäre seiner Sache nicht sicher gewesen, und wenn der Beamtenausschuß sich auf den Standpunkt der angehenden Beamten stellt, so kann ich erklären, daß wir Wert darauf legen, in dieser Sache, die unter Umständen zu unangenehmen Zuständen führen kann, in Übereinstimmung mit der Stadtverordnetenversammlung vorzugehen. Das ist unser gutes Recht, das wir uns nicht nehmen lassen.

Herr Sauerbier hat angedeutet, daß die jungen Leute bei einer Weigerung zu riskieren hätten, daß sie gekündigt würden. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich der Meinung bin: Wer sich

heute

heute so wenig in den Geist der Zeit hinein-
gelebt hat, daß er sich für zu gut hält, einen
Steuerzettel an die Steuerpflichtigen auszu-
händigen, der mag sich nicht wundern, wenn die
Stadt sagt: „Dann halte ich mich für zu gut,
den Mann dauernd in meinen Dienst zu nehmen.“

Stadtverordneter L e h n e r t : Ich wollte nicht darauf hinweisen, daß bei diesen Herrschaften die Paragraphen 31 und 32 angewendet werden können, sondern wollte dem Wunsche Ausdruck geben, daß der Herr Stadtrat von Frankenberg noch Vorsitzender des Gewerbegerichts war und könnte die Betreffenden nach dem Gewerbegericht zitieren. Dort würde er ihnen mitteilen: „Da Sie an ihrem Einkommen keinen Schaden haben, sind sie verpflichtet, die Ihnen zugewiesenen Arbeiten auszuführen, und wenn sie das nicht tun, so ist das ein Grund zur sofortigen Entlassung.“ So ist früher entschieden worden, als ich ein ganz Teil jahrelang Beisitzer im Gewerbegericht gewesen bin.

Herr Munte hat ihnen humorvoller Weise demonstriert, wie es gewesen ist, als er gelernt hat.

Wenn

• aufgeführt

Wenn man jetzt ~~trotzdem~~ es hier scharf gerügt
Rats
worden ist, ~~daß~~ in den Rauchstuben das allge-
meine Rauchkollegium einzuführen, so kann ich
~~doch immer noch~~ sagen, daß diese Herrschaften
recht gute Mitglieder des einstigen Rauchkollo-
giums in Sanssouci gewesen wären. Da schieden
sie nicht vor, daß so etwas mit ihrer Beamten-
ehre nicht in Einklang zu bringen ist. (Zuruf
Jahns: Das gehört nicht hierher!) Jawohl, Herr
Jahns, das sieht sich nicht, wenn die Beamten mit
dem Glimmstengel im Munde mit dem Publikum ver-
kehren. Daß so etwas nicht vorkommt, das können
wir verlangen als Steuerzahler der Stadt. Können
sie in jedes andere Geschäft hinein, so werden
sie so etwas nicht finden, aber im Rathause hat
jeder, ^{auf} und wenn er noch so klein ist, daß er
kann auf den Tisch reichen kann, schon eine Pfei-

fe oder eine Zigarre in Munde und ^{zielt} ~~sich~~ vor-
schriftmäßig daran. Ob sich das mit der Beamtens-
chre in Einklang bringen läßt, das möchte ich
bezweifeln. Wenn diese Herrschaften glauben,
durch den Beschluß, den sie durch den Angestell-
tenrat haben fassen lassen, einen Streit provo-
zieren zu müssen, so sollen sie sehen, daß die
gesamte Bürgerschaft und Einwohnerschaft Braun-
schweig ^{hinf} ~~hinter~~ dem Rat der Stadt und die Stadt-
verordneten stellen. Wenn man sich so stellt,
das ist ein bornierter Standpunkt, habe ich schon
gerufen, und tatsächlich ist es so. Auch Sie,
Herr Jahn, nehmen die Beamten stets in Schutz.
Ihr erstes Wort ist A die Beamten und B nochmals
die Beamten. Wenn der Rat mit seiner Anfrage an
die Stadtverordneten herangetreten ist, dann
soll damit nach außen dokumentiert werden, daß
er die Stadtverordnetenversammlung, die von der
Allgemeinheit gewählt worden ist, hinter sich hat.

Vorsitzender: Ich habe den Ausführungen des Herrn Lehnert entnommen, daß er nur die außerhalb des Hauses stehenden mit seinen Ausführungen hat treffen wollen, nicht die hier anwesenden.

Stadtverordneter J a h n s: Ich möchte nur näher definiert wissen, von der Herr Berichterstatter als zu diesen Arbeiten aufgefordert hat. Er hat von Hilfsachreibern und Anwärtern gesprochen. Soviel mir bekannt ist kennen wir unter dem städtischen ^{Personal} /Hilfsangestellten, Beamte und Beamtenanwärter, männliche und weibliche.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Wir
haben beabsichtigt, die Hilfschreiber und An-
wärter zu diesen Arbeiten heranzuziehen, das sind
solche Personen, die ^{ausgütlich} später in den städtischen
Bürodienst angenommen zu sein wünschen, die sich
also noch im Vorber^ustadium befinden.

Stadtverordnete Frau G e t z e : Meine Herrschaften! Ich bedauere, daß sich die Betreffenden weigern, diesen Dienst für die Stadt zu übernehmen, und meine, daß ihr Ansehen dadurch nicht geschädigt wird, wenn sie diese Arbeit ausführen. Eine Arbeit kann ich es nicht einmal nennen, wenn sie gewissermaßen spazieren gehen und dabei diese Besorgungen machen. Wenn Herr Sauerbier andeutete, daß unter diesen Umständen einige der jungen Beamten aus dem städtischen Dienste treten würden, so könnte ich das nur ungezogen nennen, in die heutige Zeit paßt es wenigstens nicht. Auch das Beispiel von vor 20 Jahren paßt nicht mehr, denn die Zeiten haben sich gewaltig geändert. Nicht das, was man noch außenhin scheint, sondern wie man seine Arbeit tut, das macht den Menschen aus, und vor das nicht versteht der mag gehen.

Stadtverordneter Dr. Schultze: Obgleich ich selbst Beamter bin, passen mir doch die Ausführungen des Herrn Sauerbier nicht. Ich habe in meinem Amte nur einen Teilbetrieb zu ^{mit} übersehen, aber denjenigen von meinen ~~Arbeitern~~, der sich weigern würde, ~~auch~~ einen ihm aufgetragen, notwendigen Dienst zu versehen, den würde ich, wenn es in meiner Macht steht, glatt heraussetzen. Ich halte es bei unserer Anstalt für wärtvoll, daß die Assistenten auch einmal die Arbeit der Diener übernehmen, damit sie kennen lernen, wie ein solcher Dienst zu handhaben ist und welche Anforderungen sie später stellen können. Hier scheint es mir ^{so} zu liegen, daß es sich nur um eine vorübergehende Dienstleistung handelt, und deshalb hätte ich ~~da~~ nichts dagegen einzuwenden.

Anders

- 298 -

Anders wäre es, wenn es sich um eine dauernde
Einrichtung handeln würde. Vom gesundheitlichen
Standpunkte aus ist es den ~~Betreffenden~~ ^{Hilffürsorge} auch
ganz gut, wenn sie auch einmal in ihrem Dienst
an die frische Luft kommen.

Stadt v. S a n s b i e r: Auf die weiteren Ausführungen der Herren Vorredner näher einzugehen, möchte ich mir versagen und zwar aus ganz besonderen Gründen. Feststellen möchte ich aber, daß es sich hier nicht um eine vorübergehende Maßnahme handelt, sondern daß es eine Prinzipienfrage für den Rat der Stadt bedeutet. Ferner möchte ich feststellen, daß den größten Teil der Anwesenden, die die Weigerung der Hilfschreiber und Anwärter nicht verstehen können, die Gründe, die sie für ihre Weigerung in die Tasche stecken, nicht bekannt sind und nicht recht verstanden werden. Sie in allen ihren Einzelheiten hier vorzutragen, würde wirklich zu weit führen. Es handelt sich n.A. mit dem, welche Ansicht man zu dem Beruf und Begriff „Berufsbeamter“ einnehmen will.

Hun

Nun die Hauptsache ! Man hat sich gesagt: Wir wissen keinen anderen Rat, also muß es hier so gemacht werden. Lag es nicht nahe, wenn man den Vorschlägen des Beamtenausschusses nicht folgen wollte, zunächst einmal bei den Nachbarstädten Hannover, Celle, Magdeburg usw. anzufragen, wie es dort gehalten würde? Soweit Erkundigungen eingezogen sind, ist Braunschweig die einzige Stadt, in der die jüngeren nicht angestellten Beamten zu solchen Botendiensten herangezogen werden. Überall hat man sich auf andere Weise zu helfen gewußt. Die Auswirkungen einer solchen Maßnahme dürfen nicht übersehen werden. Wenn diese Arbeit nur dieses eine Mal gemacht werden sollte, so glaube ich, würde sich vielleicht niemand weigern. Es handelt sich aber hier um eine Arbeit, die alle Jahre mehrmals wiederkehrt. Und da können Sie es den nichtangestellten Beamten

arten

antem nicht verdenken, wenn sie diese Arbeit ablehnen und denen überlassen, die sie schon seit langen Jahren allein verrichtet haben. Übrigens handelt es sich hier nicht allein um junge Leute, die 18 bis 20 Jahre alt sind, sondern es kommen in der Mehrzahl ältere in Betracht, die seit vielen Jahren auf ihre Anstellung warten, verheiratet und teils über 30 Jahre alt sind. (Unruhe und Zurufe!)

Was ich hier mitgeteilt habe, ist nicht allein meine persönliche Auffassung und Ansicht, sondern sie wird von dem weit größten Teile der Beamtenschaft geteilt.

Ich möchte Sie bitten, bei Ihrem Gutachten Ihre Meinung dahin auszusprechen, daß Sie es nicht für richtig halten, die Beamtenanwärter für diese Arbeit zu verwenden.

Stadte. I o s t n a n n: (Zur Geschäfts-
ordnung): Das Gutachten, das sich in den bis-
herigen Äußerungen der Versammlung bemerkbar ge-
macht hat, ist für den Rat sehr gut ausgefallen.
Ich bin der Ansicht, daß sich nun die Versammlung
genügend ausgesprochen hat und beantrage des-
halb Schluß der Besprechung.

Der Antrag auf Schluß der Besprechung wird von der Versammlung angenommen.

Vorsitzender: Der Herr Berichtersteller hat für den Anschluß vorgeschlagen, das Gutachten der Versammlung dahin zu erstatten: daß die Büromaschinen und Hilfschreiber zu derartigen Diensten, wie sie hier erörtert sind / Austragen der Steueranschreiben / sehr wohl verwendet werden können. - Wer für diesen Vorschlag des Anschlusses ist, den bitte ich die Hand zu erheben.
(Geschicht) Das ist die überlegende Mehrheit.

12. Einrichtung einer Fahrrad-Aufbewahrungs-
stelle vor dem Hauptpostgebäude.

Stadt v. R a s c h e : Vor dem Hauptpostgebäude auf dem Friedrich Wilhelms Platze soll auf der dort befindlichen Rettungseinsel eine Fahrrad-Aufbewahrungsstelle eingerichtet werden, für die die Kosten auf 1900 Mark veranschlagt sind. Der Invalide Johannes Knope, wohnhaft Friesenstrasse, hat sich erboten, diese Fahrradaufbewahrungsstelle zu verwalten und für die Einrichtung eine monatliche Miete von 10 Mark zu zahlen, wogegen ihm das Recht zugesprochen wird, für jedes ihm zur Aufbewahrung übergebene Fahrrad eine Gebühr von 30 Pfennig zu erheben. Der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten, den Betrag von 1900 Mark für den angeführten Zweck zu bewilligen und die

Vernietung

Vermietung der Einrichtung, sowie die Festsetzung des Mietzinses dem Rat der Stadt zu überlassen.- Die Baukommission stimmt dem Antrage zu und ersucht Sie um das Gleiche.

Gemäß dem Antrage der Baukommission wird
die Zustimmung zu den Ratseorschläge erteilt.

13. Verlängerung des Straßenkanals auf der
Kalandstraße.

V o r s i t z e n d e r : Vielleicht ist es möglich, da über diese Sache im Ausschuß Einhelligkeit bestanden hat, zu dem Antrage des Rates auf Bewilligung von 7500 Mark, wie uns allen durch Ausdruck in den Verzeichnis der Ratsanträge vorliegt, ohne weiteres, als es eine Zeitlang in der Versammlung üblich war, die Zustimmung zu erteilen. - Es hat sich gegen dieses Verfahren kein Widerspruch erhoben. Der Ausschuß empfiehlt den Ausdruck entsprechend zu verfahren.

Ohne ~~Wort~~ Meldungen zum Wort, der Ratsantrag gilt als stillschweigend angenommen.

14. Verkauf von Baustellen auf der
Charlottenhöhe.

Stadt v. T o s t n n n : Meine Damen und Herren! Die städtischen Behörden haben beschlossen, das seinerzeit von der Stadt gekaufte Gelände der Charlottenhöhe in kleinen Parzellen als Baustellen zu verkaufen. Der Platz, wo die Villa steht, ist seit längerer Zeit abgegeben und auch schon eine Anzahl der kleineren Baustellen. Es haben sich nun weiter Käufer gemeldet, so daß mit den heute zur Beschlußfassung Vorgelegten, sämtliche Baustellen verkauft sein werden. Der Rat der Stadt ersucht uns, heute zuzustimmen, daß den nachfolgenden Käufern Baustellen zu den schon früher von der Stadtverordnetenversammlung genehmigten Bedingungen abgegeben werden:

Parzelle

- Parzelle Nr. 74** an den **Werkmeister Hermann Jordan,**
- • 76 • • **Justizwacheister von Brill,**
 - • 73 • • **Kaufmann Kannerhoff,**
 - • 77 • • **Kassierer Otto,**
 - • 75 • **die Braunschweigische Rentenkassege-**
• • 19 • **nossenschaft,**
• • **den Finanzbeamten Habekost,**
 - • 3+4 • • **Generaldirektor Haenel i. Haaps**
• • 5 • • **i. N.,**
• • **Dachdeckermeister F. Fricke,**
 - • 7 • • **Kaufmann Robert Pippig,**
 - • 8+9 • **die Firma Max Dorl & Levin,**
 - • 10 • **Herrn Karl Liesegang,**
 - • 11 • **den Dentisten Straubinger,**
 - • 12 • • **Eisenbahnbetriebsingenieur a.D.**
• • **Vielhaack**
 - • 13 • • **Buchdruckereibesitzer Julius**
• • **Krampe,**
 - • 15 • • **Regierungsrat Ludwig,**
 - • 16 • • **Steuerinspektor August Drees,**
 - • 17 • • **Ingenieur Hans Stockfisch,**
 - • 20+21 • **die Firma Pfeiffer & Schmidt,**
 - • 22 • **den Oberpostsekretär H. Max,**

Belle Nr. 14 an Herrn Dr. Ferdinand Kraus.

Für alle diese Stellen soll der Kaufvertrag, wie wir ihn seinerzeit beschlossen haben, angebunden werden, nur die Firma Pfeiffer & Schmidt wünscht eine kleine Veränderung in demselben, der seitens des Rates auch schon zugestimmt ist, und ich möchte Sie ersuchen, weil auch der Bauausschuß dieser Änderung zugestimmt hat, Ihre Genehmigung nicht zu versagen. Es handelt sich bei der Änderung um § 3 des Kaufvertragsentwurfs, der davon spricht, daß der Stadt das Niederkaufrecht zustehen soll. Da heißt es in Absatz 2: „wenn der Eigentümer das Grundstück nicht dauernd selbst bewohnt oder bewirtschaftet.“ Weil nun in diesem Falle eine Firma in Frage kommt, die die Häuser für ihre Angestellten errichtet, so soll Absatz 2

lauten:

lauten: „wenn das Grundstück nicht von einem Angestellten der Käuferin bezw. einem der Gesellschafter bewohnt oder bewirtschaftet wird“.

Die ^{zusätzl.} ~~Zus~~änderung bezieht sich auf § 5, in dem es sonst heißt: Der Käufer verpflichtet sich, auf dem Grundstück innerhalb der nächsten 10 Jahre ein zur eigenen – jedoch nicht ausschließlichen – Benutzung dienendes Wohngebäude zu errichten.“ Da soll der letzte Teil des Satzes heißen: „ein zur eigenen – jedoch nicht ausschließlichen – Benutzung eines ihrer Angestellten bezw. eines ihrer Gesellschafter dienendes Wohngebäude zu errichten.“

In ähnlicher Weise ist seinerzeit auch mit der Braunschweigischen Baugenossenschaft eine Änderung vereinbart, weil ihre Mitglieder in die Häuser hineinziehen, nicht die Gesellschaft selbst.

Ich

Ich bitte Sie im Namen des Bauausschusses,
den Abschluß der bezeichneten Kaufverträge
und der Vornahme der mitgeteilten Änderung zuzu-
stimmen.

Den Anträge des Bauausschusses stimmt die
Versammlung zu. (betrifft Charlottenhöhe).

15. Erhöhung der Pachten für drei städti-
sche Wirtschaftsgebäude.

V o r s i t z e n d e r : Wenn wir uns einigen, um den Tisch zu bereinigen, in der früher schon geübten abgekürzten Weise zu verfahren, wird es uns möglich sein, die noch vorliegenden Punkte der Tagesordnung heute noch zu erledigen. Es braucht dann über den betreffenden Punkt der Tagesordnung nicht be-^{III}richtet zu werden, wenn kein Antrag darauf gestellt wird.

Der Rat schlägt zu diesem Punkte vor, von 1. Oktober d. Js. ab eine Erhöhung der Pachten für drei städtische Wirtschaftsgebäude eintreten zu lassen, und zwar

für den Stadtpark von 6000 Mark auf 8000 M.,
" " Bürgerpark von 3700 " " 6000 M.,
und " " Ratskeller von 6300 " " 7000 M.

Ein

- 30X -

Ein Antrag auf Erstattung des Berichts wird nicht gestellt - Normmeldungen liegen nicht vor - der Ratsantrag ist dennoch genehmigt.

16. Anlage einer Wasserleitung auf dem
Städtischen Bieselgute.

V o r s i t z e n d e r : 7333,10 Mark sind für die fragliche Anlage zu bewilligen.

(Die Erledigung dieses Punktes erfolgt wie bei Nummer 15).

17. Zuschuß an die Landes-Krumpel-
Heil- und Pflegeanstalt.

V o r s i t z e n d e r : Es wird ein laufender Zuschuß von 9000 M jährlich beantragt.

(Erledigung dieses Punktes wie Nr. 15)

18.

14. Zuschuß an das Landes-Säuglingsheim
aus der Fideleittung.

V o r s i t z e n d e r : Ein einmaliger
Zuschuß von 40 000 M soll bewilligt werden,
wie in vorigen Jahre.

- /Erledigung dieses Punktes wie Nr. 15/.

19. Beschaffung eines Regals für die Erwerbs-
losenfürsorge.

V o r s i t z e n d e r : An Kosten sind 525 £
zu verwilligen.

(Erledigung dieses Punktes wie Nr. 15)

20. Instandsetzung von zwei Schulturnhallen.

V o r s i t z e n d e r : Für Instandsetzung
der Turnhallen der Bürgerschulen an der Masch-
straße und an der Sidonienstraße ist die Summe
von 13 225 £ zu bewilligen.

(Erledigung dieses Punktes wie Nr. 15)

21. Änderung der Beleuchtungsanlage in der
Handwerker- und Kunstgewerbeschule.

V o r s i t z e n d e r : Die veranschlagten
Kosten belaufen sich auf 3000 M.

(Erledigung dieses Punktes wie bei Nr. 15)

22. Änderung einer Büroeinrichtung im Öffent-
lichen Arbeitsnachweis.

V o r s i t z e n d e r : Die Änderung (Kartei-
kasten) erfordert einen Kostenaufwand von
1900 M.

(Erledigung dieses Punktes wie bei Nr. 15)

23. Verlängerung der Wasserrhrleitung auf der
Charlottenhöhe.

V e r s i t z e n d e r : Hierfür sind 13000 £
zu bewilligen.

(Erledigung dieses Punktes wie bei Nr.15)

24. Ankauf von und Abbruch von Baracken.

V e r s i t z e n d e r : Für die vom Roten
Kreuz anzukaufende Baracke sind 8600 £ aufzuwen-
den.

bedeutet, dass
Es sind noch zwei andere Baracken, die auf
dem Flugplatz stehen, für die noch 11 000 £
aufzuwenden sind. - Der Ausschuss empfiehlt
Zustimmung zu beiden Anträgen des Rates.

(Er-

(Erledigung dieses Punktes wie bei Nr.15)

Der Antrag des Rates, auf Erhebung einer Klage gegen den Käufer des Villengrundstücks auf der Charlettenhöhe wird in die vertrauliche Sitzung verwiesen.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 8 1/2 Uhr.

B e r i c h t

über die Verhandlungen der Stadtverordneten zu
Braunschweig in deren Sitzung am 17. November 1921.

Tagesordnung:

1. Antrag Schultze auf Zuweisung geeigneter Räume
an die Fürsorgestelle für Lungenkranke.
2. Antrag Hessenius auf Unterstützung der Witwen
und Waisen in Opatz durch Verzicht der Stadtver-
ordneten auf die ihnen zustehenden Tagegelder.
3. Antrag Sauerbier auf Anbringung einer Federungs-
Vorrichtung an dem städtischen Krankenauto.
4. Antrag Hessenius
 - 1) auf durchgreifende Feststellung der überflüs-
sigen Wohnräume in Großwohnungen,
 - 2) auf Einführung einer Wohnungsluxussteuer,
 - 3) auf Festsetzung einer Ablösung in bar zur

Be-

Befreiung von Wohnungsbeschlagnahmen und Wohnungsluxussteuer.

5) Beratung einer neuen Hundesteuer-Satzung.

6) Antrag Sauerbier auf Anstellung eines zweiten Überwachungsbeamten für die Vergnügungssteuer.

7) Antrag Schaltze auf Einrichtung eines Gesundheitsfürsorgeamts.

8) Antrag Stukenberg, betreffend die Überwachung der Ausfahrt der Postfuhrwerke aus den Johannischofen.

9) Verbilligung von Kosten für bauliche Änderungen im städtischen Hause Wilhelmstraße 21 (Studentenheim).

10) Zuschuß für das Landessänglingsheim.

11) Zuschuß an die Volkseleschalle aus der Jüdelstiftung.

12) Stadtseitige Übernahme der bisherigen Volkskaffeehalle an der Helmstedterstraße.

13) Abänderung der östlichen Fluchtlinie der

Wörth-

Nörthstraße zwischen Kapellen- und Helmstedterstraße.

- 14) ~~Abbruch~~^{nach} einer Baracke auf dem Flugplatze.
 - 15) Herriichtung einer Einfriedigung des städtischen Grundstücks an der Korfesstraße.
 - 16) Verlängerung der Gas- und Wasserrohre auf der Kalandstraße.
 - 17) Anfrage Marth über die Prüfung der Besoldungsordnung.
 - 18) Antrag Stukenberg, betreffend eine Notspende für in Not gerathene Personen und eine ~~Schul-~~^{Schul-}entlassenen-Spende.
 - 19) Antrag Lehnert, betreffend Gleichstellung der Krankheitsausweise der Krankenkassen mit den ärztlichen Krankheitsbescheinigungen bei Schulversäumnis von Kindern.
 - 20) Antrag Gräf auf Einsetzung einer Kommission zur Beseitigung von Missethänden im Flüchtlingsheim von Roten Kreuz.
-

An Ratssitze die Herren Oberbürgermeister
Leinemeyer, Bürgermeister Meyer,
Stadtrat von Frankenberg, Stadtbaurat
Lebensleben, Stadtrat Schaper,
Stadtrat Vogler, sowie die Stadträte
Burgold, Fühmann, Pinnow,
Balfs, Dr. Reiche, Rüter.

Es fehlt Herr Stadtverordneter Sievers,
Herr Dr. Jaspers erscheint später.

Versitzender Frede: Ich eröffne die Sit-
zung. Es sind folgende neue Anträge bzw. Anfragen
eingereicht:

Eine Anfrage des Herrn Jahn:
-Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß den kleinen
Pächtern auf dem Großen Exerzierplatze gekündigt
worden und aus welchen Grunde, und sind bereits
Schritte wegen Verpachtung der Waisenhausländereien
an Hopfengarten unternommen?"

Ein Dringlichkeitsantrags des Herrn Stuken

berg

Hilfenberg
V e r g :

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, baldigst eine Vorlage einzubringen, die 1/ eine Notspende zur Unterstützung von Opfern, die in Not geraten sind, und 2/ eine ~~Schul~~elntlassenen-Spende, aus deren Beträge auf Antrag ~~anderbenittelte~~ Eltern und Pflegeeltern Beihilfe gewährt werden.

~~früher~~ *früher* wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen, den Rat der Stadt zu 1/ die Summe von 100 000 M unter der Voraussetzung, daß der Staat die Summe in gleicher Höhe bewilligt, und zu 2/ eine Summe bis zu 100 000 M zur Verfügung zu stellen."

Ein Dringlichkeitsantrag des Herrn G r ü f :

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, ~~und unverzüglich da-~~ ~~nin~~ zu wirken, daß die Mißstände in Flüchtlingsheim von Roten Kreuz durch Einsetzung einer Kommission, bestehend aus zwei Vertretern der Stadtverordneten-

ver-

versammlung und zwei Vertretern der Flüchtlinge, besetzt werden."

Ein Dringlichkeitsantrag des Herrn L e h n e r , die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Krankheitsausweisungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse, der Betriebskrankenkasse usw. den Lehrern als Ausweis bei Erkrankungen von Schulpflichtigen Kindern genügen und den ärztlichen Bescheinigungen gleichgestellt werden."

Sodann ist ein Gesuch an die Stadtverordneten eingegangen von den Pächtern der Sanderschen Grundstücke an der Glückstraße (zwischen Celler- und Rudolfstraße). Die Pächter legen Protest ein gegen den Verkauf dieser Ländereien, die mit Schrebergärten besetzt sind, und ersuchen den Rat der Stadt, die Grundstücke stadtseitig zu erwerben durch Ausübung des Vorkaufsrechts, damit die bisherigen Pächter in Besitz ihrer Schrebergärten bleiben können. - Ich überweise diese Angelegenheit den

Rechts-

Rechtsauspruch.

Die heute eingeleiteten Anträge und Anfragen werden wir am Schlusse der Tagesordnung erledigen, während die aus der vorigen Sitzung stammenden unter Punkt 6 der Tagesordnung erledigt werden.

1. Antrag Schultze auf Zuweisung geeigneter Räume an die Fürsorgestelle für Lungenkranke.

Hortlaut des Antrages: „Es wird beantragt, der von Verein für Gesundheitspflege geleiteten Fürsorgestelle für Lungenkranke (Tuberkulose-Fürsorgestelle) geeignete Räumlichkeiten als bisher stadtseitig zur Verfügung zu stellen.“

Stadt v. M a r t h : Herr Kollege Schultze hat bei der Begründung seines Antrages ausgeführt, daß die Räume, die bisher von der Tuberkulose-Fürsorgestelle benutzt ^{waren} ~~wurden sind~~, ungenügend sind und den Wunsch auf Verlegung dieser Räume ausgesprochen, sodaß in Zukunft ^{hinreichend} ~~genügend~~ Räume zur Verfügung stehen und auch die Wohnung der Schwester sich an diese Räume anschließt.

Ich habe mir die Unterkunft der Fürsorgestelle angesehen und habe gefunden, daß sie in Wirklichkeit vollständig ungenügend ^{ist} ~~ist~~. Der

Marteraum

Wartezimmer ist teilweise dunkel, auch ist die Lüftung sehr mangelhaft, sodaß es schwer fällt, in diesen Räume ~~frei zu stehen~~ ^{unter Fußböden und Fensterrahmen}. Ebenso ungenügend ist der Aufenthaltsraum für die Kranken, die dort vielleicht stundenlang warten müssen, vollständig ungenügend, nicht einmal ordnungsmäßig heizbar, ~~sondern~~ ^{da} nur durch ~~einen~~ ^{ein} Gasofen ^{angefeuert}. Dann liegen die Räume so ungesund und unglücklich, daß sie sich für Lungenkranke unter keinen Umständen eignen, vor allen Dingen der Raum, in den die Schwester arbeiten soll; er mißt vielleicht 2,50 Meter in Quadrat. Hier müssen die Kranken ihren Eingang nehmen, und es müssen dort die Aufnahmen gemacht werden. Alle Kranken müssen durch diesen Raum hindurch, wenn sie zum Arzt oder in den Wartezimmer gehen wollen. Solche Räume kann man unmöglich als eine Fürsorgestelle für Lungenkranke bezeichnen.

Es

Es kommt noch hinzu, daß diese Räume nicht nur für die Lungenkranken benutzt werden, sondern sie müssen an verschiedenen Tagen auch noch für die Geschlechtskranken dienen, und es liegt auf der Hand, daß es nicht angebracht ist, zwei solche ganz verschiedenen Fürsorgestellen in ein und denselben Räumen unterzubringen. Unbedingt nötig ist es, daß man diese beiden Sachen trennt.

Der Bauausschuß hat sich mit der Sache beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, Ihnen zu empfehlen, den Antrag Schultze anzunehmen, also den Rat der Stadt zu ersuchen, geeignete Räume für die Tuberkulosen-Fürsorge ausfindig zu machen, und zwar solche, wo auch gleichzeitig die Schwester wohnen kann, sodaß die Fürsorgestelle jederzeit, auch wenn nicht gerade Sprech-

stande

Sprechstunde ist, von den Kranken benutzt werden kann, denn das erscheint für eine solche Stelle notwendig, wenigstens muß die Schwester in demselben Hause wohnen. Durch Zuweisung eines passenden Lokals würden ^{die} ~~das~~ jetzt von der Schwester, ^{benutzt} ~~benutzt~~ als Wohnraum ^{frei} ~~frei~~ werden, also in der Hinsicht würden nicht mehr Räume benötigt werden, als es bis jetzt der Fall ist. Auf bestimmte Räume aber hat sich der Ausschuß nicht festgelegt, sondern will es dem Rat überlassen, geeignete Räume ausfindig zu machen. [Soweit möchte ich mich als Berichterstatter geäußert haben. Meine persönliche Meinung geht dahin, daß man versuchen sollte, die Fürsorgestelle für Lungenkranke einer Anstalt anzuschließen, vielleicht einem Krankenhaus, und zwar habe ich das städtische Krankenhaus dafür ins Auge gefaßt, das draußen in der Pflegehausstraße liegt.

liegt. Wir haben auf diesem Grundstücke verschiedene Gebäude, wo es ohne große Schwierigkeiten möglich wäre, eine solche Fürsorgestelle unterzubringen, die eine Abteilung des Krankenhauses bildet. Ich habe mit Herrn Dr. Hollmann, dem Leiter der Fürsorgestelle wegen dieser Sache Rücksprache genommen und dabei sagte er mir, daß die Zunahme der Erkrankungen an Tuberkulose so enorm ist, ~~daß es wünschenswert ist,~~ daß er in absehbarer Zeit nicht mehr in der Lage ist, ohne einen Röntgenapparat auszukommen, und wies darauf hin, daß es wünschenswert sei, daß die neue Tuberkulose-Fürsorgestelle in die Nähe einer Anstalt mit Röntgenapparat komme und daß die Untersuchungen immer von denselben Ärzten vorgenommen werden. Deshalb meint auch er, daß am geeignetsten für den Anschluß der Fürsorgestelle ein städtisches Krankenhaus wäre. Wenn die Räume für die Fürsorgestelle

stelle

stelle in einen anderen Stadtteil untergebracht
würden, als in dem das Krankenhaus liegt,
müßte die Fürsorgestelle versuchen, einen ge-
eigenen Röntgenapparat zu beschaffen und selbst-
verständlich würde dabei auch die Stadt ^{finanziell} in Mit-
leidenschaft gezogen werden. Persönlich möchte
ich also dafür eintreten, daß man versucht, die
Fürsorgestelle als eine Abteilung eines Kran-
kenhauses einzurichten, und auf diese Weise eine
Zentralstelle zu schaffen, von wo aus diese
verkehrende ^e Krankheit mit Erfolg bekämpft werden
kann.

Stadt v. S t e i n e r t : Keine Damen und Herren! Daß die Räume, in denen bisher die Fürsorgestelle für Lungenkranke untergebracht ist, vollständig unzureichend ist, steht außer allen Zweifel, aber nicht nur die Unterbringung dieser Fürsorgestelle, sondern auch der ganze Aufbau mußte umgedeutelt werden, in dem dort ~~die~~ ^{den} Kranken, die die Fürsorgestelle aufsuchen, nicht allein guter Rat gegeben wird, womit es dann sein Besonderen hat, wie bisher. Die Tätigkeit dieser Stelle mußte weiter gehen und es mußte von Rat der Stadt verlangt werden, daß er dafür Sorge trägt, daß die Fürsorgestelle so ausgebaut wird, daß den Kranken durch sie wirkliche Hilfe geleistet wird. Die Kranken, die nun einmal länger als 26 Wochen an ihrer Krankheit leiden, scheiden aus der Krankenkasse aus und haben keine Gewähr, daß sie weiter einen Arzt aufsuchen können,

können, den sie nicht selber zu bezahlen haben. Und gerade die Kranken, die solange krank sind, befinden sich nicht in der Lage, einen Arzt bezahlen zu können und leiden so doppelt an ihrer Krankheit. Bekanntlich sind es die ~~Armen~~ ^{Ärmsten} der Armen, die am meisten an der Tuberkulose leiden, sie ~~werden~~ ^{sind} ja als die Proletariatierkrankheit bezeichnet; das Heer der Lungenkranken besteht bekanntlich aus der Arbeiterschaft. Darum müßte dazu übergegangen werden, daß die Fürsorgestelle für diese Kranken weiter ausgebaut ~~wird~~ ^{sind} ~~werden~~, damit diese Lungenkranken, auch wenn sie nicht mehr der Krankenkasse angehören, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen in der Lage sind.

Aber nicht nur auf ärztlichen Gebiete müßte die Bekämpfung der Lungentuberkulose weiter ge-

fordert

fordert werden, sondern auch auf wirtschaftlichen Gebieten. Besonders in Wohnungswesen mußte ein ganzes Teil mehr als bisher getan werden. Ich hatte Gelegenheit mit Herrn Dr. Hellmann wie auch mit Herrn Dr. Schultze über diese Frage zu sprechen; beide Herren stehen auf dem Standpunkt, daß speziell in der Wohnungsfrage mehr getan werden mußte als bisher, mir ist ein besonders krasser Fall bekannt, in dem es sich um eine ~~Kriegswitwe~~ ^{Witwe} handelt, die auf dem Klinte eine Zweizimmerwohnung inne hat. Es war ihr bisher möglich, mit dieser Wohnung auszukommen, weil ihre drei erwachsenen Kinder außerhalb ihrer Wohnung untergebracht waren. Aber seit einem Vierteljahr hat ihr jüngster Sohn, der 18 Jahr alt ist, aus der Lehre austreten müssen - er war als Kellner in der Lehre -, weil die Frau nicht in der Lage war, ihren

Sohn

Sohn so zu kleiden, wie es dieser Beruf verlangt. Nun muß der Sohn bei seiner hochgradig lungenkranken Mutter bleiben. In dem einen Zimmer ihrer Wohnung wird gekocht, und dort ist es nicht möglich, ein Bett aufzustellen. In dem andern Zimmer kann nur ein Bett stehen, folglich ist die Frau geötigt, mit ihrem Sohne in einem Bett zu schlafen. Das ist ein Zustand, der verworfen werden muß. Durch den Verband der Lungenkranken und unsererseits durch die Fürsorgestelle ist bei dem Wohnungsamt dafür eingetreten, daß die Frau auf die Dringlichkeitsliste kommt. Aber bisher ist sie noch nicht durch Zuteilung einer anderen Wohnung berücksichtigt; es ist ihr gesagt, daß sie warten müsse, bis sie an die Reihe käme. Ich bin der Meinung, daß gerade in diesen Fällen eine Ausnahme gemacht und so schnell wie möglich Remedur geschaffen werden mußte.

Weiter

Weiter müßte auch für Beschaffung einer nahrhaften Kost für die Lungenkranken mehr gesehen, denn bekanntlich sind die Lungenkranken darauf angewiesen, so kräftig wie möglich zu essen, was ihnen unter den heutigen Verhältnissen nicht möglich ist. Mir ist bekannt, daß gerade die Fürsorgestelle unseres Wohlfahrtsamts zu einer Krieg^{er}zeit, die einen Arz^{ne}nschein hat haben wollen, um eine Kur durchzuführen, es tut nicht not, essen und trinken Sie nur gut, dann werden Sie schon gesund werden.“ Es ist ohne weiteres so, daß Lungenkranke besser sich nähren müssen als andere, und deshalb ist es angebracht, daß von Seiten des Rats Mittel gefunden werden, um in dieser Hinsicht den Lungenkranken zu helfen.

Auch mit der Nüchse ist es dieselbe Sache. Ein großer Teil der Lungenkranken sind nicht in der Lage, ihre Leibnüchse, noch viel stek-

weniger
tiger

~~tiher~~^{niger} ihre Bettwäsche wechseln zu können, weil ihnen die Wärme fehlt. Alle diese eben angeführten Maßnahmen müssen mit dazu helfen, um dem großen Heer der Lungenkranken zu helfen und die Krankheit von diesem Gesichtspunkt aus zu bekämpfen. Nur durch Anwendung aller dieser Mittel wird es möglich sein, die Verbreitung der Krankheit einzudämmen. Wir sind bereit, -
^{gemein} besonders die Arbeiterschaft, die sich zwischen dem Verbands der Lungenkranken und der Arbeiter-Sanitärkolonne gebildet hat - auf jedem dieser Gebiete, sei es mit den Ärzten, sei es mit dem Rat der Stadt mit zu arbeiten, um diese Krankheit zu bekämpfen.

Stadt. L e h n e r t : Meine Damen und Herren! Mein Freund Steinert hat schon auf einen krassen Fall hingewiesen, wodurch die Verbreitung der Lungenkrankheiten gefördert werden. Auch mir ist ein solcher Fall bekannt, wo eine Frau mit ihrem erwachsenen Sohne zusammen schlafen muß. Die Frau kam zu uns und brachte uns ein ärztliches Attest, in dem Herr Dr. Hellmann darauf hinwies, daß die Frau nicht länger mit ihrem Sohne zusammen schlafen dürfe. Sie wissen ja alle in Saale, daß ~~noch~~ aus sittlichen Gründen nicht weiter gestattet werden dürfte. Leider aber sind die ~~Betreffenden~~ sehr häufig gar nicht in der Lage, namentlich wenn es allein-stehende Personen sind, daß sie eine Änderung bewerkstelligen könnten, und auch das Wohnungsamt befindet sich hier in einer schwierigen Lage, weil es nicht genügend Wohnungen zur Ver-

fügnng

fügung hat. Vor dem Kriege hatten wir 169 Heil-
stätten für Tuberkulosekranke, und man sieht daran,
wie damals schon die Lungenkrankheiten verbreit-
et waren. Heutlich aber hat bei der Eröffnung
einer Anstalt der Sächsischen Landesversorgungsa-
nstalt (Lindenhof auf dem Auslauf der Hoß-
nitzer Berge) Herr Obermedizinalrat Dr. Schulze
bekannt gegeben: Wenn vor dem Kriege die Sterbe-
fälle an Tuberkulose auf 112 bei 100 000 zurück-
gegangen waren, so sind sie nach dem Kriege auf
280 gestiegen. In den Organen der Allgemeinen
Ortskrankenkasse, an deren Mitarbeit auch Herr
Stadtrat von Frankenberg beteiligt ist, wird
fort und fort darauf hingewiesen, daß die Lun-
genkranken auch in Bezug auf essen und trinken
besser gestellt werden müssen, und Herr Ober-
medizinalrat Dr. Schulze hat darauf hingewiesen,
daß unter allen Umständen das erste sein müsse,

daß

daß Lungenkrankheit in bessere Wohnräume untergebracht werden. Keine Fraktionsgenossen stehen auf dem Standpunkt, daß nicht nur eine Verbesserung in der Unterbringung der Beratungsstelle vorgeschrieben werden müsse, sondern dass ihr ein ständiges Heim gegeben werden muß, damit nicht solche kraassen Fälle wie dort in Erscheinung treten. Denken Sie nur: Tuberkulosekranke und Geschlechtskranke in einem Raume. Wir haben in den hier veranstalteten Ausstellungen gesehen, wie leicht die Geschlechtskrankheiten sich übertragen lassen und ebenso die Tuberkulose allein durch den Auswurf. Das kleine Haus neben der Firma Pappes und Bischof eigentlich sieht ganz anders aus wie eine Tuberkuloseberatungsstelle, man sollte fast glauben, es sei eine kleine Räuberspelunke, aber nicht eine Einrichtung der Stadt, wo Opfer der Arbeit

oder

oder erblich Belastete in ihrer Krankheit sich Rat holen können. Ich möchte ersuchen, daß der Rat der Stadt keine Mittel scheut, sondern sobald wie möglich hilft, damit wir uns nicht sagen lassen müssen: „Ihr habt mit dazu beigetragen, daß diesen Mißständen nicht abgeholfen werden.“ So rasch wie möglich muß diesen Armen Geschöpfen, die gezwungen sind, mit ihrem Kinde in einem Bette zu schlafen, eine ausreichende Wohnung zur Verfügung gestellt wird. Das ist wichtiger, als wenn das Wohnungsamt seinen Vorschriften nachkommt und sagt: „Auf Grund unserer Vorschriften stehen euch nur so und so viel Räume zur Verfügung.“ Ich habe die Erfahrung machen müssen, daß jemand sofort ein Zimmer mehr beansprucht, weil seine Frau einen kleinen Sohn oder Tochter bekommen hat, daß sie sagten: „Auch für diesen

können

können wir einen Raum verlangen." Wenn in
dieser Weise nach dem Buchstaben des Gesetzes
gehandelt wird, dann ist es berechtigt, wenn
in diesen ~~Kategorien~~ ^{Kategorien} unserer Mitmenschen,
die mit Tuberkulose behaftet sind, eine Erbitt-
terung Platz greift, die über kurz oder lang
zum unheilvollen Ausbruch kommen werden.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Der Vorschlag des Ausschusses wird von Rat der Stadt voraussichtlich gern benutzt werden, um die Frage einer anderen Unterbringung der Tuberkulosefürsorgestelle in die Wege zu leiten.

Es wird den meisten von Ihnen bekannt sein, daß der Träger der ganzen Veranstaltung bisher der Verein für Gesundheitspflege ist, und man kann es dem Herrn Dr. Stadtverordneten Dr. Schalte nicht verdenken, wenn er es zu erreichen versucht, daß die Fürsorgestelle besser untergebracht wird. Wir werden uns zu dem Zwecke ^{mit} Wohl mit dem Staat wie mit der Landesversicherungsanstalt dahin verständigen müssen, daß sie auch ihrerseits ^{hier} auch an den nachsten Posten für die Neugestaltung der Fürsorgestelle beteiligen. Es wird geprüft werden müssen, ob es richtig ist, die Stadt in die Stellung drängen zu lassen, daß sie selber der Träger des Unternehmens

ist.

ist. Es spricht auch das Bedenken, ^{mit} daß die Zuschüsse, die dem Verein für Gesundheitspflege bisher zugeflossen sind, uns nicht sicher sind, wenn wir die Anstalt unter die Pfitte der Stadt nehmen.

Was die Wohnungsverhältnisse der einzelnen Familien betrifft, so bin ich überzeugt, daß Herr Stadtbaurat Geseleben tun wird, was er kann, und diese Fälle trotz der herrschenden großen Wohnungsnot in erster Reihe zu berücksichtigen, ^{wird} wenn sich das Wohnungswesen gern anlegen sein lassen.

Stadtv. Dr. S e h n l t z e : Meine Damen und Herren! Die von dem Herrn Berichterstatter vorgetragene private Anschauung kann ich auch zu der meinigen machen; ich würde es für richtig halten, wenn die Fürsorgestelle für Lungenkranke in einem städtischen Krankenhaus eingerichtet wird. Das hat sich bereits in sehr vielen Städten bewährt. Es ist durchaus notwendig, daß wir bei dieser Erkrankung zur Röntgendiagnose schreiten, denn ohne Durchleuchtung ist es schwer, Lungentuberkulose zu diagnostizieren. In dem städtischen Krankenhaus steht augenblicklich nur ein Röntgenapparat, der nicht mehr ganz modern ist, und seine Modernisierung wird leichter zu erreichen sein, wenn noch eine andere Stelle hinzukommt, die den Apparat mit benutzt. Nun habe ich daran gedacht - und darauf möchte ich hier hinwei-

sen -

sen - ,daß gegenüber dem städtischen Krankenhause ein städtisches Gebäude liegt, das sich ganz gut zu einer Fürsorgestelle für Lungenkranke einrichten lässt. Allerdings sind Wohnungen darin besetzt und es wird wohl seine Schwierigkeit haben, diese Leute anderweitig unterzubringen. Würde man dieses Gebäude für die Fürsorgestelle freimachen können, dann hätte man Räume, die dem Krankenhause gegenüber liegen und man könnte dann den Röntgenapparat des städtischen Krankenhauses leicht mit benutzen.

Aus den Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg könnte hervorgehen, daß dieser mein Antrag der erste Versuch ist, für die Fürsorgestelle ein besseres Heim zu bekommen. Dem gegenüber möchte ich hervorheben, daß wir nicht erst jetzt an den Rat der Stadt herangetreten sind, sondern daß wir das schon lange vorher getan haben, daß wir deswegen schon öfter

Ein-

Eingaben gemacht haben. Ich habe schon in meiner Begründung erwähnt, daß im Jahre 1919 die Ärzteschaft sich an den Rat der Stadt mit einer Eingabe gewandt hat, und daß wir auch an den Staat gegangen sind. Wir sind der Ansicht, daß die Tuberkulosefürsorgestelle weiter ausgebaut werden muß, besonders als Fürsorgestelle. Was wir daran haben tun können, das ist geschehen. Wir haben auch Betten abgegeben, ebenso Mäse, und werden in Zukunft in dieser Sache mehr tun können, weil wir jetzt mehr Gelder von Staat bekommen ^{sehen} ~~haben~~, nämlich von Berlin her vom Zentralkomitee, für Tuberkulosebekämpfung. Aber auch in der Beziehung wird noch mehr getan werden ^{müssen} ~~und~~ um das zu können, wird der Verein für Gesundheitspflege noch beim Rat der Stadt vorstellig werden.

**Der Antrag des Bauausschusses entsprechend
wird der Antrag Schultze angenommen.**

2. Antrag Hassenius auf Unterstützung der Witwen und Waisen in Oppau durch Verzicht der Stadtverordneten auf die ihnen zustehenden Tagegelder.

Stadt. ~~Hassenius~~ ^{Stegmann} : Meine Damen und Herren! Herr Stadt. Hassenius hat folgenden Antrag eingebracht: „Als Zeichen unserer Teilnahme und zur Linderung der Not bitte ich die Stadtverordneten, auf alle Tagegelder, die der Haushaltsplan für dieses Jahr vorsieht, zu verzichten, um dieselben den Witwen und Waisen der Oppauer Katastrophe zuzuwenden.“ Der Finanzausschuß hat sich mit dem Antrage befaßt und ich habe darüber folgendes zu berichten:

Angesichts der furchterlichen Katastrophe ist es selbstverständlich begreiflich, daß alles aufgeboten wird, um den Angehörigen der Oppauer ^{Gefahr} zu helfen, soweit es möglich ist. Trotzdem hat sich der Finanzausschuß - was ich gleich vorher sagen möchte - fast einstimmig gegen den Antrag

Hes-

Hessenius ausgesprochen. Aus der Beratung im Ausschuß möchte ich hervorheben, daß betont wurde: In erster Linie verpflichtet, Hilfe zu bringen, ist die ~~Familie~~ ^{Firma}, in deren Werk das Unglück passiert ist, dann aber das Reich, vielleicht auch die Bundesstaaten, in diesem Falle zunächst Baden, aber auch die übrigen Bundesstaaten, also auch der Freistaat Braunschweig. Auch den vielen Vereinigungen sind für Hilfeleistung bei der Größe des Unglücks keine Grenzen gezogen, aber der Antrag des Herrn Hessenius geht über diesen Rahmen hinaus, denn er stellt einen Zwang dar, und das ist bei dieser Sache verwerflich. Der Antrag bezweckt, daß ein seiner Zeit gefaßter Beschluß der städtischen Behörden, ~~nach~~ ^{mit der} Entschädigungen, für die Teilnahme an den Stadtverordnetenversammlungen und den Sitzungen der größeren Ausschüsse gezahlt werden soll, ~~genügsamen~~ ^{gewissermaßen} beschlagnahmt werden. Das wäre ein gleichbedeutender Beschluß, als

wenn

wenn gesagt würde: „Du mußt für diesen Zweck so und so viel hergeben.“ Ob jemand das Geld aus seinen Portemonnaie nimmt oder ob ihm die Auszahlung entzogen wird, das bleibt sich gleich. ^{früher} ~~früher~~ wäre es ein ^{früher} einstimmiger Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, und ^{darüber} ~~daß~~ durch den Beschluß von vor 2 Jahren aufzuheben, das geht nicht an. Der Antrag ^{läuft} ~~läuft~~ darauf hinaus, daß das jetzige System der Zahlung von Tagegeldern beseitigt wird, und daß hat der Herr Antragsteller auch durchblicken lassen, in dem er sagte, es sei ihm gleich, ob nun gerade für Oppau das Geld bestimmt werden würde, es könnte auch für die hiesigen Arsen verwendet werden, denn die Tagegelder stellten nur ein Trinkgeld dar, das beseitigt werden könne. Man kann ja darüber streiten, ob die 7,50 M eine angemessene Entschädigung für die Teilnahme an den bezeichneten Verhandlungen sind, innerhin darf

Es ist zu bedenken, daß ein solcher Beschluß nicht ausreicht, die Stadtkassentenden können nicht man zwingen werden, diese Gelder abzugeben.

man die Auszahlung dieser Tagegelder nicht so auffassen, als ob damit eine Bezahlung beabsichtigt wäre, sondern es soll nur eine Entschädigung für Lohnausfall oder Verluste in Geschäft oder für sonstige Ausgaben darstellen, die die Stadtverordneten zur Ausübung ihrer Tätigkeit haben, indem sie vielleicht eine Zeitschrift halten, die Straßenbahn benutzen usw. Die Opfer, die die Stadtverordneten bei Ausübung ihres Amtes an Zeit usw. bringen, können dabei gar nicht in Betracht, durch diese paar Pfennige sind sie nicht ausgeglichen.

Aus allen diesen Gründen ist der Finanzausschuß zu der Ansicht gekommen, daß es verfehlt wäre, einen derartigen Antrag anzunehmen; er empfiehlt Ablehnung dieses Antrages. Dieser Beschluß ist fast einstimmig gefaßt worden.

Entsprechend dem Antrage des Finanzausschusses
wird der Antrag Messenius abgelehnt.

3. Antrag Sauerbier auf Anbringung einer
Federungs-Vorrichtung an dem städtischen Kran-
kenauto.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordne-
ten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu
ersuchen, an den Sanitätsauto der Berufsfeuer-
wehr eine Vorrichtung anbringen zu lassen, wo-
durch eine bessere ^{hier} ~~Federung~~ beim Transport von
Kranken erzielt wird.“

Stadtverordn. G a r t n e r : Meine Damen und
Herren! Es sind häufig Klagen über die schlechte
Beschaffung ^{zufolge} des hiesigen Sanitätsautos laut ge-
worden. Ganz besonders macht sich die schlechte
Federung des Wagens bemerkbar, die den Transport
Schwerkranker nur unter großen Qualen für diese
ermöglicht. Es ist deshalb dringend geboten,
den bestehenden Mängeln tunlichst abhelfen
Abhilfe zu schaffen. .

Wie mir mitgeteilt wurde, haben die früheren

guten

guten Autos während des Krieges abgegeben werden müssen, ~~dann das jetzige~~ ^{heute das jetzige} aus Heeresbeständen ~~herauszuholen~~ ^{herauszuholen}, nicht annähernd gleichwertig ist.

Eine vollständige Umbauung des jetzigen Autos, durch die es den früheren gleichwertig würde, würde ~~es~~ zu viel Geld kosten und der dadurch verursachte Kostenaufwand würde in keinem Verhältnis zu den gewonnenen Vorteilen stehen. Trotz allem würde der Wagen den früheren nicht gleichwertig gemacht werden können, sondern es erschien dann schon richtiger, einen vollständig neuen Wagen anzuschaffen.

Da wir uns in Ausschuß bewußt waren, daß eine solche Neuanschaffung bei dem augenblicklichen Stande der städtischen Finanzen unmöglich ist, hat der Ausschuß beschlossen, den Stadtverordneten anheim zu geben, daß dem Rat der Stadt wenigstens die Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die dringlichsten Mängel

des

des Krankenautos zu beseitigen. Es handelt sich um Anbringung einer Federung, die den Tragbahnen ~~ihre~~^{uma} schwebende Haltung geben, wodurch die Stöße beim Fahren möglichst gemildert werden.

Nun noch eine weitere Verbesserung, die der Ausschuß vorzunehmen beantragt. Es ist eine bessere Beleuchtung des Autos erwünscht, die es dem Führer ermöglicht, ~~und~~ Unebenheiten der Straße zu umfahren. Das möchten wir dem Rat der Stadt anheim geben.

Ich bitte die Versammlung, diesen Beschlüsse des Ausschusses zuzustimmen und die Gelder dafür zu bewilligen.

Der Antrag des Bauausschusses wird angenommen.

(Sanitätsrat).

4. Antrag Hassenius

- 1/ auf durchgreifende Feststellung der überflüssigen Wohnräume in Großwohnungen,
- 2/ auf Einführung einer Wohnungsluxussteuer,
- 3/ auf Festsetzung einer Ablösung in bar zur Ablösung in bar zur Befreiung von Wohnungsbeschlagnahmen und Wohnungsluxussteuer.

Stadtv. I o s t n a n n : Meine Damen und Herren. Herr Hassenius hat folgenden Antrag gestellt:

„Um der Wohnungsnot mehr abzuwehren, gleichzeitig aber auch unnötige Härten und Unbequemlichkeiten zu vermeiden, die durch Hergabe überflüssiger Räume von Großwohnungen für beide Teile entstehen, ^{bittet er} folgendes zu beschließen: 1/ eine durchgreifende Feststellung überflüssiger Wohnräume in Großwohnungen und Villen vorzunehmen. Als zu groß sollen nur Wohnungen gelten, die mindest 3 Wohnräume enthalten. Küche, Speisezimmer.

zimmer, Flur, Badezimmer sowie Räume, die von Inhaber der Wohnung zu beruflichen Zwecken benutzt werden, sollen nicht als Wohnräume gelten.

2) eine Wohnungsluxussteuer einzuführen.

3) eine Ablösung in bar zu schaffen, die zum Erbauen neuer Wohnungen benutzt werden und durch die sich Großwohnungsinhaber und Villenbesitzer ~~von der~~ jeder Beschlagnahme und der Luxussteuer durch einmalige, unrückzahlbare wie unverzinsliche Barabfindung befreien können."

Der Bauausschuß hat sich mit diesen Anträge beschäftigt. Es ist dabei anerkannt, daß unbedingt für Beschaffung von Wohnungen gesorgt werden muß, und es wurde festgestellt, daß bereits vom hiesigen Wohnungsamt alles mögliche getan worden ist, um neue Wohnungen von ~~größeren~~ abzunehmen. Es ist auch versucht worden, Wohnräume in den Villen zu beschlagnahmen, und das

ist

ist ja auch sehr oft geglückt, aber haben doch auch manchmal nicht ausgeführt werden können, weil es unmöglich gewesen wäre, Wohnungen dort einzurichten. Es wurde anerkannt, daß alles angeboten werden muß, um Neubauten zu schaffen. Es wurde unter andern vom Herrn Berichterstatter speziell hervorgehoben, daß hier in der Stadt an ausgebauten Straßen noch viele Bauplätze liegen, wo größere Häuser mit mehreren Wohnungen aufgeführt werden könnten. Dieser Ansicht wurde selbstverständlich zugestimmt. Es ist leicht ersichtlich, daß nur der Bau von größeren Häusern mit mehreren Wohnungen das einzige Mittel ist, um der Wohnungsnot abzuhelpen. Der Antrag ist also sehr gut gemeint, aber ~~erledigt~~ wird mit ^{ihm} ~~dem~~ nicht zu machen sein, denn, wie gesagt, das Wohnungsamt hat schon alles aufgeboten, um überflüssige Räume mit Beschlag zu belagern, und in den Villen ist so wie so nicht viel zu erreichen.

Der

Der zweite Antrag geht dahin, eine Wohnungsluxussteuer einzuführen. Ein solcher Antrag hat im vorigen Jahre schon einmal die Landesversammlung beschäftigt; er wurde aber, weil er gleichzeitig mit dem Antrage gestellt wurde, eine Mietsteuer einzuführen, seinerzeit abgelehnt. Wenn damals nur der Antrag gestellt wäre, eine Wohnungsluxussteuer einzuführen, dann hätte damals die Landesversammlung dem Antrage zugestimmt, ein Gesetz wäre angenommen und die Städte und Dörfer wären heute in der Lage, eine Wohnungsluxussteuer einzuziehen. Augenblicklich sind sie dazu nicht in der Lage, die Möglichkeit zur Einführung der Wohnungsluxussteuer durch die Gemeinden ist nicht gegeben. Es wurde in der Ausschusssitzung aber der Antrag an den Rat der Stadt angenommen, daß alles auf-
bieten sollte, damit seitens der Braunschweig-
ischen Regierung der Landtage ein Gesetz über

Ein-

Einführung der Wohnungsluxussteuer vorgelegt
würde.

Der dritte Teil des Antrages des Herrn Hessehaus fand eigentlich keinen Beifall. Es ist - wie ich schon vorher gesagt - sehr schwer, in den Villen weitere Wohnungen einzurichten. Wie der Antrag lautet, sollen sich die Villenbesitzer durch eine einmalige unzurückzahlbare Abfindung von der Beschlagnahme befreien können. Der Bauausschuß konnte sich hiermit nicht befrenden, sondern stand auf dem Standpunkt: Wenn die Villenbesitzer ihre Villa allein bewohnen wollen, so sollen sie den Ersatz in natura hergeben, das heißt: sie sollen sich bequemen, entsprechend den Räumen, die sie abtreten müßten, einfache Wohnungen zu schaffen, ganz gleich, wie sie das machen wollen, ob sie das neue Gebäude auf ihr Grund-

stück

streck einrichten oder ob sie an anderer Stelle für ihr Geld neues Häuser bauen lassen, die dann von ihnen ~~eingemietet~~^{vermietet} werden können. Auf diese Weise sollen sie sich jeder Beschlagnahme befreien, sonst aber soll alles mögliche versucht werden, um in den Villen selbst neue Wohnungen zu schaffen. Aber dem zuzustimmen, daß sie sich von einer Wohnungsluxussteuer und von der Beschlagnahme durch einmalige Hergabe von anrückzahlbare_n Kapitalien befreien, dazu konnte sich der Bauausschuß nicht entschließen. Die in diesem Falle betroffenen_n Personen würden es mit Freuden begrüßen, wenn sie nur einmal zu zahlen bräuchten, während die übrigen zu einer Wohnungsluxussteuer herangezogen würden. Solange das Gesetz besteht, müßte die Steuer von der einen Seite selbstverständlich bezahlt werden und diese Steuerzahlen_n würden in Hochteil sein gegenüber den Betreffenden, die sich

durch

durch eine einmalige Abfindung befreit hätten.
Beschlüsse hat der Bauausschuß auf Grund
des Antrages nicht gefaßt. Er empfiehlt, die-
sen Antrag den Rat der Stadt zur weiteren
Beratung und als Material zu überweisen. Ich
ersuche Sie, diesen Antrage des Bauausschusses
zuzustimmen.

Stadtv. H e s s e n i u s : Geehrte Damen,
meine Herren! Zu einer Zeit, in der ein verblen-
deter Feind versucht, die Deutschen aus der
Weltwirtschaft auszuschneiden, in der er täglich
jede Gelegenheit ~~wafent~~ ^{nutzt}, unsere Industrie un-
möglich zu machen oder zu erschweren, gibt es
im Lande noch eine Industrie, die nicht bei der
Valutantisierung und den sonstigen Zaubereien ihre
Rohstoffe nicht aus dem Auslande zu beziehen
brauchen: Das ist die Bauindustrie. Dabei haben
wir allwärts, wohin wir sehen, eine <sup>unüber-
windliche</sup> unheilvolle
Wohnungsnot, und diese zu lindern, sie zu be-
kämpfen, das ist die vornehmste Aufgabe, und muß
die vornehmste Aufgabe unserer jetzigen Arbeit
sein. Die Rohstoffe haben wir billig in unserem
eigenen Lande, und die Summe die wir in Papier
Mark ausgeben müssen, um den Arbeitern ^{zu} zu bezah-
len, können dafür nicht maßgebend sein, nicht
zu bauen. Es ist wichtig und richtig, wenn

wir

Wir alles zusammenfassen, zu sagen: Wir müssen bauen, denn wir haben an unsere Nachkommen zu denken. Es wäre traurig, wenn wir Menschen dieser Epoche nur an uns denken würden. Wenn unsere Nachkommen auch zum Teil noch ungeboren sind, so haben sie doch jetzt schon das Recht, zu fordern, daß sie zu Menschen-würdige, Wohnungen kommen. Ich kann es nicht als menschen-würdig betrachten, wenn man aus der Not eine Tugend macht und weiterhin Notwohnungen und Hoteleinrichtungen schafft, die der Sache nicht restlos an den Leib gehen. Die Feuerkatastrophe darf nicht dazu führen, daß ^{wir} ~~wenn~~ nur Flickwerk machen. Gerade weil das Geld so teuer ist, müssen wir Bauernwerte schaffen, die ein Stück Zukunft in sich enthalten. Die Aufführung, daß man die Bautätigkeit einschränken müsse, weil das Bauen so teuer ist, ist das Gegenteil von

den

den, was man tun müßte.

Wenn man sagt, wir könnten die Wohnungs-
luzussteuer nicht einführen, so weiß ich nicht
wie weit die Gesetze des Landes dem entgegen
stehen. Der Versuch muß auf jeden Fall gemacht
werden, damit wir in diesem Punkt weiterkommen
und Gelder von den tragfähigen Schultern erhal-
ten. Ein Villenbesitzer kann eine solche Auf-
gabe leichter tragen als die breite Masse.

Zu der einmaligen Abfindung, wie sie von
mir vorgeschlagen wird, habe ich zu bemerken:
Wir haben an verschiedenen Beispielen gesehen,
daß schwerreiche Leute durch Erbfall in den
Besitz solcher Villen gekommen sind, und hier
sind weitere Wohnungen unmöglich einzurichten,
weil man dann wertvolle Räume zusammenschlagen
müßte und die Kosten der dereinstigen Neuin-
standsetzung zu groß sein würden. Was liegt

da

na näher, als daß man für diese Räume, die nicht abgegeben werden, Ersatz schafft durch Neubauten. Wenn ein Besitzer solcher Räume pro Quadratmeter 1 000 M hergibt und er für 100 Quadratmeter zahlen müßte, so kann dafür schon ein Haus gebaut werden. Ob er das selber macht oder ob die Stadt das übernimmt, daß ist gleichgültig, jedenfalls können dann neue Räume geschaffen werden.

Ich möchte Sie ersuchen, die von mir gemachten Vorschläge nicht glatt abzulehnen, weil es dem einen an den Geldbeutel geht und der andere denkt: Was haben wir davon? Wir sind jetzt gewissermaßen abgestumpft gegen die Mißstände in den Wohnungswesen, aber die eben gehörte Debatte hat doch auch gezeigt, wie Sie erkennen, daß gesunde Wohnungen nötig sind. Unterstützen Sie meinen Antrag und in

der

der einen oder anderen Form, vielleicht daß der Rat ersucht wird, in dieser Sache zu tun, was er kann, sodaß er nicht einfach diesen Antrag ad acta nimmt und der Antrag schließlich, wenn ^{befür} wir nicht nachhaken, in der Versenkung verschwindet. Das ist meine dringende Bitte im Interesse Ihrer Kinder und Kindeskinde, für die sie schließlich schon jetzt zu wirken haben.

Stadt v. H 5 1 1 : Meine Damen und Herren!
Daß die Wohnungsnot gehoben werden muß, ist
wohl selbstverständlich, aber über die Wege
dazu kann man verschiedener Ansicht sein. Wir
stehen auf dem Standpunkt, daß man nicht von den
Villenbesitzern oder von den Leuten, die
große Wohnungen haben, eine Abfindung verlangen
soll, weil das unmoralisch wäre und weil es
andererseits gegen die Maßnahmen zur Hebung
des Wohnungsmangels verstoßen würde. Wir sagen
auch § 155 der Reichsverfassung, daß die Ver-
pflichtung, Wohnungen durch die Wohnungsluxus-
steuer zu schaffen, auch für die gelten, die
den Besitz haben, und auch ihre Abgabe soll in
Interesse der Allgemeinheit verwandt werden.
Wenn man diese Leute eine Abfindungssumme zah-
len und sie dann wohnen läßt, so wäre das unge-
recht gegenüber der anderen Bevölkerung, die

nicht

nicht die Mittel haben, um sich eine große Wohnung zu leisten. Man soll die Wohnungen, soweit es möglich ist, beschlagnahmen und damit kräftiger durchgreifen, als es bisher geschehen ist. Der Ausbau von solchen beschlagnahmten Wohnungen ist billiger und schneller herzustellen, als der Bau von neuen Wohnhäusern. Wir bauen auch jetzt schon neue Wohnhäuser, aber unsere Mittel sind beschränkt, sodaß nicht allzuviel dabei heraus kommt, und daher ist es gut, wenn wir für die beschlagnahmten Wohnungen und für den Ausbau von Kleinwohnungen Mittel zur Verfügung stellen. Also nicht eine Abfindung für die Großwohnungen fordern, sondern noch kräftiger hineinfassen in das Vorhandene und fester beschlagnahmen, daß wäre das richtige. No ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Ich denke daran, daß der Besitzer einer Villa einen Mieter zu sich ins Haus nehmen mußte; da hat er

eine

eine besondere Treppe für diesen bauen lassen. Das soll uns gleich sein, an welcher Stelle der Mieter in seine Wohnung hinauf geht, wenn er nur eine Wohnung hat. Wir glauben auch, daß in absehbarer Zeit die Wohnungsnot wird behoben werden können, nicht allein durch die Wohnungsluxussteuer, sondern auch dadurch, daß wir schon während des Kriegs eine Million Wohnungen mehr bekommen haben, als vor dem Kriege standen, und weiter dadurch, daß jetzt eine Million Kinder weniger geboren werden als früher. Das wird sich in den nächsten Jahren bei dem Schulbesuch bemerkbar machen - in verschiedenen Großstädten werden schon jetzt die kleinsten Klassen zusammengelegt - und wird sich in späteren Jahren auch bei den Gründungen eines Hausstandes durch Verheiratungen geltend machen. Eine Abfindung von den Besitzern großer Wohnräume halte ich als Mittel zur Behebung

der

der Wohnungsnot für ausgeschlossen, dagegen
hin ich für eine Wohnungssteuer. Selbstver-
ständlich dabei ist, daß wir Besitzer von 3 - 4
Zimmerwohnungen von der Steuer frei lassen und
nur eine Besteuerung der Großwohnungen vornehmen.

in Städte. M a r t h : Meine Damen und Herren,
über die Wohnungsnot in Braunschweig ist in
dieser Saale schon sehr viel gesprochen worden,
und auch der Antrag Hesselius bringt und wieder
darauf. Ich möchte diesen Antrag doch nicht so
ganz von der Hand weisen, denn er hat einen
guten Kern, der bezweckt, daß diejenigen Räu-
me, die sich zur Beschlagnahme nicht eignen,
die also zu der Schaffung neuer Wohnungen
nicht benutzbar gemacht werden können, die
dennoch Luxusräume darstellen, besteuert wer-
den, und das halte ich für gut. Wer mit der
Beschlagnahme zu tun gehabt hat, der weiß,
mit wieviel Schwierigkeiten zu kämpfen ist,
wenn neue Wohnungen in Großwohnungen einge-
richtet werden sollen. Eine Villa hat ^{sie allzu} schon
14 Räume und doch kann man tatsächlich nicht
zwei Räume abtrennen, um eine neue Wohnung

daraus

heraus herzustellen. Man wäre es uns recht,
wenn (nur aus dem Grunde, weil das Wohnungsamt
diese Räume nicht verwenden kann) derjenige,
der sich eine Villa mit 14 Räumen leisten kann,
von jeder Abgabe frei bleiben sollte, während
bei anderen, die kleinere Wohnungen haben,
Räume weggenommen und neue Wohnungen hergerich-
tet werden. Darum ist es zweckmäßig, wenn
eine Wohnungsluxussteuer eingeführt wird,
um aus deren ² Erträge neue Räume bauen zu
können. Nicht nur mit der Beschlagnahme wer-
den wir auskommen, sondern wir werden auch in
künftigen Jahren, und wenn es auch noch so
teuer ist, bauen müssen. Auch durch die
Wohnungsluxussteuer werden Mittel flüssig ge-
macht, man muß nur recht scharf anfassen.
Ich möchte deshalb bitten, daß zu dem Antrage

noch

noch hinzu-gesetzt wird, daß der Rat der Stadt
ersucht wird, uns eine Vorlage über eine Woh-
nungsluxussteuer zu unterbreiten. Wenn den die
Landesgesetzgebung entgegen steht, so muß doch
eine der Gemeinden einmal den Anfang damit
machen, die Regierung und den Landtag zu zwin-
gen, Farbe zu bekennen und die Hindernisse für
eine solche Steuer zu beseitigen. Das kann
nicht geschehen, wenn nicht von einer Seite
ein dahingehender Antrag kommt.

Auch den Vorschlag, betreffend die Zahlung
einer Abfindungssumme für Räume, die beschlag-
nahmt sind, halte ich als nicht ganz von der
Hand zu weisen. Wenn man heute in einem Ge-
bäude eine Anzahl Räume beschlagnahmt hat und
der Besitzer will diese Räume gern behalten,
dann mag er ruhig Ersatz dafür in natura herstel-
len, dann liegt kein Grund vor, diesen Besitzer

nicht

nicht seine Räume zu belassen, denn durch seine Mittel sind ja neue Räume ~~geschaffen~~ geschaffen. Man muß nicht von dem Standpunkt ausgehen, daß derjenige, der nun einmal in besseren Verhältnissen ^{nicht} lebt, dauernd eine bessere Wohnung haben soll und daß man ihm die Luxussteuer aufbrennen soll, trotzdem er andere Räume geschaffen hat. Wenn jemand seine Räume, die mit Luxussteuer belegt sind, gewissermaßen los kauft dadurch, daß er andere Räume in einem Neubau herstellt, dann muß er von der Steuer befreit werden. Der Zweck der Sache ist: Wir schaffen Mittel zum Neubau, und das ist die Hauptsache, womit die Wohnungsnot beseitigt werden kann. Dadurch, daß wir nur Beschlagnahmen, nur neue Wohnungen in bestehenden Häusern einrichten und dadurch die Menschen zusammen-drücken, können wir nicht helfen, wir müssen neue Wohnungen in neuen Häusern schaffen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Meine verehrten Damen und Herren! Im Gegensatz zu Herrn Hessenius bin ich der Ansicht, daß ~~man~~^{man} nicht nur ein Mittel, das ~~zum~~^{zum} Beispiel zum Ziel führen kann, ergreifen müssen, sondern daß wir alle Mittel gebrauchen müssen, um der Wohnungsnot zu steuern. Man kann sich nicht lediglich darauf beschränken, Neubauten auszuführen, sondern muß auch aus der Not eine Tugend machen, indem man Notwohnungen schafft. Sie können sich denken, daß der Wohnungsausschuß sich mit diesen Fragen schon oft beschäftigt hat, in jeder Sitzung des Ausschusses beschäftigen wir uns ja mit derartigen Fragen. Wir sind der Ansicht, daß bei der großen Wohnungsnot auch auf die Dachwohnungen zurückge~~schaffen~~^{gegriffen} werden muß. Es hat sich herausgestellt, daß es in Braunschweig sich am leichtesten ermöglichen läßt, Dachwohnungen herzurichten, und diese

Maß-

Maßnahme führt jedenfalls schnell zu einem inner-
hin erfreulichen Ziel. Wir haben auf diesem We-
ge schon mehrere Hundert selbständiger Wohnungen
geschaffen, durch die die sonstigen Mitbewohner
des Hauses wenig in Mitleidenschaft gezogen wer-
den. Wir haben das in der Weise bewerkstelligt,
daß wir die im Dachgeschoß gelegenen Mädchenkam-
mern, Freudenzimmer und sonstigen Räume haben
ausbauen lassen und sie dann zu einer oder meh-
reren Wohnungen ausgestattet haben. Die Kosten,
die hierdurch erwachsen, sind natürlich nicht
unerheblich, sind aber im Vergleich zu den Auf-
wendungen, die wir für neue Häuser zu machen
hätten, immerhin noch gering. Ich schätze in
Durchschnitt ^{die Rechnung für} den Ausbau einer derartigen Woh-
nung im Dachgeschoß auf 4 - 6 000.-M. Die Re-
gierung hat sich in dankenswerter Weise bereit
erklärt, die Hälfte der Kosten, soweit sie der

Stadt

Stadt zur Last fallen, zu tragen. Nun haben wir und der Hauseigentümer in der Regel die ~~eine Vereinbarung~~ ^{Veranlassung} ~~Abfindung so~~ getroffen, ~~daß~~ ^{veranlaßt} die Hälfte der ~~darauf~~ zu wendenden Kosten der Hauseigentümer trägt, da durch diesen Ausbau die Rentabilität und der Wert seines Hauses steigt, während die andere Hälfte von der Stadtkasse bezahlt wird aus den Mitteln, die die Stadtverordneten im ~~Jahr~~ bewilligt haben. Dabei kommt uns, wie schon gesagt, die Regierung zu Hilfe und erst neulich haben wir von der Regierung einen Betrag von 150 000 M zur Verfügung gestellt bekommen dafür, daß wir in diesen und im vorigen Jahre für diese Sache ganz erhebliche Aufwendungen gemacht haben. Ich betone, daß die Anzahl der Wohnungen, die wir im Dachgeschoß hergerichtet haben, eine sehr erkleckliche ist, erheblich größer als die Zahl derjenigen, die wir durch Neubauten bisher haben schaffen kön-

nen,

nen, für die wir doch ganz gewaltige Mittel aufgewandt haben - Das sind 10 Millionen oder noch mehr, was die Stadt dafür zur Verfügung gestellt hat. Man nennt die so geschaffenen Wohnungen „Notwohnungen“, aber es ist eine große Anzahl von Wohnungen darunter, die nicht als Notwohnungen anzusprechen sind, sondern als schöne, brauchbare Dauerwohnungen.

Man hat Herr Hesseinius beauftragt, es möchte eine Feststellung der überschüssigen Wohnräume vorgenommen werden. Das geschieht bereits dauernd von den Ihnen bekannten Wohnungsbeschlagnahme-Kommissionen, von denen 3 oder 4 seit 2 Jahren tätig sind. Diese Kommissionen haben weiter nichts zu tun, als bei jeder Familie festzustellen, welche Wohnräume überflüssig sind oder welche entbehrlich sind.

Man kann nicht sagen, die Mindestzahl (sollte

der zusammen drei Räume)

drei betragen und was darüber ist, könne beschlagnahmt werden - das weiß Herr Lessenius selbstverständlich auch - ,sondern es muß in jedem Falle geprüft werden, was entbehrlich ist, und das hängt von der Anzahl der Familienmitglieder ab, ob erwachsene Kinder vorhanden sind, ~~oder~~ ob sie verschiedenen Geschlecht sind, ob die Kinder noch ganz klein sind usw. Durch diese Beschlagnahmekommissionen haben wir außerordentliche Erfolge erzielt; eine große Menge Wohnungen und Wohnräume hat abgetrennt und selbständige Wohnungen ^{schaffen} geschaffen werden können. Ich muß allerdings sagen, daß die Schaffung derartiger Wohnungen im Gegensatz zu den vorhergenannten Dachwohnungen, nicht so beliebt ist - das können Sie sich lebhaft vorstellen, denn wenn zwei Familien innerhalb eines Korridorabschlusses wohnen müssen, so gibt das nie Frieden, vor allen

Singen

Bingen dann nicht, wenn beide Familien auf eine Küche angewiesen sind. Auch die Umbaukosten sind in dem Falle, daß aus einer Wohnung zwei selbständige Wohnungen geschaffen werden sollen, außerordentlich hoch; es sind dafür jedenfalls ganz erheblich höhere Mittel aufzuwenden als für die Wohnungen im Dachgeschoß. Aber auch in der Weise haben wir ganz schöne Erfolge gehabt.

Dann spricht der Antrag des Herrn Hessestius von Einführung einer Wohnungsluxussteuer. Es ist im Ausschuß schon ausführlich darüber gesprochen, daß das Kommunalabgabengesetz augenblicklich einer solchen Steuer noch entgegensteht, es würde unsererseits damit erst vorgegangen werden können, wenn dieses Hinderniß beseitigt ist. Ich persönlich verspreche mir von der Einführung der Wohnungsluxussteuer einen gewissen Erfolg. Einmal bringt sie zweifellos

Geld

Geld, sodaß man in der Lage ist, dafür Neubauten auszuführen, zweitens wird die Wohnungsluxussteuer, wenn sie kräftig genug ist, ~~den Erfolg bewirken~~ haben, daß diejenigen, die eine übergroße Wohnung haben, sich von selbst kräftig einzuschränken versuchen und selbst darnach trachten, ihre vielleicht 7 - 8 Zimmer zählende Wohnung in 2 Wohnungen von je 4 Zimmer zu trennen, weil sie schließlich die hohe Steuersumme nicht aufbringen können. Ich habe gehört, daß Hannover die Wohnungsluxussteuer einführen will und sich davon eine Einnahme von 3 Millionen Mark verspricht; ob der Betrag wirklich einkommen wird, ist eine andere Frage.

Bezüglich des dritten Punktes des Antrages Wesentius, in dem es sich um eine Barabfindung handelt, stimme ich mit Herrn Nath Eberlein, daß es sich bei größeren Villenbesitzern unter Umständen um eine Abfindung in natura handeln

kann,

kann, wie wir in dem Falle der Rimpauschen Villa auf der Wolfenbüttelerstraße verfahren sind. Sollten wir da in der Villa 3 oder 4 große Repräsentationsräume zu einer Wohnung einrichten, oder von dem Angebot des Besitzers, eine große, neue Wohnung herzurichten, Gebrauch machen? Im Wohnungsausschuß, wo wir diese Frage eingehend besprochen haben, waren wir uns klar darüber, was zu geschehen habe. Wir sagten uns: Wenn wir die Wohnungssuchenden vor die Wahl stellten, in die drei Repräsentationsräume einzuziehen oder in ein besonders einzurichtendes ^{Ein-} Familienhaus, ~~aus~~ dann werden sie wohl ausnahmslos die unbehaglichen Repräsentationsräume verwerfen und sagen: Mir ist ein kleines Einfamilienhaus mit 3 - 4 Zimmern und Küche lieber. In dieser Weise ist dann auch der Wohnungsausschuß vorgegangen. Wir haben in mehreren derartigen Fällen eine Abfindung gutgeheißen, aber nicht in klin-

gender

gender Münze, sondern in natura und haben damit gute Erfolge erzielt. Doch glaube ich, daß diese Materie so wichtig ist, daß sie heute unmöglich so nebenbei in der Stadtverordnetenversammlung abgemacht werden kann, und aus dem Grunde halte ich den Vorschlag des Bauausschusses für beachtenswert, der darauf hinausgeht, es möge diese Angelegenheit dem Rat der Stadt unterbreitet werden. Der wird dann Gelegenheit nehmen, mit dem Wohnungsausschuß diese Sache zu beraten. In diesem Ausschuß ist eine große Anzahl der geehrten Herren vertreten und man wird bei der Beratung im Ausschuß hier und da zu ganz annehmbaren Vorschlägen kommen, die dann der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet werden möge.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Herr
M a r t h hat recht mit seiner Bemerkung, daß
bis jetzt die Gesetzgebung den Erlaß einer
Satzung auf Zahlung von Wohnungsluxussteuer
entgegensteht. Wenn wir in diese Gesetzgebung
Bresche legen wollen, dann können wir dazu nicht
den Entwurf einer städtischen Satzung benutzen,
sondern erst müßte das Hindernis dadurch besei-
tigt werden, daß die Gesetzgebung geändert wird.
Würden wir der Regierung ein von uns beschlos-
senes Statut über eine Wohnungsluxussteuer zur
Genehmigung einreichen, so würden wir befürchten
müssen, daß das Statut schlankweg abgelehnt wird.
Selbstverständlich müßte die Sache bei einem
anderen Zipfel angefaßt werden, die Gesetzgebung
müßte vorher geändert sein, sonst steht uns bei
einer Ablehnung unseres Statutenentwurfs kein
Mittel dagegen zur Verfügung.

Stadt v. F a y: Meine Damen und Herren !
Nachdem wir in so vielen Fällen, vorhin wieder
bei der Verhandlung über die Fürsorgestelle für
Lungenkranke, gehört haben, welche verheerenden
Wirkungen die Wohnungsnot gezeitigt hat, könnten
wir wohl im Prinzip den Antrag des Herrn Nessenitz
herzlich begrüßen. Wenn sich in den Ansichten
über die Ausführung des Antrages noch einige
Verschiedenheiten ergeben sollten, so werden
sie auch noch geklärt werden können. Ich möchte
zu meiner eigenen Belehrung noch auf eins hin-
weisen: Die Auffassung des Ausschusses, von einer
Barabfindung abzusehen, ist mir nicht recht ver-
ständlich geworden. Wenn der Ausschuß sagt: „Wir
verzichten auf eine Barabfindung, sie scheint uns
nicht moralisch oder nicht zweckmäßig genug,“
so frage ich mich: Wer ist bei der Entschädi-
gungsleistung in Natura nachher der Besitzer des

neu

neu entstandenen Hauses? Behält derjenige, der die Leistung *in Natura* gemacht hat, das neu aufgeführte Gebäude als Spekulationsobjekt in der Hand oder geht es in den Besitz der Allgemeinheit über? Hat jemand ein großes Grundstück inne, in dem nur 2 oder 3 Wohnräume zu viel sind, dann wäre es ^munrecht, hierfür ein ganzes Haus als Abfindung bauen zu lassen. Dagegen wird eine Barabfindung in diesem Falle möglich sein, und dann können wir damit - wie es Herr Stadtbaurat Gebensleben schilderte - Dachwohnungen ausbauen lassen. Andererseits kann ich den Standpunkt des Mieter-Vereins nicht verstehen, wenn er sagt: „Mir ist mit einer Barabfindung nicht gedient; wir wünschen weitergehende Maßnahmen.“ Das von Herrn Stadtbaurat Gebensleben Gesagte trifft doch zu, daß ^{namlich} es ~~den~~ Besitzer eines Villengebäudes genau so unangenehm wäre, wenn ein Mieter mit hineingesetzt würde. ~~man in vielen Fällen ungekehrt~~ Alle diese Punkte müssen man sich

→ VOR

vor Augen führen. Ich halte darnach eine Zulassung der Barabfindung für das einzig richtige, was möchte, wenn die Sache zur Entscheidung kommen sollte, diese ausdrücklich unterstützen.

Stadtv. T o s t m a n n : Meine Damen und Herren / Ich glaube, daß ich wohl im Sinne des Herrn Antragstellers und des Herrn Marth berichtet habe, aber nach den Äußerungen dieser beiden Herren habe ich anders berichtet, als die Sache im Bauausschuß zur Sprache gekommen ist. Dagegen muß ich sagen: Nach meiner Meinung habe ich objektiv so berichtet, wie die Ansichten im Ausschuß über den vorliegenden Antrag vertreten waren. Was die Beschlagnahme von Wohnungen anbetrifft, so ist es selbstverständlich, daß die Beschlagnahmekommission sehr häufig - das ist hier schon mehrmals zum Ausdruck gebracht worden - bei den Inhabern großer Wohnungen auf Schwierigkeiten gestoßen sind; es besteht in den Bestimmungen über die Beschlagnahme von Wohnungen ein Passus, der besagt, daß die Familien ein Zimmer mehr behalten sollen, als die Kopfzahl
der

der Familie beträgt, und hieran scheitert manchmal die Beschlagnahme. Es ist oft vorgekommen, daß die betreffende Familie, sobald die Beschlagnahme ausgeführt werden sollte, um eine oder mehrere Personen stärker ist als vor der Beschlagnahme. Bei Nachforschungen hat sich dann herausgestellt, daß der Wohnungsinhaber dann eine Tante oder einen Onkel aufgenommen hat, oder der Wohnungsinhaber muß auf einmal ein Dienstmädchen, die Frau muß eine Stütze haben, was vorher nicht notwendig war. Sobald die Beschlagnahme angekündigt wurde, war auf einmal die Frau krank geworden, die Kinder waren krank geworden und es mußten nun Hilfspersonen in die Familie aufgenommen werden, und selbstverständlich war dann die Wohnung noch als viel zu klein anzusehen, ergo mußte von der Beschlagnahme Abstand genommen werden. Wenn dann die Beschlagnahmekommission
und

und das Wohnungsamt sich auf den Standpunkt stellte, daß trotzdem die Beschlagnahme stattfinden müßte, dann kam die Frage zur Entscheidung vor das Mieteinigungsamt, und dieses stellte sich in den meisten Fällen auf den Standpunkt: Da die Personenzahl sooooo groß ist, müssen wir die Beschlagnahme aufheben. Deshalb wäre es besser, indem in dieser Sache dann bedeutend mehr geschehen könnte, wenn über diese Frage der Beschlagnahme die zu entscheiden hätte, ~~meinetwegen~~ mit einem unparteiischen Vorsitzenden, die ~~tatsächlich~~ die Wohnungssuchende, wäre. Wie es heute ist, wo unter einem unparteiischen Vorsitzenden und einem Hauswirt und einem Vertreter der Mieter als Beisitzenden die Mieteinigungsämter tagen, fallen die Urteile mitunter sehr verschieden aus. Es ist bei diesen Entscheidungen doch mit in Betracht zu ziehen, daß ein großer Unterschied in der Größe der Zimmer in den verschiedenen Wohnun-
gen

gen herrscht. Ein Wohnzimmer einer Wohnung auf der Kaiser Wilhelmstraße, auf der Bismarckstraße usw. weist oftmals eine solche Größe auf wie eine ganze Wohnung von 3 Zimmern in einer anderen Gegend. (Sehr richtig!) Man hat mitunter eine Familienwohnung in der östlichen Stadtgegend 5, 6 oder 7 Räume. Wenn diese in Kleinwohnungen aufgeteilt würden, dann könnten sondern viele bequeme und schöne 4- und 3 Zimmerwohnungen ausgebaut werden. Aber wo die Wohnung nun einmal 5-6 Räume hat und die Familie aus 4-5 Personen mit Dienstmädchen, Stütze usw. - besteht, kann von diesen Räumen nichts abgenommen werden. In diesen Fällen würden die Räume auch nicht unter die Wohnungeluxussteuer fallen, weil die Wohnung nur so viel Räume hat, wie nach den bestehenden Bestimmungen die Familie nötig hat. Deshalb wird es mit der Beschlagnahme der Wohnungen auch in Zukunft

kunft

kunft seine Schwierigkeiten haben.

Es ist nun die Rede davon gewesen, daß Mittel einzustellen sind für den Bau von neuen Häusern und Wohnungen. Das ist leicht gesagt, aber wenn man heute den Baumarkt und die Kosten der Baumaterialien betrachtet, so muß man sich fragen: Wird es in Zukunft überhaupt noch möglich sein, neue Häuser zu bauen. Ich will Ihnen dazu einige Zahlen mitteilen. Vor der Kriegszeit kostete das Quadratmeter Fußboden 1,45 Mark, vor vier Wochen kostete es 28 Mark, und heute wird das qm mit 120 Mark ungeboten - gestern ist ein solches Angebot an meine Firma eingegangen, meine Mitteilung beruht also auf Tatsachen. Die Backsteine kosteten vor der Kriegszeit frei Baustelle für das Tausend 29 Mark; heute kosten sie ab Ziegelei 500 Mark, und es werden pro Tausend noch 100 Mark für Anfuhr dazu kommen, denn auch der Preis hierfür ist ungeheuer gestiegen, sodaß die

die Backsteine auf der Baustelle 600 Mark kosten werden. Ebenso sind die übrigen Baumaterialien in Steigen begriffen, sodaß wir sagen können: Wenn heute eine Wohnung in einem Einfamilienhause zu bauen 80 - 90 000 Mark kostet, so werden wir damit rechnen müssen, daß wir in nächsten Sommer für dieselbe Wohnung 180 - 200 000 Mark werden ausgeben müssen. Darnach können Sie sich einen ungefähren Begriff machen, welche Mittel aufgebracht werden müssen, um Wohnungen bauen zu können. Wir werden uns in nächster Zeit damit beschäftigen müssen. Sie werden alle gelesen haben, daß die Landtage eine Vorlage zugehen wird, wieder 22 Millionen von Seiten des Staates zur Verfügung zu stellen und auch die Stadt wird dieselbe Summe bewilligen müssen. Wie viele Wohnungen mit dieser Summe gebaut werden sollen darüber müssen noch Vorschriften getroffen werden

den

den, sonst wird keiner anfangen, Wohnungen zu bauen. Es wird also äußerst schwierig werden, in der Zukunft neue Wohnungen durch Bauten zu schaffen, ^{und} das bringt uns dahin, daß in der Stadt alles aufgeboten wird, um durch die Beschlagnahme etwas zu erreichen: Der Antrag des Bauausschusses soll bezwecken, daß uns von Rate der Stadt eine Vorlage unterbreitet wird und wir dann darüber beschließen können. Bei einem solchen einschneidenden Antrage kann der Bauausschuß sich nicht ohne weiteres bindend zustimmend erklären. Der Rat der Stadt muß diesen Antrag bearbeiten und wird uns dann schon das Richtige vorlegen. Dann sind wir auch noch da und können Anträge stellen, sodaß die Frage befriedigend gelöst wird.

Stadtv. S t e g n a n n : Ebenso wie meine
Parteifreunde ^{Komm auf auf} ~~können~~ wir den Antrag des Herrn
H e s s e n t i u s nur unterstützen. Es sind
darin die Forderungen enthalten, die unsererseits
schon seit langen erhoben sind. Nach den ersten
Ausführungen des Herrn Berichterstatters, mei-
nes Parteifreundes F o s t m a n n, schien es
so, als ob dem Antrage mit dem Beschluß der
Bankkommission ein anständiges Begräbnis bereitet
werden sollte. Nach den letzten Ausführungen
scheint es aber so, daß der Ausschuß es mit
seinen Vorschläge ernst meint und darnach der
Rat dazu übergehen soll, soviel Wohnungen wie
möglich zu schaffen. Ich muß nach der bisherigen
Aussprache auch sagen, daß die meisten der
Herrenschaften mit der Tendenz des Antrages ~~AAA~~

Hessentius

W e s s e n t u e einverstanden sind. Trotz der Ausführungen des Herrn Stadtbaurat a e b e n s l e b e n glaube ich nicht, daß durch die ^{Wohnungs}Wohnungsbeschlagnahme das geschehen ist, was durch sie hätte geschehen können. Wenn der Herr Stadtbaurat sagte, die Feststellungen über die überschüssigen Wohnräume würden fortwährend vorgenommen, so kann ich sagen, daß dort, wo ich wohne, noch niemals darnach geforscht ist, und manche der Herrschaften werden dasselbe sagen können. Es scheint also in der Sache lax vorgegangen zu werden. Ferner sagte der Herr Stadtbaurat, daß in der Beschlagnahme alles mögliche geschehen sei. Das möchte ich bezweifeln, denn es gibt noch eine ganze Menge großer Wohnungen, wo eine Beschlagnahme

vorgenommen

vorgenommen werden könnte. Ich habe in einer früheren Versammlung schon hingewiesen auf ein Gebäude auf dem Inselwall, in dem 28 große Räume enthalten sind. Warum wird dort nicht beschlagnahmt? Man geht zögerlich vor gegen eine Anzahl von Leuten und scheut sich, zuzugreifen. Ich gebe wohl zu, daß es oftmals schwierig ist, mit der Beschlagnahme vorzugehen; es ist auch schon vielfach hervorgehoben, daß diese Maßnahme und die Einrichtung von neuen Wohnungen aus den beschlagnahmten Räumen viel Geld kostet, z.B. wenn Zentralheizung vorhanden ist und eine Ofenheizung eingerichtet werden muß. Aber bei jeder Gelegenheit werden wir gefragt: Warum wird nicht eine Wohnungsluxussteuer erhoben. Ich bin der Meinung, daß trotz der

der Beschlagnahmen eine solche Steuer ein-
geführt wird, ^{versteht man} wie es auch der Antrag Heesenius
verlangt. In ^{Frankfurt} ~~Hamburg~~ wird in der Weise kräftig
zugriffen und solche Willenbesitzer, die
noch überschüssige Wohnräume haben, sollen dort
20 - 50 000 Mark bezahlen. Warum soll man das
hier ablehnen? Trägt es nicht auch mit dazu bei,
Geld zu beschaffen, um damit die Wohnungsver-
hältnisse zu verbessern! Ich bin dafür, daß mit
der Einführung einer Wohnungsluxussteuer Ernst
gemacht wird. Die Gemeinde Ihlede hat vor
1 1/2 Jahren eine Wohnungsluxussteuer eingeführt;
wahrscheinlich ist der Regierung dabei ein
Lapsus passiert oder es ist ihr die Einführung
dieser Steuer nicht bekannt geworden. Wenn sich
der Landtag auf den merkwürdigen Standpunkt
stellt,

stellt, daß er seine Zustimmung zu einer solchen Steuer ^{nicht} gegeben hat, dann hätte der Rat in dieser Sache Schritte tun müssen. Wenn Braunschweig die Forderung nach einer Wohnungsluxussteuer stellt, dann wird diese Forderung von anderen Städten unterstützt werden und der Landtag würde wohl oder übel seine Zustimmung geben müssen. (Zuruf Dr. Jasper: Herr Weesener hat das abgelehnt!) Ich halte die Wohnungsluxussteuer für berechtigt und bitte den Rat der Stadt dringend, daß er den Antrag Hesenius nicht als nebensächlich und nur lauwarm behandelt, sondern kräftig handelt, sodaß er zur Durchführung gelangt.

Stadtverordneter Hädge: Ich glaube, die Sache ist nun genügend erörtert, und beantrage Schluß der Debatte.

Für den Antrag auf Schluß der Debatte
meldet sich die Mehrheit der Versammlung.

Vorsitzender : Der Bauausschuß schlägt vor,
den ganzen Antrag als Material dem Rat zu über-
weisen und zu erwarten, daß der Rat dann die
Sache bearbeitet.

In der Debatte haben sich verschiedene
Abweichungen von dieser Meinung ergeben; ich
werde deshalb die drei Punkte getrennt zur Absti-
mung bringen, zumal Herr M a r t h ein Anhängsel
zu dem Punkt 2 beantragt hat.

In Punkt 1 wird beantragt, eine durchgrei-
fende Feststellung überschüssiger Wohnräume in
Großwohnungen und Villen vorzunehmen. Der Aus-
schuß hat die Tendenz gebilligt und sagt, das

sollte

solle dem Rat zur weiteren Bearbeitung übergeben werden. Wer in diesem Punkte für den Antrag Hossentius ist, den bitte ich, sich zu melden - dieser Antrag geht weiter.

In der Abstimmung melden sich 21 Stadtverordnete, der erste Teil des Antrages ist damit angenommen.

Vorsitzender : Der zweite Teil des Antrages Hossentius beantragt, eine Wohnungsluxussteuer einzuführen. Es ist von dem Rat geltend gemacht, daß wir eine solche Steuer nicht einführen können, es müsse deswegen an die Regierung gegangen werden. - Der Bauausschuß hat sich dahin

geäußert

geäußert, es solle der Rat aufgefordert werden,
bei der Regierung vorstellig zu werden.

Zu diesem Punkt hat Herr Karth beantragt:

„ Der Rat wird ersucht, den Stadtverordneten
eine Vorlage über Wohnungsluxussteuer vorzu-
legen.“

Dieser Antrag ist der weitergehende. Ich
bringe ihn deshalb zuerst zur Abstimmung.

Wer ist für den Antrag H a r t h ?

Es melden sich für den Antrag 15 Stadtver-
ordnete und bei der Gegenprobe ebenfalls 15.

Vorsitzender

Vorsitzender: Ich bin der Meinung, daß der Rat keine solche Vorlage ohne weiteres machen kann, sondern daß er die Regierung ersuchen muß, in der Sache vorzugehen. Ich gebe den Ausschlag zugunsten des Antrages der Baukommission.

Vorsitzender : Der 3. Punkt betrifft den Loskauf von der Wohnungeluxussteuer und Beschlagnahme. Es ist von der Baukommission ausgeführt, daß der Loskauf durch Geldhergabe bisher verworfen wurde, aber es ist in der Sache bisher so verfahren, daß in natura Ersatz verlangt wurde von denjenigen, die von einer Beschlagnahme hätten getroffen werden müssen.

Welcher

Welcher Antrag hier weitergeht, kann man nicht sagen. Ich bringe zuerst den Antrag des Ausschusses, daß dieser Loskauf durch Geld abgelehnt wird, aber die Abfindung in Matura gutgeheißen wird, zur Abstimmung.

Für diesen Beschluß meldet sich die Mehrheit der Versammlung.

Stadtv. Dr. J a s p e r : (Zur Geschäftsordnung) : Es war die Abstimmung über den zweiten Punkt so, daß über den Antrag Harth abgestimmt worden ist. Ich habe aus den Worten des Herrn Vorsitzenden nicht entnommen, wie seine Stellungnahme erfolgt ist. Er hat gesagt, er entscheide sich für den Antrag der Bankkommission. Über den Vorschlag der Bankkommission wurde aber bei dieser Gelegenheit überhaupt nicht abgestimmt, sondern nur über den Antrag Harth. Es müßte also erst noch über den Antrag der Bankkommission abgestimmt werden.

Vorsitzender: Es lag zur Abetimmung vor der Antrag Warth, der Antrag Nessenius und der Antrag der Baukommission. Der Antrag Nessenius lautet: „Eine Wohnungsluxussteuer einzuführen“, damit wird gemeint: Von seiten der Stadt. Dasselbe beantragt Herr Warth, wenn er sagt: „Der Rat wird ersucht, den Stadtverordneten eine Vorlage über Wohnungsluxussteuer vorzulegen.“ Die beiden Anträge sind identisch, es stand zur Abetimmung also nur der Antrag Warth und der Antrag des Bauausschusses. Wenn der Antrag Warth-Nessenius abgelehnt ist, dann ist der andere Antrag angenommen.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Meiner Auffassung nach sind die Anträge Marth und Bauausschuß gegensätzlich, wie der Herr Vorsitzende auch nicht verkennt. Über den zweiten Antrag mußte abgestimmt werden, wenn der weitergehende Antrag Marth abgelehnt ist. Ob er abgelehnt ist, hat der Abstimmungsentscheid des Vorsitzenden gezeigt. Ich habe die Entscheidung nicht gehört. Nachdem nun aber die Entscheidung zugunsten des Antrages Marth gefallen ist, ist damit keinesfalls der Antrag der Baukommission angenommen, sondern es muß dieser Antrag zur Abstimmung gestellt werden. Es wäre durchaus möglich, daß sich eine Mehrheit gegen diesen Antrag erhebt.

Vorsitzender: Ich kann den nicht beitreten und beharre dabei: Zwei Anträge standen zur Abstimmung; der eine ist abgelehnt, also gilt der andere als angenommen.

(Zuruf: Lassen Sie doch abstimmen!)

Na, also lassen wir abstimmen. Wer ist für den Antrag des Bauausschusses. Er geht dahin, daß der Rat ersucht wird, an die Regierung das Brechen zu richten, die Bahn freizumachen für Erreichung einer Luxussteuer in den Gemeinden.

Die Mehrheit der Versammlung nimmt den Antrag des Bauausschusses an.

Stadt. S t e g m a n n: Es liegt bei der Abstimmung offenbar ein Mißverständnis vor. Entweder haben die Herrschaften nicht verstanden, was der Herr Vorsitzende vorgelesen hat oder der Herr Vorsitzende hat die Sache nicht richtig auseinander gesetzt. Es lagen für den dritten Abschnitt zwei Anträge vor: Der Antrag Hoesenius, Ersatz in Geld, und der Antrag des Bauausschusses, der den Antrag Hoesenius abgelehnt haben will. Wie ich gesehen habe, hat eine Anzahl der Herrschaften gegen den ersten dieser Anträge gestimmt, während sie in Wirklichkeit dafür sind. Es liegt zweifellos ein Mißverständnis vor. Ich bitte, die Abstimmung über den 3. Punkt zu wiederholen.

- 95 - 98 -

Vorsitzender: Das tue ich nicht. Sie können höchstens die Auszahlung bezweifeln, und das haben Sie nicht getan.

5. Beratung einer neuen Hundesteuer-
satzung.

Stadt v. M u n t e : Meine geehrten Herrschaften! Das Anschreiben des Rates der Stadt vom 17. Oktober ist Ihnen allen zugegangen. Der Rat schreibt uns darin, daß infolge der mehrfachen Anregungen aus diesem Hause der Rat zu der Ansicht gelangt ist, daß eine weitere Erhöhung der Hundesteuer nötig ist, um die städtischen Einnahmen zu verstärken. Es ist sodann eine Übersicht über die Hundesteuer in anderen Städten gegeben und schließlich kommt der Rat zu dem Vorschlage, man solle die jetzt 40 M betragende Steuer für den ersten in einer Haushaltung gehaltenen Hund auf 80 M erhöhen und für jeden ferneren Hund von 40 M auf 120 M. Weiter weist der Rat darauf hin, daß in den neu vorgelegten Satzungen gegenüber der früheren mehrere

An-

Änderungen vorgenommen sind, die Bezug nehmen auf die veränderte Höhe der Steuer und auf verschiedene andere Einrichtungen und Formalitäten.

Nir haben diesen Entwurf in Haushaltsausschuß des längeren beraten, und dort wurde von einer Seite zunächst bemängelt, daß der Rat in seiner Forderung recht bescheiden gewesen sei. Der Rat antwortete darauf, daß eine stärkere Erhöhung leicht zu einer Erdrückungssteuer führen könne und damit der Zweck der Steuererhöhung nicht erreicht würde. Eine höhere Steuer würde höchstens vielleicht bei Luxushunden angebracht sein. Es wurde aber auch hervorgehoben, daß bei der ^{häufigen} Unsicherheit in der Stadt lange nicht alle von den Einwohnern gehaltenen Hunde Luxushunde seien, sondern daß sie gleichzeitig mit zur Bewachung von Haus, Hof und Lager

be-

benutzt würden und daß es uns schwer werden würde, zu unterscheiden zwischen reinen Luxushunden und solchen, die teilweise aus Luxus- und teilweise zur Bewachung gehalten würden. Es besteht auch die Vorschrift, daß ein Steuererlaß für Hunde in denjenigen Stadtteilen, wo Wächterbegang stattfindet, niemals Platz greift, und so würden diejenigen in der Stadt, die sich bei den heutigen unsicheren Zeiten Bewachungshunde hielten, nicht von der Steuer befreit werden können. Die Abstimmung ergab, daß der Haushaltsausschuß mit der Höhe der Ratsvorschläge sich einverstanden erklärte.

Es wurde dann in Ausschuß der Antrag gestellt, die Hunde sollten je nach ihrer Art verschieden besteuert werden. Als Merkmal wurde zunächst die Größe genannt, aber es ist schwer, hier eine Grenze zu ziehen. Es würde dann Grenz-

hunde

Hunde geben, die mit $1/4$ oder $1/2$ cm das jeweilige Maß nicht erreichten oder überschritten und es sei schwer (z. B. bei einem Teckel) die wirkliche Größe des Hundes zu bestimmen. Der Gedanke, die verschiedene Höhe der Steuer nach der Rasse zu bestimmen, gab zu einigen kleinen Scherzen Veranlassung. Es gibt Kynologen, die doch mit Hundeverstand ausgestattet sind, die aber doch nicht immer feststellen können, zu welcher Rasse manche Hunde gehören, denn die Hunde halten sich nicht sehr rasserein. Ein Vorschlag ging sogar darauf, die Hunde nach dem Gewicht zu besteuern, war aber scherzhaft gemeint. Die Abstimmung ergab nachher, daß es praktisch sein würde, um die Stellen, die mit Einziehung der Steuer betraut werden, nicht gar zu großen Schwierigkeiten gegenüberzustellen, eine einheitliche Steuer für große und kleine

Hunde.

Hunde, mögen es nun Luxushunde sein oder nicht, Rassehunde oder nicht rasserein, schwere oder leichte, anzunehmen. - Soweit wollte ich über die allgemeinen Verhandlungen im Ausschuß berichtet haben, und möchte nun vorschlagen, daß die Satzung, die uns vorgelegt worden ist, paragraphenweise vorzunehmen.

V o r s i t z e n d e r : Eine allgemeine
Besprechung der Vorlage wird wohl nicht beliebt,
um so weniger als die Besprechungen der einzelnen
Paragraphen Gelegenheit gibt, Abweichungen
zur Sprache zu bringen.

Stadtv. M u n t e : Als einzige Abweichungen in den Eingang und den Paragraphen 1 habe ich zu nennen, daß ^{für} „Statut“ in „Satzung“, „Magistrat“ in „Rat der Stadt“, „Herzogliche Polizeidirektion“ in „Republikanische“ – wollte sagen in „Polizeidirektion“ gesetzt ist und daß in früheren Paragraphen 4 die Abgabefreiheit für die Hunde des Landesfürsten oder eines Mitgliedes der landesfürstlichen Familie gestrichen ist. Auf diese Abweichungen möchte ich im voraus aufmerksam machen, um das nicht in jedem einzelnen Paragraphen nötig zu haben.

Der § 1 entspricht der früheren Satzung bis auf die formellen Änderungen, welche ich eben vorgetragen habe, ist also in ganzen unverändert geblieben.

- 106 -

Zu § 1 keine Kormeldungen.

Stadt. M u n t e : (Zu § 2) : Es ist bekannt, daß die Einziehung der sämtlichen Steuern, der staatlichen wie der Gemeindeabgaben durch die Stadt erfolgt. Da früher auch die Einschätzung durch die Stadt erfolgte, so wurden die Hausbogen ausgegeben, welche ausgefüllt werden mußten. Das fällt jetzt weg, wie noch aus § 1 ersichtlich ist.

In § 2 ist nichts geändert als die formellen Sachen und die Angaben für die Höhe der Steuer. „Die Abgabe beträgt für den ersten in einer und derselben Haushaltung oder in einem und demselben Betriebe gehaltenen Hund 80 Mark, für jeden ferneren Hund 120 Mark.“ - Wer eine oder mehrere Zuchthündinnen hält oder einen Hundehandel betreibt, ist berechtigt, für diejenigen Hunde, die er eingesperrt hält (Zwingerhunde), anstelle des vorstehenden Satzes eine Gesamtabgabe von jährlich 440 Mark zu entrichten.“ Es

konnt

kommt das dem gleich, daß für den ersten Hund
80 Mark und für einen zweiten, dritten und vier-
ten je 120 Mark bezahlt werden.

Stadt v. L e h n e r t : Von meinen Parteifreunden ist schon im Vorjahre und vor 2 Jahren darauf hingewiesen, daß uns die Steuer für die Hunde zu gering ist. Seinerzeit waren 40 Mark festgesetzt, und wenn man die heutige Geldentwertung in Betracht zieht, ist das kein nennenswerter Betrag für die Hundesteuer. Wir wollen nun aber doch keinen allzu großen Sprung in den Steuersätzen machen, denn wir sehen ein, daß bei einer zu hohen Besteuerung ein großer Teil der Hundebesitzer zu arg getroffen würden. Die Festsetzung einer Erdrosselungssteuer wollen wir also nicht beantragen, aber wir stellen den Antrag, statt 80 Mark 100 Mark als Steuer für den ersten Hund festzusetzen und für den zweiten Hund statt 120 Mark 150 Mark. Ich glaube bestimmt, daß auch ein großer Teil der Herrschaften von

der

der rechten Seite diesen Antrag annehmen werden. Wer es sich bisher geleistet hat, einen Hund zu halten und demnächst 80 Mark zu zahlen gewillt ist, kann auch ruhig 100 Mark zahlen. Ich glaube bestimmt, daß dieser Steuersatz im Interesse der Stadt liegt, da wir dann mehr als bisher aus der Hundesteuer erhalten.

Auf eins möchte ich aber noch aufmerksam machen, nämlich daß mehr darauf geachtet werden müßte, ob die Angaben, die über das Halten von Hunden gemacht werden, auf Wahrheit beruhen. Wenn ab und zu in dieser Hinsicht Stichproben gemacht würden, so würde aus der Hundesteuer mehr herauskommen, als es bisher der Fall gewesen ist. Es gibt nicht nur sonstige, sondern auch Hunde-Drückeberger, die da meinen, daß ihr kleines Schoßhündchen nicht mit unter die Steuer fällt. Wer Hunde hält, ob es nun ein großer oder kleiner, ein junger oder alter ist, mag Steuern bezahlen.

Es

Es gibt eine Masse Menschen, die mehr Liebe
und Zutrauen zu einem Hunde^{jahn} als zu einem Kinde
haben. Woher kommt das? Weil die Hunde nicht
eine so große Last machen und alles allein
befriedigen, wohingegen ein Kind großzuziehen
eine Menge Arbeit und Geld kostet.

Stadte. J a h n s : Ich würde mich nicht zum Wort gemeldet haben, wenn nicht Herr Lehnert gesprochen hätte, denn ich bin ohne weiteres für die Erhöhung der Hundesteuer, wie sie der Rat der Stadt vorzieht, aber ich würde auch für eine Erhöhung der Steuer in größerem Maße zu haben sein, wenn die Verhältnisse noch so wären, wie in früheren Zeiten. No aber jetzt die Unsicherheit dermaßen groß ist, daß man die Wohnung nicht allein lassen kann, möchte ich doch sagen: Sorgen Sie erst einmal für Sicherheit in der Stadt, dann bin ich gern zu haben für eine größere Erhöhung der Steuer. Die Unsicherheit ist heutzutage so groß, daß der Hauseigentümer oder die Bewohner des Hauses, besonders in den Parterrewohnungen, es sich absolut nicht gestatten können, ihre Wohnung allein zu lassen und daß deshalb die gehaltenen Hunde als Sicherheitshunde anzusehen sind.

Ich

Ich will nicht fordern, daß sie alle als Sicherheits- und Wachhunde unbesteuert gelassen werden sollen, aber ich wende mich gegen derartig hohe Steuerbeträge - nicht, weil ich selbst einen Hund habe, sondern lediglich im Interesse der Sicherheit. Auch daß die Nachtschutzleute mit Hunden und Schußwaffen versehen werden sollen, ist im Interesse der Sicherheit zu fordern, da sie in der Dunkelheit sonst schutzlos dastehen. Sorgen Sie nicht dafür, daß die Hunde dezimiert werden, sondern lieber dafür, daß an dieser oben bezeichneten Stelle mehr Hunde erscheinen.

Stadto. L e h n e r t : Der Ausspruch, der Herrn Jahns eben mit oder ohne Willen entschlüpft ist, ist eigenartig: Wenn Herr Lehnert nicht gesprochen hätte, dann hätte ich das Wort nicht ergriffen. Es ist eine Schwäche von Ihnen, Herr Jahns, daß ich auf Ihre Person schon so aufreizend wirke, daß Sie sich zum Wort melden müssen, wenn ich gesprochen habe. So kitzlig hätte ich mich an Ihrer Stelle nicht gezeigt, sondern hätte mir gesagt: Laß ihn reden und schweig du, sonst kommt er mit einem noch höheren Antrage und dann werden die Hunde noch mehr besteuert.

Was die Unsicherheit in der Stadt betrifft, so müßte Herr Jahns doch auch einmal eine andere Platte aufziehen, nicht immer wieder das Lied „Lieb Vaterland, magst ruhig sein.“ Was Sie ausgeführt haben, wird selbst bei einigen

Ihrer

Ihrer Parteifreunde Kopfschütteln erregen und sie werden sagen: Ach lieber Emil, hättest du doch lieber geschwiegen! Ich stehe auf dem Standpunkt; ~~daß~~ Derjenige, der nicht parterre wohnen will, der stelle seine Wohnung derjenigen zur Verfügung, von denen wir bei dem früheren Punkt der Tagesordnung sprachen, bei dem Herr Johns nicht anwesend war, denen, die so notwendig eine Wohnung haben wollen. Die würden sich ~~aber~~ auch ohne Hund in solchen Wohnungen wohlfühlen, die Sie als einbruchgefährlich hinstellen. Sie holen nur den Teufel an die Wand und sollten lieber in Ihr stilles Kämmerlein gehen und einmal in sich selbst Einklehr halten (Zwischenrufe und Unruhe.) Ich habe hier keine Ausführungen zu machen; schweife ich ab, so ist der Vorsitzende dazu da, mich zur Ord-

nung

nung zu rufen - auf Ihr Urteil verzichte ich.
Stimmen Sie unserm Antrage zu, dann handeln
Sie im Interesse der Stadt und ihrer Bewohner,
die dann nicht Gefahr zu laufen brauchen, Hals
und Beine zu brechen im Interesse der Hunde-
besitzer und die dann nicht erst am anderen
Morgen die Bürste an ihre Stiefelsohlen ansetzen
müssen, um das zu beseitigen, was die Hunde
verursacht haben.

Stadte. F a y : Ich glaube, dieses Thema kann auch in aller Ruhe behandelt werden, doch muß ich insofern den Worten des Herrn Lehnert recht geben, daß ich meiner Ansicht Ausdruck verleihe, daß tatsächlich eine höhere Besteuerung der Hunde eintreten sollte. Wenn man sieht, wie unsere arme ^{und nicht nur die} Jugend aus den Arbeiterkreisen ^{gerade} froh ist, wenn sie ein Stückchen trocknen Brot hat, und auf der anderen Seite sieht, wie die Schoßhündchen mit Fleisch und ~~Wurst~~ gefüttert werden, dann hat man die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß diesem Uebelstande abgeholfen wird ^{oder darf} ~~und daß~~ daß durch eine höhere Hundesteuer Erzielte gebraucht wird zur Aufbesserung der Not der Armen in Braunschweig. (Zuruf.) Bitte, Herr Johns, Wenn Sie in Gefahr sind, so stehen Ihnen die Nachtschutzleute zur Seite, denn Sie wohnen in-
nerhalb

nerhalb des Beganges durch die Nachtschutz-
mannschaft. Für das, was außer^{halb} des Nachtschutz-
beganges liegt, haben wir in § 4 Rechnung ge-
tragen, ^{Bedienung} daß von den städtischen Behörden
Steuerfreiheit für einen Hund zur Bewachung des
Grundstücks bewilligt wird. ^{freie Güter hat, daß er} Wer ~~einen Hund in-~~
^{innen führt} innerhalb der Stadt zur Bewachung ~~gebraucht und~~
~~so viele Güter hat, daß er zur Bewachung einen~~
~~Hund nötig hat,~~ der kann auch ein paar Mark
mehr Steuern bezahlen. (Zuruf von der linken
Seite des Hauses: Sie werden uns der Fraktion
ausgeschlossen!)

Stadt. M ä d g e : Ich glaube, auch diese Angelegenheit ist genügend besprochen, und stelle den Antrag auf Schluß der Debatte.

V o r s i t z e n d e r : Es hat sich
sowieso keiner mehr zum Wort gemeldet.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich
das Einverständnis der Versammlung mit dem
behandelten Paragraphen an - das hatte ich bei
§ 1 nicht erwähnt.

Zu § 2 liegt der Antrag des Herrn Lehnert
vor, die Steuer auf 100 M und 150 M zu erhöhen.

Der Antrag Lehnert wird angenommen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich habe diese Angelegenheit zunächst als eine häusliche der geehrten Versammlung betrachtet und habe deshalb nicht in der Frage der Höhe der Steuer das Wort nehmen wollen. Nachdem nun aber dieser Beschluß gefaßt ist, würde es folgerichtig sein, den Steuersatz für die Zwingerhunde dem neubeschlossenen Satze anzupassen. Es würde, wenn man 100 M für den ersten und 150 M für jeden weiteren Hund als Steuer festsetzt, für Zwingerhunde ein Satz von 550 Mark als angemessen erscheinen. Es entspricht wohl der Folgerichtigkeit, wenn die Versammlung sich mit diesem Satze einverstanden erklärt.

V o r s i t z e n d e r : Ich nehme das
Einverständnis der Versammlung mit diesen Satze
an.

(Zwingerhunde 550 Mark).

Stadt v. M u n t e : (Zu § 3): In diesen Paragraphen ist vorgesehen, daß bei im Laufe eines Rechnungsjahres eintretenden Abgabepflichtigen für das angefangene Vierteljahr Teilzahlungen in Höhe von 20 bzw. 30 Mark zu leisten sind; nach dem eben gefaßten Beschlusse 25 Mark bzw. 37,50 Mark.

In Haushaltsausschuß haben wir zu § 3 noch einen Zusatz beschlossen. Der Absatz 3 schließt mit den Worten „werdenden Hundebesitzer“ und hier soll noch hinterher gesagt werden:

„Werden obige Zahlungsfristen nicht eingehalten, so wird ein Zuschlag von 25% erhoben.“ Das soll eine Bestrafung für diejenigen sein, die ihre Hunde nicht rechtzeitig angemeldet haben. Ich glaube, nach Ihrer Bewilligungsfreudigkeit in dieser Sache annehmen zu können,

daß

daß Sie diesen Zusatz annehmen werden; der
Haushaltsausschuß schlägt Ihnen denselben
einstimmig vor.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g :

Der Rat der Stadt hat gegen diesen Vorschlag, von den in der Anmeldung ständigen Hundebesitzern einen Zuschlag zu der Hundesteuer zu erheben, nichts einzuwenden. Es würde das eine ähnliche Bestimmung sein, wie die bei anderen Steuern, z. B. bei der Einkommensteuer. Ich habe den Vorschlag so verstanden, daß er sich nicht nur auf die in Absatz 2 genannten Vierteljahrsätze bezieht, sondern auch auf die anderen, früher genannten Sätze.

V o r s i t z e n d e r : Ich nehme das
Einverständnis der Versammlung mit den Anträgen
des Ausschusses an.

(8 3).

Stadt v. M u n t e (Zu § 4) : § 4 ist in großen und ganzen so geblieben, wie er früher war. Wie schon erwähnt, sind hier die Worte „den Landesfürsten oder einem Mitgliede der landesfürstlichen Familie gehören, oder“ gestrichen worden. Zum Schluß ist noch eine Änderung insofern zu verzeichnen, als jetzt noch als abgabefrei eingefügt sind, solche Hunde „welche zur Unterstützung von unbenittelten Blinden gehalten werden“, und das ist auch vom Haushaltsausschuß gutgeheißen worden. Es steht da, daß von der Erhebung der Abgabe in den genannten Fällen auf Antrag ganz oder teilweise von den Stadtverordneten Abstand genommen werden kann. Sie wissen, wie oft wir schon in vertraulichen Sitzungen über Hundesteuererlassgesuche beraten haben, und daß wir das immer als eine Belästigung empfunden haben. Deshalb gibt der Haushaltsausschuß anheim, den Rat zu ersuchen,

Hunde-

Hundesteuenererlaßgesuche bis auf weiteres durch
den Rechtsausschuß geschälgen zu lassen. Das
kann dann jederzeit von der Versammlung wider-
rufen werden. Auch dem Rechtsausschuß steht
es frei, zu beantragen, in dieser oder jenen
Falle ^{möge} ~~der~~ die Versammlung selbst einmal wieder
abstimmen.

Steuenermäßigungsbewerb bis auf weiteres durch
den Rechtsausschuß genehmigen zu lassen. Das
kann dann jederzeit von der Versammlung wider-
rufen werden. Auch dem Rechtsausschuß steht
es frei, zu beantragen, in dieser oder jener
Falle ^{nöge} ~~der~~ die Versammlung selbst einmal wieder
abstinnen.

**§ 4 ohne Wortmeldungen; gilt als nach den
Anträgen des Finanzausschusses angenommen.**

Stadt v. M u n t e (Zu § 5): Den § 5, der sonst wie früher geblieben ist, haben wir im Ausschuß dahin abgeändert, daß die Abgabepflicht nicht erst eintritt, wenn der Hund 3 Monat alt ist, sondern schon, wenn er 1 Monat alt ist. Es wird behauptet, es gäbe Einwohner, die hätten Hunde, die nie älter als drei Monate würden.

Stadtv. M a r t h : Gegen diese Änderung möchte ich Einsprache erheben und möchte bitten, nicht so scharf vorzugehen, sondern es bei 3 Monaten zu belassen. Ein junger Hund muß so lange bei der Hündin liegen bleiben, bis er andere Nahrung als Muttermilch aufnehmen kann. Eventuell würde ein solcher junger Hund, der bis zu 8 Wochen bei der Mutter bleiben muß und schon nach 4 Wochen steuerpflichtig wird, von der Hündin weggenommen werden und eingehen. Ich beantrage, die 3 Monate bestehen zu lassen.

Stadtv. T o s t m a n n : Ich möchte doch bitten, dem Antrage des Finanzausschusses zuzustimmen, auch wenn man sagt, daß der betreffende Hundezüchter nun für die kleinen Hunde, solange sie noch bei den alten Hunde sind, Steuer bezahlen müssen. Ich glaube, daß diese Hundezüchter allesamt keine Umsatzsteuer bezahlen, aber sie nehmen ziemlich hohe Preise für die kleinen Hunde. Es kommt einem unheimlich vor, wenn man die Preise hört. Wenn die Hundesteuer für die jungen Hunde bezahlt ~~müssen~~^{müssen}, so werden sie trotzdem mit ihrer Hundezucht ein gutes Geschäft machen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Der Antrag des Finanzausschusses hat denn doch viel für sich. Es ist uns tatsächlich bei den Erörterungen mit etwas widerspenstigen und in der Zahlung nicht sehr willigen Hundebesitzern oft begegnet, daß ein Hund, der ja seinen Tauschein nicht bei sich trägt, als unter 3 Monate alt bezeichnet wurde, und daß es sehr schwer hielt, die Unrichtigkeit der Behauptung nachzuweisen. Ob dagegen ein Hund das Alter von 1 Monat überschritten hat oder nicht, kann man nach gewissen Merkzeichen an den Augen und Zähnen viel leichter beurteilen, so daß es zweckmäßig erscheint, die Sache in der vom Ausschuß bezeichneten Weise zu handhaben. Es geschieht damit dem Hundhalter kein Unrecht, denn wenn er später den Hund veräußert, kann er die Marke mit verkaufen, und das wird in Zukunft sowieso mehr als bisher üblich werden.

Stadt v. M a r t h : Ich möchte den beiden Herren Vorrednern widersprechen. Ich habe nicht Hundezüchter im Auge, sondern solche, die einen Hund halten, der nicht gerade rasserein ist. Wenn da eine Hündin wirft und ansehnliche Hunde dabei sind, die er verschenken will, so wäre es unrecht, wenn man die kleinen Hunde nicht so lange bei der Mutter lassen wollte, bis sie allein lebensfähig sind. Es ist nicht jeder in der Lage, sich einen teuern Rassehund zu kaufen; manch einer ist zufrieden, einen Bastard zu haben, der seinen Dienst auch tut. Darum ist es zweckmäßig, von der Verschärfung Abstand zu nehmen, damit nicht verkrüppelte Tiere die Folge dieser Maßnahme sind. Es ist nicht mehr als gerecht, wenn man erst die Zeit abwartet.

abwartet, wo das Tier nicht mehr bei der Mutter bleiben muß.

Stadtv. R e g e n e r : Ich glaube, daß der berühmte Hundeverstand, der von dem Herrn Berichterstatter erwähnt wurde, in der Kommission nicht vorhanden gewesen ist, wenigstens nicht bei der Mehrheit. Es stimmt schon, wie Herr Marth sagt, und es liegt kein Sinn in der von der Kommission gewünschten Verschärfung. Die Hundezüchter kann man durch diese Bestimmung nicht fassen, denn die haben die Zwingersteuer zu zahlen und damit ist für die die Sache abgetan. Ein Hund muß 7 - 8 Wochen bei seiner Mutter bleiben, und dann würde diese Bestimmung wirken wie der bethlehemitische Kindernord als Braunschweiger Hundernord. Die durch die Steuer betroffenen Leute würden ihre jungen Hunde erdrossen oder sie vorzeitig von der Hündin wegnehmen und es würden elende und verkrüppelte Tiere dadurch entstehen. Ein privater Hundebesitzer würde nicht 9 Hunde

ver-

versteuern, wenn bei ihm ein Wurf von 9 Hunden vorhanden wäre. Ich bitte es bei den 3 Monaten zu lassen. Wenigstens drei Monate müssen die Hunde alt sein, ehe sie veräußert werden, und dann muß noch Zeit sein, sie anzumelden. Wenn unsere städtischen Stellen dafür sorgen, daß in den Häusern nach dem Verhandensein von Hunden nachgefragt wird und die Hausbogen gehörig kontrolliert werden - nämlich durch die Hausbesitzer - dann muß das genügen, um die Steuer für die Hunde auch wirklich einzubringen.

Stadt. M u n t e : Eben hat der Herr
Vorredner selbst gesagt, daß ungefähr 2 Monate
erforderlich sind, bis der Hund allein leben
kann. Ich weiß nicht: Sollen wir vielleicht
die Sache erst einmal Sachverständigen unter-
breiten, ehe wir uns entscheiden? Wenn man
nicht ermöglichen kann, daß die jungen Tiere
richtig zum Leben kommen, ehe 3 Monate verflos-
sen sind, dann möchte ich jetzt bitten, nunmehr
doch 3 Monate zu sagen.

Stadtrat von Frankenberg:
Einen Beschluß müßte die Versammlung heute
doch fassen. Bisher hieß es 1 oder 3 Monate.
Wie wäre es, wenn sich die Versammlung auf
2 Monate einigte?² Von allen Seiten habe ich
gehört, daß die Hunde 7 - 8 Wochen saugen
müssen, dann also können sie allein leben.
Wenn wir die Frist auf 2 Monate feststellen,
dann können wir Herrn Harth und auch den Finanz-
ausschuß entgegen.

Stadt v. Frau . G ö t z e : In Finanzausschluß wurde geltend gemacht, daß es viele Leute darauf absehen, sich um die Hundesteuer zu drücken. Ob nun ein Hund 3 Monat alt ist, kann man schlecht sehen, aber ob er 2 Monat alt ist, läßt sich erkennen. Ich beantrage deshalb, die Frist auf 2 Monate festzusetzen. Nachdem wir die Hundesteuer auf 100 M erhöht haben - ich habe auch dafür gestimmt - muß uns daran liegen, daß Gerechtigkeit obwaltet und alle zur Steuer herangezogen werden, die Hunde halten, daß der Drückebergererei möglichst Schlingen gelegt werden. Eine Möglichkeit dazu liegt darin, daß wir hier 2 Monate sagen. Lassen wir es bei 3 Monaten, dann bleibt es dabei, daß es bei einigen Leuten Hunde gibt, die niemals älter als 3 Monate werden.

Bei der Abstimmung bleibt der Kommissionsantrag (1 Monat) in der Minderheit, der Antrag Götz (2 Monate) wird angenommen.

(§ 5)

Stadtv. M u n t e (zu § 6) : Dieser
Paragraph hat keine Abänderung in der Kommission
erfahren. - Für die Verabreichung der Marken
wird in Zukunft 1 M zu entrichten sein, früher
50 Pfg.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Auch hier mußten wir in Absatz 3 statt 100 M
150 M setzen. (Zustimmung des Herrn Referenten).

Stadtv. B u r g d e r f f : Meine Damen und Herren ! Ich möchte einer Klage Ausdruck geben, die mir aus Kreisen der Hundebesitzer ausgesprochen ist, sie betrifft die Hundemarken. Sie werden von den Hunden leicht verloren, weil sie nicht stark genug sind oder eine Öse an ihnen sitzt, die sehr leicht abbricht. Da nun die Hundesteuer um das 1 1/2fache erhöht ist, ist es nicht unbillig, wenn ich den Rat der Stadt ersuche, darauf hinzuwirken, daß die Steuermarken in einer stärkeren Qualität herausgegeben werden. Das kann man um so mehr wünschen, daß die Gebühr für Ersatz verlorener Marken auch auf 1 M erhöht worden ist.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ich halte diese Anregung für sachgemäß, habe mich im Finanzausschuß in derselben Richtung ausgesprochen und habe mich mit dem Gürtler Höse, der die Sachen sonst zur Zufriedenheit gefertigt hat, schon darüber unterhalten. Er wird dafür sorgen, daß wir feste, dicke Hundemarken bekommen.

§ 6 ohne weitere Besprechung, gilt als
angenommen.

§ 7, 8 und 9 ohne Besprechung, gelten als
angenommen.

Stadtv. M u n t e (zu § 10) : In diesem Paragraphen wird von den ohne Marken umherlaufenden Hunden gesprochen. Die Gebühr für Auslieferung eingefangener Hunde einschließlich der 3tägigen Futterkosten soll aber nicht 15 M., wie in der Vorlage steht, sondern 20 M. betragen. Es ist dann weiter im Haushaltsausschuß besprochen, daß man den angestellten Hundefängern eine Belohnung dafür zusichern möchte, daß sie Hunde zur Anzeige bringen, die noch nicht angemeldet worden sind. Das soll aber nicht in das Statut hinein, doch soll dem Rat empfohlen werden, so zu handeln und die Hundefänger dementsprechend zu instruieren. Über die Höhe der Belohnung soll der Rat selbst eine EntschlieÙung fassen.

Über den letzten Absatz dieses Paragraphen hat sich im Haushaltsausschuß eine ziemlich schwierige Rechtsdebatte entsponnen, die ich nicht

so richtig verfolgen konnte. Man hatte Anstand daran genommen, daß jemandem, der seinen wertvollen Hund nicht von dem Hundefänger abholt, noch der Überschuß behändigt wird, der bei einer Versteigerung des Tieres herauskommt. Eine rechtskundige Persönlichkeit meinte, das ginge zu weit, und andere meinten, das müßten wir so machen. Ich bin in dieser Sache nicht so weit rechtskundig, daß ich darüber Auskunft geben könnte.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Der Rat der Stadt hat zu der Frage der Erhöhung der Gebühr für die Hundefänger von 15 auf 20 M noch nicht endgültig Stellung genommen. Ich persönlich möchte aber zu Ihrer freundlichen Erwägung verstellen, ob es nicht, nachdem die Herrschaften heute beschlossen haben, die Hundesteuer statt auf 80 auf 100 M und für jeden weiteren Hund von 120 auf 150 M festzusetzen, bei diesen 15 M bleiben soll, auch um deswillen, weil Sie beschlossen haben, daß derjenige, der seine Steuer für den Hund nicht rechtzeitig entrichtet hat, mit 25 % Zuschlag bedacht wird und schon dadurch in Zukunft noch besonders besteuert wird. Die Erhöhung von 15 auf 20 M würde etwas reichlich sein, insbesondere dann, wenn die Stadt eine V Belohnung der Hundefänger für ihre guten Dienste durch Ermittlung säumiger Steuerzahler gewährt. Ich glaube, daß

das

das letztere mehr wert ist, als die Erhöhung dieser Gebühr. Sie wollen freundlichst beachten, daß ^{Sie} bei Fassung eines solchen Beschlusses auch die unglücklichen Hundebesitzer treffen, die treu und brav ihre Steuer bezahlt haben, aber das Mißgeschick haben, daß ihr Hund entweder durch Versehen ohne Marke auf ^{die} Straße ^{läuft} rutscht, oder solche, deren Hunden vielleicht von Frevlerhand die Marke geraubt wird, um sie für einen anderen Hund zu verwenden. Auch in dem Falle würde der Besitzer nach Vorschrift des Gesetzes für den Hund haften und 20 M zu erlegen haben. Einen Unterschied zu machen zwischen dem braven, artigen Hundebesitzer, der nur durch ein Mißgeschick hineinfällt, und demjenigen, der säumig gewesen ist, würde die Verwaltung sehr erschweren, und deshalb ist es meine persönliche Meinung, daß es auch der niedrigere Pauschsatz von 15 M tun würde, allerdings unter der

der Voraussetzung, daß wir dem Hundefänger nur zumuten, für die 15 M den Hund in den ersten drei Tagen zu füttern. Wenn dann aber die Einlösung nicht erfolgt und wir gleichwohl, weil es sich um ein wertvolles Tier handelt oder das Vollstreckungsverfahren noch nicht durchgeführt ist, das Todesurteil über den Hund hinausschieben, vielleicht die Versteigerung des Hundes verfügen, dann wäre es unbillig, zu verlangen, daß der Hundefänger den Hund über die ersten 3 Tage hinaus unsonst füttert. In diesem Falle würde eine vom Rat zu bestimmende Verfügung zu erlassen sein, in der festgesetzt wird, was der Besitzer des Hundes zu zahlen hat, und dabei würde der Hundefänger nicht schlecht wegkommen. Tun wir das, dann kommen wir den Hundefängern genügend entgegen, sodaß es nicht nötig ist, von vornherein auf den Satz von 20 M zu gehen.

Stadtv. Frau G ö t z e : Herr Stadtrat von Frankenberg hat mich nicht zu der Überzeugung bringen können, weshalb wir mit dem Satz auf 15 M zurückgehen sollen. Wir haben diese 20 M als Einheitssatz für den Hundefänger angesehen. Die Hundebesitzer können sich gegen das Verlieren der Marke schützen, indem sie sie auf dem Halsband fest anbringen lassen. Wir tun das schon seit Jahren, denn die bisherigen Marken waren wenig haltbar. Wenn die Marke an das Halsband fest angenietet wird, kann sie nicht verloren gehen. (Zuruf: Wenn nun aber das ganze Halsband gestohlen wird!) Ich bin dafür, daß die 20 M bestehen bleiben, um die Hundefänger anzureizen, aufmerksam ihren Dienst zu tun.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Auch mich haben die Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg nicht überzeugt. Der Grund, der von Frau Götze angeführt ist, daß wir einen Anreiz schaffen, damit die Hundefänger möglichst ergiebig ihre Tätigkeit ausüben, ist zwingend. Es wäre ein Zurückgehen auf die Ratsvorlage anders anzusehen, wenn Herr Stadtrat von Frankenberg mitteilen könnte, daß die Hundefänger nicht ausschließlich auf diese Abgabe angewiesen wären. Ich glaube aber, daß dies die wesentliche Einnahme für ihre Tätigkeit ist, und deshalb müssen wir dafür sorgen, daß sie zu ihrer Tätigkeit angereizt werden und in ihr ein den heutigen Verhältnissen entsprechendes Entgelt finden. Ich bitte, es bei dem Vorschlage des Ausschusses zu belassen.

Der Antrag des Ausschusses, 20 M statt 15 M zu setzen, wird angenommen.

(§ 10)

§ 11 ohne Besprechung, gilt als angenommen.

Schließlich wird in der ~~Gesanten~~-Abstimmung die Satzung mit den Anträgen, die in einzelnen beschlossen sind, angenommen.

6. Antrag Sauerbier auf Anstellung eines zweiten
Überwachungsbeamten für die Vergnügungssteuer.

Wortlaut des Antrages : „Die Stadtverordneten
wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen,
einen zweiten Überwachungsbeamten für die Ver-
gnügungssteuer baldigst einzustellen.“

Stadtv. S a u e r b i e r (zur Begründung) :
Ich hatte den Antrag in der vorigen Sitzung ein-
gebracht, um ihn ^{gleichzeitig} bei der Beratung der Vergnü-
gungssteuer begründen zu können. Aus den Aus-
führungen, die ich nun erst heute machen kann,
werden Sie erkennen, daß mein Antrag begründet
ist.

Die Hauptbedingung dafür, daß die Vergnü-
gungssteuer die aus ihr zu erwartenden Beträge
einbringt, ist, daß die einzelnen Vergnügungen
in bezug auf ihre Versteuerung überwacht werden.

Bis

Bis jetzt ist ein ~~einzig~~ Beamter damit betraut, der früher Nachtschutzmann war und der beim besten Willen die Überwachung nicht so ausüben kann, wie sie ausgeübt werden müßte. Es hat sich gezeigt, daß von den Betreffenden, die ein Vergnügen veranstalten wollen, gesagt wird : Wir sind 100 Personen und wollen bis 1 Uhr tanzen. Wenn dann der Überwachungsbeamte kommt, stellt sich heraus, daß sie länger tanzen und daß das Vergnügen von 150 - 200 Personen besucht wird. So treten in sehr vielen Fällen Überschreitungen und Ungenauigkeiten auf - ob sie mit Absicht von den Vereinen usw. vorgenommen werden oder ob es sich nur um ein Versehen oder unvorhergesehene Fälle handelt, das mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls handelt es sich um ganz erkleckliche Summen, die dadurch der Stadt entgehen. Ich habe mir eine Aufstellung geben lassen, aus der hervorgeht, daß in der Zeit

VON

vom 1. Juli bis 31. August, also in einer Zeit wo nicht viele Vergnügen stattfinden, eine Nachzahlung von 9523 M an Lustbarkeitssteuer erwirkt worden ist, und in den letzten 14 Tagen sind dadurch über 2000 M herausgeholt worden. Es würde bedeutend mehr herausgeholt werden können, wenn es möglich wäre, die Überwachung genauer auszuführen. Denken Sie daran, daß im „Weißen Roß“ ein Vergnügen stattfindet und um dieselbe Zeit ein Konzert und Tanz im „Hofjäger“. Es ist nicht zu verlangen, daß der Beamte dauernd herumrast, um die Kontrolle ^{in folgenden} ~~auszuüben~~ auszuüben. Würde ein weiterer Überwachungsbeamter angestellt, so würde sich die Ausgabe dafür gewiß lohnen, indem die Einnahmen für die Lustbarkeitssteuer sich erheblich steigern. Wir können es ja dem Rat überlassen, ob der zweite Beamte dauernd tätig sein soll;

KHF

zur Winterszeit scheint es mir unerlässlich,
wenn der Ertrag der Lustbarkeitssteuer ein
solcher sein soll, wie er im Etat veranschlagt
ist und die Absicht besteht, alles aus der
Steuer herauszuholen, was möglich ist. Ich
bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen *unterstützen*.

Der Vorsitzende überweist den Antrag dem
Rechtsausschuß zur Verberatung.

(Punkt 6)

7. Antrag Schultze auf Einrichtung eines
Gesundheitsfürsorgeamtes.

Wortlaut des Antrages: „Der Rat der Stadt wird ersucht, der Stadtverordnetenversammlung tunlichst bald eine Vorlage, betreffend Einrichtung eines Gesundheitsfürsorgeamtes, zu machen.“

Stadtv. Dr. S c h u l t z e (zur Begründung):

Meine Damen und Herren ! Mein Antrag auf Schaffung eines Gesundheitsfürsorgeamtes ^{beruht} steht nicht ^{auf dem selbständigen Prinzip, andere Städte in der Bef-} in erster Linie ^{mit dem Wunsche des Vereins für} ~~mit dem Wunsche des Vereins für~~ ^{führung einer solchen Arbeit vorangegangen sind.} ~~Gesundheitspflege in Verbindung,~~ sondern ^{er} gründet

sich auf die im letzten Jahre und überhaupt in der letzten Zeit gemachte Beobachtung, daß beim Rat der Stadt eine führende, ausschlaggebende ^{nicht} Stelle bezüglich gesundheitsfürsorglicher Maßnahmen nicht besteht, daß vielmehr eine oft unangenehme Zersplitterung bezüglich der für

die

die ~~für die~~ Gesundheitsfürsorge tätigen ^{Fünft} ~~Personen~~ vorhanden ist. Alles drängt ~~nun~~ aber zu einer Zusammenfassung und selbständigen Leitung in diesem für die Bürger der Stadt so außerordentlich wichtigen ^{Arbeitsgebiet} Arbeitsgebiet. Es wird nötig sein, das kurz im einzelnen auszuführen.

Die Bearbeitung der gesundheitlichen Fragen im Rat der Stadt sind zurzeit auf die verschiedenen Dezernate verteilt. Der eine Herr hat das Wohlfahrtsamt und die Säuglingspflege, der andere das Bad^ewesen, der dritte die Schulgesundheitspflege und die Milchbewirtschaftung, der vierte die Wohnungsgesundheitspflege und der fünfte die Kr^üppenfürsorge. Dabei wird das alles nur im Nebenamt versehen, und trotz regsten Interesses werden die Herren nicht imstande sein, so sich diesen wichtigen Fragen widmen zu können, wie es nötig wäre, und daraus erkläre ich es mir auch, daß bei wichtigen

Te-

Tagungen, z.B. bei der Tagung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege, wo über die Kindernet gesprochen wurde, bei der Tagung des ^{öffentlichen} Vereins für ^{öffentliche} private Fürsorge, weder vom Rat der Stadt noch vom Wohlfahrtsamt ein ^{Repräsentant} Mitglied-zugegen war, daß die Vertretung der Stadt Braunschweig ^{teilnahm} durch Abwesenheit glänzte. In einzelnen vermissen wir ^{noch} die ^{hilfe} Kleinkinderfürsorge, und deswegen kann sich die Schulgesundheitspflege nicht auf diese Kleinkinderfürsorge aufbauen, und doch wünscht man, daß möglichst von der Geburt an bis zur Schulentlassung, am besten noch darüber hinaus, eine lückenlose gesundheitliche Überwachung stattfindet. Bei ^{den Schülern} vielen hauptamtlichen Schulärzten vermissen wir die Zusammenfassung ^{mancher} schulgesundheitslicher Fragen. Wir sind unvollkommen im Bilde, ob unsere Ferienfürsorge den richti-

gen

gen Weg geht, ob die Verschickung auf das Land, in die Hospize usw. und die Verwendung der ganzen Gelder hierfür nicht besser angebracht wäre für Freiluftschulen, Walderholungsstätten usw. Auch eine Schulzahnpflege ist bisher noch nicht eingerichtet. Daß die Tuberkulosefürsorge noch ausgebaut werden muß, darüber ist heute schon gesprochen worden. Es wäre noch zu erwägen, ob man gewillt ist, sie weiter einen privaten Vereine zu überlassen; manche dringenden Anträge dieses Vereins sind noch nicht gehört. Auch bezüglich der Wohnungs- und Familienpflege sind wir der Anschauung, daß bisher die gesundheitliche Seite etwas zu kurz kommt. Die Wohlfahrts-
pflegerinnen, deren große Bedeutung für die ganze Frage der Gesundheitspflege wir anerkennen, sind nicht richtig gesundheitlich geschult und nicht entsprechend gesundheitlich geleitet, eine Wohnungsstatistik auf gesundheitlicher Grundlage

lage

lage fehlt. Die Gesundheitsstatistik läßt sich der Rat der Stadt von privater Seite machen, aber er will keine Kosten dafür aufbringen. Der Gesundheitsausschuß ist bis vor 14 Tagen jahrelang nicht zusammengetreten. ^(Nichtige) (Anträge der gesamten Ärzteschaft sind ^{unberührt} vielfach nicht behandelt worden.

Auch daß der Staat und die Stadt in gesundheitlicher Beziehung in vielen Punkten nicht so innig zusammenarbeiten, wie es nötig wäre, liegt meiner Ansicht nach daran, daß ein Gesundheitsamt, ich möchte sagen : eine Zentralstelle für ^{einer zentralen Stelle} gesundheitliche Fragen, die mit dem Staat zusammen arbeiten müßte, nicht besteht, und gerade jetzt sind sehr wichtige Zukunftsaufgaben in gesundheitlicher Beziehung zu lösen. Es ist die Frage der Umwandlung des Fürsorgewesens, ^{als erste Funktion beabsichtigt} nicht speziell der Gesundheitsfürsorge, das

Fu-

Das Lieberkühn'sche Amt steht zur Verfügung

an der
Lieberkühn'schen
Anstalt.

Tuberkulosegesetz steht vor der Tür, das Jugend-
amt muß errichtet werden, die Ärztliche Berufs-
beratung ist auf dem Wege, - alles wichtige
Fragen, Ich bitte, mir weitere Ausführungen
ersparen zu dürfen, und möchte nur noch eins
betonen. Es könnte den Anschein haben, als
wollte ich sagen, in gesundheitlicher Beziehung
wäre seitens der Stadt nichts getan. Das will
ich natürlich vermeiden, denn ich bin mir klar
darüber, daß auch in gesundheitlicher Beziehung
von der Stadt viel geschehen ist, und will *besonders*
hervorheben, daß wir dem Stadtarzt, Herrn
Geh. Sanitätsrat von Holwede dankbar sein müssen,
für das, was er für die Stadt durch langjährige
besonders bezüglich der Tuberkulosefrage
Arbeit in gesundheitlicher Beziehung getan hat,
und auch bei den Referenten im Rat der Stadt,
der sich hauptsächlich mit diesen Fragen be-
schäftigt, haben wir stets ein sehr großes
Verständnis und Interesse für alle diese Fragen

20-

gefunden, auch das übliche Wohlwollen, wenn es sich nicht etwa um Bereitstellung sehr großer finanzieller Mittel gehandelt hat. Daß in dieser Hinsicht vielfach die richtige Führung gefehlt hat, das führen wir in erster Linie darauf zurück, daß dieser Dezernent außerordentlich überlastet ist. Das Gesundheitsamt sollte in gesundheitlichen Fragen führend sein, es müßte selbstverständlich mit dem Wohlfahrtsamt, Schulamt, Wohnungsamt, Jugendamt usw. zusammenarbeiten. Ich bin mir auch bewußt, daß es mit der Schaffung des Gesundheitsfürsorgeamts allein nicht getan ist - sehr wichtig sind auch in dieser Sache die Geldmittel, die zur Verfügung gestellt werden, und die Persönlichkeit, die die Führung übernimmt. Dazu brauchen wir einen Mann mit der nötigen Sachkenntnis, mit ^{einem} warmen Herzen für die ^{offensichtlich} Not des Volkes, der ^{mit} Organisationstalent hat, ^{und} frei von bürokratischer Einseitigkeit, ~~ist~~.

Wie Oskar und

und die Fähigkeit besitzt, die verschiedenen
gesundheitlichen ⁷Interessierten, auch die privat-
tätigen Kräfte zusammenzufassen und die Verwen-
dung der Gelder in die richtigen Bahnen zu
lenken.

Der Antrag wird auf Anfrage des Vorsitzenden
genügend unterstützt. Der Vorsitzende überweist
ihn dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

(Punkt 7)

8. Antrag Stukenberg, betreffend die Überwachung
der Ausfahrt der Postfuhrwerke aus dem
Johannishof.

Wortlaut des Antrages : „Das Ausfahren der Postfuhrwerke aus dem Johannishofe erfolgt vielfach in einer Weise, die die Verkehrssicherheit sehr gefährdet. Der Rat der Stadt, wolle daher bei der Polizeidirektion dahin vorstellig werden, daß die Ausfahrt der Postfuhrwerke durch einen Polizeibeamten überwacht wird.“

Stadtv. S t u k e n b e r g (zur Begründung):
Meine Damen und Herren ! Den Anlaß zu meinem Ersuchen an den Rat der Stadt gab mir ein Zusammenstoß zwischen einem Postfuhrwerk und einem Straßenbahnwagen, den ich selbst beobachtet habe. Das Postfuhrwerk kam in rasendem Tempo den Kattreppeln herunter und bog scharf in den Hutfiltern ~~ein~~ hinein. Der Straßenbahn-
wagen

wagen kam im vorschriftsmäßigen Tempo vom Kohlmarkte her. Nur der Geistesgegenwart des Straßenbahnführers ist es zu verdanken, daß der Zusammenstoß ^{nicht} schlimmer geworden ist, als es tatsächlich der Fall ist. Der Straßenbahnführer konnte seinen Wagen sofort zum Stehen bringen und auf diese Weise schlimmeres verhüten, doch konnte er nicht vermeiden, daß das Postfuhrwerk den Straßenbahnwagen anfuhr. Ein rasendes Fahren der Postfuhrwerke an dieser Stelle wird vielfach beobachtet; die Anwohner des Kattreppeln und des Damms erklärten das mir gegenüber. Es ist deshalb angebracht, daß der Rat der Stadt sich einmal an die Polizeidirektion wendet mit dem Ersuchen, Maßnahmen zu treffen, durch die diesen Übelstand begegnet wird, und dafür zu sorgen, daß die Verkehrssicherheit in dieser verkehrsreichen Straße gewährleistet wird.

Der Vorsitzende überweist den Antrag dem Bau-
ausschuß.

(Punkt 8)

V o r s i t z e n d e r : Der Antrag Gräf wird
in der vertraulichen Sitzung behandelt werden
müssen, da es sich um eine Besoldungsangelegen-
heit handelt.

9. Verwilligung von Kosten für bauliche Änderungen im städtischen Hause Wilhelmstraße 21 (Studentenheim).

Stadtv. P i e p e r : In dem städtischen Hause Wilhelmstraße 21 ist, wie Sie wissen, ein Studentenheim insofern eingerichtet, als dort zurzeit 260 Studenten Mittagessen erhalten - es handelt sich um arme Studenten. Das Wirtschaftsamt der Studentenschaft ist jetzt an den Rat der Stadt mit der Bitte herangetreten, zu gestatten, daß ^{den} Studenten, denen es nicht möglich ist, sich ein heizbares Zimmer zu leisten, auch außer der Mittagszeit die Räume zum Aufenthalt benutzen. Das ist aber nicht ohne weiteres möglich, weil keine genügenden Abortanlagen, insbesondere kein Pissoir, vorhanden sind. Diese Anlagen zu schaffen, läßt sich aber ermöglichen. Ferner sollen in dem Aufenthaltsraum zwei Lampen ange-

bracht

bracht werden, damit die jungen Leute dort lesen und arbeiten können. Im ganzen sind in den Räumen 6 elektrische Lampen anzubringen. ^{Das übrige Lat.} Hat es sich herausgestellt, daß notwendigerweise die Schornsteinanlage, die feuergefährlich ist, einer Revision unterzogen wird; der Schornstein muß abgerissen und frisch wieder hochgeführt werden. Insgesamt entsteht hier ein Kostenaufwand von 8500 M. Es stehen aber der Stadt 2 000 M von der Ausstellung fahrbarer Wohnungen im Bürgerpark zur Verfügung, und diese sollen hier mit verwandt werden, sodaß im ganzen 6500 M zu verwilligen sind. - Der Bauausschuß empfiehlt, die Ausführung und die Kosten zu bewilligen.

Die Versammlung entspricht dem Antrage des
Bauausschusses.

(Punkt 9)

10. Zuschuß für das Landessäuglingsheim.

Stadtv. Frau G ö t z e : Über das Landessäuglingsheim und seine Not haben wir uns schon neulich unterhalten, als es sich um eine Bewilligung aus der Jüdelstiftung für diese Veranstaltung handelte. Jetzt liegt uns eine genaue Darlegung der Verhältnisse vor, und die Leitung des Säuglingsheims bittet um die Bewilligung eines größeren Zuschusses von seiten der Stadt. Wir haben uns im Finanzausschuß über die Verhältnisse genau unterrichtet und ich brauche das wohl nicht alles hier zu wiederholen. Ich erwähne nur, daß in der Jüdelkommission die Frage aufgeworfen wurde, ob es möglich sein werde, da die Kalamität doch ziemlich groß zu sein scheint, das Säuglingsheim auf die Dauer zu unterhalten, und ob das Heim nicht die Kinder, die dort zur Heilung untergebracht sind, an

einer

einer anderen Stelle unterbringen könne. Es ist deshalb der Stadtarzt, Herr Geh. Sanitätsrat von Holwede um eine Äußerung ersucht worden. Er hat sich des längeren über diese Frage geäußert und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß es nötig wäre, dieses Säuglingsheim am Leben zu erhalten, da sonst keine andere Anstalt in der Lage sein würde, solche kranken Kinder ohne weiteres aufzunehmen. Infolgedessen kommt der Rat der Stadt mit dem Antrage, für das laufende Jahr 50 000 M Zuschuß für das Landessäuglingsheim und 10 000 M für die 3. Säuglingsfürsorgestelle zu bewilligen.

Ich will noch erwähnen, daß die Anstaltsleitung hofft, daß mit der Zeit eine Arbeitsgemeinschaft geschaffen wird zwischen dem jetzigen Besitzer der Anstalt, dem Staat, der Stadt Braunschweig, dem Kreiskommunalverbände und der Landesversicherungsanstalt. Er hofft, daß an dieser

diese Weise die Arbeit auf eine gesunde Basis gestellt wird, und das ist zu wünschen, denn diese (geradezu gesagt) Bettelei ist nicht erfreulich. Das Land hat sich bereit erklärt, 100 000 M beizutragen in der Voraussetzung, daß die Stadt das gleiche tut. Diese Summe soll von seiten der Stadt aufgebracht werden, indem sie 40 000 M aus der Jüdelstiftung nimmt und 60 000 M außerdem verwilligt.

Heute handelt es sich also um Bewilligung von 50 000 M für den Anstaltsbetrieb und 10 000 für die Säuglingsfürsorgestelle. Die Finanzkommission hat anerkannt, daß die Anstalt sich in großer Not befindet und daß sie erhalten werden muß; ich habe in ihrem Namen die Versammlung zu bitten, die genannten Mittel zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ich bitte die geehrten Herrschaften unserer Vorlage zuzustimmen. Das Gutachten unseres Stadtarztes, Herrn Geh.Sanitätsrat Dr. von Holwede, bestärkt uns in der Auffassung, daß es durchaus wünschenswert ist, dem Landessäuglingsheim Mittel zur Verfügung zu stellen, und zwar mehr noch als im vorigen Jahre. Sie wissen alle, welche großen Verdienste Herr Dr. von Holwede sich um die gesundheitliche Fürsorge erworben hat und wie er verstanden hat, durch die schulärztliche Fürsorge eine vollständige Überwachung der Kinder zu bewerkstelligen. Es wird uns immer deutlicher bewiesen, wie durchaus nützlich es ist, mit der Gesundheitsfürsorge von Grund auf bei der Säuglingsfürsorge anzusetzen und ^{hier} in einheitlichem Maße für das ganze Land durchzuführen.

Nun hat die Leitung des Landessäuglingsheims uns eine Statistik unterbreitet, aus der hervor-

geht

geht, daß die Aufnahme der Kinder aus dem Lande im Laufe der letzten Zeit sich sehr gesteigert hat; früher waren es 20 %, jetzt sind es 30 und mehr Prozent. Die Leitung des Säuglingsheims gibt weiter zu, daß die Statistik sich für die Stadt noch günstiger und für das Land ungünstiger gestalten würde, wenn man scharf die früheren Aufenthaltsverhältnisse der Kinder oder ihrer Mütter verfolge. Das wird noch dahin führen, daß in Zukunft die Arbeitsgemeinschaft, die erstrebt wird, dahin wirkt, daß das Land noch mehr seine Schuldigkeit tut. Wir wollen es nicht daran fehlen lassen, das ^{übrige} ~~übrige~~ zu tun, insbesondere nachdem das ^{Landesjugendheim} ~~Staatsministerium~~ durch ^{Erfassung} ~~Unterstützung~~ der 3. Säuglingsfürsorgestelle in besonders bemerkenswerter Weise uns entgegengekommen ist.

Stadtv. M a r t h : Wenn ich recht unterrichtet bin, so ist die Säuglingsfürsorge in verschiedenen Anstalten untergebracht. Ich möchte nun fragen, ob es nicht zweckentsprechend wäre, die Anstalten zusammenzulegen und so die Säuglingsfürsorge zu zentralisieren. Wie mir mitgeteilt wird, sind die Schwestern bei der einen Anstalt sehr wenig belastet, während sie bei einer anderen geradezu überlastet sind, und das würde man bessern können, wenn man versuchte, alle die Anstalten zusammenzulegen und eine einheitliche Arbeitsverteilung vorzunehmen. Ich möchte den Rat der Stadt bitten, diese Maßregel im Auge zu behalten.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Es liegt allerdings mancherlei beherzigenwertes in der Anregung des Herrn Marth, insofern als man annehmen könnte, daß wenn 2 Anstalten dasselbe Verfahren haben, die eine entbehrlich wäre und die Zersplitterung vermieden werden müßte. Aber Sie wollen beachten, daß es bei den Säuglingsfürsorgestellen, die ich ~~erwähnt~~ habe, ~~es~~ sich darum handelt, daß den einzelnen Müttern oder Pflegenmüttern, die Rat und Hilfe ~~beherz~~ begehrend zu den Säuglingsfürsorgestellen hinkommen, daran liegt, daß die Stätten, wo ihnen geholfen wird, nicht zu weit entfernt von ihrer Wohnung gelegen sind. Deshalb müssen wir ~~das~~ ^{hier} zentralisieren, und haben Fürsorgestellen an der Martinikirche, an der Katharinenkirche und eine draußen an der Ludwigstraße. Sie werden mir recht geben, daß es wünschenswert ist, in dieser Hinsicht auf die Wünsche der Beteiligten Rücksicht zu nehmen. Im übrigen besteht eine gewisse Arbeitsteilung zwischen den Landesadungs-

lingsheim, dem städtischen Krankenhause, Kinderabteilung und dem städtischen Kinderheim. Die Säuglingsfürsorgestelle soll nicht ein Kinderheim sein, sondern nur in denjenigen Fällen für Stadtkinder eingreifen, wo eine andere Unterbringung sich nicht bewerkstelligen läßt. So wird man immer dahin kommen, daß man eine Einteilung fest hält, zumal man bei Aufnahme von kleinen Kindern Gelegenheit findet, um Pflegerinnen auszubilden.

**Die Bewilligung der beantragten Summen wird
beschlossen.**

(Punkt 10).

11. Zuschuß an die Volkshalle aus der Jüdel-
stiftung.

Stadt. K u n t e : Die Räte der Volkshalle, meine Herren, sind Ihnen allen bekannt genug, ich brauche dazu wohl nichts weiter zu sagen. ^{haben wir anerkannt} Ja der letzten Stadthaushaltsberatung, daß die Volkshalle für die Bildung des Volkes eine wichtige Stelle einnimmt und die Veranschulung war bereit, für sie 100 000 M zu bewilligen. Nun hat die Volkshalle alljährlich einen Zuschuß aus Abteilung II der Jüdelstiftung bekommen, und auch dieses Jahr wendet sich der Vorsitzende des Vereins Volkshalle, Herr Dr. Bracke, mit der Bitte an die Jüdelstiftung, abermals, wie in Vorjahre, 25 000 M für die Volkshalle zu bewilligen. Der Vorstand der Jüdelstiftung, der sich zunächst mit der Sache befaßt, hat ~~hierüber~~ in seiner letzten Sitzung beschlossen, diese Summe wiederum zu bewilligen. Nun hat ~~aber~~ auch nach den Bestim-

ungen

nungen des Jüdelschen^Ftestaments die städtischen Behörden das Vorrecht, die Bewilligungen aus Abteilung III der Jüdelstiftung nachträglich zu genehmigen und deshalb ergeht an die Stadtverordneten das Ersuchen des Rats, ^{der} die Bewilligung zuzustimmen. Der Finanzausschuß hat die Angelegenheit beraten und schlägt der Versammlung vor, die Genehmigung auszusprechen.

Die Zustimmung zu der Bewilligung aus der Jüdelstiftung wird von der Versammlung erteilt.

(Punkt 11.)

12. Stadtseitige Übernahme der bisherigen Volkskaffeehalle an der Helstedterstraße.

Stadto. M a a B : Meine Damen und Herren!
Es handelt sich um die Kaffeehalle, die an der Ecke der Helstedter- und Nörthstraße liegt. Die Frauengruppe für Soziale Arbeit, vertreten durch Frau Professor Götze, hat an den Rat der Stadt die Anfrage gerichtet, ob die Stadt gewillt ist, diese Kaffeehalle zu ^{über}nehmen. Es ist den Herrn Oberbürgermeister in dieser Sache von Frau Professor Götze folgendes vorgetragen: „Der bauliche Zustand der Kaffeehalle an der Ecke der Helstedter- und Nörthstraße ist derart, daß wir den Betrieb an der fraglichen Stelle nicht fortsetzen wollen. Ich frage an, ob und zu welchen Preisen die Stadt die Halle nebst Inventar (abgesehen von der Grube) käuflich zu erwerben geneigt ist.“ Dieser Vortrag ist an das Städtische Tiefbauamt gegangen, damit

es sich darüber äußern möchte. Das Tiefbauamt hat sich schon seit längerer Zeit mit dem Plane getragen, in der gedachten Gegend einen Geräte-schuppen und Aufenthaltsraum für das Straßenreinigungspersonal zu errichten und hat der Erwerbung der Halle zugestimmt. Es sind an der Halle schon durch den Frauenverein bauliche Verbesserungen vorgenommen. Die Rechnungen dafür liegen bei und als Preis für den Erwerb der Halle soll die Stadt diese Rechnungen begleichen. Es handelt sich um eine Summe von 1 430 M. Dazu kam noch der Preis für einen Ofen, der in der Kaffeehalle steht, mit 200 M und für eine feste Bank, sodaß eine Gesamtsumme von 1 690 M heraus käme. Nun muß aber die Kaffeehalle für die Zwecke des Straßenreinigungspersonals hergerichtet werden, und das verschlingt wieder eine Summe von 2 000 M. Die Summe für einen solchen Geräte und Aufenthaltsraum ist

Übrigens

übrigens schon im Eta enthalten und ist festgelegt in Kapitel XX B V, brauchte also nicht besonders bewilligt zu werden. Das Tiefbauamt hat an den Rat der Stadt das Ersuchen gerichtet, die Stadtverordnetenversammlung für die Erwerbung und den Ausbau dieser Kaffeehalle zu gewinnen und der Rat der Stadt beantragt bei den Stadtverordneten, die Zustimmung dazu auszusprechen.

Der Bauausschuß hat sich mit der Sache beschäftigt, hat sich aber nicht entscheiden können. Ich bitte nun Frau Professor Götze, klipp und klar zu erklären, ob der angegebene Grund wirklich der maßgebende für die Aufgabe des Betriebes in der Kaffeehalle gewesen ist.

Nun gestatte ich mir noch, meine persönliche Meinung zu der Angelegenheit zu sagen. Ich habe mit verschiedenen Leuten, die in der dortigen Gegend verkehren, auch mit Arbeitern vom Ostbahnhof über die Sache gesprochen, und alle haben mir

gegenüber

gegenüber Klage darüber geführt, daß die Kaffee-
halle eingegangen ist. Diese Leute sind zum Teil
gezwungen, bei großer Kälte in Wirtschaften zu ge-
hen und alkoholische Getränke zu nehmen, sogar
Schnaps. Das ist ein beklagenswert, ~~Übelstand~~, den
die Schließung der Kaffeehalle mit sich gebracht
hat. Ich möchte befürworten, ~~es~~ ^{daß} es ~~unmöglich~~ ^{sehr} wird,
auf irgend eine Weise die Kaffeehalle wieder zu
eröffnen und der Einwohnerschaft der ganzen dortigen
Gegend wieder dienstbar zu machen.

Stadtv. Frau G ö t z e : Mir ist nicht mehr gegenwärtig, ob ich in dem Anerbieten, daß ich an die Stadt gerichtet habe - ich weiß auch nicht mehr, ob ich das schriftlich getan habe - nur den Grund der Baufälligkeit geltend gemacht habe. Wenn ich das getan habe, so habe ich geglaubt, es wäre weiter nichts nötig, da ich einer mündlichen Rücksprache mit Herrn Stadtbaurat Menadier entnommen habe, daß die Halle ~~nur~~ als Unterkunftsraum für die Straßenarbeiter in Frage käme. Wenn ich nichts weiteres über unsere Gründe zur Schließung der Halle ~~sz~~ angegeben habe, so kann ich offen erklären, daß nicht allein die Baufälligkeit dafür in Betracht kam. Wenn ich nicht irre, haben wir die Halle im Jahre 1907 erbaut, haben sie also 14 Jahr lang geführt, aber sie ist nicht auch eine Stunde lang voll von Besuchern gewesen, sondern ist von ersten Tage an schlecht besucht gewesen. Es tut mir leid, daß mich keiner meiner Mitarbeiterin-

nen

nen in dieser Sache hier unterstützen und weitere Auskunft geben kann. Wir haben uns unzählige Male darüber unterhalten, daß die Erbauung der Halle an dieser Stelle ein Mißgriff gewesen ist. Wer mich in meiner Arbeit kennt, wird mir zugeben, daß wir eine Sache noch niemals wegen eines nichtigen Grundes aufgegeben haben, aber hier ist uns die Arbeit, die ohne Erfolg ist, ~~entsetzt~~^{unliebsam} geworden. Ich wünschte, daß diejenigen Herren, mit denen Herr Maaß gesprochen hat, uns ihren Besuch in reichlicherer Weise geschenkt hätte, dann wäre es nicht zu diesem Ende gekommen. Die Tageseinnahme von 8 - 9 K — wie sie unzählige Male vorgekommen ist — gibt den Beweis dafür, daß es nicht möglich ist, diese Institution weiter zu halten. Das werden Sie mir zugeben, wenn ich mitteile, daß wir am Wilhelmtor eine Tageseinnahme von 300 K und mehr haben, ebenso wie in der Halle am Wendentor ein reger Verkehr herrscht. Die Halle an der Helmstedterstr.

stedterstr. liegt gar nicht an einer belebten
Straße, und so muß der Verkehr ^{in der Halle} ungenügend sein.
~~Es~~ ist uns auch von Bremen ~~aus~~ über eine dortige
Kaffeehalle ^{befähigt} berichtet worden, ^{daß solche} Kaffeehallen
~~man~~ ^{gebaut werden müssen} an Stellen bauen, wo das Publikum so zu
sagen in das Lokal hineinfällt. Die wenigen Arbeit-
ter auf dem Ostbahnhof sind dort nicht dauernd be-
schäftigt: besser ~~ist~~ war es für die Halle, als der
Streitberg ~~ist~~ noch mehr Leute beschäftigte. Jeden-
falls würde wir uns auf keinem Fall bereit erklä-
ren, unsere Arbeit an der Stelle wieder aufzunehmen.
Wir alle, ich an der Spitze, und alle unsere Mit-
glieder, arbeiten sehr gern, solange wir damit für
die Allgemeinheit Segen Bringendes schaffen, nicht
aber, wenn es bloß einen Namen hat und wir unsere
Zeit damit unnütz verbringen. Hier haben wir nicht
das Gefühl, daß wir mit unserer Arbeit der Allge-
meinheit nützen; für die 4 - 5 Leute, die in der
dortigen Kaffeehalle verkehrt haben, kann man sie
nicht offen halten. Das könnte nur geschehen, wenn
sie

sie von der Stadt übernommen würde. Es kommt aber noch in Betracht, daß die Halle abseits liegt und dadurch zum Tummelplatz für unlautere Elemente wird. Außerdem ist unser Inventar in der Halle *hygienisch* und wir haben Not mit den dort beschäftigten Frauen gehabt. Sie haben dort ~~vielleicht~~ faule Stunden gehabt und sind dabei auf dumme Gedanken gekommen. Nach meinen dort gemachten Erfahrungen kann ich nur dringend warnen, eine Kaffeehalle an der Stelle wieder einzurichten, und ich glaube, Sie können auf meine 14-jährige Erfahrung in dieser Sache etwas geben.

Hadv. Fräulein W o l t e r s : Meine Damen und Herren!

Den Ausführungen von Frau Götze möchte ich nur wenige Worte hinzufügen. Ich kann es nicht verstehen, daß man darauf dringen will, den Betrieb dieser Kaffeehalle wieder zu eröffnen, um so weniger, da Frau Professor Götze davor warnt, denn sie hat in den langen Jahren ihrer Tätigkeit auf diesem Gebiete bewiesen, daß sie einen ungewöhnlich scharfen Blick dafür hat, ob eine Einrichtung lebensfähig ist oder nicht. Durch den Betrieb der Volksküche und der Kaffeehallen hat die Frauengruppe für soziale Arbeit ungewöhnliche Einnahmen erzielt, so daß ein neues Unternehmen nach dem anderen aus den alten entstanden. Es ist sehr schwer, solche Betriebe zu bewirtschaften. Wenn man sieht, daß ein Betrieb Bankrott gehen wird, macht man doch aber den Laden nicht wieder auf, auf keinen Falle dürfte es angebracht sein, an dieser Stelle die Kaffeehalle wieder zu eröffnen und so ist es dahingekommen, daß die Kaffeehalle an der Helmstedterstraße geschlossen ist.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Herr Stadtbaurat Gebensleben, der zu seinen Bedauern verhindert ist, diese Vorlage des Rats zu vertreten, hat mich gebeten, das an seiner Stelle zu tun. Ich unterstütze diesen Antrag des Rats auf Umwandlung der Kaffeehalle in eine Unterkehrshaus für die Straßenarbeiter um so mehr, als ich seit langen Jahren von Frau Götze und von anderen Mitgliedern der Frauengruppe für soziale Arbeit gehört habe, daß diese Kaffeehalle an der Helmstedterstraße für sie ein Schmerzkind ist, daß ^{man} nicht leben und nicht sterben kann. Es würde ein vergebliches Bemühen sein, sie zu erhalten oder sie von jemand anders erhalten zu lassen.

Stadtv. Frau S c h u l z e : Nach den Ausführungen von Frau Götze und Fräulein Wolters möchte ich anregen, zu überlegen, ob es nicht möglich wäre, die Kaffeehalle etwas weiter heraufzuverlegen, sodaß sie weiter an der belebten Straße zu liegen kommt. Daß sie ganz aufgegeben wird, dagegen möchte ich sein, namentlich wo in der Bevölkerung jetzt wieder so viel Alkohol vertilgt wird. Man sollte Hand anlegen, daß diese Volksseuche nicht noch mehr verbreitet wird. Man könnte es mit dieser Kaffeehalle ebenso machen wie mit der an Wendentore, wo man ~~oft~~ ^{nicht} sieht, daß Pferde getränkt werden. Wenn die Halle mehr an die Güterabfertigungsstelle, mehr an die Bahn und mehr nach der Straße zu käme, so würde sie ebenso bestehen können wie die ~~an~~ ^{am} der Frankfurterstraße. Dann würde sie ~~de~~ wohl von den Leuten benutzt werden, die mit Fahren von der Bahn wie aus von auswärts kommen.

Stadt. Frau Götze : Wenn Sie wüßten, wie schwer es hält, Terrain für solche Hallen zu bekommen, dann würden Sie diese Anregung nicht gegeben haben. Wir hatten in den guten Jahren vor dem Kriege die Absicht, noch mehrere derartige Hallen - ~~Der Herr~~ Oberbürgermeister weiß das - am liebsten an jedem Stadtteile ^(aufzufallen) eine, aber es ist daran gescheitert, daß wir keine Terrain bekommen konnten. Die hier stehende Halle zu transportieren, ist ausgeschlossen; sie kann höchstens erhalten werden. Wir haben damals schon versucht, sie näher an der Stadt aufzustellen, haben aber vom Fiskus kein Terrain dafür bekommen, endlich ist uns nach vielen Treibereien dieses Stückchen Land für unsere Zwecke bewilligt. Wir haben monatelang petitioniert um an Petritor, an der Wolfenbüttelerstraße und ebenso an Fallerslebtor einen Platz für eine Halle zu bekommen; es ist uns nicht gelungen. Sie glauben nicht, was für Schwierigkeiten da gemacht werden.

Solche

Solche Gedanken anzuregen ist leicht, aber die Ausführung ist außerordentlich schwer. Erst nach langem und reiflichem Überlegen sind wir zu unserm Entschluß gekommen, diese Halle an der Helmstedterstraße aufzugeben; er ist uns sehr schwer geworden, denn der gute Verkehr in den übrigen Hallen ist unser Stolz, und es bedeutet immer ein Rückzug, wenn man etwas aufgibt.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Wir haben diese Vorlage Ihnen unterbreitet wesentlich des Unstandes wegen, weil die Kaffeehalle auf einem fremden Terrain stehen, ~~und~~ wenn wir mit Hilfe des im Etat aufgeführten Geldes die Halle angekauft und wir sie schließlich hätten wegreißen müssen, dann hätten Sie uns Vorwürfe gemacht. ~~Nun ist mit der Schaffung des Geräterumes der andere Antrag zusammengetroffen, die Halle hierfür zu verwenden.~~ Nun fürchte ich, ^{allerdings} da die Halle seit einiger Zeit nicht benutzt wird, daß sie schon ziemlich demoliert ist, denn alle leerstehenden Baulichkeiten sind der Zerstörungslust ausgesetzt. Wir könnten uns vielleicht heute dahin schlüssig machen, daß Sie uns ermächtigen, das kleine Gebäude anzukaufen, und in einer späteren Besprechung könnten wir uns dann darüber unterhalten, ob in der Gegend der Helmstedterstraße eine ^{Kaffee-} ~~solche~~ Halle unterhalten werden ^{soll} können. Das ist denkbar, wenn der Ostbahnhof gebaut

baut ist - und das wird nicht mehr lange dauern, ein Grundstück nach dem andern wird zu dem Zwecke expropriert. Wir haben uns gesagt, daß ungefähr 3 400 M bei den heutigen hohen Preisen am Ende nicht zu viel sein wird, um einen Unterkunfts- und Geräteraum zu schaffen, selbst wenn die Halle nur noch ein paar Jahre hält. Anerkennen will ich aber auch, daß die Straßenarbeiter mit den Häuschen am Leonhardsplatz auskommen könnten^{aber} ~~die~~ doch auch nicht zu weit weg liegen. Wird unser Antrag auf Ankauf der Halle abgelehnt, so werden wir den Frauenverein nicht hindern können, die alte Halle auf Abbruch zu verkaufen.

V o r s i t z e n d e r : Frau Götze hat sich zum dritten Male zum Wort gemeldet. Die Versammlung ist wohl aber bereit, ihre Ansicht in dieser Sache noch einmal zu hören. (Ohne Widerspruch).

Stadtv. Frau G ö t z e : Ich glaube, die
Bereitswilligkeit des Frauenvereins erklären zu kön-
nen, daß wir, wenn sich Gelegenheit bietet, auf
einer geeigneteren Stelle ^{in der fraglichen Gegend} ein solches Häuschen zu
erbauen, den Betrieb wieder übernehmen. Heute kann
es sich nur darum handeln, daß entweder die Stadt
die Halle übernimmt oder wir sie auf Abbruch ver-
kaufen: Das Eigentum an der Halle steht uns zu.
Wenn hier gesagt würde, die Stadt solle die Halle
wieder einrichten, uns Konkurrenz machen und Dinge
einführen, die wir nicht führen können, so sagen
wir: Dann kann aus dem Handel nichts werden! Uns
liegt nur daran, unsere Schulden zu decken.

V e r s i t z e n d e r : Der Bauausschuß hat als keine Stellung zu dem Ratsantrage genommen?

Stadt. M a a ß : Eine Entscheidung in der Sache hat der Bauausschuß nicht getroffen, sondern gebeten, daß Frau Götz die Gründe der Aufhebung der Kaffeehalle und des Verkaufs des Häuslehens darlegen möchte.

V e r s i t z e n d e r : Das ist geschehen.

Stadt. M a a ß : Es handelt sich zunächst um den Verkauf des Häuslehens. Was daraus werden soll ein Geräteschuppen oder eine Kaffeehalle, das ist eine andere Sache. Ich glaube, im Namen des Bauausschusses zu sprechen, wenn ich beantrage, heut den Beschluß zu fassen, daß der Rat der Stadt beauftragt wird, diese Gebäude anzukaufen.

V o r s i t z e n d e r : Wer ist für den stadtseitigen Erwerb des Gebäudes. - Das ist die Mehrheit.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Also eine teilweise Ablehnung unseres Antrages.

13. Abänderung der östlichen Fluchtlinie der Wörthstraße zwischen Kapellen- und Helmstedterstraße.

Stadtverordneter R a s c h e : Herr Zerries, der ein Grundstück an der Ecke der Wörth- und Helmstedterstraße besitzt, hat den Antrag gestellt, es möge die Festsetzung der Fluchtlinie der Wörthstraße, soweit sie sein Grundstück betrifft, aufgehoben und für ihn vorteilhafter geregelt werden, da er den vor seinem Hause liegenden Raum für geschäftliche Zwecke nötig habe. Nach Anhörung des Tiefbauamts stimmt der Rat diesem Antrage zu. Es bleibt die Straße an dieser Stelle immer noch 30 Meter breit, es ist also keine Gefahr, daß sie zu schmal wird. Der Bauausschuß empfiehlt Annahme des Ratsantrages.

Der Abänderung der Fluchtlinie stimmt die Versammlung zu.

14. ^{nach}Abbrechung einer alten Baracke auf dem Flugplatz.

Stadtv. R a s c h e : Die Baracke Nr. 14 auf dem Flugplatz ist durch Schwamm Schaden heimgesucht. Da der Schaden einen großen Umfang angenommen hat, würde die Instandsetzung derartig hohe Kosten verursachen, daß es sich empfiehlt, die Baracke abzubauen. Die Kosten des Abbruchs würde, ungefähr 5 500 M ausmachen. Die ^{nach}Abbrechungsmaterialien sollen abgefahren und das gute Holz anderweitig verwandt werden. Ich bitte namens des Bauausschusses den Abbruch zu genehmigen und die Kosten zu bewilligen.

**Die Versammlung entspricht dem Antrage des
Bauausschusses.**

(Punkt 14.)

15. Herriichtung einer Einfriedigung auf dem städtischen Grundstücke an der Korfesstraße.

Stadt. M e s s e n i n g : Die städtischen Gebäude auf der Korfesstraße sind mit einer Holzwand umgeben, die in ihrem Untern Teile abgefüllt ist, sodaß eine neue Einfriedigung nötig geworden ist. Für die neu herzustellende straßenseitige Einfriedigung ist ein Latten-Stackett mit Pfosten aus Eisenbeton in Aussicht genommen. Da das Gelände hinter der Einfriedigung etwa 30 Zentimeter höher liegt als das Straßenterrain, so werden zwischen den Betonpfosten 7 Zentimeter starke Balken aus Eisenbeton einzufügen sein. Die gesamten Kosten werden 14 500 M betragen. Da die alte Planke, wie einwandfrei festgestellt ist, nicht mehr zu benutzen ist, empfiehlt die Baukommission, der Vorlage zuzustimmen.

Der Ratsantrag wird, entsprechend dem Vorschla-
ge der Bankommission, angenommen.

(Punkt 15.)

16. Verlängerung der Gas- und Wasserrohre auf der Kalandstraße.

Stadtv. B r e w e : Die Erbauung eines Wohnhauses an der verlängerten Kalandstraße, das Anschluß an die städtischen Gas- und Wasserwerke bekommen muß, erfordert es, daß die Hauptrohre der Gas- und Wasserleitung verlängert werden, und zwar um 15 - 20 Meter. Die Kosten betragen 4 500 M und sollen zu Lasten der Gas- und Wasserwerke verbucht werden. Der Bauausschuß hat sich mit der Sache befaßt, die Verlängerung der Rohre gutgeheißen und ersucht Sie, durch mich, den Ratsantrage zuzustimmen.

Die Bewilligung wird von der Versammlung ausgesprochen. (Punkt 16).

V e r s i t z e n d e r : Die Anfrage des Herrn Jahns muß zurückgestellt werden, da Herr Stadtbaurat Gebensleben hat verreisen müssen, also heute die Anfrage nicht beantworten kann.

17. Anfrage M a r t h über die Prüfung der
Besoldungsordnung.

Wortlaut der Anfrage: „Kann der Rat der Stadt über den Stand der Prüfung der Besoldungsordnung Auskunft geben?“

Stadtv. M a r t h (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Wie ^Sie alle wissen, ist der Rat der Stadt seit einiger Zeit damit beschäftigt, die Vorarbeiten für die Prüfung der Besoldungsordnung zu regeln. Ich möchte einmal fragen, wie weit diese Arbeiten vorgeschritten sind, da es bei der Geldentwertung notwendig ist, daß die Beamten in ihre ordentlichen Rechte in Betreff ihrer Bezüge eingesetzt werden und die Beamten wissen, ~~wann~~ woran sie sind. Ich weiß nicht, wie weit man in Lande in dieser Sache schon vorgegangen ist. Jedenfalls sollte nicht darauf gewartet werden, wenn es noch länger dauern würde.

Oberbürgermeister K e t t e n e y e r : Meine Damen und Herren! Um dem Wunsche der Stadtverordnetenversammlung zu entsprechen, haben wir alsbald, nach dem Ihre Beschlußfassung in dieser Sache erfolgt ist, die Gehaltsdeputation zu einer Beratung einberufen. Gleich in der ersten Sitzung wurde, dort das Bedenken geäußert, daß es gar keinen Zweck hätte, jetzt diese Regelung in Angriff zu nehmen, weil wir uns dem Vorgehen des Landtages und der Regierung anschließen müßten. Das ist hinterher auch insofern ~~berathen~~ ^{bezüglich}, als - wie ich gelesen habe - jetzt der Landtage ein Antrag der Regierung unterbreitet ist, die Gemeinden zu zwingen, in ihrer Gehaltsordnung ^{für} auch an die zu revidierende Gehaltsordnung des Staates anzuschließen. Wenn das zum Gesetz wird, dann hätte es keinen Zweck, unsere Gehaltsordnung jetzt zu reformieren und ~~das Gesetz darüber einzu-~~ ^{für} reichen, denn es würde uns geantwortet werden: Wartet ab, bis unser Gesetz fertig ist, dann kommt

thr

ih^{er} euch darnach richten". Gegen diese Ansicht ^{gegen} sind in der Sitzung der Gehaltsdeputation Bedenken geäußert, weil es der Wunsch einiger Stadtverordneter ist, die endgültige Regelung vorzunehmen, aber in der Abstimmung wurde dieser Antrag abgelehnt, es wurde also Zurückstellung beschlossen, bis die neue Ordnung im Lande erledigt ist. Ich glaube, bei Lage der Umstände ist dieser Beschluß daraus gerechtfertigt. Der Bericht über die letzte Lesung im Landtage liegt jetzt ja vor, aber ich bin noch nicht genau darüber orientiert. Es wird anzunehmen sein, daß nunmehr im Landtage die Sache zu Ende kommt, sodaß wir dann wissen, wonach wir uns zu richten haben.

Nachdem nun die heutige Anfrage gestellt ist, halte ich mich für verpflichtet, davon Mitteilung zu machen, daß etwas ganz neues in dieser Sache vorliegt: ein neues Reichsgesetz, daß wir aber noch nicht zu Gesicht bekommen haben. Ich habe ge-

achtet.

daß, es würde heute erscheinen, aber ich habe es noch nicht bekommen. Wie wir auf Erkundigung erfahren haben, hat das Ministerium dem Landtage eine Vorlage zugehen lassen, wonach vor Beendigung der Gehaltsreform im Landtage zu bekennen, zunächst einmal die höheren Gehaltssätze nach dem neuesten Stande den Beamten sofort gezahlt werden sollten. Wenn das geschieht, dann steht der Rat der Stadt auf dem Standpunkt, daß dann auch die Stadt sich nicht der eingehenden Prüfung der Frage entziehen kann, ob sie ungeachtet ihrer traurigen Finanzverhältnisse nicht doch dem Vorgehen des Staates folgen müssen. Um uns nicht dem Vorwurf auszusetzen, daß wir die Regelung dieser bei der jetzigen Forderung hochbedeutsamen Frage länger hinausziehen, als es im Interesse der Stadt unbedingt gewünscht und notwendig ist, ~~wir~~ haben wir heute morgen im Rat der Stadt beschlossen, ihnen anheim zu geben, zuzustimmen, daß wir die Sache einer Deputation überweisen.

überweisen. Wir sind zu der Ansicht gekommen, daß
es wünschenswert ist, eine gemischte Deputation neu
zu bilden, und zwar in der Weise, daß sie aus den
beiden Deputationen — Gehaltsdeputation und Lohn-
deputation — zusammengesetzt werden, und daß diese
die ~~Vorlagen~~^{Fragen} prüfen sollen, die sich jetzt heraus-
stellen und baldige Erledigung erfordern. Wir ha-
ben es für nötig gehalten, auch die Lohndeputation
mit hinzuzuziehen, weil wir uns sagten, daß, wenn
zum Teil sehr erhebliche Zulagen bewilligt werden
sollen, vermutlich die städtischen Arbeiter den
Antrag stellen werden, auch sie in ihren Bezügen
aufzubessern. Die letzte Aufbesserung der städti-
schen Arbeiter ist am 28. Oktober durch die Lohn-
deputation erfolgt, und dadurch sind die Löhne
durchweg um 1,50 M pro Stunde aufgebessert worden.
Es brachte daß nach überschläglicher Berechnung
einen Betrag von etwa 3 1/2 Millionen Mark jähr-
lich. Nach der heutigen Sitzung des Rats ist denn

auch

auch ein Antrag von den Arbeitern eingegangen, wonach sie beantragen, noch weitere 1,80 M pro Stunde zuzulegen - das würde also noch mehr bringen, als am 28. Oktober schon bewilligt worden ist. Es dürfte sich empfehlen, alle diese Fragen einheitlich zu behandeln. Wir kommen immer mehr zu der Ansicht, daß es zu Unzuträglichkeiten führt, wenn eine Gruppe der im Dienste der Stadt stehenden Personen sich benachteiligt fühlt, weil die andere aufge bessert ist und sie selber leer ausgegangen ~~ist~~. Das wollen wir verhüten.

Nun wollen wir aber dieser größere₂ Deputation nicht die endgültige Entscheidung überlassen, denn die Verantwortung wird für eine solche Deputation allmählich zu groß. Die Finanzverhältnisse der Stadt haben sich im Laufe dieses Jahres, dessen Etat mit einem nicht unerheblichen Fehlbetrage abschließt, durch die nachträglichen Bewilligungen bedeutend verschlechtert, sodaß man

schließlich fürchten muß, daß der Kredit der Stadt bei der Staatsbank sein Ende erreicht. Wir leben jetzt vom Kredit insofern, als infolge der Steuerreform die Steuerzahlungen nicht so rechtzeitig eingehen, wie wir erwartet hatten. Ich will dabei offen erklären, daß die durch Lohnabzüge und Gehaltsabzüge eingehenden Summen sehr erhebliche Beträge ergeben und wir es in unserer Not ebenso wie andere Städte gemacht haben, indem wir nicht sofort das volle abgeliefert haben, was wir von rechts wegen dem Reiche zukommen lassen müssen. Es soll über das jetzt einzuschlagende Verfahren, durch das die Sache ordnungsmäßig zu regeln ist, morgen im Staatsministerium verhandelt werden; ich selber habe dem Herrn Finanzpräsidenten anheim gegeben, er möge die Sache in die Wege leiten, denn Ordnung muß in der Sache sein. Wir können uns nicht auf den Standpunkt stellen: ~~Wir~~

haben

haben nun einmal das Geld und geben es nicht heraus
In der Not kann man das wohl einmal tun, aber dann
muß man doch anstreben, geordnete Verhältnisse zu
bekommen. Zu dem Zwecke aber ist es nötig, daß das
Reich nicht erst am Jahresschlusse sagt: „Ihr habt
für das ~~vorige~~ ^{abgelaufene} Jahr so und so viel zu bekommen,
das zahlen wir jetzt aus“, sondern wir wollen schon
jetzt das Geld haben, um nicht die heute üblichen
~~kleinen Zinsen~~ ^{kleinen Zinsen} bezahlen zu müssen. Alle diese Fragen
sind bei der Entscheidung über die neuen Gehälter
und Löhne mit zu berücksichtigen, denn es sind
Fragen von der allergrößten Bedeutung, und eine
Deputation kann sie nicht allein erledigen.

Wenn es der Versammlung recht ist, so würden
wir zunächst für die Beamten eine Abschlagszahlung
leisten, aber auch für die Angestellten, - die
letzteren sind auch schon mit Wünschen gekommen;
wir wissen alle, daß vor Weihnachten die Not groß
ist und in diesem Jahre besonders, wo viele keine

Kar-

Kartoffeln eingekauft haben -, ^{und} so bitte ich die
Versammlung, die Deputation zu ermächtigen, eine
solche Abschlagszahlung zu bewilligen. Dabei würde
selbstverständlich Rücksicht zu nehmen sein auf die
Mehrbezüge, die nach der neuen Gehaltsordnung des
Reiches (der sich vermutlich der Staat anschließen
wird) und auf die Gestaltung der Gehaltsordnung
anderer Städte. Daß wir Ihnen selbstverständlich
die endgültige Beschlußfassung demnächst überlassen
müssen, daß ergibt sich von selbst aus der kol-
lossalen Belastung, die den Gemeinden durch die
Gehaltszahlungen oder Lohnzahlungen erwächst, ohne
daß bis jetzt sichere Aussicht vorhanden ist, woker
sie das Geld nehmen sollen. Einmal muß doch diese
Wirtschaft, die schließlich ^{zum} Bankrott führen müßte,
zu Ende gebracht werden. Das Reich muß einsehen,
daß es den Städten nicht das Rückgrat brechen
darf, in dem es ihnen Steuern nimmt und dabei den
Städten fortwährend neue Lasten auferlegt. Es

sind

sind deshalb die entschiedensten Anträge auf dem letzten Städtetag, den auch der Rat der Stadt Braunschweig beschickt hatte, einstimmig ^{ang} ~~angenommen~~. Man kann annehmen, daß das Reich zu der Einsicht kommt, daß es den Städten helfen muß. Das muß um so mehr geschehen, als man ^{daß auf langen} ~~in der Zukunft~~ ^{muß} ~~in August haben muß~~, daß man fragt: Ist es denn angängig, diese erheblich gestiegenen Gehälter endgültig zu bewilligen, obgleich wir alle - so denke ich wenigstens - hoffen, daß diese entsetzliche Teuerung nicht ewig dauert. Bewilligt man aber die neuen Gehälter als solche, dann ist später ~~einmal~~ die Entziehung, beziehungsweise Herabminderung äußerst schwierig. Ich habe es nicht verstanden, daß man die Teuerungszulage, so wenig angenehm dieses System ist, zum großen Teil über Bord geworfen und eine Erhöhung der Gehälter vorgenommen hat, die teilweise ganz gewaltig ist.

Kurz und gut, alle diese Fragen möchten wir

Ihnen

Ihnen demnächst unterbreiten, im Handumdrehen können wir sie nicht ausarbeiten. Augenblicklich können wir inbetreffs der endgültigen Gehaltsordnung überhaupt nichts machen, weil wir die Vorlagen des Reiches und des Staates noch nicht haben. Deshalb gebe ich Ihnen anheim, unserem Vorschlage zuzustimmen, daß Sie die von mir erwähnte erweiterte Deputation ermächtigen, den Beamten, den Angestellten und evtl. den Arbeitern Vorschüsse zu zahlen, die veranlaßt sind durch das Vorgehen des Reiches.

V o r s i t z e n d e r : Will jemand aus der
Versammlung den Antragstellen, auf diese Vorschlä-
ge des Rats einzugehen?

Oberbürgermeister R e t a m e y e r : Ich
fasse die Sache so auf, daß ich im Namen des Rats
Ihnen diesen Antrag überreiche. Wir brauchen doch
nicht in allen Sachen schriftliche Vorlage zu
machen.

- 225 -

Der Antrag des Rates wird angenommen.

(Punkt 17).

18. Antrag Stukenberg, betreffend eine
Notspende für in Not geratene
Personen und eine Schul-Entlasse-
nen Spende.

Wortlaut des Antrages s.S. 5.

Stadtv. S t u k e n b e r g (Zur Begründung): Meine Damen und Herren! Die wirtschaftliche Lage unseres Vaterlandes hat außer einer großen Not auch eine tief in unser Volksleben einschneidende Armut gezeitigt, die ständig im Steigen begriffen ist. Ganz besonders werden von dieser Armut diejenigen Kreise der Bevölkerung getroffen, die nicht mehr im Vollbesitz ihrer körperlichen und geistigen Arbeitskraft sind und dadurch in ihrer Erwerbstätigkeit behindert oder beeinträchtigt werden. Ich denke dabei vor allem an die kleinen Rentner und an die

die armen Kriegsbeschädigten. Weiter sind es die Kriegerwitwen- und-waisen, die, ihres Ernährers beraubt, in der heutigen Zeit ein kümmerliches Dasein führen müssen. Es kommen hinzu die Erwerbslosen, die unverschuldet keine Beschäftigung haben, und viele ~~sind andere~~ Volksgenossen, die ohne eigene Schuld in große Not geraten sind. Auch in unserer Stadt Braunschweig ist der Kreis dieser Armen leider ein sehr großer, und es fordert deshalb die menschliche Nächstenliebe, daß hier tatkräftigste Unterstützung gewährt wird. Unsere wichtigste und heiligste Aufgabe ist es mit, meine Damen und Herren, ein Hilfswerk zu schaffen, das diese tatkräftige Unterstützung gewährleistet. Wir werden also nicht darum hinwegkommen, wie es bereits im vorigen Jahre geschehen ist, auch in diesem Jahre wieder, und zwar in erhöhtem Maße, ein Hilfswerk zu schaffen. Ich möchte allerdings bei dieser Gelegenheit von

von dieser Stelle aus an den Staat die Forderung stellen, daß er seinerseits sich an diesen Hilfswerk betätigt, und zwar in derselben Weise wie im vorigen Jahre, indem er die gleiche Summe zu Verfügung stellt, die wir bewilligen. Unter dieser Voraussetzung bitte ich Sie, meinen Antrage zuzustimmen und den Rat 100 000 M für den genannten Zweck zur Verfügung zu stellen, ein Betrag mit dem sicher den Anforderungen zweckmäßig entsprochen werden kann.

Nach meinem zweiten Antrag, betreffend die Schulentlassenen-Spende, anbelangt, so werden wir auch hierfür wie im vorigen Jahre, diese Hilfsmittel schaffen müssen. Die wirtschaftliche Notlage hat sich während des letzten Jahres nicht gebessert, ja, man kann ohne Übertreibung sagen, daß sich die Notlage um mehr als das Doppelte verschlechtert hat.

Is

Es werden auch heute viele Eltern und Pflegeeltern, deren Kinder aus der Schule kommen und einen Beruf ergreifen müssen, schon heute mit Grauen diesem Tage der Schulentlassung entgegensehen. Es fehlen vielen Eltern die nötigsten Mittel, ihr Kind einzukleiden und ihnen das mit auf den Weg zu geben, was sie unbedingt zur Erlernung ihres Berufes gebrauchen. Deshalb, meine verehrten Damen und Herren, werden wir auch diese Spende wieder schaffen müssen, um die herrschende Not zu lindern. Ich möchte Sie deshalb bitten, auch für diese Spende einen entsprechenden Betrag dem Rat der Stadt zur Verfügung zu stellen, und zwar in der Höhe bis zu 100 000 Mark. Aus dieser Spende sollen dann auf Antrag den Eltern und Pflegeeltern Beihilfen gewährt werden damit sie in der Lage sind, ihren Kindern bei der Schulentlassung das Nötigste zu geben.

**Für die dringliche Behandlung des Antrages
meldet sich die Mehrheit der Versammlung.**

Stadtrat von F r a n k e n b e r g :

Ich habe nicht gegen einen Beschluß auf Annahme der Dringlichkeit sprechen wollen, da aber der verehrte Herr Antragsteller selber das Ersuchen an uns richten lassen will, der geehrten Versammlung eine Vorlage über diesen Punkt zu machen, so erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, daß es sehr wünschenswert ist, sich mit den geehrten Herrschaften in aller Ruhe und nicht unter dem Druck der vorgerückten Zeit über den Antrag zu verständigen. Der Herr Antragsteller hat auch die Kriegsbeschädigten und Erwerbslosen, sowie die Hinterbliebenen von A in Kriege Gefallenen mit in seinen ersten Antrag einbeziehen wollen. Das veranlaßt mich,, darauf hinzuweisen, daß für diese Personen besondere Mittel reichsseitig zur Verfügung gestellt werden, so daß wir in dieser Sache dem Reiche vorgreifen würden, wozu bei unserer

Finanz-

Finanzlage keine Veranlassung vorliegt. Ich würde es für angebracht halten, wenn sich die Versammlung entschließen würde, die Anträge einem Ausschuß zur Beratung zu überweisen. Wir gewinnen schon ein Tempo dadurch, daß der Herr Antragsteller ~~gleich~~ ^{immer genannt wird} die Betreffenden bezeichnet hat, für die er die Unterstützung als angemessen hält. Wenn nun noch die Ausschußberatung hinzutritt, dann wird es einer Vorlage des Rates nicht bedürfen, sondern er hat nach Annahme des Antrages volle Bewegungsfreiheit, wenn er sich mit der Stellungnahme der Versammlung einverstanden erklärt, und wir können dann sofort nach Weihnachten handeln. Ich glaube, daß bei einer Fortsetzung der heutigen Beratung nicht so viel erreicht wird, wie der Herr Antragsteller wünscht.

Stadt v. S t u k e n b e r g : Zunächst danke ich dem Herrn Stadtrat von Frankenberg für seine Belehrung. Es war mir das, was er über die Reichsunterstützung sagte, nicht bekannt, oder vielmehr in diesem Augenblicke entfallen. Unter diesen Umständen würden wir die Kriegsbeschädigten selbstverständlich ausschließen müssen, ebenso auch die Kriegshinterbliebenen. Mein Antrag würde sich danach nur auf die kleinen Rentner und die sonstigen in Not geratenen Personen, unter anderem auch auf die Erwerbslosen beziehen. In übrigen wollte ich durch die Bezeichnung der Dringlichkeit meines Antrages nur bezwecken, daß wir heute den Antrag überweisen, so daß der Rat eine Vorlage ausarbeiten kann.

Stadt. Frau G ö t z e : Ich möchte Herrn
Stukenberg bitten, den Antrag so zu fassen:
für in Not geratene hiesige Einwohner.

(Zuruf: Ausschuß!)

**Der Vorsitzende überweist den Antrag den Finanz-
ausschuß zur Vorberatung.**

(Punkt 18).

- 236 -

Stadt v. Stegmann übernimmt den
Vorsitz.

19. Antrag Lehnert, betreffend Gleichstel-
lung der Krankheitsausweise der
Krankenkassen mit den ärztlichen
Krankheitsbescheinigungen bei
Schulversäumnissen bei Kindern.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 6.

Stadtv.

Stadtv. L e h n e r t : (zur Begründung):

Meine Damen und Herren! Nach dem § 16 Absatz 1 des Gesetzes über die Gemeinde-Schulen kann jemand, der unentschuldigt seine Kinder vom Schulbesuch zurückhält, in Ordnungsstrafe genommen werden. Es hat sich nun ein Fall zugetragen, in dem ein Schüler genötigt gewesen ist, die ärztliche Hilfe des Herrn Dr. Wolf in Anspruch zu nehmen, wozu letzterer einen operativen Eingriff vornehmen mußte. Nach 8 Tagen brachte der Junge eine Entschuldigung seines Vaters mit in die Schule, die von dem Hauptlehrer nicht anerkannt wurde, sondern es wurde verlangt, daß ein ärztliches Attest beigebracht würde. Meine Herrschaften, Sie wissen, was dazu gehört, wenn jemand 5 Kinder zu ernähren hat, und daß er wohl Ursache habe, sein Geld zusammen zu halten. Da der betreffende Vater

Mitglied

Mitglied einer Kasse war, die ärztliche Familienhilfe gewährt, wurde ihm von dem dortigen Rechnungsführer ein Attest ausgestellt, in dem bestätigt war, daß der Junge krank gewesen ist. Aber auch diese Bescheinigung wurde von dem Klassenlehrer nicht anerkannt, sondern ein ärztliches Attest verlangt. Als sich der Vater sagte: „Du hast das und das getan und meines Erachtens ist das genügend,“ ist dem betreffenden Jungen gesagt: „Die Sache ist erledigt.“

Nach längerer Zeit bekam der Vater ein Strafmandat über 15 Mark zugeschiebt. Der Vater war darüber ganz außer Atem, möchte ich sagen, und ging damit nach der Stelle, die ihm als Arbeiter zuständig schien, nach dem Arbeitersekretariat. Der Sekretär sagte ihm, er möchte bei der zuständigen Behörde vorstellig werden. Darnach hat

der

der Betreffende die Sache dem Ministerium unterbreitet. Die Sache ist beim Ministerium wahrscheinlich respektiert, es wurde genau nachgeforscht, wie viele Kinder der Betreffende hatte, wie viele zur Schule gingen. Nachdem dem Klassenlehrer hiervon Mitteilung gemacht ist, hat er gesagt: „Um die 15 Mark Strafe kommt Ihr nicht rum.“ Meine Damen und Herren, ich glaube bestimmt, wir wissen alle, was ein ärztliches Attest heutzutage kostet. In früheren Jahren, ~~als~~ ^{als} die Verhältnisse bedeutend billiger waren, konnten auch die Ärzte billiger arbeiten, heute ist es damit anders, sie müssen höhere Ansprüche für Ausstellung eines Attestes stellen. Wenn der betreffende Klassenlehrer einigermaßen ~~Stuss~~ ^{Sinn} ~~Ein~~ ^{Ein} ~~sicht~~ ^{sicht} gehabt hätte, dann hätte er gesagt: „Es ist gut, ich nehme diese Entschuldigung an“
und

und werde den Schulleiter Mitteilung machen. Ob der sie anerkennen will, will ich dahin gestellt sein lassen." Ich glaube bestimmt, in einer Krankenkasse, von der die Familienangehörigen mit ärztlicher Hilfe und Medikamenten versehen werden, wird nie ein Rechnungsführer so leichtsinnig sein, ein Attest auszustellen, wenn er nicht genügende Unterlagen dafür hat. Der Lehrer, von dem ich sprach, ist in Hebenant Stadt, verordneten-Vorsteher, Herr Frede. Er hat geglaubt, er müßte noch einen besonderen Druck ausüben und hat diesen Jungen gegenüber - er ist in der ersten Klasse - sich dahin ausgelassen: „Nur das ärztliche Attest ist für mich ausreichend dafür, daß der Junge nicht geschwänzt hat, sondern krank gewesen ist." Ich möchte nun darum ersuchen, daß die Schulleiter angelesen werden,

resp.

resp. die ihnen unterstellten Lehrer, daß, wenn von einer Krankenkasse oder einem ähnlichen Institut, das ein solches Amt verwaltet, eine schriftliche Erklärung über eine Krankheit eines ihrer Mitglieder abgegeben wird, diese als eine vollwertige Entschuldigung anerkannt wird, und bitte, daß der Rat der Stadt in dieser Sache Stellung nimmt.

Oberbürgermeister R e t e n e y e r: Ich glaube, es dürfte sich empfehlen, diese Sache heute einen Aussohuß zu überweisen. Wir haben für die vertrauliche Sitzung eine ganze Menge Sachen zu erledigen, die schon 3 - 4 mal auf der Tagesordnung gestanden haben - in der vorigen Sitzung war die Versammlung schließlich Beschllußunfähig. Ich möchte verhüten, daß die Sachen heute wieder nicht erledigt werden.

Der V o r s i t z e n d e stellt die Dringlichkeitsfrage und stellte fest, daß die Dringlichkeit abgelehnt ist. Er überweist den Antrag den Schulausschuß zur Vorberatung.

Stadtv. F r e d e bezweifelt die Richtigkeit der Abstimmung.

Die Abstimmung wird wiederholt; es ergeben sich 12 Stimmen für die Dringlichkeit und in der Gegenprobe 11 Stimmen dagegen.

-Stadtv. Dr. J a s p e r: Ist die Beschlußfähigkeit des Hauses festgestellt ?

(Zuruf: Es sind erheblich mehr Stadtberordnete zugegen).

Nach

Nach der Geschäftsordnung des Hauses gibt es keine Stimmenenthaltung !

Vorsitzender : Darnach ist die Dringlichkeit abgelehnt. Da nur 12 für die Dringlichkeit gestimmt haben, sind 24 - 22 gegen die Dringlichkeit gewesen.

Oberbürgermeister **P e t e n e y e r**: Nehmen Sie es mir nicht übel, meine Herrschaften, wenn ich in Ihre Geschäfte einrede. Ich möchte zur Erwägung verstellen, ob die Praxis richtig ist, die/sich hier eingeführt ^{hat} ~~habe~~ - Herr Frede hat es fast regelmäßig so gemacht -, daß gesagt wird: Ich bitte um die Gegenprobe. Ich bin auch eine Zeit lang Vorsitzender gewesen und habe die Erfahrung gemacht, daß der Vorsitzende jederzeit wissen muß, welche Zahl die Mehrheit der Versammlung ist. Wenn nicht alle Herrschaften mitstimmen, kann dadurch das ganze parlamentarische Leben lahmgelegt werden - in diesen Falle würde überhaupt kein Beschluß zustande kommen. Man soll einfach fragen: „Wer stimmt dafür?“ und wenn dann die Anzahl der sich ~~M~~eldenden die Mehrheit ist - das hat der Vorsitzende festzustellen -, dann teilt

teilt er mit: „Die Sache ist angenommen.“ Ist
der Vorsitzende in seiner Meinung zweifelhaft,
dann hat ^{Kann er natürlich} ~~er seiner Ansicht nach~~ die Annahme
oder Ablehnung nicht festzustellen, sondern es
mag ~~den~~ dann der eine oder andere aus der
Versammlung ~~zu~~ das Geforderste beantragen.

Vorsitzender: Bisher ist es hier Usus gewesen, daß nur diejenigen, die auf die Frage des Vorsitzenden stimmten, gerechnet wurden, und ^{Stimmzufallung wurde als Ablehnung} ~~wer nicht mitstimmte, wurde als die Frage des Vorsitzenden ablehnend angesehen.~~ Es sind 33 Stadtverordnete anwesend; 12 sind für die dringliche Behandlung des Antrages gewesen, als darüber abgestimmt wurde, wer dafür war. Darnach sind 21 gegen die Dringlichkeit. Die Sache ist damit erledigt, ich habe sie schon dem Schulausschuß überwiesen.

- 249 -

Stadtverordneter F r e d e übernimmt den
Vorsitz wieder.

20. Antrag Grä f auf Einsetzung einer Kommission
zur Beseitigung von Mißständen im Flücht-
lingsheim vom Roten Kreuz.

Wortlaut des Antrages : „Die Stadtverordneten-
versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt
zu ersuchen, unverzüglich dahin zu wirken, daß
die Mißstände im Flüchtlingsheim vom Roten Kreuz
durch Einsetzung einer Kommission, bestehend
aus 2 Vertretern der Stadtverordnetenversammlung
und 2 Vertretern der Flüchtlinge beseitigt
werden.

Stadtv. G r ä f (zur Begründung) : Meine Damen
und Herren ! Diese Angelegenheit hat bereits
mein Freund Regener in einer Sitzung der Stadt-
verordneten vom 3. August vorgebracht, und
daraufhin ist eine Änderung vorgenommen derart,
daß Herr Kablitz das Essen für die Flüchtlinge
nicht

nicht mehr liefert, sondern ~~an~~/ ein anderer Restaurateur, Herr Wedekind in der Badetwete. Dabei sind jedoch die Flüchtlinge vom Regen in die Traufe gekommen. Die Flüchtlinge melden, daß in dem gelieferten Essen Maden und Würmer vorgefunden sind und daß selbst, als dies Essen dem Leiter der Flüchtlingsfürsorge unterbreitet worden ist, Abhilfe nicht geschaffen ^{würde} ~~worden ist~~, sondern daß es noch schlimmer gekommen ist.

Diejenigen, die Anträge stellen, werden unfreiwilligerweise aus dem Flüchtlingslager entfernt mit der Begründung, daß hier in Braunschweig nur ein Durchgangslager sei und sie keine Berechtigung haben, längere Zeit hier zu bleiben. Ich habe hier ein solches Schreiben in Abschrift, wie es von Herrn Major Köhler einem Flüchtling zugestellt worden ist. Es ist wertvoll, daß Sie davon Kenntnis nehmen. Es heißt darin :

„Wie Ihrer Frau bereits im vorigen Monat persön-

lich

lich bekannt gegeben ist, ist uns seitens des Deutschen Roten Kreuzes für Sie und Ihre Familie das Dauerlager Lockstedt mit seinen entsprechenden Einrichtungen angewiesen, da einerseits die bisherigen, sich über Monate erstreckenden Bemühungen zur Beschaffung von Wohnung und Arbeit keinen Erfolg gehabt haben und da andererseits Ihre weitere V Belassung im diesseitigen Verteilungslager mit Rücksicht auf Ihren Zustand und den Charakter eines nur vorübergehenden Lagers nicht angängig erscheint. Nach Ihren eigenen Äußerungen und nach Ihrer persönlichen Auffassung ist Ihnen der Aufenthalt in unserem Verteilungslager zur Qual geworden, von der Sie nunmehr erlöst werden sollen unter Überführung in für Sie bessere Lagerverhältnisse, wo weiter für Sie gesorgt werden kann bis zu Ihrer endgültigen Unterbringung."

Weil also der Betreffende sich beschwert

hat

hat, soll er wieder nach Lockstedt überführt werden. Wenn so verfahren wird, dann entstehen dadurch dem Staate ungeheure Kosten. Die betreffende Familie hat erst kürzlich ihre Sachen von dem Lockstedter Lager nach Braunschweig überweisen lassen, sie sind bei der Firma Ledderboge untergestellt. Grund dessen, daß die Flüchtlinge sich beschwert haben, wird ihnen vom Herrn Major Köhler ein Schreiben zugestellt, in dem ihnen gesagt wird : „Am 15. d. Mts. habt Ihr das Braunschweiger Lager zu räumen, werdet nach Lockstedt überführt, da habt Ihr keine Qual mehr zu leiden.“ Vor allen Dingen wird der Charakter als Grund angeführt, also : wer sich beschwert, wird als unnützer, charakterloser Mensch hingestellt. Soweit darf es nicht gehen. (Zuruf: Der Charakter des Lagers!) Ich fasse das Wort Charakter als auf den Menschen bezüglich auf. Wenn Sie es anders verstanden haben,

so gebe ich zu, daß man auch eine solche Auffassung haben kann. Daß die Zustände in dem Braunschweiger Flüchtlingslager sehr miserabel sind, ist schon öfter erwähnt worden. ^{Außerdem} Die Wohnungsbaracken in Holsts Garten ^{ist ein} gleichen einem Schweinestall: 6 Schweine, 15 Gänse, 24 Hühner ^{findet} sind dort untergebracht - das ist hygienisch zu verwerfen wie irgend etwas; so weit dürfen die Maßnahmen des Verwalters nicht gehen. Die dort wohnenden Flüchtlinge haben sehr wenig Gelegenheit, sich auszudehnen, während der Verwalter 3 - 4 Räume und eine Küche hat, dazu eine Wohnung in der Kuhstraße. Diese Wohnräume in der Baracke könnten unbedingt den Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden und darauf eingegangen werden - was bei der früheren Besprechung schon erwähnt wurde - , daß, wenn es die Räumlichkeiten zulassen, die jetzt getrennt Verheirateten wieder mit ihren Familien

zusammen-

zusammenwohnen. Vielleicht wäre dazu die Möglichkeit gegeben, wenn diese Räume des Verwalters den Flüchtlingen zugewiesen würden; ein Büroraum kann ihm zur Verfügung gestellt werden. Wie gesagt, die Zustände in dem Braunschweiger Flüchtlingslager sind sehr g krass und ich bitte zu erwägen, ob nicht ein Ausschuß eingesetzt werden kann aus Stadtverordneten und Flüchtlingen, der diese Zustände revidiert. Wenn von dem Herrn Bürgermeister Meyer erwähnt werden sollte, daß schon ein Ausschuß besteht, in dem die Flüchtlinge vertreten sind, so ist mir von berufener Seite erklärt, daß Flüchtlinge nicht mehr in diesem Ausschuß sind, denn der Verwalter oder Herr Major Köhler können nicht als Flüchtlinge angesehen werden. Ich möchte bitten, wenn es möglich ist, den Flüchtlingen die Möglichkeit zu verschaffen, daß sie an der Revidierung teilnehmen können.

Für die Dringlichkeit der Behandlung des Antrages melden sich 10 Stadtverordnete, der Antrag auf Dringlichkeit ist damit abgelehnt.

Der Vorsitzende überweist den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung und schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

B e r i c h t
über die Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 8. Dezember 1921.

=====

1. Erhöhung der Bezüge der städtischen Beamten, Lehrkräfte, Angestellten und Arbeiter.
2. Antrag Stukenberg, betreffend eine Notspende für in Not geratene Personen und eine Schul-entlassenen-Spende.
3. Neuwahl der Beisitzer des Mieteinigungsamts.
4. Wahl von Beisitzern und deren Stellvertretern zum Bezirks-Pachteinigungsamt.
5. Einteilung der Stadt in 48 Wahlbezirke.
6. Änderung der Satzung über die Wertzuwachssteuer.



7. Beschaffung eines Ofens für die Schulküche im Turnhallengebäude an der Leopoldstraße.
8. Änderung der Vorschriften über den Vorsitzenden des Gewerbegerichts und den Leiter des Rechtsfriedensamtes.

=====

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister
R e t e m e y e r, Bürgermeister M e y e r, Stadt-
rat v o n F r a n k e n b e r g, Stadtbaurat
G e b e n s l e b e n, Stadtrat S c h a p e r,
Stadtrat V o g l e r, sowie die Stadträte
B u r g o l d, F ü e r m a n n, P i n n o w, R ü t e r
Es fehlt Frau Stadtv. B ö h m.

=====

Vorsitzender F r e d e : Ich eröffne die
Sitzung und mache die Versammlung zunächst mit
folgenden Eingängen bekannt.

Mehrere Ruhegehaltsempfänger ersuchen in einer
diesem Schreiben gleichlautenden Eingabe an den

Rat

Rat der Stadt, eine endliche Regelung ihrer Ruhegehälter vorzunehmen, durch welche sie mit den staatlichen Beamten gleichgestellt werden. Da ein gleiches Schreiben an den Rat gegangen ist, warten wir dessen Stellungnahme ab.

Weiter hat der Verband der Gemeinde- und Staats-Arbeiter unter dem 3. Dezember folgendes Schreiben an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet :

„ Eine am 2. Dezember d. Js. stattgefundene Gesamtbetriebsrats-Sitzung der Gemeinde- und Staats-Arbeiter nahm den Beschluß der vorausgegangenen Lohndeputations-Sitzung entgegen. Einmütig standen die gesamten Betriebsräte auf dem Standpunkt, daß dieser keineswegs ein Ausgleich für die inzwischen eingetretene Teuerung sei. Der Unterzeichnete ~~punde~~ beauftragt, dem Rat der Stadt die am 14. November d. Js. eingereichte Forderung nochmals in Erinnerung zu bringen und nachzusuchen, daß dieser ~~noch~~ in Anbetracht

Anbetracht der inzwischen eingetretenen Teuerung voll und ganz Rechnung getragen werde."

Der Rat hat ein gleiches Schreiben bekommen.

Sodann hat der Braunschweiger Mieterverein an die Stadtverordneten das Ersuchen gerichtet - den Fraktionen ist das wohl bekannt geworden, denn soviel ich weiß, hat jede Fraktion eine Abschrift dieses Schreibens bekommen - , die Mieterbeisitzer im Mieteinigungsamt mit denjenigen Personen zu besetzen, die von dem Mieterverein präsentiert werden.

Es werden in dem Schreiben 10 Personen genannt. Bei dem Punkt der Tagesordnung, der diese Sache regeln soll, kann auf dieses Schreiben zurückgekommen werden.

Ferner hat der Eisenbahn-Sekretär a.D. F.

K ü h t e in einem Schreiben an die Stadtverordneten sich beworben um das Amt eines Beisitzers im Mieteinigungsamt und führt verschiedene seiner Eigenschaften

enschaften auf, die ihn dafür geeignet erscheinen lassen.- Es sieht beinahe so aus, als ob diese Beisitzerposten sehr begehrt sind.

Die Vereinigten Lichtspieltheater haben jedem der Damen und Herren eine Eintrittskarte zu der Weihnachtsvorstellung „Der kleine Muck“ übersandt, sollte jemand unter den Herrschaften vergessen sein, so liegt hier noch eine Karte, die ich gern zur Verfügung stelle.

Aus der Versammlung sind folgende Anfragen und Anträge eingegangen:

Ein Antrag des Herrn S t e g m a n n:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat, auf den Fürsorgeausschuß der Erwerbslosenfürsorge dahingehend einzuwirken, daß das als durchaus ungenügend zu bezeichnende Existenzminimum den heutigen Teuerungsverhältnissen entsprechend erhöht wird.“

Ein

Ein Antrag des Herrn *Fay* ~~Sauerbier~~ :

„ Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, an zuständiger Stelle darauf hinzuwirken, daß an dem der Stadt zugekehrten Teile des Friedhofes gleich hinter der Brauerei Streitberg noch eine Pforte für Fußgänger im Interesse der alten und schwachen Einwohner angebracht wird.“

Ein Dringlichkeitsantrag von Frau G r a f :

„ Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Sätze der laufenden Armenunterstützung wie folgt festzusetzen:

Für alleinstehende Personen, bezw. Haushaltsvorstände	250 Mark,
für jede weitere unterstützungsbedürftige Person	
über 6 Jahre	150 Mark,
für Kinder unter 6 Jahren	80 Mark und 1/2 Liter Milch
	pro Tag,
für Pflegekinder über 6 Jahre	150 Mark,
für Pflegekinder unter 6 Jahren	120 Mark und die dem-
	entsprechende Milch extra.“

Eine Anfrage von Herrn M a a ß :

„Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß in der Fortbildungsschule nach dem ^{Koch-}~~Küchen~~unterricht vor dem Essen die Schülerinnen, soweit sie nicht aus der Kirchengemeinschaft ausgetreten sind, beten müssen. Was gedenkt der Rat zu tun, um die Lehrerinnen von ihrem Verlangen an die Schülerinnen abzubringen?“

Eine weitere Anfrage von Herrn M a a ß:

„Über das von Amerika an die hier notleidenden Kinder überwiesene Geld besteht ein Verteilungsausschuß, der in jüngster Zeit durch ein Mitglied ohne Befragen des Verteilungsausschusses vermehrt worden ist und dem 400 Mark für eine politische Partei zur Verfügung überwiesen worden ist. Ich erblicke hierin eine Ungerechtigkeit und ersuche den Rat der Stadt, Auskunft zu erteilen, was er zu tun gedenkt, diese Ungerechtigkeit in Zukunft zu vermeiden.“

Eine Anfrage des Herrn Dr. J a s p e r :

Am

„ Am 20. Oktober haben die Stadtverordneten den Rat der Stadt ersucht, unverzüglich eine Nachprüfung der Armengelder und Ausschluß-Sätze vorzunehmen und die Armendeputation mit der vorläufigen Neuregelung zu betrauen. Gleichzeitig wurde dem Rat der Stadt ein Antrag überwiesen, der eine Neuregelung der Armengelder und Ausschlußsätze wünschte.

Wie hat sich der Rat der Stadt zu diesen Beschlüssen der Stadtverordneten, die nahezu einstimmig gefaßt wurden, gestellt ?

Welche Regelung hat die Armendeputation getroffen ?

Welche endgültige Regelung wird der Rat der Stadt den Stadtverordneten vorschlagen ?

Wann ist die Vorlage über die endgültige Regelung zu erwarten ? ”

Eine

Eine Anfrage des Herrn S t e g m a n n :

„ Kann der Rat nicht veranlassen, daß die Turm-
uhren der Stadt richtiggehend reguliert werden ? ”

Diese Anfragen und Anträge werden am Schluß
der öffentlichen Tagesordnung zur Begründung kom-
men.

Die Finanzkommission wünscht, daß der unter
No.23 der Tagesordnung aufgeführte Punkt „Erhöhung
der Bezüge der städtischen Beamten, Lehrkräfte,
Angestellten und Arbeiter ” als der zweifellos
wichtigste der heutigen Tagesordnung an die Spitze
gestellt wird. Ich setze ihn hiermit auf Punkt 1.

1. Erhöhung der Bezüge der städtischen Beamten,
Lehrkräfte, Angestellten und Arbeiter.

Stadt v. Dieternann : Meine Damen und Herren ! Die letzte Stadtverordnetensitzung hat eine gemischte Kommission beauftragt, in die Beratung dieser Reform einzutreten. Die Deputation ist auch zusammengetreten, hat sich aber nicht dazu entschließen können, eine endgültige Vorlage auszuarbeiten, und zwar deshalb, weil aller Wahrscheinlichkeit nach eine solche Besoldungsreform vom Reich in einzelnen Punkten nicht genehmigt werden würde, und wir dann dazu übergehen müßten, wiederum Änderungen vorzunehmen. Deshalb hat sowohl die gemischte Kommission wie auch die Finanzkommission beschlossen, folgendermaßen vorzugehen :

Für

Für die Beamten soll die Gehalts-Skala in Anwendung gebracht werden, wie sie für die Staats-Beamten vorgesehen ist, und Ortszuschlägen von 2400 - 6000 Mark, plus einer Teuerungszulage von 20 %. Bei den Kinderzulagen will man wieder so verfahren, wie bisher, indem man sie bis zum 18. Lebensjahre gewährt und sie festsetzt im allgemeinen für alle Kinder auf 200 Mark plus 20 % Ausgleichszuschlag, also auf 240 Mark, während sie bis jetzt nur bewilligt ^{wurden} ~~und~~ mit monatlich 50 Mark erhöht um den Ausgleichszuschlag von 91 % .

Aus der in der Vorlage auf Seite 2 aufgeführten Zusammenstellung können Sie ersehen, in wie weit die Gehälter neu aufge bessert sind.

Die Vergütungssätze der nicht planmäßigen Beamten finden Sie in der Vorlage auf Seite 3 . Die Beamtenanwärter erhalten die gleiche Kinderbeihilfe wie die festangestellten Beamten und vom Ortszuschlage 80 %. Die Zivilanwärter erhalten

VOM

von 6. Dienstjahre an und die Militäranwärter von 5. Dienstjahre an den vollen Ortszuschlag. Zu der Grundvergütung sollen die außerplanmäßigen Beamten einen Feuerungszuschlag in der Höhe erhalten, daß ihre Grundvergütung nebst Ausgleichszuschlag folgende Hundertsätze des Grundgehalts nebst Feuerungszuschlag eines planmäßigen Beamten der ersten Besoldungsstufe ihrer Eingangsgruppe erreichen:

Bei Zivilanwärttern in 1. und 2.	und bei Militär-
anwärttern in ersten Dienstjahre	95 %.
" " " in 3. und bei Militär-	
" " " in 2. Dienstjahr	98 %.
" " " in 4. und 5. und bei	
Militäranwärttern in 3. und 4. Dienstjahr	100 %.

Diesem Grundsatz hat auch die Landesversammlung zugestimmt und sowohl der Finanzausschuß wie auch die gemischte Kommission haben denselben

Standpunkt

Standpunkt eingenommen.

Weiter handelt es sich um die Anrechnung des Wertes der Dienstwohnung. Es ist beschlossen worden, entsprechend dem Antrage des Rats die Verrechnung so zu belassen, wie sie bisher vorgenommen worden ist, und zwar bis zur endgültigen Regelung der Besoldungsordnung, weil sonst die sämtlichen Dienstwohnungen neu geschätzt werden müßten, wodurch die Durchführung der geplanten Aufbesserung sehr verzögert würde.

Vorschriften über die Gewährung besonderer Übertenerungs-Zulagen für die Beamtenanwärter hat das Reich schon früher mit Wirkung vom 1. August 1921 an erlassen. Ihre Anwendung in Bezug auf die städtischen Beamtenanwärter wurde von der mit Vollmacht versehenen Gehaltsdeputation in deren Sitzung vom 22. September d.Js. ausdrücklich abgelehnt und auch jetzt erscheint ihre Anwendung bei

den

den jüngeren Annärtern in/sofern nicht unbedenklich weil diese besondere Zulage, wenn die Beamtenannärter das 20. Lebensjahr überschritten, zu hoch würde.

Ein Büroannärter von 19 Jahren würde danach erhalten eine Vergütung von 2400 Mark, 91 % Teuerungszulage = 2184, Zusammen 4584 Mark, und dazu 35 % Aufschlag = 1604, 40^{Mo} würde ausmachen 6188, 40 Mark. Sobald dieser Büroannärter aber das 20. Lebensjahr vollendet hat, würde er unter Zugrundelegung der neuen Annärtersätze und bei Beobachtung der bisherigen städtischen Vorschriften nach Gruppe V sofort gezahlt erhalten:

An Grundvergütung 70 % von 13500 Mark=	9450 Mark,
an Ortszuschlag (80% von 3600 Mark)=	2880 Mark,
und 20% Ausgleichszuschlag (von 12330 M)	<u>2466 Mark</u>
zusammen	14796 Mark,
	<u>sodaß</u>

sodaß er von 6188 Mark gleich auf 14796 Mark steigen würde, während er nach einer anderen Rechnung sogar auf 19710 Mark steigen würde, wenn nämlich als Grundvergütung 95 % von 13500 angenommen wird = 12825 Mark und der Ortszuschlag voll angerechnet wird mit 3600 Mark und zu diesen beiden noch der 20 % ^{ige} Teuerungszuschlag mit 3285 Mark träte.

Der Rat der Stadt und auch der Finanzausschuß standen auf dem Standpunkt, solange die Stadt nicht gezwungen wird, diese Sätze zu zahlen, es bei dem bisherigen zu lassen und die Beamten-Anwärter so zu entlohnen, wie es auf Seite 7 der Vorlage zu ersehen ist.

Die jetzige Jahresvergütung der noch nicht 20 Jahre alten Büroanwärter und Kanzlei-
gehilfen beträgt vom vollendeten 16. Lebensjahre an 720 Mark, vom 17. Lebensjahre an 960 Mark, von 18.

Lebensjahre

Lebensjahre an 1800 Mark und vom 19. Lebensjahr an 2400 Mark, wozu noch ein Ausgleichszuschlag von 91 % tritt. Auch diese Vergütungssätze sollen erhöht werden und zwar um 35 %. Dies ist der Prozentsatz, der auf der Basis errechnet ist, wie die Erhöhungen im Staat und Reich erfolgt sind, und darauf baut sich auch die Erhöhung der Gehälter der Angestellten auf.

Die Angestellten erhalten bis jetzt eine Monatsvergütung von 1400, 1350 und 1250 Mark, die weiblichen Angestellten je 100 Mark weniger und die ledigen 80 % dieser Sätze. Man hat nun den Mittelsatz von 1350 Mark um 35 % erhöht und im übrigen den bisherigen Unterschied von 50 und 100 Mark beibehalten, sodaß die Summen von 1875 Mark 1825 Mark und 1725 Mark herausgekommen sind. Auch in Zukunft sollen die weiblichen Kräfte

100 Mark

100 Mark weniger haben und die ledigen 80 % dieser Sätze. Die Kinderzulage soll sich in denselben Grenzen bewegen wie bei den Beamten, also monatlich 150, 200 oder 250 Mark.

Nun kommen wir zu den Löhnen der städtischen Arbeiter. Auch mit dieser Frage hat sich die gemischte Kommission beschäftigt, und es ist beschlossen worden, den Arbeitern in den Gruppen 1, 2, 3 und 4 den Stundenlohn um 70 Pfennig zu erhöhen und in Gruppe 5 (Frauen) um 20 Pfennig. Weiterhin wurde das Kindergeld von 30 auf 50 Pfennig für die Arbeitsstunde erhöht. Nach dieser Sitzung des gemischten Ausschusses kam die Lohndeputation noch einmal zusammen, um über die Löhne der städtischen Arbeiter nochmals zu beraten, weil die Arbeiterschaft nochmals an den Rat der Stadt herangetreten war, da sie mit dem bisher Beschlossenen

senen nicht zufrieden war, sondern darauf bestand, daß ihnen das zugebilligt würde, was sie beantragt hatten.

Die gemischte Deputation hatte beschlossen, die Lohnerhöhung vom 1. November ab eintreten zu lassen, die Lohndeputation faßte nun erstens den Beschluß, die Erhöhung vom 1. Oktober ab vor sich gehen zu lassen. Außerdem war sie über den Beschluß betreffend die Arbeiterinnen hinausgegangen während die gemischte Deputation 20 Pfennig mehr bewilligt hatte, stimmte die Lohndeputation einer Erhöhung um 45 Pfennig zu. Der Finanzausschuß inhibierte diesen Beschluß der Lohndeputation wieder, da er auf dem Standpunkt stand, daß es nicht an-
gänglich sei, daß eine engere Kommission wie die Lohndeputation ~~nicht~~ die Beschlüsse der gemischten Deputation über den Haufen werfen könne. Die Finanzkommission beantragt also, als Anfangstermin

für

für die Erhöhung den 1. November festzuhalten und den Lohn für die weiblichen Arbeitskräfte auf 4,20 Mark für die Stunde festzusetzen.

Im letzten Absatz der Vorlage ist die Rede von den Gehältern der Lehrer an den nicht zu den Bürgerschulen gehörenden städtischen Unterrichts-Anstalten. Die Gehaltssätze sind in einer besonderen Vorlage aufgestellt.

Zunächst die Schuldirektoren. Sie beziehen die höchste Amtszulage, nämlich 6000 Mark. Das Einkommen betrug bisher an Gehalt 6720 bis 10 080 Mark, Amtszulage 900 Mark und Ortszuschlag 3200 - 3600 Mark. Neu sind festgesetzt: Gehalt 17 400 bis 24 900 Mark, Amtszulage 6200 Mark und Ortszuschlag 5400 Mark.

Die Mittelschullehrer beziehen dieselben Gehaltssätze, eine Amtszulage von 4200 Mark und Ortszuschläge von 4800 - 5400 Mark, es ~~fehlt~~ ^{fällt} aber
bei

bei ihnen die besondere Amtszulage von 6000 Mark weg. Dieselben Beträge erhalten auch die Gewerbeschullehrer, die Oberrealschullehrer und die Lyzeallehrer (seminaristisch gebildete Lehrer und Fachlehrer).

Die Mittelschullehrerinnen (seminaristisch gebildete Lehrerinnen mit Einschluß der staatlich geprüften Zeichenlehrerinnen), die Gewerbelehrerinnen und die Lyzeallehrerinnen (seminaristisch gebildete Lehrerinnen mit Einschluß der Zeichenlehrerinnen mit akademischer Vorbildung) erhalten 80 % des Gehalts der Mittelschullehrer, sodaß das Einkommen ~~sich folgendermaßen~~ gegenüber dem früheren ~~sich folgendermaßen~~ aufbaut:

Früher: Gehalt 6096 - 8784 Mark und Ortszuschlag von 2400 = 3200 Mark.

Demnächst: Gehalt 17280 - 23280 Mark und Ortszuschlag im Betrage von 4800 Mark.

Die Fachlehrerinnen an Mittelschulen und

AM

am Lyzeum bekommen 80 % des Gehaltes der Lehrer an Bürgerschulen.

Früher betrug es 5376 - 8064 Mark nebst einer Ortszulage von 2000 - 2800 Mark, die neue Aufmachung besagt: Gehalt 13 920 bis 19 920 Mark und dazu ein Ortszuschlag von 3600 - 4800 Mark.

Der Rat der Stadt gibt in seiner Vorlage bekannt, daß wir gezwungen seien, ob wir dazu in der Lage seien oder nicht, diesen Zahlen zuzustimmen, weil vom Reich aus ein Sperrgesetz erlassen ist, welches besagt, daß über bestimmte Sätze nicht hinausgegangen werden soll, und weiter ein Gesetz von dem Braunschweigischen Staat in Aussicht steht, in welchem gesagt werden soll, daß unter die Sätze, die der Braunschweigische Staat bezahlt, nicht gegangen werden darf.

Die Ratsanträge sind auf Seite 10 der Vorlage aufgeführt. Sie lauten : Der Rat gibt Zustimmung

dazu

dazu anheim, daß I vom 1. Oktober d. Js. an den städtischen Beamten und Lehrpersonen - abgesehen von den besoldeten Ratsmitgliedern - ~~wi~~errufllich

1) Zu den satzungsgemäß ihnen zustehenden Gehältern bezw. Vergütungen und Ortszuschlägen Beihilfen in der Höhe gewährt werden, daß die (unter A und B erwähnten) staatlichen Sätze, ~~erhöht~~ um 20 % Ausgleichszuschlag, erreicht werden.

2) Kinderbeihilfen unter den im § 15 der städtischen Besoldungssatzung vorgesehenen Voraussetzungen in Höhe von monatlich 200 Mark + 20 % = 240 Mark gewährt werden, dagegen aber die bisher für den Wert der Dienstwohnungen in Ansatz gebrachten Beträge bis auf weiteres beibehalten werden;

II. Den Beamtenanwärtern zu den ihnen satzungsgemäß zukommenden Bezügen vom 1. Oktober cr. an Zulagen (gewährt werden, daß die (unter D erwähnten) *in der Höhe* erhöhten

erhöhten Vergütungssätze - jedoch ohne die unter D erwähnten Teuerungszulagen - und von den (unter B erwähnten) Ortszuschlägen, erhöht um 20 %, 80 bzw. 100 % gezahlt werden;

III den städtischen Angestellten von 1. Oktober an an monatlichen Vergütungen in den vorhandenen Gruppen von 1875, 1825 und 1725 (männlich) und 1775, 1725 und 1625 Mark (weiblich) - den Ledigen 80 % dieser Sätze - gezahlt, auch die gleichen Kinderbeihilfen wie den städtischen Beamten gewährt werden;

IV. von 1. November d. Js. an die Löhne, das Hausstandsgeld und Kinderbeihilfen der städtischen Arbeiter, des Heizers, des Pförtners und des Waschmeisters im städtischen Pflegehause um die oben angegebenen Beträge (also in der Vorlage angegebenen Beträge) erhöht, dagegen die Bezüge der

übrigen

übrigen im städtischen Kranken- und Pflegehause gegen Lohn beschäftigten Personen aber wie bisher nach den im Landeskrankenhaus gezahlten Löhnen bemessen werden;

V. Die bisherigen ~~Gesamten~~ Vergütungen der noch nicht 20 Jahre alten Büroanwärter und Kanzlei-ⁱⁿⁿ~~gehilfen~~ von 1. Oktober d. Js. an um 35 % erhöht werden;

VI. für alle Nachzahlungen der Zahlungstag als Stichtag maßgebend ist, sodaß nur die am Zahlungstage im städtischen Dienste stehenden Personen Nachzahlungen erhalten.

Die Finanzkommission schlägt vor, diesen Sätzen, wie ich es nacheinander vorgetragen habe, Ihre Zustimmung zu geben, damit die Beamten, Angestellten und Arbeiter möglichst früh in den Genuß des Geldes kommen, sodaß sie instande sind,

für

für den kommenden Winter noch die nötigen Anschaffungen zu machen, denn bei verspäteter Auszahlung entstehenden Beamten und Arbeitern sowie schon Verluste durch die weitergehende Geldentwertung. Ich bitte also namens der Finanzkommission um Ihre Zustimmung.

Vorsitzender: Es liegen zu diesem Gegenstand der Tagesordnung folgende Anträge vor :

Ein Antrag **M a r t h**, der lautet :

„ 1/ Die Erhöhung der Arbeiterlöhne ist vom 1. Oktober ab zu zahlen,

2/ Den Frauen ein Lohn von 4,45 Mark zu bewilligen.“

Ein Antrag des Herrn **R e g e n e r** :

„ Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Beamten der Gruppen 11, 12 und 13 den Ausgleichszuschlag in Höhe von 20 % nicht zu gewähren.“

Frau **G r a f** beantragt :

„ Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen,

2/

1) Die Grundlöhne der Gruppe 5 (Frauen) in gleicher Weise zu erhöhen wie bei den Männern, 2) den Reinemachefrauen in den Schulen denselben Lohnsatz zu gewähren wie ihren übrigen Arbeitskolleginnen."

Zweifellos werden die Antragsteller zur Begründung ihrer Anträge noch das Wort nehmen.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Die Erhöhung der Bezüge der städtischen Beamten, Lehrkräfte, Angestellten und Arbeiter ist, wie der Herr Berichtserstatter schon vorgetragen hat, in den verschiedenen Ausschüssen vorberaten worden. Ich habe dadurch Gelegenheit gehabt, dreimal zu dieser Sache Stellung zu nehmen und möchte aus dieser intimeren Kenntnis der Zusammenhänge heraus für mich persönlich und für meine Fraktionsfreunde die Zustimmung zu der Ratsvorlage erklären mit den beiden Abweichungen, die mein Freund Marth beantragt hat. In Ergänzung des Berichts erlaube ich mir aber noch darauf hinzuweisen, daß dem Herrn Berichtserstatter insofern ein Irrtum unterlaufen ist, als der Finanzausschuß über die Frage, welcher Werklohn den Arbeiterinnen gewährt werden soll, keinen Beschluß gefaßt hat, sondern daß die Abstimmung darüber ausgesetzt worden ist, so daß eine Empfehlung des vorberatenden Finanzausschusses in dieser Hinsicht nicht vorliegt.

Ferner

Ferner möchte ich darauf hinweisen, daß nicht der ganze Ratsantrag vom Finanzausschuß empfohlen wird, sondern in Übereinstimmung mit dem Rat der Schlußantrag auf Seite 11 (daß die Regelung der Besoldung der nicht an den städtischen Bürgerschulen tätigen Lehrpersonen dem Rate im Einvernehmen mit der Gehaltsdeputation überlassen bleiben soll) fortfällt, weil die Vorberatung im Ausschuß erledigt ist. (Zuruf des Referenten : Das habe ich angeführt.) Weiter habe ich darauf aufmerksam zu machen, daß die Regelung noch einzelner Besoldungen von Beamten, mit denen besondere Dienstverträge abgeschlossen sind, und der Bemessung der Teuerungszulagen für die besoldeten Mitglieder des Rates der Stadt in der vertraulichen Sitzung zu erledigen sein werden. Auch die Anträge V und VI empfiehlt der Finanzausschuß.

In der Sache selbst möchte ich zunächst meinem Bedauern Ausdruck geben, daß auch jetzt

noch

noch nicht eine endgültige Regelung vorgenommen werden kann. Meine Freunde und ich, wir halten es für durchaus erwünscht, daß die endgültige Regelung so bald als möglich durchgeführt wird. Das erfordert das Interesse der Stadt sowohl, wie auch das Interesse der Beamten und Angestellten. Wir müssen heraus aus dieser Ungewißheit, welche Bezüge den einzelnen gewährt werden. Die Unsicherheit ist in mehr als einer Beziehung für die beteiligten Personen wie auch für die Stadt bedenklich und führt zu einer Finanzwirtschaft, die nur als ungesund bezeichnet werden kann. Es war deshalb zunächst zu überlegen, ob bei dem gegenwärtigen Stand der Angelegenheit schon eine endgültige Regelung von seiten der Stadt erfolgen konnte. Wir haben diese Frage verneint aus den von dem Herrn Berichtserstatter angedeuteten Gründen : weil eine endgültige Regelung im Lande noch nicht vor sich gegangen ist, und solange sie dort noch nicht

ver-

vorliegt, kann auch die Stadt sie nicht vornehmen. Es ist leider auch nicht mit der Wahrscheinlichkeit oder Gewisheit zu rechnen, daß die Regelung, wie sie das Land jetzt getroffen hat, vom Reichsfinanzminister genehmigt werden wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Abweichungen in der Gruppierung eintreten werden, und auch deshalb f geht es nicht an, daß wir schon endgültig regeln und dann gezwungen wären, in kurzem wieder eine Regelung vorzunehmen. Das würde für die Stadt sogar bedenklich sein, da wohlerworbene Rechte der Neugruppierten nicht ohne weiteres beseitigt werden könnten und das eine finanzielle Tragweite haben könnte, die bedenklich erscheint. Die Beamten, die da sagen : „Das möchten wir in Kauf nehmen“, möchten sich sagen lassen, daß eine endgültige Regelung der Genehmigung des Reichsfinanzministers bedürfen würde, und daß diese nicht so schnell zu erreichen sein würde. Also auch vom Standpunkt der Beamten und Angestellten aus

ist

ist die in Aussicht genommene vorläufige Regelung nicht so schlecht, wie es auf den ersten Blick scheinen möchte, sondern es ist so besser, als wenn man jetzt endgültig regeln wollte. Wir sind in d doppelter Beziehung beschränkt : einmal durch das Sperrgesetz, sodaß wir nicht über die Sätze hinaus, die das Reich zahlt, Festsetzungen treffen können, und auf der anderen Seite hat sich der Landtag dahin geäußert, daß wir mindestens die Sätze zahlen sollen, die das Land für angemessen hält. Ich habe gegen diesen Beschluß recht erhebliche Bedenken inscfern, als der Beschluß allein unmittelbare Rechtswirkungen gegenüber der Stadt nicht hat und man erst gesetzgeberische Maßnahmen abwarten müßte, ehe man den Beschluß als rechtsverbindlichen Zwang auffassen müßte. Und wenn man zu einem Gesetz in dieser Sache schreiten würde, so würde man sich überlegen müssen, wie das mit dem berühmten und allseitig anerkannten Selbst-

ver-

verwaltungsrecht der Gemeinden in Einklang zu bringen ist, und würden ferner die Frage aufzuwerfen haben, wie die Deckung dieser aufgezwungenen Ausgaben zu beschaffen ist. Es würde das vielleicht ein Anlaß sein, die Gemeindeabgaben in einer den Verhältnissen entsprechenden Weise endlich zu regeln. Davon verspürt man bis jetzt allerdings leider sehr wenig. Aus dieser Notwendigkeit heraus ist es \S verständlich und geboten, es bei einer vorläufigen Regelung zu belassen.

Ich bitte auch zu beachten, daß vorgeschlagen wird, nur eine widerrufliche Regelung vorzunehmen, und das ist sehr wesentlich, damit nicht falsche Illusionen in manchen erweckt werden.

Wenn wir aus diesen Überlegungen heraus dieser widerruflichen und vorläufigen Regelung zustimmen und wir damit dem Lande die Ehre erweisen, die es nicht beanspruchen kann - wir wollen seinen Wünschen folgen -, so möchten meine Freunde
und

und ich doch sagen : Wir wünschen nicht, daß die endgültige Reform auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben wird, oder auf lange hinaus verzögert wird. Wir sind der Meinung, daß auch im Lande die Vorarbeiten im wesentlichen fertig sind und lediglich in einzelnen Punkten Abweichungen infolge des Eingreifens des Finanzministers möglich sind. Man hat im Rohen und im Kern das, was das Land an Eingruppierungen will, man hat die endgültige Regelung im Reiche, und in diesem Stadium sollte es angebracht sein und im Hinblick darauf sollte es möglich sein, die endgültige Regelung jetzt intensiv und mit Nachdruck zu betreiben. Wenn der Reichsfinanzminister gesprochen hat und die endgültige Regelung im Lande vorliegt, bedarf es keiner langen Verhandlungen und nicht mehrerer Sitzungen, sondern lediglich einer bereinigenden Nachprüfung, in der die Änderungen des Reichsfinanzministers praktisch mit zur Durchführung gebracht werden.

So-

Soweit die Punkte **I** 2 und 3 des Ratsantrages I in Betracht kommen, sind ~~das~~ Abweichungen von der Regelung im Lande und Reiche, die wir auch jetzt nicht anrühren möchten. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß unsere Sätze als eine **widerrufliche Teuerungszulage** gewährt werden, da im übrigen jedes Anrühren uferlose Auseinandersetzungen zur Folge haben würde. Aus diesem Grunde werden wir auch nicht für den Antrag Graf zu haben sein, der eine anderweitige Bemessung der Zuschläge hinsichtlich einer einzelnen Gruppe fordert, sondern es soll die Gleichmäßigkeit, genau wie sie im Landtage von allen Parteien gewahrt ist, auch hier zur Geltung kommen.

Die Stellungnahme der Finanzkommission zu dem Ratsantrage II hat der Herr Berichterstatter ausführlich dargelegt. Es könnten im Ergebnis sonst Härten entstehen, die nicht mit der sorglichen Verwaltung der Stadt im Einklang ständen.

Ebenso

Ebensc habe ich zu III nichts zu sagen, möchte aber bei IV, den Löhnen der städtischen Arbeiter, hervorheben, wie diese Regelung entstanden ist, da die Entstehungsgeschichte hierüber nicht allen Damen und Herren bekannt sein dürfte und die verschiedensten Gerüchte darüber umgehen. Die städtischen Arbeiter traten im Oktober an den Rat der Stadt oder an die Lohndeputation heran, um eine Neuregelung ihrer Löhne mit Rücksicht auf die neu einsetzende Teuerungswelle zu erreichen. Verlangt wurden 1,50 M mehr, und in der Sitzung vom 27. oder 28. Oktober wurden die beantragten 1,50 M bewilligt und vom nächsten Tage an gezahlt. Später kam der Beschluß, der den Damen und Herren bekannt ist, der diese Vorlage veranlaßt hat, und in der Zwischenzeit sind die städtischen Arbeiter mit weiteren Lohnforderungen an die Stadt herangetreten. Wenn ich nicht irre, verlangten sie nun auf der Basis der Regelung vom 28. Oktober 1,80 M Zulage an Lohn für alle Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts und eine

Er-

Erhöhung der Zuschläge für Kinder. Diese Angelegenheit ist in der gemischten Kommission von dem Gesichtspunkt aus behandelt, daß man die Aufbesserung den Arbeitern in dem gleichen Umfang geben wollte wie den Angestellten und Beamten. Es ging deshalb nach Meinung der Mehrheit der Kommission nicht an, daß wir auf der Basis vom 28. Oktober vorgehen, sondern man mußte zurückgreifen auf die Regelung, wie sie vor dem 1. Oktober war, und das war die Lohnregelung vom 1. August : nicht Basis 7,60 M, sondern 8,10 M in der Spitze. Wenn man auf die Basis 8,10 M, wie bei den Angestellten 35 % aufschlag, was dem durchschnittlichen Aufschlage der Beamtenbesoldung entsprechen soll, dann würde man zu einer Zahl von ungefähr 8,23 M kommen. Dieser Betrag ist aufgerundet auf 8,30 M in der Erwägung, daß damit eine gewisse Anlehnung an die Besoldung der Gruppen der bei der Reichseisenbahn beschäftigten Arbeiter stattfindet, die auch neu

ge-

geregelt ist und deren Angehörige in ähnlichen Verhältnissen leben. Aus dieser doppelten Begründung ist die heutige Regelung zustande gekommen. Wenn man sie auf die Frauen überträgt, indem man von der Basis 2,50 M ausgeht und die 35 % aufschlägt, so würde man zu einem Betrage kommen, der tatsächlich hinter den bisher schon seit dem 28. Oktober gezahlten Löhnen zurückbleiben würde. Die gemischte Kommission hat demgegenüber gemeint, daß der Satz von 4 M doch festzuhalten sein würde und daß darüber hinaus eine Angleichung an die Lohnsätze der in den Reichsbetrieben beschäftigten Arbeiterinnen durchaus gegeben sei. So ist die Ziffer 4,20 M in der gemischten Kommission entstanden. Nachher ist zur Sprache gekommen, daß dieser Satz nicht genau richtig ist, sondern in den Reichsbetrieben 4,45 M gezahlt wird, und darauf ist auch die Anlehnung der Lohndeputation zurückzuführen, in der eine Aussprache stattfand, die ausklang in dem Beschluß,

die

die Frauenlöhne möchten auf 4,45 M erhöht werden. Darüber hinauszugehen, wie ein Antrag hier sagt, scheint mir nicht angemessen zu sein, und zwar deshalb nicht, weil die Frauenarbeit wohl nicht minderwertig zu sein braucht, weil aber doch Voraussetzung für gleichen Lohn sein muß, daß auch die gleiche Arbeit geleistet wird, und ich glaube nicht, daß das bei der Mehrzahl der als Arbeiterinnen in den städtischen Betrieben beschäftigten Frauen behauptet werden kann. Sie machen keine Mannesarbeit; darüber ist auch in den Verhandlungen mit dem Betriebsrat und den Vertretern der Arbeiterschaft nie irgendwelcher Zweifel gewesen. Von vornherein hat man in den vorgeschlagenen Tarifen eine unterschiedliche Behandlung gewünscht, und soweit ich das verfolgen kann, ist es auf dem ganzen Gebiete der Gemeindearbeiter und -arbeiterinnen fast im ganzen Reiche so gehandhabt. Es sind im übrigen genug gewerkschaftliche Vertreter hier vorhanden,

un

um beurteilen zu können, ob die volle gleiche Behandlung der Männer und Frauen, also 8,30 M für die Stunde für die Arbeiterinnen angemessen ist. Ich glaube nicht, daß sich hierfür eine Mehrheit im Hause findet.

Es kommt dann noch ein Antrag zur Sprache, daß die Lehnsätze der Reinmachefrauen neu geregelt werden müßten. Auch diese Frage ist wiederholt in der Lohndeputation, auch letztens, behandelt worden. Es ist hier zu betonen, daß die Reinmachefrauen in den Schulen überhaupt nicht bei der Stadt beschäftigt ~~sd~~ sind, sondern bei den Hausmeistern der einzelnen Schulen, die eine einheitliche Abfindung für die Reinigung bekommen. Wie sie die Reinigung bewerkstelligen, ob mit eigenen Kräften, mit Hilfe ihrer Familie oder mit Zuziehung sonstiger Kräfte, ist eine zweite Frage, die rechtlich die Stadt nichts angeht. Wohl aber haben wir wirtschaftlich und sittlich allen Anlaß, uns um

diese

diese Angelegenheit zu bekümmern. Der Herr Bericht-
erstatter wollte ^{sich} auf Grund unserer letzten Aus-
sprache einmal über diese Frage den Kopf zerbre-
chen, ob er einen geeigneten Vorschlag machen
könnte. Der Ausgang unserer Aussprache war der,
daß so ganz einfach die Regelung nicht zu denken
ist. Meine Freunde halten es an sich auch für
erwünscht, daß die Entschädigung für die Reini-
gungskosten in den Schulen erhöht werden möchte,
aber nicht einseitig erhöht wird, sodaß allein
die Hausmeister der Schulen den Vorteil davon
haben, sondern daß eine Nachprüfung stattfindet
und eine gewisse Gewähr vorhanden ist, daß die
von den Hausmeistern beschäftigten Hilfskräfte
ausreichend entlohnt werden. Darüber wird wohl
noch weiteres zu sagen sein, und ob es ~~a~~ sachge-
mäß ist, die heutige Aussprache mit dieser Einzel-
heit zu belasten, scheint mir zweifelhaft zu
sein. Ich möchte anregen, daß dieser Antrag

nicht

nicht heute verabschiedet wird, sondern als ein selbständiger Antrag behandelt und an einen Ausschuß überwiesen wird, da diese Frage eine sorgfältige Vorbereitung bedarf, die heute bei unserer großen Tagesordnung im einzelnen wohl kaum geschaffen werden kann.

Gegen die Anregung, das Personal des Kranken- und Pflegehauses bis auf einige wenige Personen aus der Regelung auszuschneiden, hatten meine Freunde anfänglich Bedenken. Wir glaubten wahrzunehmen, daß die Regelung im städtischen Kranken- und Pflegehause nicht so sei, wie das wohl wünschenswert wäre. Aber auf Grund eingehender Verhandlungen haben wir uns überzeugt, daß der Grundsatz, der in der Deputation des Kranken- und Pflegehauses angewandt wird, an sich richtig ist, nämlich der, daß die beiden großen Krankenanstalten der Stadt - das staatliche Landeskrankenhaus

und

und das städtische Krankenhaus - die Bezüge der Angestellten und Arbeiterinnen gleichmäßig regeln. Das ist unter Billigung der Lehndeputation von der Pflegehausdeputation, wie wir uns überzeugt haben, durchgeführt, und deshalb ist es nicht sachgemäß, diese Regelung in die übrige hineinzubeziehen. Einzelne Wünsche, die bei dieser Unterredung zur Geltung gebracht wurden, sollen weitergeprüft werden, und ich will hoffen, daß diese Prüfung nicht allzu lange dauert und zu brauchbaren, die Beteiligten befriedigenden Ergebnissen führt. Mit Einzelheiten aus dieser Sache möchte ich Sie nicht belästigen.

So weit der Rat der Stadt in Frage kommt, ist es sachgemäß, die Sache am Schlusse der Sitzung zu behandeln, schon mit Rücksicht darauf, daß die Ratsmitglieder wünschen, diese Sache von den Stadtverordneten allein entscheiden zu lassen.

Vermißt ~~und~~ habe ich bei den Ausführungen

über

über die Löhne einen klaren, unzweideutigen Hinweis darauf, wie ^(mit denen) es gehalten werden soll, die Monatslöhner sind. Wir haben bekanntlich Gruppen, deren Bezüge bisher von der Lohndeputation geregelt sind, die aber in Monatslohn stehen; es sind das die Nachtschutzleute, Desinfektoren, Werkstättenmeister, Schichtführer der Gaswerke usw. Wir haben in der Lohndeputation die Bezüge dieser Personen immer so errechnet, daß wir eine bestimmte Stundenzahl (2504 Stunden) für die regelmäßige Tätigkeit zu Grunde legten und den Einheitssatz einer gleichen Schicht zu Hilfe nahmen. Es ist aus der Vorlage nicht zu ersehen, ob diese Maßnahme nun auch für die Neuregelung Platz greifen soll. Ich sehe das als selbstverständlich an und glaube, daß das auch die Meinung der Deputation und des Rates gewesen ist. Da es aber nicht ausdrücklich angeführt ist, möchte ich bitten, daß es vom Ratstische aus klar gestellt wird, damit die Beteiligten wissen, woran

212

sie sind. Dabei möchte ich gleichzeitig noch dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Vorbereitungen im Rat und den einzelnen Verwaltungen so weit gediehen sein möchten, daß mit der zu erwartenden heutigen überwiegenden Annahme dieser Vorlage die Auszahlung möglichst bald erfolgen kann. Es ist bekannt, daß zunächst das Reich, dann aber auch das Land die erhöhten Bezüge bereits gezahlt haben und es ist dringend zu wünschen, daß die Stadt dem unverzüglich nachkommt. Es war ja auch so beredet, daß die in Betracht kommenden Stellen schon Vorbereitungen treffen sollten, nachdem die wesentlichsten Entscheidungen der vorberatenden Ausschüsse und Deputationen gefallen waren.

Endlich möchte ich noch das Augenmerk auf die Kehrseite der Medaille ~~X~~ lenken. Wir wollen hier sehr viele Mittel bewilligen und wissen nicht einmal, wie der finanzielle Effekt der vorgeschla-

genen

genen Maßnahmen ist, noch weniger, wie die Deckung für diese Ausgaben zu beschaffen ist. Ich würde gern vom Rat hören, wie er es sich gedacht hat, diese Frage zu regeln, besonders glaube ich den Wunsch ausdrücken zu müssen, die Kenntnisse des Rats zu erfahren über den Stand der Verhandlungen mit dem Land und mit dem Reiche : ob die Stadt damit rechnen kann, daß diese uns aufgezwungenen Aufwendungen ganz oder zu einem gewissen Teile von jenen Stellen uns wieder überwiesen werden. Ich fürchte nach der ganzen Finanzlage der Stadt, daß, wenn das so weitergeht, die Stadt in die Knie brechen wird, falls nicht Hilfe von außen kommt. Es ist ja durch den Städtetag wie durch den Städtebund die Notlage der Gemeinden in alle Welt hinausgeschrien, es sind auch die ersten Schritte eingeleitet, um Hilfe zu schaffen, aber ob die Hilfe von der Stelle, an die diese Zentralorganisationen sich gewandt haben, geschaffen

werden

werden kann, ist mir sehr zweifelhaft, wenn ich auch allen guten Willen bei jener Stelle voraussetze. Wenn solche Zweifel vorhanden sind, müssen unsere Augen sich um so mehr auf das Land richten.

Welche Antwort hat der Herr V. Oberbürgermeister etwa von dem berufenen Herrn Minister darüber erhalten, ob er der Stadt bei der Aufbringung der Deckungsmittel *zu Hilfe kommen will*.

Die Not der interessierten Angestellten und Beamten ist überaus groß, aber die Beantwortung der Frage der Deckung ist ebenso notwendig, wenn unsere Finanzen nicht ungesund werden sollen, und da ist leider nicht zu verkennen, daß die Nöte Braunschweigs von der Landesregierung nicht das Entgegenkommen finden, das sie erwarten dürften. Wir haben schon wiederholt darüber gesprochen. Eine derartige Mehrausgabe, die die Stadt so ungeheuer belastet zwingt uns, mit allem Nachdruck die größtmöglichste Beschleunigung zu verlangen, das den Gemeinden das

über-

überwiesen wird, was sie von Rechts wegen bisher schon haben müßten und was ihnen für die Zukunft erst recht gegeben werden muß, wenn immer neue Lasten den Gemeinden aufgebürdet werden. Es hat sich im Landtage ein eigenartiger Vorgang abgespielt : Eine der Quellen, auf die wir hofften, war die Grund- und Gewerbesteuer. Die Regierung hatte eine Vorlage darüber eingebracht; sie wurde im Ausschuß umgestaltet in der Weise, daß die Interessen der Gemeinden mehr gewahrt wurden, und jetzt hat das Ministerium plötzlich die Vorlage zurückgezogen und statt dessen eine neue Vorlage gemacht. Der Erfolg dieses Vorgehens ist, daß die Arbeit, die in dieser Sache bisher geleistet war, vergeblich gewesen ist, daß von vorn angefangen werden muß und daß es bei der Geschäftslage des Landtages sehr zweifelhaft ist, ob bei diesem Landtage überhaupt noch ein greifbares Ergebnis in dieser Sache gezeitigt werden kann. Und Stunde

Auf

auf Stunde entrinnet. Wir können nicht immer rückwärts Steuern erheben, wenn schließlich das Gesetz herauskommt. Es muß die Regelung so sein, daß die Gemeinden zu ihrem Recht kommen, daß sie die Arbeiter angemessen und die Beamten ausreichend bezahlen und ihre sonstigen Wohlfahrtsaufgaben erfüllen können. Es muß hierin baldigst etwas geschehen, und auf dem gleichen Standpunkt stehen wir dem Reich gegenüber. Wir haben die Vergnügungssteuer neu beschlossen und hoffen auf einen erhöhten Ertrag; jetzt verlautet: Das Reich ist versunken in der Fülle von Berichten über neu beschlossene Vergnügungssteuern! Es ist durchaus begreiflich, daß der Reichsfinanzminister, wenn er von den zahllosen Gemeinden, die alle zu diesem Notanker greifen, die eingereichten Satzungen prüfen soll, in einer Woche damit nicht zustande kommt. Das ist wieder eine Überspannung der Zentralisation, die wir auf verschiedenen Gebieten seit langem zu unserem

großen

großen Leidwesen verspüren. (Sehr richtig!) Man macht die schönsten Gesetze, aber man gibt nicht die Möglichkeit, sie schnell durchzuführen, und darauf kommt es an! Wenn jetzt, wie es heißt, die alten Satzungen noch bis zum 1. April verlängert werden sollen, dann bedeutet das im allgemeinen einen Ausfall und für die Stadt Braunschweig einen solchen von mehreren Millionen. Diesen Ausfall können wir nicht missen, aber wir können uns nicht dagegen wehren, denn wenn wir andere Satzungen machen wollten, bedürfen⁴ diese genau so der Genehmigung und würden bis 1. April liegen bleiben. Das ist eine Überspannung derartiger Eingriffe in die Selbstverwaltung. Man soll das nötige Zutrauen zu den Selbstverwaltungen haben! Man mag Richtlinien aufstellen, aber die Durchführung den Selbstverwaltungen überlassen. Wir müssen also auch auf die Kehrseite achten, damit die Stadt nicht zu Schaden kommt.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Meine Damen und Herren! Zu den einzelnen Punkten, die der Herr Vorredner hervorgehoben hat, möchte ich folgendes bemerken:

Es ist richtig, daß in der Vorlage nicht ausdrücklich darauf hingewiesen ist, wie die Löhne in dem Falle aufgebessert werden sollen, daß nicht Stundenlohn, sondern ein Jahreslohn bezahlt wird. Soweit ich mich erinnere, war in der Gehalts- und Lohndeputation gesagt, es sollte das darnach berechnet werden, was in dem anderen Falle bewilligt wäre. Das können wir ja noch ausrechnen und die Versammlung kann darüber Beschluß fassen.

In den Anträgen, die am Schlusse unserer Vorlage gestellt sind, ist unter I gesagt: „Wir geben Zustimmung dazu anheim, daß vom 1. Oktober d. Js. an den städtischen Beamten und Lehrpersonen widerruflich“ das und das bewilligt wird. Wie es in der Vorlage geschrieben ist, bezieht sich das

AUF

nur auf die Punkte I 1 bis 3, es soll sich aber auch beziehen auf die ⁱⁿ~~in den~~ Punkten II, III und IV vorgesehenen Erhöhungen. Es ist auch in der Vorlage vorher erwähnt, daß die ganz^{en}/neuen Sätze nur widerruflich gewährt werden sollen.

Was die leidige Finanzfrage betrifft, so liegt die Sache allerdings für die Stadt augenblicklich sehr ungünstig. ^{Ohne} Da es nach unserer Ansicht keinen Zweck gehabt hätte, die Ziffer festzustellen, die angibt, was durch die Erhöhungen neu verlangt wird, so kann ich doch mitteilen, daß für die Beamten 5 Millionen Mark herauskommen, und darnach läßt sich schätzen, was bei den Arbeitern und Angestellten herauskommen wird. Der Herr Vorredner hat vollkommen recht, wenn er sagt: Wenn die Finanzwirtschaft so weitergeht, wie sie bisher getrieben ist, dann brechen die Städte zusammen. Wie es scheint, hat das Reich das eingesehen, und auf dem letzten Städtetage in Berlin, wo diese ~~Frage~~ ^{Klage} der Städte

laut

laut wurde, hat ein Vertreter der Reichsregierung zu erkennen gegeben, daß das Reich in Anerkennung dieser tatsächlichen Lage der Städte bereit sei, den Städten Vorschüsse zu leisten, allerdings nur in der Weise - und das ist das traurige -, daß auf das, was ihnen jetzt gewährt wird, ~~auch~~ diejenigen Mehrbeträge, die den ~~städtische~~ Städten und Gemeinden nach dem Gesetz evtl. zustehen, nämlich wenn die Reichseinkommensteuer mehr einbringt als vorausgesehen, nachher ~~auf die Mehrüberweisung~~ angerechnet werden sollen. Ich halte es für gerechtfertigt, wenn der Vorsitzende des Deutschen Städtetages hiergegen entschieden Protest eingelegt hat. Das Reich hat den wunderlichen Weg beschritten, daß es den Gemeinden die Steuerveranlagung aus der Hand genommen hat und sie jetzt selbst festsetzt - augenblicklich wenigstens - und daß es den Städten für 3 Jahre absolut festgelegte Steuerbeträge überwiesen hat, ~~und die~~ ^{aber} überschießenden Beträge ^{aber} ~~nicht~~ über-

überwiesen werden, ^{fanden} können, es sei denn, daß die Landesregierung etwas abgibt, während die Ausgaben der Städte in den letzten beiden Jahren bedeutend gestiegen sind. Darin liegt der Fehler der ganzen Konstruktion, aber augenblicklich läßt sich daran nichts ändern. Man kann nur hoffen, daß tatsächlich die Reichseinkommensteuer mehr einbringt als vorgesehen war, und daß dann dem Lande mehr zugewiesen wird, als es erwartet hat. Es werden bekanntlich den Ländern und Gemeinden $\frac{2}{3}$ von der Reichseinkommensteuer überwiesen, während das Reich nur $\frac{1}{3}$ behalten will. Weiter ist zu hoffen, daß der Staat großmütig, wie er bis jetzt gewesen ist, den Gemeinden stärkere Zuweisungen zuteil werden läßt. Aber alles das steht auf dem Papier und vorläufig wissen wir nicht, wie die Sache läuft. Das Recht der Gemeinden, zu den Bürgern zu sagen: „Es geht nicht anders, ihr müßt mehr

Steu-

Steuern bezahlen", ist uns leider genommen, und darin liegt eine solch gewaltige Einschränkung unserer Selbstverwaltung, daß bei diesen Umständen einem die Lust an der Selbstverwaltung verleidet werden kann. Wie die Sache weiter werden soll, weiß ich auch nicht; einstweilen müssen wir selbstverständlich versuchen, uns über Wasser zu halten. Auch die Regierung hier hat eingesehen, daß den Gemeinden geholfen werden muß. Es hat deshalb der frühere Ministerpräsident die Vertreter der Städte zusammenberufen und mit ihnen die Sache eingehend besprochen. Es wurde festgestellt, daß es wünschenswert sei, einen besonderen Fonds zu bilden, aus dem den Gemeinden, soweit sie nicht in der Lage sind, allein ihre Verpflichtungen zu erfüllen, Zuschüsse gewährt werden. Nun ist es natürlich ein zweifelhafter Begriff, welche Gemeinden heute bedürftig sind; ich behaupte, daß unsere Gemeinde eine der bedürftigsten geworden ist,

ist, wenngleich ich das Zutrauen habe, daß wir uns aus diesem Schlamassel wieder herausarbeiten werden. Wenn es zu dieser Fondsstiftung kommt, dann hoffe ich, daß die Stadt Braunschweig ganz entschieden - ich möchte nicht sagen: bevorzugt wird, aber daß ihren Verhältnissen Rechnung getragen wird. Ich will offen gestehen: Auf solche in der Zukunft liegende Hoffnungen würde ich früher eine Vorlage wie die eben zu beratende nicht aufgebaut haben, aber die Teuerung ist so entsetzlich geworden, daß man sich heute auch zu leichtsinnigen Maßnahmen versteht. Wir alle handeln gezwungen, aber in gewisser Weise doch leichtsinnig, und ich denke, daß das gemeinsame Handeln auch bei Ihnen die Überzeugung ^{herausrufen} ~~tätigen~~ wird, daß wir gut tun, unsererseits alles zu versuchen, was in unseren Kräften steht, um unsere Stadt über Wasser zu halten. Wir haben neulich die veränderte Vergnügungssteuer eingehend beraten und ich hoffe, daß die

Ge-

Genehmigung derselben doch noch früher eintrifft, als es Herr Dr. Jasper angedeutet hat. Dann kommen die Realsteuern in Frage und weiter die Erträge der Gas- und Wasserwerke. Was die Realsteuern betrifft, so sind mir die Worte, die wir von Herrn Dr. Jasper gehört haben, vollständig aus der Seele gesprochen, aber ich hätte doch auch gern einmal in der Zeitung gelesen, daß Herr Dr. Jasper eine solche energische Interpellation im Landtage vorgetragen hätte.

Bedenken Sie einmal, wie diese Sache im Landtag liegt. Gestern ist die Drucksache verteilt über die früher wegen der Grund- und Gewerbesteuer gemachte Vorlage. Die hätte meiner Ansicht nach viel früher eingebracht werden müssen. Ich will mich nicht dem Vorwurfe aussetzen, daß ich mich in die Geschäfte des Landtages einmische, aber Tatsache ist es, daß wir bis jetzt nicht in der Lage gewesen sind, die Gewerbe- und Grundsteuern auszu- schreiben, weil die vorher notwendigen Maßnahmen

der

der Landesregierung nicht erfolgt sind. Wie es werden soll, wenn die Behandlung der Realsteuern im Landtage auf die lange Bank geschoben wird, ist mir vollständig unklar. Ich bitte alle ~~die~~ hier Anwesenden, die dem Landtage angehören, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß wenigstens diese Vorlagen erledigt werden - ich halte das für viel notwendiger als die Beratung der Verfassung, denn die Gemeinden sitzen vollständig fest. Und was das allerbedenklichste ist: Wenn am Jahresschlusse eine Erhöhung der Grund- oder Gewerbe-steuer eintritt, wie viele werden dann in der Lage sein, zu sagen: „Hier ist das Geld!“ Es wird eine ganze Menge von diesen Steuern verloren gehen, und ebenso wird es bei der Einkommensteuer gehen. Ich fürchte, daß dabei ganz kolossale Ausfälle entstehen werden.

Eine Macht, uns helfen zu können, haben wir augenblicklich nur auf dem Gebiete der Gas- und Wasserwerke. Ich möchte darauf hinweisen, daß in der

der letzten Zeit in den verschiedensten Städten die Stadtverordnetenversammlungen - ich will nicht sagen: leichten Herzens, aber doch ohne große Weiterungen und Weigerungen die Erträge solcher Werke erheblich erhöht haben dadurch, daß sie Sätze genehmigt haben, wie wir sie hier nicht kennen. Es hat jetzt wohl allgemein die Auffassung Platz gegriffen, daß die verbenden Werke der Städte nicht so verwaltet werden müssen, daß ^{nur} die Einnahmen die Ausgaben decken, sondern bei der Not der Städte müssen sie so verwaltet werden, daß sie Überschüsse abwerfen. Sie haben das auch bei uns immer getan, nur in den letzten Jahren ist es damit zurückgegangen und augenblicklich steht es so, daß die entsetzliche Erhöhung der Kohlenpreise ein Defizit herbeiführen wird, wie wir es bei diesen Werken noch nicht erlebt haben. Ich habe deswegen die Verwaltungsdeputation einberufen, wir müssen uns mit dieser Frage befassen.

Daß

Daß wir schließlich auch diese Last tragen werden, die uns durch die Erhöhung der Gehälter und Löhne aufgelegt wird, davon bin ich überzeugt, aber die Wege die dahin führen, sind augenblicklich noch recht dunkel.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g :

Meine Damen und Herren! Wenn es einen schwachen
Trost gewährt, Gefährten im Unglück zu haben; so
kann Braunschweig heute sagen, daß wir mit anderen
deutschen Städten und Gemeinden zusammenstehen, daß
wir insofern nicht sagen können, wir wären allein
in dieser schlimmen Lage. Zur rechten Zeit ist mir
auf meinen Arbeitstisch ein höchst interessantes
Schriftstück des Deutschen Städtetages gekommen,
in dem dieselben Klagen, denen der Herr Oberbürger-
meister und Herr Dr. Jasper so lebhaft Ausdruck ge-
geben haben, dargelegt werden. Das Aktenstück
schließt mit den dringenden Worten an den Reichsrat
und an den Reichstag, den Städten in ihrer bitteren
Not zu helfen, und zwar nicht nur für die Zukunft
durch die Gesetzgebung ergiebiger Steuerquellen
zu erschließen, sondern auch für die unmittelbare
Gegenwart mit einer Sonderaktion den Gemeinden un-
ter

ter die Arme zu greifen. Es ist dabei darauf aufmerksam gemacht, daß uns—wie Ihnen allen erinnerlich sein wird, — vor einem Jahre die Möglichkeit, die steuerfreien Mindesteinkommen zu besteuern, im letzten Augenblick zerschlagen ist, und daß nach der ^{Berechnung} ~~Beratung~~, die aufgestellt ist, den Städten insgesamt ein ~~Ausfall~~ von 2 1/4 Milliarden Mark, der Stadt Braunschweig ein Ausfall von 5 1/2 Millionen entstanden ist durch ein paar Federstriche, ohne daß nur ein Pfennig Ersatz und gegeben wäre. Sie wissen alle, daß die Feststellung des Betrages, der uns an Einkommensteuer aus dem Ertragnis der Reichseinkommensteuer zufließen soll, durch eine gleitende Skala unmöglich gemacht ist, daß wir jetzt keinen Pfennig städtischer Einkommensteuer auszu-schreiben berechtigt sind. Sie wissen, daß wir inbezug auf die Grund- und Gewerbesteuer von den Beschlüssen des Landtages und des Staatsministeriums abhängen — das ist von den Herren Vorrednern bereits

ausge-

leuchten. Wir würden gern mehr und etwas Sicheres gegeben haben, sind dazu aber außerstande. Wenn irgendwo in der Bevölkerung jetzt die Meinung auftauchen sollte, daß die städtischen Behörden und insbesondere der Rat der Stadt daran schuld wäre, daß er sich nicht mehr Einnahmen schafft, dann wird dasjenige, was heute ausgeführt ist, mit dazu beitragen, Aufklärung zu verbreiten. Wir möchten gern soweit es möglich ist, entgegenkommen, aber auf Schritt und Tritt sind uns jetzt durch die neue Reichsfinanzgesetzgebung die Hände gebunden, und das ist ein Zustand, der unerträglich ist.

ter die Arme zu greifen. Es ist dabei darauf aufmerksam gemacht, daß uns—wie Ihnen allen erinnerlich sein wird, — vor einem Jahre die Möglichkeit, die steuerfreien Mindesteinkommen zu besteuern, im letzten Augenblick zerschlagen ist, und daß nach der ^{Berechnung} ~~Beratung~~, die aufgestellt ist, den Städten insgesamt ein Ausfall von 2 1/4 Milliarden Mark, der Stadt Braunschweig ein Ausfall von 5 1/2 Millionen entstanden ist durch ein paar Federstriche, ohne daß nur ein Pfennig Ersatz und gegeben wäre. Sie wissen alle, daß die Feststellung des Betrages, der uns an Einkommensteuer aus dem Ertragnis der Reichseinkommensteuer zufließen soll, durch eine gleitende Skala unmöglich gemacht ist, daß wir jetzt keinen Pfennig städtischer Einkommensteuer auszuscheiden berechtigt sind. Sie wissen, daß wir inbezug auf die Grund- und Gewerbesteuer von den Beschlüssen des Landtages und des Staatsministeriums abhängen — das ist von den Herren Vorrednern bereits

ausgesagt

V o r s i t z e n d e r : Die allseitige und gründliche Beleuchtung, die Herr Dr. Jasper - als Vorsitzender der Finanzkommission war er dazu besonders geeignet und berufen - dem Gegenstand der Beratung hat angedeihen lassen, hat hoffentlich die Folge, daß die Redner in der folgenden Besprechung sich der Kürze befleißigen. Es ist gleich 6 Uhr, und wenn wir in der bisherigen Weise in der Besprechung fortfahren, werden wir heute nur diesen einen Punkt erledigen können.

Stadt v. M a r t h : Meine Damen und Herren!
Mein Freund Dr. Jasper hat die heute zur Beratung
stehende Frage eingehend beleuchtet, und so möchte
ich nur noch einige Worte hinzufügen. Ich möchte
wünschen, daß sich die Versammlung nicht in ein-
zelne Anregungen heute verliert, nicht Anträge
stellt, die nur für einzelne Punkte gelten, sondern
sich von dem Gedanken leiten läßt, daß den Arbei-
tern, Angestellten und Beamten bald geholfen wer-
den muß. Sobald wir für einzelne Gruppen Vorschläge
zu Änderungen machen, würde die schnelle Zuvendung
von Geld nicht mehr möglich sein, und es liegt
mir und Ihnen allen doch daran, daß die Betreffen-
den noch vor Weihnachten, und zwar so rasch wie
möglich, mit den Auszahlungen versorgt werden.
Alle Mängel, die die Vorlage noch gezeigt hat, wer-
den ja auch später noch ausgemerzt werden können.
Ich bitte Sie also, die Debatte so kurz wie möglich

zu

zu machen, die Vorlage so anzunehmen, wie sie aus der Finanzkommission gekommen ist und nur noch meinem Antrage zuzustimmen, daß die Bezüge der Arbeiter vom 1. Oktober ab gezahlt werden und daß die Frauen einen Lohn von 4,45 Mark in der Stunde erhalten.

Stadt v. S i e v e r s ! Meine Damen und Herren! Ich wäre ~~auf~~ ^{auf} eingehendere politische Äußerungen im engeren Sinne nicht zu ~~sprechen~~ gekommen, wenn mich nicht die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeister wie des Herrn Dr. Jasper dazu zwingen. Was ist denn im wesentlichen der Inhalt der Ausführungen dieser beiden Herren? Der Herr Oberbürgermeister sagte: Ich weiß nicht, was in der Zukunft werden soll; ich habe keine Lust mehr, die Verhältnisse der Stadt zu leiten. Und Herr Dr. Jasper sagte desgleichen: Es kann so nicht weitergehen. Das bedeutet, daß sogar in den Kreisen, die dieses System, wie es nun einmal ist, halten wollen, anscheinend die Erkenntnis dämmert, daß es so nicht weitergehen kann. Dazu sage ich: Selbst Sie, die Sie so denken, werden noch eine Reihe von Monaten so weitermachen müssen. Noch ist das Maß nicht voll; man wird weiterwirtschaften und wird sich weiterhin noch auf lange Zeit alle acht Wochen oder alle

Viertel-

Vierteljahre mit derartigen Vorlagen zu beschäftigen haben. Die Maßnahme, die Herr Stadtrat von Frankenberg als eine besonders glückliche zur Schaffung von Geld ^{angeführt} ~~eingeleitet~~ hat, nämlich die Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommens ist Gott sei Dank im letzten Augenblick verhütet worden. Was ich gesehen habe von denjenigen Städten, die ^{sine} ~~die~~ Vorlage in diesem Sinne gemacht oder in der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme gebracht haben, so waren sie derartig niederträchtig, die ärmste Bevölkerung steuernd, daß es ein Segen ist, daß den Städten diese Einnahme genommen worden ist. Wenn die Städte Geld nötig haben, dann sollen sie nicht darnach sehen, wo sie der breiten Masse etwas abknöpfen können, sondern - ja, Sie lachen darüber - es gibt in allen Städten Millionäre und es ist Ihre Aufgabe, zu suchen, wie Sie diesen Herrschaften die Millionen abnehmen, um die Millionen zu holen, die notwendig sind, um die städtischen Arbeiter, An-

ge-

Angestellten und Beamten zu besolden. (Sehr richtig!

Vollständig stimme ich den Ausführungen zu, die der Rat der Stadt gemacht hat in Bezug auf die eigenartige Stellung, die die Städte jetzt haben, eine Äußerung die auch von dem Herrn Berichterstat-ter und Herrn Dr. Jasper aufgenommen worden ist. Es ist eine Komödie, wie ich es schon einmal an einer anderen Stelle genannt habe, wenn das Reich sagt: „Ihr dürft auf keinen Fall mehr zahlen, als wir zulassen“, und andererseits ^{das Land} bestimmt: „Ihr müßt so viel zahlen wie das Land“, nun aber die Beträge des Landes über die des Reiches hinausgehen. Es ist eine sehr große Komödie, die sich praktisch darin äußert, daß man sagt: „Wir wollen vorläufig regeln, denn wir sehen, daß diese Klemme nicht zu überwinden ist, und bei dieser vorläufigen Regelung ~~beraten~~ ^{warten} wir ab, was kommen wird.“ Diese vorläufigen Regelungen sind das Kennzeichen der jetzigen Zeit. Um Himmelswillen nicht einem Problem auf den

Leib

Leib rücken und sagen: „ So oder so!“ Alles wird vorläufig geregelt, alles wird abgewartet, bekommt rückwirkende Kraft, und so hofft man, aus allen Schwierigkeiten herauszukommen. Was tun wir hier? Eine selbständige Arbeit leisten wir nicht, sondern die beiden, die uns einschränken, das Reich und das Land, haben uns derartig scharf in die Klemme genommen, daß, wenn wir uns gegen ihre Anordnungen nicht vergehen wollen, wir nichts weiter zu tun haben, als zu einer notwendigen Sache ja zu sagen. Ob das schön ist und ob man dabei noch von einem selbständigen Verwaltungsrecht sprechen kann, das überlasse ich Ihrer Beurteilung. [Nun hat trotz dieser Situation der Rat den Vorschlag gemacht, in einzelnen Punkten abzuweichen von dem, was an anderen Stellen geschehen ist, und weicht dabei gerade in den Punkten von der staatlichen Regelung ab, wo es am allerwenigsten notwendig gewesen wäre. Zunächst will er nicht darauf eingehen, daß eine

Neufest-

Neufestsetzung des Besoldungsdienstalters vorgenommen wird. Was würde diese Neufestsetzung bedeuten? Eine Besserstellung der am schlechtest bezahlten Anfänger. Ich will Ihnen sagen, wo man sehr wohl eine Korrektur hätte vornehmen können an der Regelung durch die Landesregierung. Es ist die Festsetzung der immens hohen Zuschläge, die den Schulleitern und Mittelschullehrern gegeben wird. Sie beträgt 6000 Mark, so daß ein derartiger Beamter mit den 20% Teuerungszuschlag 7200 Mark als Amtszulage bekommt. Da war eine passende Gelegenheit zu sparen, dort kann man ~~abstricheln~~/ Abstriche machen, denn dort handelt es sich nicht um Leute in größter Not, die solche Zulage nötig haben. Das Geld konnte man denjenigen geben, die es größer nötig haben. Sehen Sie sich einmal die Gruppen an, z.B. die der Anwärter von 19 Jahren. Das sind diejenigen Herrschaften, die neulich zu stolz waren, die Steuerzettel auszutragen. Ich habe weiß Gott mit diesen Herrschaften

keine

keine Sympathie, sie scheinen an Größenwahnsinn zu leiden und werden nun scheinbar durch den Rat gestraft, indem er sie mit 6188 Mark auf den Straßen spazieren laufen läßt - Steuerbogen brauchen sie dabei nicht unter die Arme zu nehmen. Diese 6188 Mark sind aber keine Bezahlung, die in der heutigen Zeit das Leben ermöglichen. Was sind 6000 Mark für einen 19 jährigen Menschen, der Leben will? Das sind Bezüge, die unmöglich sind. Herr Oberbürgermeister, ich habe Ihnen eine kleine Quelle genannt, die bei den Direktoren der Schulen. Da konnten Sie sparen, sparen Sie nicht bei diesen Personen. Die Bezüge, die von seiten des Staates für sie festgesetzt sind, sind ~~nicht~~ das einzige Gute, was die neue Besoldungsreform gebracht hat, indem die Anfänger der Beamtenlaufbahn nicht mehr jahrelang hungern müssen oder ihren Eltern auf der Tasche liegen müssen, sondern von dem Tage an, wo sie Dienst tun, so bezahlt werden,

daß

daß sie selbständig leben können. Wenn man die staatliche Besoldungsordnung auf die Stadt übernimmt dann würde sie besonders an dieser Stelle in Betracht kommen.

Wenn dann die Vorlage unter der Ziffer 4 fort-dauernd von Überteuierungszulagen redet, so weiß ich nicht, wo der Rat der Stadt den Begriff her hat, ob er vielleicht noch aus der Kriegszeit genommen ist. Augenblicklich spielen doch in der Beamten-besoldungsregelung diese Dinge nicht mehr mit. (Zuruf des Herrn Oberbürgermeisters: Allerdings, in der Regierungsvorlage steht das!) Dort habe ich diesen Begriff in den Zahlungen für Beamtenanwärter nicht gefunden. Aber das ist eine formelle Sache.

Die Bezüge für die Büroanwärter und Kanzlei-gehilfinnen sind auf Seite 9 geregelt, und dort steht, daß die jetzigen Bezüge der Genannten vom 1. Oktober an um 35% erhöht werden sollen. Ich nehme an, daß der Rat der Stadt nicht das will,

was

was er in die Vorlage hineingeschrieben hat, sondern etwas anderes, nämlich, daß zu den Vergütungssätzen plus 91% Teuerungszulage jetzt 35% aufgeschlagen werden sollen, und daß ~~wird~~tatsächlich noch eine recht minimale Besoldung geben. Es mag zutreffen, daß die durchschnittlichen Sätze der Beamten um 35% gestiegen sind, aber die untersten Gruppen sind bisher minimal aufgebessert worden, während die höchsten Stufen Bezüge erreichen - wie die Ratsmitglieder - die teilweise über 100 000 Mark hinausgehen. (Hört, hört!) Eine derartige Regelung ist in keiner Weise den heutigen Verhältnissen entsprechend. Wenn die Verhältnisse so ~~gleich~~^{schlecht} sind, so soll man alle Leute gleichmäßig schlecht leben lassen, aber nicht diejenigen, die sowieso schlecht leben, ein solches Leben noch schmackhafter machen dadurch, daß sie ansehen müssen, daß andere Leute im städtischen Dienste 100 000 Mark Einkommen be-
ziehen.

ziehen.

Zu der Frage der Beamtenbesoldung will ich Anträge nicht stellen, weil sie eine vorläufige ist und das Landesgesetz in Aussicht steht, dieselben Bezüge zu zahlen wie im Staate. Wohl aber muß ich bezüglich der städtischen Arbeiter einen Antrag stellen. Sie haben eine Verstärkung ihrer Stundenlöhne um 70 Pfennig bekommen. Vorhin haben Sie die Eingabe des Verbandes der Staats- und Gemeindearbeit^I gehört, der sich mit den vorgeschlagenen Bezügen auf keinen Fall einverstanden erklären kann. Und was bedeutet es für die weiblichen Arbeiter, daß man ihnen für die Stunde einen Zuschlag von ganzen 20 Pfennigen geben will. Diese Zuschläge kann man nicht dadurch bessern, daß man die Kinderbeihilfen hinaufsetzt. Es ist eine berechtigte Forderung nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch der Angestellten und Beamten, überhaupt aller Arbeitnehmer, daß man die Höhe ihrer Bezüge nicht verdunkelt,

inden

indem man Nebenbezüge als Haushaltsgeld oder Kinderzuschläge gibt, sondern indem man ein auskömmliches Einkommen festsetzt. Wenn man ein übriges tun will, möge man für Haushaltsgeld und Kinderbezüge recht hohe Beträge einsetzen; alle Empfänger werden das gern einziehen. Aber die Grundbezüge sind für die heutige Zeit nicht angemessen, und deshalb beantrage ich, daß die Grundlöhne bei gleichbleibendem Hausstandsgelde und Kinderbeihilfen für die Gruppen 1 - 5 um 2 Mark für die Stunde erhöht werden. (Bravo!) Dieser Antrag ist jetzt notwendig, weil wir in der Lage sind, für die Arbeiterschaft nicht eine vorläufige Regelung zu treffen, und weil diese Sätze nicht wie bei den Beamten durch Bestimmungen des Reiches oder der Landes nach oben reguliert werden können. Wir zweifeln nicht daran, daß das, was den städtischen Beamten an den Sätzen des Reiches oder Staates fehlt, über kurz oder lang restlos den Beamten zugesagt werden

werden^{wird}, und zwar aus dem Grunde, weil der Staat einen gesetzlichen Zwang dahintersetzen kann. Für die Arbeiter trifft das nicht zu; wir sind deshalb verpflichtet, für die Arbeiter reine Bahn zu machen. Wir müssen schon jetzt für die Arbeiter eine Entlohnung verlangen, die den Teuerungsverhältnissen entspricht. Wie Sie hier sitzen, kommen Sie aus verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen und haben die Möglichkeit, zu vergleichen, wie die Lage hier und da ist. Rechnen Sie Ihr Einkommen aus und antworten Sie dann: Genügt ein Stundenlohn von 8,30 M für die bestbezahlte Gruppe der Handwerker, um leben zu können und auch, um die Stadt nicht in den Ruf zu bringen, daß sie gegen die Privatindustrie ein Unternehmen ist, das seine Arbeiter miserabel bezahlt? Ich sage: Es genügt nicht, es muß gebracht werden auf das Niveau, wobei ein Lebensunterhalt ermöglicht wird. Es ist von Herrn Regener als Änderungs-

an-

antrag für die Beamtenbesoldung der eingebracht, daß man den Beamten der Gruppe XI, XII und XIII die Ausgleichszuschläge nicht zahlen soll, eine Regelung, die für die Beamtenbesoldung von früher auch schon recht anwendbar gewesen wäre, denn schon früher sind die Bezüge dieser Gruppen schon hoch gewesen. Jetzt ist der Antrag des Herrn Regener eine dringende Notwendigkeit, wenn wir nicht in den Ruf kommen wollen, daß wir mit städtischen Geldern Unfug treiben, sie nutz- und zwecklos in die Welt hineinwerfen. Ich sagte ja schon, daß dort Gehaltsbezüge von 100 000 M in Betracht kommen. (Widerspruch). Die oberen Beamten der Stadt bekommen Bezüge ^{ein Teil geht darüber hinaus.} die dicht an die Summe von 100 000 M herangehen, Wenn Herr Regener mit seinem Antrage beabsichtigt, daß sie nicht mit 70, 80 000 M besoldet werden, sondern 60 oder 50 000 M beziehen, so tut er damit für den städtischen Säckel ein gutes Werk. Selbst wenn die bestbezahlten städtischen Beamten der Gruppe XI - XIII den Teuerungszuschlag von 20% nicht

nicht bekommen, dann haben sie innerhin noch Einkünfte von 40,50 und 60 000 Mark. Ohne Teuerungszuschlag sind sie in der Lage, ein Leben zu führen, bei dem sie nicht mit der größten Not und Angst in den Bäckerladen gehen und Brot kaufen, sondern geruhsam ^{mit Gewiß} hinleben können (Hört, hört!).

Die Frage der Schulreinigung ist durch den Antrag von Frau Graf angeregt und auch von Herrn Dr. Jasper behandelt worden. Es ist dies eine Frage, die sich nicht etwa hinschleppen kann. Die Reinemachefrauen, die von den Schuldienern angenommen werden, sind in ihren Bezügen fortdauernd hinter den Bezügen der übrigen Reinemachefrauen zurückgeblieben - weshalb, weiß ich nicht. Ich gebe Herrn Dr. Jasper darin recht, daß ^{schon längst ist,} eine Regelung ^{zu treffen} getroffen wird, die es nicht ermöglicht, daß die Schuldienere durch die erhöhte Vergütung einen Vorteil für sich herauswirtschaften, sondern so, daß die

die Reinemachefrauen besoldet werden wie die übrigen im städtischen Dienste befindlichen Reinemachefrauen. Es muß deswegen mit den Schuldienern ein Abkommen getroffen werden und sie müssen in der Hinsicht kontrolliert werden, oder es muß eine Regelung stattfinden, wodurch man bei Bezahlung der Reinemachefrauen die Schuldienern übergehen kann. Aber eine Regelung verlangt diese Angelegenheit unbedingt.

Wenn ich das ganze Werk der Vorlage noch einmal übersehe, so sagte der Rat der Stadt, er habe im wesentlichen die Vorschläge befolgt, die vom Reich und vom Lande gekommen sind. In einigen Punkten ist er abgewichen, leider Gottes in den Punkten, die Beamte betreffen, die ein geringes Einkommen haben; er hat es aber nicht für nötig befunden, abzuweichen bei Beamten, für die beträchtlich hohe Bezüge schon jetzt gewährt worden sind. Die Vorlage zeigt, daß der Rat der Stadt es für ratsamer hält, den 19 jährigen

jährigen Menschen 6188 Mark anzubieten, aber nicht für ratsam, dort zu sparen, wo gespart werden muß: bei den großen Einkünften. Bei den Arbeitern hat er sich auf den Standpunkt gestellt: „Geben wir 20 Pfennig und 70 Pfennig zu, zahlen, so werden sie den Mund halten und wir haben für 4 - 8 Wochen Ruhe. Wir wissen wohl, sie kommen wieder, aber erst sind wir sie los.“

Was von Herrn Marth betont worden ist, das sage ich auch: Wir wollen noch vor Weihnachten eine gute Regelung finden, so daß sie das Fest nicht mit allzu leeren Taschen findet. Wenn Sie die hier vorgeschlagenen Sätze annehmen, so wird der Weihnachtstisch der Arbeiter nicht allzu großartig ausfallen, denn die Beträge, die mehrgezahlt werden sollen, sind recht geringfügig.

Wenn

Wenn Sie wahre Weihnachten für die Arbeiter machen wollen, dann nehmen Sie meinen Antrag an, die Stundensätze der Arbeiter um 2 Mark zu erhöhen.

(Bravorufe auf allen Seiten des Hauses, zum Teil in ironischen Sinn. Ebenso Bravorufe auf den Galerien.)

V o r s i t z e n d e r : Zu den Ausführungen des Herrn Sievers, daß der Rat beantragt habe, ~~zu~~ den höchsten Beamtenklassen in der Stadt eine außerordentlich hohe Zulage ^{(habe ich zu bemerken,} zu gewähren, daß der Rat der Stadt in dieser Hinsicht nichts beantragt hat.

Dann habe ich darauf aufmerksam zu machen, daß die Zuhörer auf der Galerie nicht Bravo zu rufen berechtigt sind, daß sie sich überhaupt jeder Beifalls- oder Mißfallensäußerung zu enthalten haben. (Unruhe auf den Galerien und Rufe: Hol doch die Stipol!)

Stadtv. H e s s e n i u s : Meine Damen und Herren! Zu Ziffer 7 der Ratsvorlage, betreffend die Ausführungen zu den Löhnen der städtischen Arbeiter, hätte ich folgendes zu bemerken:

Ein großer Teil der städtischen Arbeiter ~~steht~~ sieht es nicht ein, daß das erste Kind bei der Bemessung der Kinderbeihilfen ausgeschaltet werden soll, daß also Personen mit eigenem Hausstande und solche mit einem Kinde die gleiche Beihilfe von 30 Pfg. für die geleistete Arbeitsstunde erhalten.

Das Gros der städtischen Arbeiter würde es begrüßen, wenn das Haushaltsgeld auf 30 Pfg. bemessen bliebe, aber für das erste Kind auch eine Kinderbeihilfe von 30 Pfg. gezahlt würde.

Betreffs der übrigen Regelung der Löhne habe ich nichts zu sagen. Wir haben bei der Ausarbeitung leider mit diesen Sätzen des Reiches zu rechnen. Ich bin gewiß, daß die endgültige Regelung für die Arbeitslöhne heute nicht wird stattfinden können.

können, da die Arbeiter in Kürze wieder mit Anträgen kommen werden. Aber diese Anregung, die ich zuerst gegeben habe, möchte ich zum Antrage erheben.

V o r s i t z e n d e r : Herr Stegmann hat folgenden Antrag eingebracht: „Beantrage, der Forderung der Arbeiter entsprechend, ab 1. Oktober den Stundenlohn um 1,80 M nebst 20 Pfennig Haushaltsgeld zu erhöhen.“

Stadt v. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren! Seitens des Herrn Dr. Jasper ist gewissermaßen eine Generaldebatte über die heutige Vorlage eröffnet worden. Diese Generaldebatte hat sich sehr weit ausgesponnen, sodaß ich mir versagen will, bei der kurz bemessenen Zeit, näher auf die gehörten Ausführungen einzugehen, aber einige Worte möchte ich doch immerhin dazu sagen.

Unsere Fraktion hat zu dieser Sache den Antrag gestellt, den der Herr Vorsitzende eben verlesen hat und der sich im allgemeinen mit dem Antrage des Herrn Siessers deckt. Weiter kommt für uns in Betracht der Antrag des Herrn Regener, den Ausgleichszuschlag für die Gruppen XI - XIII wegfallen zu lassen. Geschieht dies letztere, so werden die davon betroffenen Herrschaften auch dann nicht genötigt sein, ~~immer~~ Pellkartoffeln zu essen, sondern werden sich noch manches leisten können, was der großen Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht möglich ist. Wir sind der Ansicht, daß die

For-

Forderungen, die Frau Graf und Herr Regener in ihren Anträgen gestellt haben, durchgeführt werden müssen. Daß die Frauen nicht schlechter entlohnt werden als die Männer entspricht der alten sozialistischen Forderung, daß gleiche Leistung auch gleich bezahlt werden soll.

Was die allgemeine Finanzlage betrifft, so ist es richtig, daß die Reichsfinanzwirtschaft die Städte ins Elend gebracht hat, und ich glaube, ich brauche in dieser Hinsicht dem, was der Herr Oberbürgermeister und Herr Dr. Jasper gesagt haben, nichts hinzuzufügen. Wäre es möglich gewesen wie früher, daß von den Städten Zuschläge zu den Reichseinkommensteuern erhoben werden, dann wäre den Städten geholfen; aber obgleich wir eine Reichsregierung haben, in der Sozialisten sitzen, ist dieser Grundsatz doch nicht durchgeführt. Wir sehen auch, daß der Anteil an den Reichseinkommensteuern und der Körperschaftsteuer den Städten bisher nicht geleistet ist. Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg

Von

ein Trauerlied gesungen hat darüber, daß die Besteuerung des ~~Reichssteuerfreiheits~~^u Mindesteinkommens nicht ~~Zustande~~ gekommen ist, so kann ich mich, ebenso wie Herr Sievers, nur darüber freuen. Als in der Stadtverordnetenversammlung diese Steuervorlage ~~bekannt~~ beraten wurde, haben wir dagegen gesprochen und sie zu verhindern gesucht; erfreulicherweise hat nun das Reich diesem Dinge ein Ende gemacht. Herr Sievers hat schon darauf hingewiesen, wie schwer die Minderbemittelten durch eine solche Steuer von dem Mindesteinkommen getroffen werden würden, die sie neben dem 10 %igen Abzug von Arbeitsverdienst tragen müßten. Wir wissen, dass Arbeiter, Angestellte und Beamte diese Steuer von 10 % leisten müssen, da ihnen Abzüge gemacht werden, während die Steuern der Besitzenden nur ganz langsam zur Einziehung kommen. Wäre neben dieser allgemeinen Steuer von der Stadt noch ein ~~Extra~~^{an Eink}-Abzug von dem ~~Reichssteuerfreiheits~~^{an Eink} zurecht gemacht worden, so wäre das ein ganz ~~unrechtes~~^{unrechtes} System ge-

wesen.

wesen, daß die Ärmsten am schwersten getroffen hätte.

Nenn nun der Herr Oberbürgermeister so sehn-
süchtig ^(darauf) gewartet, daß die städtischen Kasse_n wieder
gefüllt werden und das Geld aus den verbenden Anla-
gen der Stadt herausgewirtschaftet werden, so kann
ich mich sehr wohl in die Seele des Herrn Ober-
bürgermeister hineindenken, der ja zu seinem 70.
Geburtstage den Wunsch ausgesprochen hat, ^(eine Pensionierung) ~~die Fi-~~
~~nanzierung~~ der Stadt noch mitzuerleben. Aber die
jammervollen Verhältnisse, die durch den Krieg
hervorgeufen sind, können wir alle nicht ändern,
wenn nicht ein Syten Platz greift, wie es von
Herrn Sievers geschildert werden ist, durch das
man die Millionäre mehr heran nimmt. Wir sehen, da-
in Reichstage das Bürgertum und die Beamten meist
mit diesen Leuten gehen, die dagegen stimmen, daß
die Großindustrie und die Großkapitalisten mehr
erfaßt und zur Steuer herangezogen werden, um das
durch Staat und Gemeinden auf die Beine zu bringen.
Vor allen Dingen kann ich mich nicht den Vorschlag

anschließen, wie er im Städtetage gemacht ist, daß man die verbenden Betriebe der Städte heranzieht, um die vielen Millionen Geld heranzuschaffen; Bedenken Sie, wie jetzt schon die Familien mit Ausgaben belastet sind. Alle Lebensmittel, die Kleidung, das Schuhwerk sind in ihren Preisen so hoch gestiegen, daß die große Masse der ~~Kinder~~^{niederen} Lohnempfänger kaum noch durchkommen kann, kaum noch wagen kann, ein Paar Stiefel beschlen zu lassen. Wir wissen allerdings, daß die Kohlenpreise wieder gestiegen sind und daß deshalb auch die Gaspreise steigen müssen, wodurch die große Masse und die vielen kleinen Leute, die doch auch Gas-Konsumenten sind, wieder zu höheren Ausgaben gezwungen werden. Es ist selbstverständlich, daß das Gaswerk sich selbst erhalten muß, damit es nicht aus dem allgemeinen Steuersäckel unterstützt werden muß; es muß auch so geführt werden, daß Verzinsungen und Amortisationen vorgenommen werden können, daß ~~offene~~^{offen-} Anlagen und andere neue Anschaffungen dadurch gedeckt werden, aber dagegen

möchte

möchte ich entschieden sprechen, daß man darüber hinausgeht, ^{und versucht,} Millionen durch diese Betriebe ^{her-} hinauszuwirtschaften. Auf ein solches System können wir unter den heutigen jämmerlichen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht eingehen. Daß für Gas der doppelte und dreifache Preis bezahlt wird, das geht nicht an, und ich hoffe, daß sich hier in der Versammlung keine Majorität zusammen findet, die diesen Standpunkt einnimmt. Was die Preise für Wasser betrifft, so ist schon in der gemischten Deputation ausgeführt, daß es gewissermaßen aus hygienischen Gründen nicht empfehlenswert ist, die Wasserlieferung immer höher und höher zu besteuern und zu versteuern. Es ist ^{vielleicht} ~~deshalb~~ nicht zu wünschen, daß in den Haushaltungen mit dem Wasser gespart wird, und so würde auch ein höherer Satz des Wasserkreises, um dadurch Geld für die Stadt heranzusohlen, nicht zu empfehlen sein. Wenn es nicht gelingen sollte, den Millionen das Nötige abzuknöpfen, dann bleibt eben nichts anderes übrig, als mit Aufnahme von Anleihen fort-

zufahren;

zufahren; die Angestellten und Arbeiter können nicht unter den mißlichen Verhältnissen der Stadt leiden. Ist es denn wirklich so schlimm, wenn eine künftige Generation zu kosten bekommt, was die heutige unter diesen Zuständen und Folgen des Krieges ¹⁹¹⁴ 7 Jahre lang ertragen hat und wie sie hat bluten müssen?

Nun noch einige Worte zu dem Antrage, den ich gestellt habe. Er deckt sich mit dem des Herrn Sievers und besagt, daß den Arbeitern die geforderte Erhöhung um 1,50 M und 20 % Hausstandsgeld für die Arbeitsstunde bewilligt werden. Ich habe in Ausschuß schon dagegen gesprochen, daß diese Forderung so hingestellt wird, als ob den Arbeitern damit ein Extravurst gebraten werden sollte. Es macht zusammen 2 M Erhöhung für die Arbeitsstunde, also für den 8 Stunden-Arbeitstag eine Mehrforderung von 16 M. Rechnet man im Monat 26 Arbeitstage, so macht das monatlich 416 M aus. Nehmen wir das Gehalt der Angestellten, so bekommen sie auf den Mittelsatz von 1 350 M bei der 35 %prozentigen Erhöhung 472,50 M.

mehr,

mehr, und dazu kommen noch die Kinderzulagen, die für jedes Kind 240 M ausmachen. Hat ein Angestellter zwei Kinder zu versorgen, so sind das noch 480 M im Monat. Vergleichen Sie das mit der Summe, die die Arbeiter bekommen sollen, so haben die Angestellten damit das Doppelte gegenüber den Arbeitern mehr bekommen. Ich will nicht sagen, daß das zu viel sei, im Gegenteil, ich möchte es den armen Teufeln vollständig. Herr Dr. Jasper hat auf die

Basis vom August hingewiesen und gesagt, daß die Arbeiter im Oktober schon 1,50 M bekommen haben. Aber dabei müssen Sie bedenken, daß die Forderung der Arbeiter viel früher eingeleitet ist und daß die Erfüllung hinausgezögert worden ist; (sehr richtig!) erst am 28. Oktober kam es darüber zur Verhandlung. So ist es daraus gerechtfertigt, wenn jetzt diese Erhöhung für die Arbeiter beantragt wird, wo auch für die Beamten eine Erhöhung beabsichtigt wird. Denken Sie doch, wie seit dem 1.

Oktober

Oktober die Teuerungswelle die sämtlichen Preise hoch geschleudert hat. Wenn auf die geringe Verbesserung auf den Augustlohn eine weitere Erhöhung um 2 M erfolgt, so ist zu beachten, daß die Angestellten seitdem auch zweimal Zulage bekommen haben und daß sie im Januar wiederkommen werden. Ich verweise vor allen Dingen darauf, daß die Beamten, als sie die Stadt Braunschweig in die Ortsgruppe B versetzt wurde, bekanntlich vom 1. April 1920 an Nachzahlungen erhalten haben. Für die Arbeiter hatten wir das auch verlangt - ich weiß nicht, ob die Rechtssozialisten das damals mitgemacht haben -, aber es ist ihnen nicht gewährt, indem gesagt wurde, sie wären wiederholt in ihren Bezügen erhöht worden und die Forderung sei deshalb gegenüber den Beamten ungerechtfertigt. Es ist den Arbeitern damals nur eine Nachzahlung vom 1. April 1921 gemacht worden, sodaß sie damals tat-

sächlich

sächlich schlechter gestellt worden sind und nicht bekommen haben, was sie bekommen mußten. Wenn sie jetzt wirklich durch die zwei Zulagen ein paar Pfennig mehr zu bekommen als die Angestellten, so wäre das nur ein Äquivalent für das, was sie vorher nicht bekommen haben. Außerdem ~~würden~~ ^{brauchten} die Beamten nicht neidisch zu sein auf die Arbeiter, das möchte ich zu beachten geben, wenn solche Beamte im Saale sind. Es muß zugegeben werden, daß im allgemeinen die Arbeiter die schwersten und ungesundesten Arbeiten zu verrichten haben, seien es nun Gasarbeiter ^{vor} ~~von~~ dem ^{heissen} ~~Heiß-~~ Ofen oder Arbeiter im Freien bei schlechtem Wetter, während die Beamten im ~~Warmen~~ ^{Wärmen} sitzen können. Ebenso haben die Reinmachefrauen eine nicht gerade angenehme Arbeit zu verrichten. An solchen Stellen soll man nicht knausern, sondern es so machen, wie Herr Sievers gesagt hat, und lieber knausern an den ^{oberen} ~~eben erwähnten~~ Stellen der Beamten.

Jch

Ich bitte, den Arbeitern unbedingt die Wünsche zu erfüllen, die sie in ihrer Eingabe ausgesprochen haben. Wenn sie sehen, daß diese Wünsche erfüllt sind, dann werden sie eine zeitlang zufrieden sein, werden allerdings auch wieder kommen müssen, wenn die Teuerungswelle noch weiter geht, wie dann ja auch die Beamten wieder mit Forderungen kommen werden.

(Beifall, auch auf den Gallerien).

Stadtv. R e g e n e r : Meine Damen und Herren!
Nach den ausführlichen Darlegungen der drei Vorredner kann ich mich kurz fassen. Ich habe den Antrag ^{reichs}eingeleitet, bei den Gruppen XI, XII und XIII den 20 prozentigen Ausgleichszuschlag fallen zu lassen. Da wir die lebhaften ~~An~~^Yklagen des Herrn Dr. Jasper wie des Herrn Oberbürgermeister und des Herrn Stadtrat von Frankenberg gehört haben, so glaube ich, daß ich es mir schenken kann, bei Ihnen auf der rechten Seite des Hauses eindringlich anzuklopfen, damit ^{die} Sie für meinen Antrag stimmen. Als ich die Besoldungsvorlage zum ersten Male zu Gesicht bekam, sagte ich mir: Wie ist es möglich, daß das Reich eine 13 klassige Gruppierung vornimmt. Ich kann mir nicht denken, daß die unteren Klassen nur für 7 500 M Hunger haben, während ein Angehöriger der Gruppe XIII zur Stillung seines Hungers 80 000 M + 6 000 + 17 200 M = 102 200 M

nötig hat.

nötig hat. Das ist ein Spektakelstück sondergleichen, das uns damit vorgeführt wird. Ich hätte es mir gefallen lassen, wenn die ganze Sache in 3 Teile zerlegt worden wäre, aber Unrecht ist es, wenn unten mit 7 000 - 12 000 Mark Einkommen angefangen wird und in der 13. Gruppe 17 200 M allein an Zuschlag gewährt wird, was so hoch ist, daß jemand in der 5. Gruppe das ganze Jahr dafür arbeiten muß. Wenn das eine gerechte Entlohnung sein soll, dann danke ich dafür. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen und auch dafür einzutreten, daß den Reinmachefrauen in den Schulen gleichfalls 4,45 M für die Arbeitsstunde gezahlt werden. Die Arbeit der Reinmachefrauen in den Schulen ist eine weit schlechtere als die der Frauen im Rathause, und so sehe ich nicht ein, daß die unglücklichen Frauen, die in den Schulen ihre Arbeit verrichten, weniger bekommen sollen. Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg sagt, es sei der Schulpedell, der die Rein-

machefrauen

machefrauen annehme und bezahle, so wollen wir das eine Viole nennen. (Zuruf: Schwⁱtzmeister-system!) Der Rat ist es doch, der die Beiträge für die Reinmachefrauen bezahlt. Wenn der betreffende Pedell seine Frau oder seine Tochter bei der Reinigung der Schulräume beschäftigt, dann mag er dafür genau so 4,45 M für die Stunde rechnen und diese Personen dann genau soviel verdienen wie jede andere Frau auch. So bitte ich Sie, auch den Antrag der Frau Graf mit anzunehmen. Für die Bewilligung bei den städtischen Arbeitern werden wir ohne weiteres eintreten.

→ 103 -

Stadt v. S t e g m a n n : übernimmt den
V o r s i t z .

Stadt v. L e h n e r t : Meine Damen und Herren!
In der Vorlage weist der Rat der Stadt schon darauf hin, daß an eine endgültige Regelung jetzt noch nicht zu denken sei. Wir wissen schon seit Jahren, daß tatsächlich, wenn wir hier eine derartige Vorlage bekommen haben, es ständig nur darauf hinausgegangen ist, eine prozentuale Teuerungszulage zu geben, niemals aber hat man sich dazu entschließen können, sich dem anzuschließen, was von unserer Seite gefordert worden ist, daß eine gleichmäßige Erhöhung vorgenommen wurde, denn derjenige, der in der niedrigsten Gruppe angestellt ist, muß für das Brot genau ebenso 7,10 M bezahlen wie der in Gruppe XIII. Dem in Gruppe I Angestellten ist es nicht vergönnt, Molkereributter für 43 M kaufen zu können, sondern ^{er} muß froh sein, wenn er Margarine auf den Tisch bringen kann, und die niedrigst gestellten Arbeiter können sich freuen, wenn sie ihren Kindern auch einmal wieder Marmelade verab-

reichen

reichen können. (Sehr richtig!) Es ist eigenartig, daß wir fort und fort sehen müssen, wie die fortwährend sich steigernden Teuerungswellen uns kein Maß mehr geben für die nötigen Ausgaben. Es wird fort und fort von ärztlichen Autoritäten darauf hingewiesen, daß die Unterernährung in den breiten Massen des Volkes so sehr Platz gegriffen hat, daß Lungen-Tuberkulose und sonstige Krankheiten im Übermaß zunehmen. Wenn das von diesen Autoritäten ^{ges}zu~~stände~~₂ wird, dann muß es doch wahr sein. Während des Krieges hat man gesagt, daß der Gesundheitszustand in Braunschweig, namentlich in der arbeitenden Bevölkerung ein vorzüglicher sei. Ja, der Betreffende, der diese Meinung verbreitet hat, hat vielleicht nach seinen Fleischtöpfen den Gesundheitszustand der Einwohnerschaft bemessen, aber nicht nach denen des Volkes. Wenn hier darauf hingewiesen ist, daß die Steuer auf das ^rReichssteuerfrei~~Mindesteinkommen~~ nicht genehmigt worden ist,

so bin ich mit Herrn Stegmann derselben Meinung, daß dieses nur zu begrüßen ist, denn es kam hier einmal wieder zu Tage, daß dem Ärmsten von dem genommen werden sollte, was er zum mindesten haben muß. Ist es nicht erschreckend, wie sehr die breite Masse des Volkes verlumpt ist, daß sie nicht instande ist, wöchentlich ihr Hemd zu wechseln! ~~daß~~ ^{es vorkommt} ~~es ist vorgekommen~~, - wie das die Lehrer wissen, - wenn Visitationen bei Kindern vorgenommen sind -, daß Kinder sich geschämt haben, ihre Blöße zu zeigen, weil sie nicht einmal ein Hemd an hatten! (Sehr richtig!) Wenn man da steht, wie die hier in Betracht ~~Kommenden~~ am schlechtesten entlehnt werden sollen, so kann ich das nicht billigen und nicht annehmen.

Der Herr Oberbürgermeister hat angeführt, daß die Finanzen der Stadt unbedingt gebessert werden müssen, und ich stehe da auf demselben Standpunkt, nur kann ich nicht der Ansicht zustimmen, daß aus

den

den verbenden Betrieben des Gas- und Wasserwerks alles mögliche herausgepumpt werden soll, um die Schulden der Stadt zu bezahlen. Dazu gebe ich und meine Parteifreunde die Hand nicht her. Allerdings müssen diese ^{Werke} Betriebsüberschüsse liefern, aber diese müssen zu Verbesserungen der Betriebe und zur Reserve für Anschaffungen angelegt werden, jedoch nicht dazu verwendet werden, um - wie der Herr Oberbürgermeister sagte - die Stadt aus dem Schlamassel herauszubringen. Wenn man glauben soll, daß nur einzelne Personen diejenigen sind, die momentan dazu geeignet sind, uns aus den kläglichen Zustand herauszubringen, dann frage ich: Wer ist den momentan der Erhalter des Deutschen Reiches und auch der Stadt Braunschweig? Das sind diejenigen, die gegen Lohn und Gehalt beschäftigt sind und 10 % ihres Einkommens als Steuer hergeben müssen. Den ~~diversen~~ ^{Devisen-} Schiebern und Spekulan^{ten} ist noch nichts von ihrem Gewinn abgezogen worden. Was die 10 % für die Arbeiter ausmachen, davon kann ich Ihnen

ein

ein Bild geben: in dem Geschäft, wo ich tätig bin,
^{haben}
~~In~~ einem Jahr über 75 000 M an Einkommensteuer
~~hat~~ abgezogen werden müssen. Wenn man das vor 7
Jahren jemand vorhergesagt hätte, dann hätte man
sofort ein Freibillet nach Königsutter bekommen.
Die Arbeiter haben die Erhöhung, die sie beantragen,
in vollem Umfange nötig, und darum sage ich: Soll
der Spruch, „Friede auf Erden und den Menschen ein
„Mohlgefallen“ einigermaßen in Erfüllung gehen,
dann nehmen Sie den Antrag meines Parteifreundes
Stegmann an. Wenn Sie das nicht tun, dann wird
das Weihnachtsfest nicht ein Fest der Freude und
des Friedens sein, sondern ein Fest der ^{Erz.} Bitterung
und der Erregung und wird in Erfüllung gehen der
Spruch: ~~da~~ Es ist eher möglich, dass ein Kamel durch
ein Nadelöhr gehe, als daß ein Reicher in das
Himmelreich kommt. Will man dies schon bei der
Besoldungsvorlage praktisch umsetzen, dann mag es
sich zeigen, ob man es ^{oben} mit Scheffeln geben will
und den Arbeitern mit einem Teelöffel. „Pfaut“
auf der Galerie. /

Stadt v. Dietemann : In der Vorlage steht auf Seite 5 : „Wie bei den früheren Erhöhungen der Beamtenbezüge wird auch jetzt die Stadt sich grundsätzlich dem Vorgehen des Staates anschließen müssen, und zwar ungeachtet der noch offenen Frage, ob die hieraus ihr erwachsenden erheblichen Mehrbelastung durch entsprechende Mehrüberweisungen von Reichssteuern oder staatlichen Beihilfen oder durch Steigung^{er} ihrer eigenen Einnahmen wenigstens annähernd ausgeglichen werden wird.“ Bei der Beratung der Beamten- und Angestelltenbesoldung hat man keines Wort darüber verloren, wie die Mittel angeschafft werden müssen, aber in dem Augenblicke, wo man daranging, über die Löhne der Arbeiter zu beraten, ist die erste Frage: Woher bekommen wir die Mittel? Das ist nicht außer acht zu lassen! Ich möchte Sie bitten, stimmen Sie dem Antrage meines Parteifreundes Stegmann zu; wir marschieren mit solchen Löhnen durchaus nicht an der Spitze.

Joh

Ich kann Ihnen verraten, daß in der Privatindustrie ganz andere Löhne gezahlt werden, als wir sie an unsere städtischen Arbeiter zahlen, und das trifft insbesondere für Frauen.^{zu} Die Blechwarenfabriken bezahlen den Frauen 4,60 M, die Gummifabriken 5,80 M für die Arbeitsstunde. Und dabei haben sie Gelegenheit, durch Akkord mehr zu verdienen, was den von der Stadt angenommenen Frauen nicht möglich ist. Sie sind zum Teil am ganzen Tage nur stundenweise beschäftigt und müssen den Weg zur Arbeitsstelle 2 bis 3 Mal machen. Das alles muß mit berücksichtigt werden. Sie ersehen daraus, daß das Einkommen der in Betracht Kommenden nicht ein derartiges ist, daß sie damit ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Sodann möchte ich noch darauf hinweisen, daß die von der Stadt beschäftigten Frauen meistens Witwen sind und Kinder haben, daß sie also als Ernährer der Kinder entsprechend entlohnt werden müssen.

Nenn

Wenn Herr Dr. Jasper sagte, daß genügend Gewerkschaft^{ler}~~licher~~ in der Versammlung seien, die am besten über die Stellung der Frauen bezüglich ihrer Entlohnung Bescheid wissen, so stimmt das. Leider sind wir in Deutschland noch nicht so weit, daß es möglich gewesen wäre, die Gleichstellung der Frauen mit den Männern durchzuführen. „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn“, ist unser Prinzip, aber die Verhältnisse waren ^{bisher} noch stärker als wir, und damit müssen wir uns abfinden. Eine Gleichstellung ist es noch nicht, wenn wir den Frauen das bewilligen, was wir beantragen - die Arbeiter bekommen Sätze, die darüber hinausgehen. Ich habe festgestellt, daß ein Angestellter in der ersten Klasse nach der neuen Vorlage 22 500 M verdient, während ein Handwerker, der 4 Jahre hat lernen müssen, im Jahr nur 20 783,20 M bekommt. Das ist ein Minus von 1 716,80 M. Würde man das ausgleichen, so würde ein bedeutendes Mehr für die Arbeitsstunde bei den

Hand-

Handwerkern herauskommen. Auch hierbei zeigt es sich, daß es richtig~~er~~ ist, wenn darauf hingewiesen ist, das man bei den höheren Bezügen nicht gespart hat, wohl aber bei den kleineren.

Nun ein paar Worte über die Reinemachefrauen in den Schulen, bezüglich derer Herr Dr. Jasper mitgeteilt hat, daß ich mir die Sache durch den Kopf gehen lassen ~~mo~~llte. Es wäre allerdings möglich gewesen, einen Weg zu finden. Man hat eine Aufstellung über ein ganzes Jahr (1919-20) gemacht und festgestellt, wieviel Arbeitsstunden nötig gewesen sind, wieviel Quadrat-Meter für die Reinigung in Frage kommen usw. Auf Grund dieser Aufstellung ließe es sich ermöglichen, die Summen zu bewilligen, wie sie die anderen Reinemachefrauen auch bekommen. ⁴Ich bin auch nicht dafür, daß man den Schuldienern die Summe bewilligt und sie als ~~Sch~~^{Sch}witz-Schatzmeister fungieren. Es läßt sich auf Grund der Aufstellung vom Jahre 1919/20 ermöglichen,

das

das so zu machen, wie es bei dem Staate ist und *sie* wie die Frauen im Rathause bezahlt werden. Man weiß, wieviel Arbeitsstunden in jeder Schule gebraucht werden, ergo was für jede Frau dabei herauskommt. Allerdings müssen dann die Frauen und die Töchter des Schuldieners, wenn sie mit arbeiten, genau so bezahlt werden. Bei der bisherigen Bezahlung sind die besten Frauen aus diesem Dienst in den Schulen weggegangen, weil sie an anderen Stellen mehr verdienen können, Es wurde in der Kommission darauf hingewiesen, daß die Frauen in den Privathaushaltungen nicht so gut bezahlt würden, aber dabei hat man nicht beachtet, daß ihnen Frühstück gegeben wird und daß in einem Haushalt für die Frauen hier und da etwas abfällt. Wir dürfen nicht am verkehrten Ende sparen, und vor allen Dingen ist es notwendig, daß die Schulen so gereinigt werden, daß nicht die Gesundheit

unserer

bei
unserer Kinder/ungenügender Reinigung ge-
schädigt ~~werden wird.~~

Dem Antrage des Herrn Stegmann möchte ich
bitten zuzustimmen und keine Weiterungen zu
machen, damit die Arbeiter bald in den Genuß
des Geldes kommen und fröhliche Weihnachten
feiern können. Weiter möchte ich bitten, daß
die Zahlungen vom 1. Oktober bewilligt werden.
Wenn ^{das zustande} ~~der Zustand~~ kommt, was in der Vorlage
steht, dann würden die städtischen Arbeiter wie-
derum um 140,40 M bet⁶⁴tr⁶⁴ft sein, wie sie schon
bet⁶⁴tr⁶⁴ft sind in der Nachzahlung für 1920 - 21.
Sie sind damals um das Geld gekommen mit
der Motivierung daß inzwischen Erhöhungen ein-
getreten seien, was aber nicht stimmt. Ich
möchte Sie deshalb bitten, jetzt für die Zah-
lung der höheren Beträge ab 1. Oktober einzu-
treten.

treten.

- 116 -

Stadt. F r e d e übernimmt den V o r s i t z
wieder.

Stadt v. Frau G r a f : Meine Damen und Herren!
Der Rat der Stadt bringt in seiner Vorlage zum Ausdruck, daß er mit Rücksicht auf die Teuerung sich veranlaßt sieht, die Gehälter und Löhne neu aufzubessern. Man hat den alten Weg verlassen, daß man die Teuerungszulagen erhöht, und ist dazu übergegangen, das Grundgehalt zu erhöhen; man will versuchen, jedem ein auskömmliches Grundgehalt zu sichern. Ich kann aber nicht verstehen, wie man sich dabei auf den Grundsatz stellen kann, daß man den Männern 70 % pro Stunde mehr geben will und den Frauen nur 20 %. Der Lebensunterhalt der Frau verlangt doch genau so viel wie der des Mannes. Herr Dr. Jasper sagt, daß man nicht verlangen könnte, daß die Frau ebenso wie der Mann 8,30 M pro Stunde verdient. Ich bin der Meinung: gleiche Arbeit, gleicher Lohn. Ich weiß allerdings sehr gut, daß die Frauen nicht immer das Gleiche verdienen

dienen können wie die Männer, weil sie nicht in jedem Beruf dasselbe leisten können wie die Männer. Wenn man aber schon auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse dazu übergeht, das Grundgehalt zu erhöhen, dann soll man ~~aber~~ den Frauen dasselbe gewähren wie den Männern und nicht den ungeheueren Unterschied machen, wie er hier gemacht ist. Wenn eine Frau gezwungen ist, selbst ihren Lebensunterhalt zu verdienen, dann gebrauch^en sie, um sich arbeitsfähig zu erhalten, zum Lebensunterhalt ebensov^oviel wie der Mann, ja man kann behaupten, daß sie mehr gebrauch^en, denn sie ist mit ihrer Arbeit nicht fertig, wenn sie nach Hause kommt, sondern muß auch noch den Haushalt versehen. Sie hat also nicht eine 8 stündige, sondern eine 10 stündige Arbeitszeit. Dem soll man Rechnung tragen und nicht von dem Einkommen der Frau noch etwas abziehen, sondern ihr sov^oviel geben, wie man dem Manne gibt. Solange

man

man sich nicht ^{geniert} ~~sehe~~niert, einer Witwe, die für den Unterhalt ihrer Kinder zu sorgen hat, genau dieselben 10 % Steuern abzuziehen wie den Männern, soll man ihr auch dieselbe Teuerungszulage geben. Ganz ungerechtfertigt finde ich den Standpunkt, daß man den Reinemachefrauen in den Schulen weniger gibt wie den Reinemachefrauen im Rathause, im Archiv und in Museum. Man wird vielleicht sagen können, daß die Reinemachefrauen im Rathause und ⁱⁿ den beiden anderen Stellen durch ihre zerrissene Arbeitszeit, dadurch, daß sie vormittags und nachmittags kommen müssen, keine andere Beschäftigung ^{annehmen können}, aber ich meine, daß ^{es} wird dadurch aufgewogen, daß die Arbeit in den Schulen weit schwerer ist. Teilweise sind noch so schlechte Fußböden in den Schulen, daß es keine Freude macht dort zu reinigen, und jeder weiß, ^{was für} welcher ungeheurer Schmutz in die Schulen hineingetragen ^{wird} ~~werden~~. ^{hilf} Früher ^{muß} rufen in manchen Schulen die Bänke

bei

bei Seite geschafft werden, ^{ist sehr schwer} und diese Arbeit ^{muß} dann auch entsprechend bezahlt werden. Nun hat man den Frauen im Rathause, Museum und Archiv für die Arbeitsstunde 4,20 M gewährt, aber die Frauen in den Schulen haben bis heute ^{noch} keine Nachricht darüber, daß ihre Löhne auch erhöht werden sollen. Sie bekommen ^{immer} noch 2,20 M für die Arbeitsstunde, und die Folge davon ist, daß die Schuldiener klagen, daß ihnen die besten Kräfte verloren gehen, denn die Frauen ^{sagen} haben gesagt: Wir gehen dahin, wo wir mehr verdienen. Wenn man dafür sorgen will, daß die Schuldiener ihre guten ^{zuverlässigen} Arbeitskräfte behalten, dann ^{soll} man sich endlich ^{auf} dazu verstehen, daß man die ~~Reinmachefrauen~~ ^{für} die Schulen ^{fin/zu} so bezahlt, daß sie sich dort halten.

^{sogar} Ich habe nichts dagegen einzumenden, daß der letzte Teil meines Antrages in einer Kommission vorberaten werden soll, möchte aber bitten, daß das sobald als möglich geschieht, damit diese Forderung,

die

die schon im Oktober gestellt worden ist, endlich ~~einmal~~ bewilligt wird, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober an. Meinem ersten Antrage aber, der dahin geht, den Lohn für die Frauen nicht um 20, sondern ebenfalls um 70 % zu erhöhen, wie bei den Männern, bitte ich gleich heute zuzustimmen.

Stadt. M a a ß : Meine Damen und Herren! Es berührt mich eigentümlich, daß die rechte Seite des Hauses ihre Plätze verlassen ^{hat} haben - ein Zeichen, daß es nicht um ihre Interessen geht. Später aber, wenn es zur Wahl gehen soll, dann sind sie jedenfalls die ersten, die ihr Wort dafür einlegen, um die Stimmen der Arbeiter zu erlangen. Dann zeigen sie das allergrößte Interesse für die Arbeiter, denn das größte Nation^{=al}vermögen, das wir haben, ist die Arbeit der Arbeiter, und das zu erhalten ist Pflicht. Darum haben wir auch die Pflicht, solche Arbeitslöhne zu gewähren, daß die Arbeiter ihre Kräfte dem Staate zur Verfügung stellen können. Die Beamtengehälter sind angelehnt an die Besoldungen des Reiches, und es berührt mich eigentümlich, daß ein Reichsbeamter gesagt hat, daß diese Regelung eine vor^{läufige}jährige sein könnte. Es scheint ihm nicht unbekannt zu sein, daß jetzt eine neue Besoldungsregelung beim Reich wieder angestrebt worden ist.

Also

Also bleiben wir bei der vor^{läufigen} ~~geführten~~ Regelung und eine endgültige Regelung wird auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden müssen.

Betreffend die Gewährung der Löhne für die Arbeiterschaft kann ich nicht verstehen, daß sich verschiedene Herren auf den Standpunkt gestellt haben, die Nebenbezüge zu erhöhen, seien es Teuerungszuschläge, Kinderzuschläge oder Hausstandsgeld. Fort mit diesen Zuschlägen und dafür Erhöhung der Grundvergütungen. Hat man das für die Beamten angenommen, so liegt nichts näher, als daß das auch bei den Arbeitern geschieht. Ich brauche da nur an die Eisenbahner zu denken. Es ist ja ein Vertreter dieser Gruppe hier, dem die Löhne dort bekannt sind; sie betragen 8,30 M und man hat dort 80 % Kinderzulage pro Stunde gegeben. Ich für mein Teil will die Kinderzulagen nicht, und auch in einer

Deputation

Deputation ist es von mir schon gesagt worden, daß man sie auf den Grundlohn ^{rechnen} ~~verrichten~~ sollte; damit wäre den Arbeitern besser geholfen. Angestrebt ist die Kinderzulage von uns nicht, sondern als Gewerkschaftsvertreter haben wir uns dagegen mit Händen und Füßen gewehrt, aber sie ist uns von rechts aufgedrängt worden. Dieses Kinderzulagen-System ist ein Nachteil für die Arbeiter, denn überall wird bei Einstellung gefragt: „Wieviel Kinder haben Sie?“ Dann hat man kein soziales Herz, sondern beschäftigt die kinderlosen Arbeiter, und aus diesem Grunde wehren wir uns gegen die Kinderzulage. Wenn von den städtischen Arbeitern beantragt worden ist, die Kinderzulage um 20 % zu erhöhen, so ha^{ben} sie nur die kinderreichen Familien nicht ganz vor den Kopf stoßen wollen und sind sich der Tragweite des Antrages nicht recht bewußt gewesen.

Nun

Frauenlöhnen

Nun zu den ~~Fräuleinen~~; es ist ein eigentümliches Kapitel. Die ganze Privatindustrie schätzt die Frau-
enarbeit nicht hoch ein, aber zu 60 % der männlichen
Arbeit wird sie doch eingeschätzt. Die Stadt geht
aber nur bis zu 50 % - ich weiß nicht, aus welchen
Gründe sie dazu kommt. Bei 60 % müßte die Frau
heute für die Stunde 5,18 M haben, und das ent-
spricht der Lohnfestsetzung für die Frau in der
Privatindustrie. Wenn man nun von jener Seite ge-
sagt hat, es seien hier genug gewerkschaftliche
Vertreter, die darüber Bescheid wüßten, wie die
Löhne für Männer und Frauen in den Gewerkschaften
mindestens gleichartig angestrebt worden sind, so
hat mein Kollege *B i e t e r m a n n* schon auf das
darauf hingewiesen, ^{was} ~~daß~~ dazu beigetragen hat,
daß wir die weiblichen Löhne nicht auf ^{die} Stufe der
männlichen bekennen haben. Man schätzt die Frauen-

af-

arbeit jetzt, nach dem der Krieg vorbei ist, niedrig ein, während sie in der Zeit des Krieges als Ausbeutungsobjekt mit der Laterne gesucht wurden. Den Wortführern des Krieges haben sie die Taschen füllen geholfen, dazu sind sie gut genug gewesen. ~~Jetzt~~ Jetzt müssen sie sich bescheiden damit, was der Rat der Stadt und wir gnädigst beschließen, ihnen zu gewähren. Es sind diese Frauen in städtischen Diensten meistens Witwen von im Kriege Gefallenen oder im Kriege gestorbener Männer. Sie haben genau dieselbe Wohnung und dieselben Ausgaben wie zu der Zeit, als der Ernährer noch da ^{war.} Das Brot kostet für sie eben soviel wie für jeden andern. Ich habe mir derartige Familien angesehen. Es schaudert einen, das zu schildern. Betten sind nicht da, sondern sie liegen auf Lumpen. Wenn das Fest der Liebe herankommt, dann können sie nicht sagen: Friede auf Erden und

den

den Menschen ein Wohlgefallen. Im Angesichte dieser Familien müßten wir die Lohnverhandlungen führen, dann würden die Herrschaften von rechts ein anderes Bild bekommen und sagen: Jetzt müssen wir unser soziales Gefühl in Taten und nicht nur mit Worten herauskehren.

Ich stehe voll und ganz auf dem Grunde, wie ihn der Antrag meines Freundes Stegmann und das Schreiben des Staats- und Gemeindearbeiter-Verbandes gibt, und daß zu Eingang der Sitzung vorgelesen worden ist, daß man den städtischen Arbeitern genau so gerecht wird wie den städtischen Beamten und Angestellten, daß man ihren Forderungen, die sie am 4. November gestellt haben, voll Rechnung trägt. Wir glauben, daß wir die Arbeiterschaft dann zufrieden stellen. Sagen wir doch nicht, daß hier alles billiger ist als in den größeren Städten. In Berlin

sind

sind die Kohlen um 3 M billiger als in Braunschweig, und überhaupt sind in der ersteren Stadt mancherlei Preise billiger. Ebenso ist es in Hamburg, wo man den Frauen 5,90 M Stundenlohn gibt, hier 4,10 M. Wenn Sie auch den Kopf schütteln, ich kann ihnen schwarz auf weiß belegen, wie die Löhne und die Lebensmittelpreise in diesen Städten sind. Wir wollen uns doch nicht so unterhalten, als ob Braunschweig dicht bei Schöppenstedt stünde; Braunschweig ist eine der teuersten Städte und steht in der Beziehung im Deutschen Reiche an vierter Stelle. Ich bitte reiflich zu überlegen, was Sie bewilligen wollen, und nicht die Arbeiterschaft zu einer Aktion zu treiben, daß sie eines schönen Tages sagt: „Macht eure Arbeit selber ^{mägen} ~~es~~ wir nun acht Tage früher

oder

**oder später verhungern!" Das mögen sie über-
legen und ihre Stimmenabgabe danach einrichten.**

Stadt v. B u r g d o r f f : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin zwar erkältet, sodaß mir das Sprechen schwer wird, aber ich möchte doch dem Ausdruck geben, daß ich meine Stellung hier empfinde als die eines Mannes, der in das Stadtparlament hineingegangen ist, um wirtschaftlich mit zu arbeiten. Was ich an der Rede des Herrn Dr. Jasper besonders geschätzt habe, ist der Ton der Sachlichkeit, der den ganzen Ausführungen zu Grundlage lag. Ich habe bemerkt, daß die Herren, die bis jetzt gesprochen haben, möglichst viel auf die rechte Seite gesehen und gezeigt haben und auch die Beifall- oder Mißfallbezeugungen von der Tribüne haben uns etwas sagen sollen. (Sehr richtig!) Es ist bisher von den übrigen Rednern das Wort ^{Stimmenfang} und die Bezugnahme auf die bevorstehenden Wahlen nicht gefallen. Herr Maß^a hat es nun getan. Demgegen möchte ich sagen:

Seien

Seien Sie überzeugt, daß die Herren von der
verschrienen Rechten sehr wohl auch ein Herz
für die Arbeiter haben! (Lärm, auch auf der
Galerie. Zuruf: Na, na! - Bleiben sie uns mit
ihrem Herz zu Hause, Geld wollen wir!) Hören
Sie mich doch an! Wir haben ein Herz auch für
die Arbeiter. Wir alle, und ich persönlich,
wollten den Arbeitern unter den heutigen Verhält-
nissen lieber 20 M als 10 M bewilligen. (Zuruf:
2 M genügt!), aber als Parlamentvertreter der
Stadt müssen wir auch Verantwortungsgefühl für
die Stadt haben. (Zwischenruf.) Wenn wir fort-
fahren, zu bewilligen, so kann das nicht ohne
weiteres geschehen, sondern es hat eine Grenze.
Allerdings muß jeder existieren können bei der
heutigen Teuerung, auch die Beamten, wie die
Arbeiter, aber auch die Stadt muß dabei beste-
hen können. Weil Sie noch keinen von der rech-
ten Seite heute zu der Gehalts- und Lohnerhöhung
gehört haben, so glaube ich im Sinne der rech-
ten

ten Seite sprechen zu können, wenn ich sage:
Wir sind ^{gewiss} ~~berechtigt~~, die berechtigten Forderungen
der Arbeiterschaft gleich wie die der Beamten-
schaft zu bewilligen. (Zurufe: Abwarten und Tee
trinken! - Beweisen!)

V o r s i t z e n d e r : Um Klarheit zu bekommen, bemerke ich folgendes:

Verschiedene der Anträge lassen sich einfügen bei den Punkt^{en}, die auf Seite 10 ^{der Vorlage} verzeichnet sind, also bei den Ratsanträgen, verschiedene andere aber nicht. Wir erledigen die Anträge, die sich nicht einreihen lassen, indem wir über sie vorweg abstimmen.

Den Antrag Regener, betreffend den Ausgleichszuschlag für die Gruppen XI - XIII, werde ich zur Abstimmung bringen lassen bei den Ratsantrag I, 1. Ich bemerke dazu, daß in der Gruppe XIII kein städtischer Beamter ist.

(Zuruf Sievers: Reden Sie nicht, sondern handeln Sie!)

Der Antrag Gräf zerfällt in 2 Teile. Der erste Teil betrifft die Grundlöhne der Frauen (Gruppe 3) und der andere die Reinenachefrauen. Frau Graf hat sich einverstanden erklärt, daß dieser

2. Teil als selbständiger Antrag behandelt und einer Kommission überwiesen wird.

Herr Sievers wollte sich wegen seines Antrage (Erhöhung der Löhne um 2 M) mit Herrn Stegmann ins Einvernehmen setzen, der 2,80 M und 20 S mehr beantragt hat.

Herr Marth hat beantragt, die erhöhten Arbeitslöhne vom 1. Oktober an zu zahlen. Der Antrag wird bei Punkt IV der Ratsvorlage erledigt werden.

Ferner beantragt Herr Marth, den Lohn für Frauen mit 4,45 M zu bewilligen. Das wird ebenfalls bei Punkt IV zur Abstimmung kommen.

Der Antrag I,1 der Ratsvorlage lautet:
(wird verlesen) Dazu liegt der Antrag Regener vor.

(Ratsanträge s. I. M. n. folg. dieses
Berichts)

Stadtv. J a h n s : Ich beantrage, den Fortgang der Sitzung um einige Zeit auszusetzen. Es liegen in der Sache derartige neue Anträge vor, daß wir in der bürgerlichen Arbeitergemeinschaft nicht Stellung nehmen können, ohne vorher miteinander Rücksprache genommen zu haben. (Zurufe: Aha! — Was steht anders aus als die Erklärung Burgdorff!)

Stadtv. L e h n e r t ! Dies ist ein Ding wie aus dem Tollhause! Wenn die Versammlung in der Abstimmung ~~beseheffen~~ begriffen ist, will man die Sitzung vertagen! Wenn dies parlamentarisch ~~ge-~~^{er} Braucht werden soll, dann möchte ich doch lieber wünschen, daß die Herrschaften von drüben während der Verhandlungen im Saale bleiben, dann wissen sie, was verhandelt ist.

Stadtv. N a a ß : Ich möchte gegen den Antrag auf Vertagung der Sitzung sprechen aus denselben Gründe wie Herr Lehnert. Herr Jahns ist während der ganzen Sitzung draußen gewesen und hat unsere Verhandlungen nicht angehört. Ob das zu den Eigenschaften eines parlamentarischen Vertreters der Stadt, die uns von Herrn Burgdorff vorgehalten sind, gehört, das möchte ich bezweifeln.

bin auf dem Saale gegangen, da ich

Stadtv. J a h n s : Joh ~~habe~~ ^{es} ~~satt~~ ^{hier} in
Saale Propagandereden für die kommende Wahl entgegen
zu nehmen. An der Besoldungsvorlage des Landes, das
uns als Muster dient, gefällt mir auch manches nicht,
denn es ist unsozial, aber ich muß darauf hinweisen,
daß von einer Sozialdemokratischen Regierung ein
solches Gesetz hat herauskommen können, und wir hier
müssen uns darnach richten. Aber Propagandareden
hier ~~entgegenzunehmen~~ und auch ^{Belohnungen} ~~Belohnungen~~ ent-
gegenzunehmen, ist nicht meine Absicht; derartige
Reden sind hier überflüssig. Joh bin bereit, mich
mit den Fragen, die hier gestellt sind zu befassen,
will Gelegenheit nehmen, in Gemeinschaft mit meinen
Fraktionsgenossen die Sache zu prüfen und sie
nicht einfach abzulehnen.

V o r s i t z e n d e r : Ich sollte allerdings meinen, daß jeder im klaren darüber ist, wie er zu stimmen hat. Da aber der Antrag eingegangen ist, stelle ich ihn zur Abstimmung.

Der Antrag Jahns wird von der Mehrheit der Versammlung angenommen (Unruhe und Rufe auf der linken Seite des Hauses und auf den Galerien.)

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung auf 10 Minuten.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung wieder, verliest nochmals den Ratsantrag I,1 und den dazu gehörenden Antrag Regener.

Der Antrag Regener wird abgelehnt.

Darauf
~~Dafür~~ wird der Ratsantrag I,1 angenommen, ebenso auch der Ratsantrag I,2, nachdem der Vorsitzende den Inhalt gekennzeichnet hat, und ebenso auch der Ratsantrag I,3.

Der Vorsitzende verliest Ziffer II des Ratsantrages und bemerkt dazu, daß sich das Wort „widerruflich“ auch auf diese Ziffer und ~~der~~ *die* folgenden bezieht.

Ziffer II wird angenommen.

Der

Der Vorsitzende verliest Ziffer III und die
Versammlung gibt ihre Zustimmung.

Der Vorsitzende verliest Ziffer IV und be-
merkt dazu:

Herr Marth hat beantragt, die Erhöhung vom
1. Oktober ab zu zahlen. - Ich nehme an, daß die
Versammlung mit der Erhöhung selbst einverstanden
ist.

Stadtverordneter Dr. Schultze schlägt vor,
zuerst über die Erhöhung selbst abzustimmen.

Vor-

Vorsitzender: Zu dieser Ziffer liegt vor
der Antrag Marth, 4,45 M zu bewilligen,
der Antrag Graf, Erhöhung bei den Frauen in glei-
cher Weise wie bei den Männern,
der Antrag Sievers, Erhöhung der Grundlöhne um
2 M bei gleichbleibendem Haushaltsgelde und Kin-
derbeihilfe.

Ich frage Herrn Sievers, ob er mit Herrn
Stegmann wegen Verbindung der beiden Anträge ge-
sprochen hat

Stadtverordneter Sievers: Beide Anträge blei-
ben bestehen.

Ver-

Vorsitzender: Herr Stegmann hat beantragt, den Stundenlohn um 1,80 M und 20 % Haushaltsgeld zu erhöhen. - Der Unterschied zwischen den beiden Anträgen Stegmann und Sievers ist der, daß das Hausstandgeld bei Herrn Stegmann in der Erhöhung mit berücksichtigt wird, während Herr Sievers das Hausstandgeld gleichbleibend lassen will.

Zuruf Sievers: Reden Sie doch nicht, Herr Frede !

Vorsitzender: Ich bitte mir aus, daß Sie mich hier gewähren lassen.

Zuruf Sievers: Nein, daran denken^{wir}/nicht.

Vorsitzender: ~~Leider nicht, sonst ginge es~~
~~besser.~~ Jetzt sind Sie noch nicht Vorsitzender, ^(Sievers: Lieber!)
vielleicht werden Sie es einmal. Ich habe hier zu
disponieren, sonst heißt es nachher, die Abstimmung
muß wiederholt werden, weil wir nicht gewußt haben
über was abgestimmt werden sollte.

Zu-

Zuruf Sievers: Herr Frede hat es nicht gewußt.

Vorsitzender: Wer für den Antrag Sievers ist, den bitte ich, sich zu melden. (Geschlecht), Das ist die Minderheit.

Vorsitzender: verliest den Antrag Stegmann#—
Erhöhung um 1,80 M und 0,20 M Hausstandgeld—und
bemerkt auf einen Zuruf des Herrn Stadtverordneten
Stegmann#:

Über den Zeitpunkt wollen wir nachher abstimmen, eben nur über die Höhe.

Der

Der Antrag Stegmann wird einstimmig angenommen

Vorsitzender: Nun würden ^{Kommen} wir zu der Gruppe der Frauen kommen. Frau Graf beantragt eine Erhöhung des Stundenlohnes wie bei den Männern. Das ist der weitergehende Antrag

Der Antrag Graf wird abgelehnt.

Vor-

Vorsitzender: Herr Marth beantragt, die Frauenlöhne auf 4,45 M zu erhöhen, während die Ratsvorlage 4,20 M vorsteht.

Der Antrag Marth wird angenommen.

Vorsitzender: Nun kommt die Abstimmung über den Zeitpunkt. Am weitesten gehen darin die Anträge Stegmanns und Marth's, die erhöhten Löhne vom 1. Oktober an zu zahlen. Wer ist dafür ?

In der Abstimmung werden 15 Stimmen für und 18 Stimmen gegen diesen Antrag abgegeben.

Für den 1. November als Zeitpunkt meldet sich die Mehrheit.

Vorsitzender: Ich darf den Antrag Graf in seinem ersten Teil jetzt streichen und den zweiten Teil gleich der Schulkommission überweisen,

ohne

ohne daß Sie, Frau Graf, ihn noch einmal formulieren. (Zustimmung der Frau Graf .)

Die Ziffern V und VI des Ratsantrags werden nach -
einander angenommen.

Vorsitzender: Es kommen dann einige persönliche Regelungen, die werden wir in der vertraulichen Sitzung behandeln.

Zuletzt kommt noch das im letzten Absatz der Ratsvorlage erwähnte zur Abstimmung, die Regelung der Bezüge der Lehrpersonen an den nicht zu den Bürgerschulen gehörenden Unterrichtsanstalten.

Herr Dietermann hat darüber berichtet.

Wer nach den Vorschlägen der Kommission in dieser Sache beschließen will, den bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Kommissionsanträge sind angenommen.

Stadtverordneter M a ß bittet zur Geschäftsordnung Punkt 14 (Neuwahl der Beisitzer des Mieteinigungsamts) vorweg zu nehmen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: wünscht noch Erledigung von Punkt 24 (Änderung der Wertzuwachssteuer) 6 (Antrag Stukenberg), 20 (Einteilung der Stadt in 48 Wahlbezirke) und 21 (Änderung der Vorschriften über das Gewerbegericht und das Rechtsfriedensamt).

Außerdem wird vom Rat noch Erledigung von Punkt 15 (Wahl von 4 Beisitzern und Stellvertretern zum Bezirkspachteinigungsamt) gewünscht.

Stadtverordnete Fräulein W o l t e r s erinnert an Punkt 29 *(Antrag für die Pflanzung Laubbäume)*

Stadtverordneter Stegmann bittet den Dringlichkeitsantrag, betreffend die Erwerbslosenfürsorge und den Antrag Graf ebenfalls noch heute zu beraten.^{Er} Und ist auf die Entgegnung des Vorsitzenden damit einverstanden, daß diese Anträge der Gepflogenheit des Hauses entsprechend am Schlusse der Tagesordnung zur Behandlung kommen.

2. Antrag Stukenberg, betreffend eine Notspende für
in Not geratenen Personen und eine Schulentlassen-
nenspende.

Stadtverordnete Frau G ö t z e: Der Antrag
des Herrn Stukenberg lautet folgendermaßen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließe
den Rat der Stadt zu ersuchen, baldigst eine Vor-
lage einzubringen, die

- 1.) eine Notspende zur Unterstützung von Personen,
die in Not geraten sind, und
- 2.) eine Schulentlassenenspende, aus denen Beträge
auf Antrag minderbemittelten Eltern und Pfle-
geeltern Beihilfen gewährt werden.

Ferner wolle die Stadtverordnetenversamm-
lung beschließen, dem Rat der Stadt

zu 1) die Summe von 100 000 M., unter der Voraus-
setzung, daß der Staat die Summe in gleicher
Höhe für diesen Zweck bewilligt

zu

zu 2) eine Summe bis zu 100 000 M zur Verfügung zu stellen."

Diese beiden Anträge haben in der Finanzkommission zur Beratung gestanden. Gegen den ersten Antrag sind von Seiten des Herrn Oberbürgermeisters Bedenken geäußert, und wir haben zustimmen müssen, daß es ein sehr gefährliches Unterfangen sein würde, eine so hohe Summe von 100 000 Mark zur Unterstützung notleidender Personen zu bewilligen, denn es würden dadurch gewissermaßen neben den Armenunterstützungsempfängern eine andere Klasse von Unterstützungsempfängern geschaffen. Aber in Anbetracht der Notlage der kleinen Rentner und anderer Personen, die auf kleine Bezüge angewiesen sind, hat der Herr Oberbürgermeister nach einem Ausweg gesucht und hat die Absicht, dem Vorstände der Jüdelstiftung vorzuschlagen, aus Abteilung II der Jüdelstiftung, aus der Darlehen bewilligt ~~wird~~ *werden* und die gegenüber den an-

deren

deren Abteilungen der Stiftung in günstigerer Vermögenslage sich befindet, 100 000 M abzuzweigen und für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Da von dem Vorstande der Jüdelstiftung hierzu erst Stellung genommen werden muß, kann über die Art und Weise der Verteilung noch nichts gesagt werden. Die Finanzkommission gibt aber anheim, der Regelung des ersten Teiles dieses Antrages in der angegebenen Weise zuzustimmen. Die Stadt selbst wird auf diese Weise nicht belastet und die 100 000 M werden für die Bedürftigen doch flüssig gemacht werden.

Zu Punkt 2 des Antrages, der Schulentlassenen-spende hatte der Herr Antragssteller eine Summe bis zu 100 000 M zu bewilligen vorgeschlagen. In dem Punkte ist die Finanzkommission weitergegangen und beantragt, rund 100 000 M auszusetzen, die aus städtischen Mitteln genommen werden sollen. Es ist auch gleich darüber gesprochen, wie der ~~Beschluß~~

Ausgangs

für

für die Verteilung zusammengesetzt werden sollte, und in der Beziehung wird vorgeschlagen, ihn bestehen zu lassen aus einem Ratsmitgliede, der Leiterin des Städtischen Wohlfahrtsamts und 4 Stadtverordneten. Als Mitglieder dieses Verteilungsausschusses schlagen wir von unserer Seite den Antragssteller, Herrn Stukenberg, und Herrn Herbst vor und geben den anderen Fraktionen anheim, noch 2 Herren vorzuschlagen. Ich bitte die Herrschaften, sich damit einverstanden zu erklären, daß in dieser Weise verfahren wird.

Stadtverordneter S t e g m a n n: Für unsere Fraktion möchte ich Herrn Steinert vorschlagen.

Stadtverordneter Dr. J a s p e r: schlägt Frau Schulze vor.

Vorsitzender: Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit der vom Finanzausschusse vorgeschlagenen Erledigung des Punkt 1 des Antrags Stukenberg an.

Zu der vorgeschlagenen Erledigung des Punktes 2 ist die Zustimmung der Versammlung erforderlich.

Den

Dem Antrage des Finanzausschusses zu Punkt 2 des Antrages Stukenberg stimmt die Versammlung zu und ist ferner auch mit der Wahl der vorgeschlagenen Stadtverordneten einverstanden.

3. Neuwahl der Beisitzer des Mieteinigungsamts.

Stadtverordneter Dr. R ö p k e: Die Amtszeit der Beisitzer des Mieteinigungsamts läuft mit dem 1. Januar 1922 ab und die neuen Beisitzer müssen bis zum 31. Dezember gewählt werden. Es sind insgesamt 10 Beisitzer von den Stadtverordneten zu wählen, 5 aus dem Kreise der Vermieter und 5 aus dem Kreise der Mieter. Die Vermieter-Beisitzer waren bisher die Herren Frede, Pape, Dr. Heinen, Stalman, Bartels, die Mieterbeisitzer die Herren Tostmann, Schmerbach, Hering, Hestner und Lehnert. Von den Mieterbeisitzern haben die Herren Tostmann und Lehnert eine Wiederwahl abgelehnt. An ihre Stellen werden vom Rechtsausschuß vorgeschlagen die Herren Regener und Dietermann. Weiter ^{wird} ~~werden~~ vom Rechtsausschuß vorgeschlagen, als Vermieterbeisitzer anstelle des Herrn Dr. Heinen Herrn Eicke zu wählen.

Stadtverordneter **B e h n e r t**: Ich schlage Herrn Dr. Heinen zur Wiederwahl vor und außerdem schlage ich noch den Kaufmann Rudolf Löhre vor und bitte, diese Herren mit auf die Vorschlagsliste für die Vermieter zu setzen.

Stadtverordneter M a r t h : Meine Damen und Herren ! Wir wissen, daß seitens der Mietervereinigung der Wunsch ausgesprochen ist, daß sie ^{nünige} ~~zwei~~ Sitze im Mieteinigungsamte besetzen, und ^{müß} auch meine Freunde stehen auf demselben Standpunkte und erlauben sich deshalb, eine andere Liste für die Mieter als die vom Ausschusse vorgeschlagene zu empfehlen, und zwar folgende:

Schmerbach, ABmann (vom Mieterverein), ~~Godel~~, ^{Godel}mann (vom Mieterverein), Dietermann und Regener.

Jeh möchte Sie bitten, diese Liste an zu nehmen, dadurch dem Mieterverein Gelegenheit zu geben, ihre Kräfte und ihr Geschick zu zeigen. Es ist zweckmäßig, daß diese Organisation nicht ganz beiseite geschoben wird und daß sie mit dem Wachsen ihrer Mitglieder auch hier zu Worte kommt.

Stadtverordneter N 6 1 1: Meine Damen und Herren! Es ist eine alte Forderung der Mietervereinigungen nicht allein in Braunschweig, sondern im ganzen Deutschen Reiche, daß die Mieterbeisitzer der Mieteinigungsämter von ihren Organisationen gestellt werden. Eben so gut wie man Beamtenorganisationen und Arbeiterorganisationen das Recht einräumt, in Fragen, die sie betreffen, für Einigungs- und Schlichtungsämter ihre Kandidaten aufzustellen, ebenso verlangen wir als Mieterorganisation, daß unsere Kandidaten in das Mieteinigungsamt hineingebracht werden, damit sie dort ~~die dort~~ die organisierte Mieterschaft vertreten. Wir sagen uns, daß Leute, die sich dauernd mit diesen Fragen beschäftigen, in allen einschlägigen Fragen besser Bescheid wissen als die, die hierzu nicht Gelegenheit nehmen. Ich danke Herr Marth für das durch seinen Vorschlag bekundete freundliche Entgegenkommen, kann aber nicht umhin

in

in meinem Vorschlag noch weiter zu gehen und noch einige andere Herren vorzuschlagen. Ich schlage auch die Herren ^{Gadelmann} ~~Admann~~ und ^{der Herr} ~~Goldmann~~, wie ~~die Her-~~ren Vorredner, vor, aber dann noch die Herren Brecht, Tasche und Taubert, und bitte ^{ich} ~~die~~, diesen weitergehenden Vorschlag zu unterstützen, damit Ruhe in diese Sache eintritt und das Vertrauen der Mieterschaft zum Mieteinigungsamte, das nicht groß ist, endlich eintritt.

Stadtverordneter T o s t m a n n: Meine Damen und Herren ! Ich bin nicht damit einverstanden, daß gleich ohne weiteres über die gemachten Vorschläge abgestimmt wird, einige Worte müssen doch dazu gesagt werden.

Es berührt mich eigentümlich, daß von der Vorschlagsliste, die der Rechtsausschuß eingereicht hat, Herr Dr. Heinen gestrichen ist. Ich habe mit sämtlichen Beisitzern lange gearbeitet - so lange das Mieteinigungsamt besteht, bin ich Beisitzer gewesen - und kann sagen, daß Herr Dr. Heinen einer von denjenigen Hausbesitzern ist, der Verständnis für die Verhältnisse der Mieter hat, der wohl die Interessen der Hausbesitzer wahrgenommen hat, aber doch stets darauf bedacht gewesen ist, dafür zu sorgen daß den Mietern das Fell nicht über die Ohren gezogen wurde, und der ein Herz für die Mieter hatte, die gekündigt werden sollten. Sagen Sie nicht, der Vorschlag, ihn wieder

zu

zu wählen, kommt von den Unabhängigen und deshalb taugt er nichts; Sie können sicher sein, daß mit diesem Herrn der richtige Mann gewählt wird, der als Vermieter in das Mieteinigungsamt hineingehört.

Nun noch einige Worte zu dem Vorschlage der Wahl des Herrn Löhr, der bisher noch kein Vermietervertreter gewesen ist, der aber - so weit ich ihn kenne, die Interessen der Hausbesitzer vertreten wird, aber auch ein warmes Herz für die Mieter hat.

Über die Beisitzer von Seiten der Mieter ist von Herrn Nöll angeführt, daß die bisherigen Mitglieder des Mieteinigungsamts das Vertrauen der Mieter nicht gehabt haben. Nun bedeutet aber der Mieterverein nicht die gesamten Mieter der Stadt Braunschweig. Nach meiner Kenntnis gibt es in Braunschweig ca. 30 000 Mieter und der Mieterverein hat, wie ich glaube, nur einige Tausend Mitglieder. Es kann also nicht ohne weiteres von

Mie-

Mieterverein gesagt werden, daß die Beisitzer des Mieteinigungsamts nicht das Vertrauen der Mieter besäßen hätten. Außerdem kann keiner nachweisen, ob der eine oder andere Beisitzer sein Amt so gehandhabt hätte, daß er das Vertrauen verlieren müßte. Das ist nur eine Ansicht, die im Mieterverein aufgebracht ist, und dieser Vorwurf würde auch die eigenen Mitglieder des Mietervereins treffen; er hat schon im vorigen Jahre die Sitze der Mieter im Mieteinigungsamte besetzen wollen, einen Platz hat er bekommen und doch ist er heute nicht zufrieden. Wenn heute nach dem Vorschlage des Mietervereins gewählt würde, dann können Sie sicher sein, daß der Mieterverein nach kurzer Zeit auch mit diesen Personen nicht zufrieden sein wird. Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann. Es kennt keiner die Verhältnisse so genau, wie es im Mieteinigungsamt zugeht und wie verhandelt wird, wie gerade die Betroffenen, die dabei mitwirken. Der gemachte Vorwurf *ist*.

voll-

vollständig ungerechtfertigt. Die Besetzung im
Mieteinigungsamt ist bekanntlich eine solche, daß
ein Vorsitzender vorhanden ist und je ein Haus-
besitzer und ein Mieter ~~das~~ als Beisitzender. Das
scheinen die Herren aus dem Mieterverein gar nicht
zu wissen, sonst würden sie nicht solch ein Urteil
fällen.

Ich möchte darum ersuchen, die zuerst vorge-
schlagene Liste zur Annahme zu bringen, die ^{bewähr-}~~bewer-~~
ten Herren Schmerbach und Aßmann und die neu vor-
geschlagenen Herren ^{Godelmann}~~Goldmann~~, Dietermann und Re-
gener, nicht aber die vollständige Liste, die der
Mieterverein aus seinen Reihen gebracht hat.

Stadtverordneter Dr. J a s p e r: Ich möchte nicht zu den Vorschlagslisten sprechen, denn ich habe den Eindruck, als ob die verehrten Kollegen wissen, wen sie wählen wollen. Ich möchte zum Wahlverfahren selber sprechen. Ich habe den Herren Vorsitzenden nicht verstanden, ob er einen oder zwei Zettel abgegeben zu sehen wünscht. Ich möchte zwei für richtig halten, damit nicht der Irrtum vorkommt, daß Mieter und Vermieter durcheinander gewählt werden, die doch getrennte Parteien sind. Zweitens möchte ich festgestellt wissen, welches Stimmverhältnis maßgebend sein soll. Ich bin der Ansicht, daß nicht die absolute Mehrheit entscheiden soll, sondern die relative Mehrheit maßgebend ist, so daß diejenigen, die die meisten Stimmen haben, als gewählt gelten. Übrigens sind nur Stimmzettel gültig, die bis zu 5 Namen enthalten; bei mehr als 5 Namen würden die Zettel ungültig sein.

Es

Es werden die Vermieter- und Mieterbeisitzer in verschiedenen Wahlgängen gewählt. Als Stimmzähler sind auf Wunsch des Vorsitzenden die Herren Dr. Jasper und Mäde tätig.

Bei der Wahl der Vermieterbeisitzer erhalten folgende Herren die daneben verzeichnete Stimmzahl:

Dr. Heinen	24	Stalman	16
Löhr	20	Frede	12
Bartels	20		
Pape	18		
Eicke	17		

Die 5 zuerst aufgeführten sind danach gewählt.

Bei

Bei der Wahl der Mieterbeisitzer ergeben sich folgende Zahlen:

Schmerbach	28	Hestner	10
Dietermann	21	Herting	9
Regener	19	Tasche	5
Godelmann	15	Taubert	5
Asmann	11	Frau Graf	1
		Frau Götze	1

Die 5 zuerst aufgeführten sind danach gewählt.

4. Wahl von Beisitzern und deren Stellvertretern
zum Bezirkspachteinigungsamt.

Stadtverordneter S a u e r b i e r : Auf Grund der Verordnung zur Reichspachtschutzordnung, die am 5. Oktober 1921 in Kraft getreten ist, sind gemäß Paragraph 9 Absatz 3 die Beisitzer des Bezirkspachteinigungsamts in Braunschweig neu zu wählen, desgleichen die Vertreter, und zwar je 2 aus dem Kreise der Verpächter und Pächter. Der Rechtsausschuß schlägt Ihnen vor, folgende Herren als Verpächter zu wählen:

- 1.) Landwirt Albert Keune, Münchstr. 20,
 - 2.) Landwirt Heinrich Mittendorf, Kreuzstr. 97,
- Sodann als Vertreter der Pächter:

1.)

1.) Oberbäcker Hermann Salzman, Jahnstr. 6,

2.) Arbeiter Wilhelm Rost, Jahnstr. 12.

Als Stellvertreter für die Verpächter werden vorge-
schlagen:

1.) Wilhelm Basilius, Wolfenbüttelerstr.,

2.) Fritz Wolters, Landwirt, Salzdahlumerstr. 42,

Und als Stellvertreter für die Pächter:

1.) Friedrich ^{Wesemeier} ~~Mesmer~~, Marienstr. 20

2.) Lokomotivführer Daut, Charlottenstr. 9.

Ich bitte, dem Vorschlage des Rechtsausschusses
zu entsprechen.

Die

Die Versammlung ist mit der Wahl der Genannten
einverstanden. (Punkt 4).

5. Einteilung der Stadt in 48 Wahlbezirken.

Stadtverordneter G r ä f: Meine Damen, und Herren! Der Rat der Stadt hat uns eine Vorlage zugehen lassen, betreffend die Einteilung der Stadt in 48 Wahlbezirke für die am 20. Januar nächsten Jahres stattfindende Landtagswahl. Die Stadt ist wie in die bisher üblichen Wahlbezirke eingeteilt und nur einige kleine Änderungen sind vorgenommen. Der Rechtsausschuß hat sich damit beschäftigt und bittet um Ihre Zustimmung.

Außerdem hat der Ausschuß sich mit der Vergütungsfrage beschäftigt und schlägt Ihnen vor, als Entschädigung für den Wahlvorsteher, den Protokollführer und den Stimmführer 20 M festzusetzen.

Ich bitte den Anregungen zu folgen.

Die

Die Versammlung beschließt den Vorschlägen des
Rechtsausschusses entsprechend. (Punkt 5)

6. Änderung der Satzung über die Wertzuwachs-
steuer.

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Der Referent in dieser Sache bin ich, ich kann mein Referat wohl gleich von diesem Platze aus erstatten, es ist nur kurz.

Das Statut ist vom Ministerium in der Form, wie wir es beschlossen haben, genehmigt, nur soll der Höchstsatz der zu erhebenden Wertzuwachssteuer nicht 55%, sondern 50% betragen, was einem Verlangen des Reichs entspricht.

Es bleibt uns nichts anderes übrig, als dem zuzustimmen.

Die Versammlung erteilt ihre Zustimmung zu der vorgetragenen Änderung.

7. Beschaffung eines Ofens für die Schulküche
im Turnhallengebäude an der Leopoldstraße.

Stadtverordnete Fräulein W o l t e r s: In der Schulküche im Turnhallengebäude an der Leopoldstraße fehlt die Heizung, da die ehemalige Zentralheizung nicht im Gange ist und ein besonderer Ofen nicht aufgestellt ^{ist}. Dieser Zustand ist bei kalter Witterung für Lehrerinnen und Schülerinnen unerträglich. Die Lehrerinnen haben deshalb eine Eingabe um Aufstellung eines Ofens gemacht und Herr Schuldirektor Heinemann hat ^{ihnen} ~~sie~~ unterstützt. Der Rat der Stadt macht nun ^{ihnen} ~~die~~ Vorlage, einen Ofen dort aufzustellen und die Kosten von 1800 M zu verwilligen. Ich bitte namens des Schulausschusses, ^{ihnen zuzustimmen} ~~diese Summe zu bewilligen.~~

Der

- 175 -

Der Antrag des Schulausschusses wird angenommen.

(Punkt 7.)

8.

8. Änderungen der Vorschriften über den Vorsit-
zenden des Gewerbegerichts und den ^{Leiter} Arbeitern des
Rechtsfriedensamts.

Stadtverordneter M ä d g e: Ich möchte da-
vor warnen, diesen Punkt heute noch zur Erledigung
zu bringen, die Zeit ist dafür zu weit vorge-
schritten, und es würde eine wirkliche Ausspra-
che darüber erforderlich sein.

Stadtverordneter Dr. J a s p e r : Es hängt in gewisser Weise die Entscheidung darüber, ob dieser Punkt noch zur Verhandlung kommen soll, davon ab, wie der Herr Vorsitzende darüber disponieren will, ob vor dem Feste noch eine Sitzung stattfinden soll. Wenn ja, dann würde, soweit ich unterrichtet bin, die Sache aufschiebbar sein, sonst aber nicht, weil der Herr, durch dessen Abgang diese Änderung veranlaßt wird, schon in aller Kürze ausscheidet. Die Sache muß noch vorher geregelt werden, und die Genehmigung durch das Ministerium erfordert auch eine gewisse Zeit. Ich halte es also für wünschenswert, daß die Sache heute noch erledigt wird.

Vor-

Vorsitzender: Eine Sitzung vor Weihnachten wird noch stattfinden müssen, da die heutige Tagesordnung nicht aufgearbeitet ist.

Stadtverordnete Frau G ö t z e bittet, die folgende Sitzung auf den nächsten Donnerstag festzusetzen.

Stadtverordneter S t e g m a n n bittet, seinen Dringlichkeitsantrag und den Antrag der Frau Graf noch zu behandeln.

Stadtverordneter L e h n e r t teilt mit, daß der Rat in der Rechtsausschußsitzung den dringenden Wunsch geäußert hat, daß diese Sache in der nächsten Stadtverordnetensitzung (also heute) erledigt wird.

Vor-

Vorsitzender : Ich möchte das aufgreifen, was Herr Dr. Jasper gesagt hat: Vor Weihnachten muß die Sache noch geregelt sein, aber aufschiebbar ist sie. Wir können uns also darüber verständigen, daß wir in der nächsten Woche eine Sitzung ^{en} abhaltung und dann diesen Punkt erledigen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Joh
muß darauf aufmerksam machen, daß das Ministerium
noch seine Zustimmung zu dieser Satz^{zungs}änderung
geben muß und daß es deshalb wünschenswert ist,
wenn dieser Punkt heute noch behandelt wird.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Es ist nicht nur nötig, daß die Versammlung ihre Zustimmung zu der Änderung gibt und das Ministerium die Änderung genehmigt, sondern daß auch die Veröffentlichung der Änderung und die Neuwahl sowie die Bestätigung ^{durch die} ~~der~~ vorgesezten Behörde rechtzeitig erfolgt. Das sind eine ganze *Masse* Maßnahmen. Deshalb erscheint es wünschenswert, die Sache recht bald zu erledigen, damit nicht eine ~~Störung~~ Stockung in der Erledigung von Klagen mit dem 1. Januar eintritt.

Stadtverordn. M ä d g e : Ich verkenne ganz gewiß nicht, daß die Zeit gewissermaßen drängt, aber trotzdem möchte ich dagegen protestieren, die Beratung noch heute vorzunehmen und die Sache übers Knie zu brechen. Sie ist außerordentlich wichtig, sodaß wir sie nicht einfach zur Abstimmung bringen und eine Zufall^sentscheidung maßgebend sein lassen können. Die Besprechung wird vielleicht den vierten Teil der Zeit in Anspruch nehmen wie die der Gehaltserhöhung. Ein so wichtiger Punkt ist es ~~Wert~~, daß wir 1/2 - 3/4 Stunden darüber beraten, damit die Sache von allen Seiten beleuchtet werden kann. Die Zeit ist weit vorgerückt und die Stimmung allgemein nicht mehr so arbeitslustig. Ich bitte, die Vorlage ruhig bis zur nächsten Stadtverordneten - Sitzung zurückzustellen.

Stadtv. L e h n e r t : Ich stehe auf dem Standpunkt, daß durch den Beschluß des Rechtsausschusses, die Sache heute noch zur Erledigung zu bringen, die Frage schon entschieden ist. Die Verhandlung über die Vorlage hätte schon beendet sein können, wenn eine Begründung von einem Ratsmitgliede gegeben wäre. Dann würde jeder einzelne über die Sache klar geworden sein; noch einzelne juristische Spitzfindigkeiten aus der Sache herauszuholen, ist nicht nötig.

In der Abstimmung entscheidet sich die Versammlung dafür, die Vorlage heute noch zu beraten.

Stadt. J a h n s (als Berichterstatter) :

Der Rat der Stadt hat den Stadtverordneten eine Vorlage zugehen lassen über eine Vorschrift in Absatz 1 des § 4 des Statuts Nummer 26, das Gewerbegericht für die Stadt Braunschweig betreffend, die dahin lautet, daß der Vorsitzende^d und seine Vertreter die Fähigkeit^h zum Richteramt^e oder zum höheren Verwaltungsdienste besitzen müssen. Ebenso ist in § 2 der Sitzung für das Rechtsfriedensamt bestimmt, daß der Leiter des Rechtsfriedensamts die Befähigung zum Richteramt^e besitzen muß, und auch in § 7, Absatz 2 kehrt die Vorschrift wieder. Der Rat der Stadt schreibt dazu. „Wir sind der Ansicht, daß diese Beschränkungen in der Auswahl geeigneter Persönlichkeiten angesichts der heutigen Entwicklung die in der Zusammensetzung des Rates der Stadt, zahlreicher Schlichtungsausschüsse und Schiedsgerichte ihren Ausdruck gefunden hat, entbehrlich sind und daß sich ihre Beseitigung aus Zweckmäßigkeitsgründen empfiehlt. Wir haben deshalb entsprechende Entwürfe von Änderun

gen

gen der erwähnten Vorschriften aufgestellt und bitten um deren Genehmigung."

Der Rechtsausschuß hat sich mit der Frage befaßt. Er ist mit 4 Stimmen gegen 4 Stimmen der Meinung gewesen, daß es bei den Laiengerichten nicht zu umgehen wäre, daß mindestens eine Person des betreffenden Amtes, und zwar die Person des Vorsitzenden, die Jurisprudenz beherrscht. Man will die Richtigkeit der Einführung der Laiengerichte nicht verkennen, aber es wäre doch notwendig, daß die Laienbesitzer durch den Vorsitzenden sachkundige Belehrungen auf Grund der bestehenden Gesetze erhalten ^{müßten.} ~~könnten.~~ Mit 4 zu 4 Stimmen ist also die Meinung vertreten, daß diese Befähigung zum Richteramte für den Vorsitzenden nicht entbehrt werden könnte, oder umgekehrt, daß sie entbehrt werden könnte. Der Rechtsausschuß hat Ihnen also nichts zu empfehlen, da eine Mehrheit für den einen oder anderen Vorschlag nicht

zustande

zustande gekommen ist. Wir haben uns also hier im ~~Pl~~^e Pl~~an~~num selbständig mit der Frage zu befassen.

Wenn ich meine persönliche Meinung zum Ausdruck bringen darf, so möchte ich sagen, daß ~~auch~~ ^{auß fülle noch} ich in einem ~~selben~~ ^{solchen} Amte tätig gewesen bin und es für dringend notwendig halte, daß ein Jurist den Laien Rechtsbelehrungen zu teil werden läßt, denn es ~~ist~~ ^{wird} in manchen Fällen nicht allein die Klage behandelt, die gerade in Frage kommt, sondern es wird ~~oft~~ ^{oft} mals auch verwiesen auf das Bürgerliche Gesetz, auf das Strafgesetz und auf alle möglichen anderen Gesetze. Man mag sagen, daß ~~das~~ ^{die} Tätigkeit des Gewerbegerichts nicht eine so einschlägige Kenntnis der einzelnen Gesetze voraussetzt, aber auch hier muß man bei der Aufstellung der Entscheidung auf die Gesetzgebung zurückgreifen können. Wenn wir einen Arzt nötig haben, so holen wir keinen Kurpfuscher, und wenn wir einen Juristen für solche Entscheidungen nötig haben, dann müssen wir einen solchen an-
stellen.

stellen und nicht einen Mann, der mit den Gesetzen und ihrer Auslegung nicht so genau vertraut ist.

Ich für meine Person habe mir Sachkenntnis auf man-
chen Gebieten erworben, ~~aber~~ ^{ich} sehe aber nicht an, zu
erklären, daß ich ein solches Amt ^{zufolge} nicht ausüben
kann, sondern ^{bin gespannt darüber} ~~nicht freuen würde~~, wenn mir ^{als Laienmitglied} eine
Rechtsbelehrung in solchen Fällen zu teil werden
könnte.

Stadtverordneter Dr. J a s p e r: Meine Damen und Herren! Ich habe als Jurist volles Verständnis dafür, daß Juristen als Vorsitzender dieser Ämter nicht unerwünscht sind, muß aber zur Schande meiner Berufskollegen zugeben, daß ~~auch ich~~ in manchen Rechtsgebieten ich auch ~~habe~~ Belehrungen von Laien habe entgegennehmen müssen. Herr Kollege Mädge wird mir recht geben, daß ^{es} für unsere Anwälte eine Reihe Gebiete gibt, die uns ziemlich fremd sind. Dazu gehört die Arbeiterversicherung und das Gebiet des gewerblichen Arbeitsvertrages, wie es die Entwicklung mit sich gebracht hat. Auf diesem Gebiete habe ich mir von Arbeitersekretären, Arbeitern und Kaufleuten, die mehr Praxis darin haben, ^{häufig} ~~heute~~ Belehrung geben lassen können. Ich kann nicht einsehen, daß an diesen Stellen stetig ein Jurist vorhanden sein muß, es soll uns ja nur eine Freiheit darin gegeben werden. Wir haben es dann in der Hand, bei der Auswahl

der

der Persönlichkeiten ^{darz} auf zu achten, ob die notwendigen Kenntnisse in der einen und anderen Art gegeben sind - wie sie erworben sind, kann uns schließlich gleich sein, wenn nur die Kenntnisse vorhanden sind. Soweit ich unterrichtet bin, soll in dieser Sache ein gewisses haushälterisches Verfahren vom Räte beabsichtigt sein. Wenn dadurch gespart werden könnte, daß eins der Ratsmitglieder die Leitung dieser Stelle übernehmen könnte und die Aufwendungen, die für den gegenwärtigen Herrn bisher gemacht wurden, dadurch fortfällt, so würde ich die Änderung umsomehr unterstützen, da sie uns die Freiheit der Wahl gibt. Im übrigen sind wir nicht die einzigen, die eine solche Bestimmung in den Statuten ~~nicht~~ hätten, sondern Städte unseres Ranges, auch größere, ich nenne z.B. Magdeburg, haben die Freiheit, Nicht-Juristen an diese Stellen zu nehmen. Es kommt auf den Mann an und nicht auf ^{das} ~~die~~ Examen.

Stadtverordneter L e h n e r t: Der Herr Oberbürgermeister hat in der Sitzung des Rechtsausschusses schon genau dasselbe erklärt, was eben Herr Dr. Jasper gesagt hat: Es sei nicht immer nötig, daß jemand, ^{der die Examen abgelegt hat} die zwei juristischen Examen mache. Wenn jemand, ^{der die Examen abgelegt hat} hier dann praktische Arbeit leisten soll, dann könnte man von ihm ^{manusmal} einen ähnlichen Ausdruck gebrauchen, wie man ungeschickte Ärzte Kurfuscher nennt. Bei der Lösung von Exempeln aus dem Leben ist mir ein praktischer Mensch aus dem Leben lieber als ein gewiegter Rechnungsrat. Es gibt Verhältnisse, in denen der praktische Mann mehr kann als derjenige, der lange Jahre in dem Geschäfte tätig gewesen ist. Für die Gewerbeberichte ist unbedingt die Beherrschung der Gewerbeordnung notwendig und Herr Mädge war ja schon so freundlich, zu erklären: ^{Wenn} ~~was~~ ich über die Gewerbeordnung ohne weiteres berichten sollte, so würde ich das nicht ~~nennen~~. Ich meine wie Herr Dr. Jasper: ^{Wenn} ~~wie~~ jemand ^{können.}

mand

mand in der Praxis ~~nich~~ soweit vorgearbeitet hat, daß er den Gewerbebetrieb, die Gewerbeordnung und die Kommentare dazu beherrscht, dann mag auch die demokratische Forderung in Erfüllung gehen, daß man solche Gerichte mit Laien besetzen kann, so daß nicht immer Juristen dafür nötig sind. Manchmal steht ein Dr. vor dem Namen des Herrn, und ich habe dazu schon sagen hören: „Das heißt er ist durchgefallen.“ Lassen Sie uns ruhig dem Antrage des Rats zustimmen.

Stadtrat von Frankenberg: Meine Damen und

Herren! Ich möchte mir erlauben, darauf hinzuweisen, daß in einer ganzen Reihe von Fällen, die die Gewerbeordnung betreffen, die Möglichkeit vorliegt, daß Leute von gesundem Menschenverstande das Urteil fällen können, ohne daß irgendwie ein rechtshundlich gebildeter Vorsitzender dabei mitzuwirken braucht. Wir haben Herren aus den Innungen unter uns. Wenn bei ^{Innungsbefähigten Lehrlingen} ~~Lehrlingen~~ Streitigkeiten vorkommen, entscheidet der Vorsitzende und 2 Innungsmeister und 2 Gehilfen. Gegen dieses gültige Kollegium gibt es ^{keine} ~~keine~~ Berufung, ^{sondern} ~~aber~~ gegen das Urteil des Gewerbegerichts ~~gibt es~~ die Berufung an das Landßgericht, und insofern ist dafür gesorgt, daß auch in rechtlich verwickelten Fällen jeder zu seinem Rechte kommen kann. Es ist weiter vorgesehen, daß Schiedsgerichte eingerichtet werden können, ohne daß eine Beschränkung in der Persönlichkeit des Vorsitzenden gegeben ist. Auch da kann der Obermeister oder sonst ein dafür bestimmter Herr die Entscheidung fällen.

Vorauß

Worauf kommt es denn bei den Gewerbegerichten an? Sie wissen, daß ich in den Jahren 1890 - 1904 den Vorsitz in diesem Gerichte geführt habe. Es kommt darauf an, daß man weiß, was die Verkehrssitte und der Gebrauch in dem betreffenden Gewerbe mit sich bringt. Wenn jemand lange Zeit in dem Gewerbegerichte tätig gewesen ist und Fühlung mit allen Kreisen der Bevölkerung genommen hat, dann ist er hervorragend geeignet zu dem Posten des Vorsitzenden eines solchen Gerichts. Es kann unter Umständen vorkommen, daß ein etwas weltfremd gewordener Richter, auch wenn er ein glänzendes Examen gemacht hat sich für einen solchen Posten nicht so sehr eignet wie ein Mann aus dem praktischen Leben, wenn er nur gesunden Menschenverstand und soziales Empfinden mitbringt. Ich ^{sah nicht} ~~hatte~~ gedacht, daß es meine Aufgabe gewesen wäre, wie der Schwurgerichtsvorsitzende den Beisitzern eine Rechtsbelehrung zuteil werden zu lassen.

sen.

Sind die Beisitzer allerdings einmal auf dem Holzwege, so kann man die Sache ihnen auseinandersetzen, ich schäme mich aber nicht, hier zu erklären, daß ich manche sehr wichtige Belehrung, bisweilen auch auf rechtlichem Gebiete von meinen Beisitzern dankbar entgegen-genommen habe. Ich glaube, daß derjenige, der sein juristisches Examen bestanden hat, nicht ohne weiteres für solche Ämter geeignet ist, jedenfalls sollte man die Bestimmung nicht auf die Spitze treiben, sondern das Gute nehmen, wo man es findet, nicht aber sich die Hände binden.

Stadtv. M ä d g e : Meine Damen und Herren !

Ich muß zunächst bestätigen, daß ich keineswegs auf dem Standpunkt stehe, zu meinen, daß ein Jurist unbedingt in allen solchen Dingen Bescheid weiß. Ich erkläre ganz offen, daß mir das Arbeiterrecht in seiner Neugestaltung und wie es sich entwickelt hat, und die Gewerbeordnung so ziemlich böhmische Dörfer sind. Ich habe keine Veranlassung gehabt, mich damit zu beschäftigen und ~~es~~ ^{es} ist mir ^{keine Gelegenheit} ~~nicht~~ Gelegenheit gegeben worden, darin spezielle Kenntnisse zu erwerben. Das trifft aber nicht den Kern der Materie. Halten Sie sich doch vor Augen, meine Herrschaften: Wenn Sie einen Juristen als Vorsitzenden eines solchen Gerichts anstellen wollen, dann werden Sie nicht/jemanden nehmen, der diesem ganzen Wirtschaftsgebiet von vornherein fernsteht, sondern jemanden, der sich mit diesen Sachen speziell befaßt hat, Sie finden auch kaum einen anderen Juristen für einen derartigen Platz, zum mindesten ist es ein Herr,

der

der von vornherein die Absicht hat, sich auf diesen Gebiete zu spezialisieren und der, wenn er auch vielleicht zunächst sich ganz spezielle Kenntnisse darin noch nicht erworben hat, sich schnell auf dem Spezialgebiete einarbeitet und durch seine umfassenden juristischen Kenntnisse imstande ist, sich die nötigen Sachkenntnisse bald zu verschaffen. Es ist eine ganz verkehrte Betrachtungsweise, wenn man annimmt: Weil er Jurist ist, muß er weltfremder sein als der Kaufmann. Über eine solche Auffassung kann man doch im Ernst gar nicht streiten. Allerdings gibt es eine ganze Menge Juristen, die etwas verknöchert sind und sich im Paragraphenkram verloren haben, aber es gibt auch eine Unzahl Juristen, die hervorragend auf wirtschaftlichen und anderen Gebieten Bescheid wissen und auf derartigen Gebieten führende Persönlichkeiten sind. Ein solcher Jurist würde doch kein weltfremdes Urteil fällen !

Man

Man hat ja auch immer noch die Möglichkeit, den passenden Juristen auszusuchen, nur stehe ich auf dem Standpunkt, daß es wünschenswert ist, für diesen Posten eines Vorsitzenden einen Juristen zu nehmen. Sie brauchen wirklich nicht anzunehmen, daß ich diesen Standpunkt einnehme, weil ich selbst Jurist bin. Für mich selbst kommt ein solcher Posten in keiner Weise in Frage, und auch das ist nicht der Grund meiner Stellungnahme, daß ich diesen Posten für die Zukunft retten will. Derartige Erwägungen liegen mir fern, ~~sondern~~ Ich äußere nur meine ehrliche Überzeugung, daß man die größte Gefahr für eine unparteiische Rechtsprechung und unparteiische Leitung der Verhandlungen, Sitzungen und schließlich auch Abgabe des Urteils hat, wenn man einen Juristen für diesen Posten wählt, und zwar einen geeigneten. Es ist in der Sitzung des Rechtsausschusses vom Herrn Oberbürgermeister darauf hingewiesen, daß die Sache früher so gewesen wäre, daß

daß einer der Stadträte - oder war es der Herr
Bürgermeister - den Posten des Vorsitzenden des
Gewerbegerichts eingenommen hätte, denn früher
hätte die Bestimmung gegolten, daß die besoldeten
Stadträte in Braunschweig nur Juristen sein soll-
ten. So war auch in das Statut die Bestimmung auf-
genommen, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts
und eventuell des Rechtsfriedensamtes beide juristi-
sche Examen gemacht haben sollten. Man hätte so-
wie so genügend juristisch vorgebildete Personen in
Magistrat, ^{gehabt} sodaß einer der Magistratsmitglieder
den Posten hätte versehen können. Die Zeiten hätten
sich geändert und deshalb würde es zweckmäßig sein,
auch diese Bestimmung zu ändern. Auf die Weise könn-
te man sparen, denn in Rate der Stadt wären unter
Umständen - ich weiß nicht, ob das für den Augen-
blick gelten soll - nicht genügend juristisch ge-
bildete Persönlichkeiten vorhanden, sodaß man für
diese Posten besondere Juristen anstellen müßte,
während

während Stadträte vorhanden wären, denen man das Amt übertragen könne. Ich habe mir das zu Hause überlegt und bekenne offen, gerade, weil die Sache so gemacht werden soll, bin ich noch entschiedener dagegen, als ich vorher dagegen gewesen bin. Ich halte diese Stellungnahme des Rates für ganz bedenklich. Nach welcher Maßgabe werden denn jetzt die Stadträte gewählt? Es handelt sich um eine Wahl, bei der immer noch die Parteipolitik eine Rolle spielt. Unter Umständen gibt es Stadträte, die ihren Posten nur deshalb bekleiden, weil sie einer bestimmten Partei angehören, weil sie gerade von dieser Partei ⁱⁿ den Rat der Stadt gewählt sind. Ein derartiger politischer Stadtrat würde aber nach ^{meiner} Auffassung niemals geeignet sein, für den Posten des Vorsitzenden in einem Gewerbegericht bestimmt zu werden. In dem Gewerbegericht treffen regelmäßig verschiedene Parteien einander gegenüber; das ist eine Erscheinung, mit der wir rechnen müssen. Sie werden mir recht geben

geben: Im allgemeinen ist es der Fall, daß die Arbeitnehmer und Arbeitgeber verschiedenen politischen Parteien angehören - ich brauche das wohl nicht länger auszuführen, es erscheint als selbstverständlich. Nun vergegenwärtigen Sie sich bitte, wie ein Stadtrat, der als Parteimann auf seinen Posten gewählt ist, sein Amt in einer Sitzung des Gewerbegerichts ausfüllen wird. Man kann von demjenigen, der vor diesem Gericht Recht nimmt, und auf anderem politischen Standpunkt ^{muß} ~~steht~~, ^{erwarten}, daß er den Vorsitzenden als unparteiisch ansieht. - Ich höre, daß einer der Herren ja gesagt hat, und weiß nicht, ob Sie sich auch klar gemacht haben, in welcher Situation der eine der Rechtsuchenden kennt, der steht: Da steht ein Mann, der der Gegenpartei angehört. (Zuruf Jasper: Der Vorsitzende mußte also allen Parteien angehören!) Wenn jemand als Vorsitzender fungiert, der diesen Posten als ausgesprochener Parteimann erhalten hat, dann kann derselbe

nicht

nige, der einer anderen Partei angehört, nicht von vornherein die Überzeugung haben: Ich werde unparteiisch behandelt. Wenn jemand der Vorsitzender ist, ^{allerdings/} ~~der/irgend~~ einer Partei angehört, aber nicht zu den Führern derselben, ^{nicht} zu den prononcierten Vertretern der Partei ~~zu~~ gehören, braucht eine derartige politische Frage keine Rolle ^{zu spielen}. Selbstverständlich kann auch der Jurist, der den Vorsitz hat, irgend einer politischen Partei angehören. Daß er für eine Partei bei den Wahlen mitgestimmt hat, ist in keiner Weise geeignet, auch nur den geringsten Zweifel an seiner unparteiischen Stellungnahme aufkommen zu lassen. (Lachen. Zurufe: Hampe !)

Will man vielleicht durch diesen Zuruf andeuten, daß Herr Senatspräsident Hampe als Richter nach ^{neutral} parteiischem Gesichtspunkt urteilen würde ? (Zuruf: Aber sehr !) Da irren Sie sich wirklich ganz außerordentlich; das würde Herrn Senatspräsidenten Hampe absolut

absolut fern liegen. ^{Zuruf:} (Wenn der Richter beim Staatsgerichtshof gewesen wäre !) Ich bin überzeugt, daß seine Partei ^{-gügefähigkrit} bei Abgabe von Urteilen keine Rolle spielen würde. Aber gerade Ihr Vorhalt beweist, wie jemand in Verdacht kommen kann, der eine politische Führerrolle angenommen hat, wie man auch von der Gegenseite als politischer Gegner dazu neigt, diesen Verdacht zu hegen. Deshalb sage ich mir: Ich bin dagegen, daß man einen ausgesprochenen Parteimann als Vorsitzenden des Gewerbegerichts nimmt, der als solcher Parteimann in den Rat der Stadt hineingekommen ist, der nicht darin sitzt, weil er besondere Fähigkeiten, besondere Kenntnisse für sein Amt nachgewiesen hat oder sachlich irgend wie besonders geeignet ist, dieses Amt auszuüben, sondern der dort hineingekommen ist, weil ihn seine Partei hineingeschickt hat. (Zuruf: Und die schickt nach Ihrer Meinung den allerdümmsten hinein !)

Darüber

Darüber habe ich mich nicht geäußert, sondern nur darüber, daß er ein Mann ist, der als tüchtiger Parteimann gilt. Bei einem solchen kann der Gegner nicht die Überzeugung haben: Hier wird unparteiisch geurteilt. Ich bin überzeugt, daß ich im Namen einer großen Zahl meiner politischen Freunde spreche. Sie werden sich nicht entschließen können, diesen Antrage des Rates zuzustimmen, weil jedesmal die Gegenpartei denken wird: Der Mann urteilt rein nach Partei Gründen. Deshalb soll es ein Jurist sein. (Zuruf: Auch der ist immer Angehöriger einer Partei) Es sind Juristen in jeder Partei. Ich habe nicht gesagt, wir wollen einen deutschnationalen oder welfischen Juristen anstellen, oder einen sozialdemokratischen oder kommunistischen Juristen. Es steht vollständig auf einem anderen Blatte geschrieben, welcher Partei er angehört. Lediglich die juristische Bildung bietet Gewähr dafür, daß der Vorsitzende das Arbeitsfeld, das zu bearbeiten ihm überwiesen ist, gründlich durcharbeitet, daß er nicht nur die Gewerbeordnung

verbeordnung und das Arbeiterrecht übersieht, sondern daß er diese Sachen mit den anderen Gesetzen beherrscht, daß er aus den allgemein gültigen Rechtsgrundsätzen^h in der Lage ist, Erklärungen zu geben und auf die Entscheidungen einzuwirken.

Was ich über das Gewerbegericht gesagt habe, gilt in gewissem Sinne auch für das Rechtsfriedensamt, ich will darauf aber nicht noch lange eingehen. Es werden demnächst dem Rechtsfriedensamt, dem Schiedsgericht, noch wesentlich andere Aufgaben als jetzt zufallen, jedenfalls wird dort ein Zwangsverfahren ausgestaltet werden. Ich möchte nicht, daß man jetzt die beantragte Änderung trifft, und daß man demnächst, wenn ~~dem~~ Rechtsfriedensamt auch noch diese Aufgaben überwiesen werden, man sagen muß: „Nun ändern wir wieder einmal.“ Wenn man sich auf den Standpunkt stellt: Wir nehmen für dieses Amt einen, der gerade Stadtrat ist, dann fürchte ich, daß man später auch größere und schwierigere rechtliche Aufgaben diesem Manne zufallen lassen wird, und deshalb, bitte ich, die Vorlage abzulehnen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Meine Damen und Herren ! Diese Thecrie des Herrn Vorredners kann ich nicht billigen. Ist man je auf die Idee gekommen, einem Mann, dem ein Richteramt übertragen werden soll, auf den Zahn zu fühlen, welcher politischen Partei er angehört ? Wenn jemand zum Richter ernannt wird, hat er selbstverständlich ohne Ansehen der Person, ohne Rücksicht auf die Partei, die vor Gericht erscheint, zu urteilen. Es wäre ja heillos, wenn sich der Richter nach solchen Dingen richten wollte und Recht sprechen wollte, je nachdem die Personen der einen oder anderen Partei angehören. Unmöglich kann man sagen, daß ein Laienrichter wohl diesen Gefahren ausgesetzt wäre, nicht aber ein Jurist, wenn er zwei Examina gemacht hat. Ich kann mir sehr wohl denken, daß auch ein ~~V~~ Jurist sich von Rücksichten gegen seine Partei leiten läßt. Dagegen schützt

die

die zweimalige Prüfung nicht. Ich glaube übrigens, daß diese politische Frage bei der heutigen Sache keine so große Bedeutung hat. Es handelt sich um folgendes : Wir haben die Bestimmung über die Befähigung zum Richteramt in einer Zeit aufgenommen, in der die besoldeten Mitglieder des Magistrats ~~aus Juristen bestanden~~ ^{waren}. Jetzt sagt das Gesetz : Es kann jeder zum Oberbürgermeister oder Stadtrat gewählt werden, einerlei, ob er die Voraussetzungen erfüllt, die früher bestanden haben. Ich gebe zu, daß sich über den Wert dieser Bestimmung streiten läßt, und es freut mich, daß die Wahl der Stadträte nicht mehr vom Volk, sondern durch die Stadtverordneten vorgenommen wird. Aber auch wenn man das anerkennt, muß man der heutigen Entwicklung Rechnung tragen. Nachdem die große Mehrheit des Volkes sich auf den jetzt geltenden Standpunkt gestellt hat und ein entsprechendes Gesetz erlassen ist, haben wir die Konsequenz

zu

zu ziehen und zu fragen : Was ist bei Lage der Sache das Richtige ? Und da erkläre ich rund heraus, daß die Mitglieder des Rates, wie er jetzt zusammengesetzt ist, in der Lage sind, dieses Geschäft mit zu erledigen. Ich glaube, meine Herrschaften, nach unserer Finanzlage könnten Sie es kaum verantworten, wenn Sie sagten : Obgleich diese Erklärung abgegeben ist, ermächtigen wir den Rat, unter Aufwendung von 30 - 40 000 M M noch einen Juristen heranzuziehen, damit er die Sachen im Gewerbegericht und Rechtsfriedensamt erledigt. Unsere Verhältnisse gestatten uns diesen Luxus einfach nicht. Im übrigen mache ich auf folgendes aufmerksam: Wenn Sie später einsehen sollten, daß die Sache so nicht geht, dann können Sie in dieser Sache immer noch Anträge stellen, und dann haben wir es, wenn wir uns mit Ihnen verständigen, in der Hand, nicht mehr den Nichtjuristen als Vorsitzenden zu belassen, ~~sondern~~ sondern einen Juristen mit dem Vorsitz zu betrau-

en

en. Aber ich bin überzeugt, es wird ohne den Juristen gehen. Ich selber bin Jurist, aber wenn ich daran denke, wie manchmal die Urteile der unteren Instanzen durch die oberen Instanzen aufgehoben werden - wie wir das ^{siegt} wieder bei einem wichtigen Prozeß, der gegen die Stadt angestrengt ist, erlebt haben, wo in der ersten Instanz die Stadt in vollem Umfange verurteilt ist und in der zweiten Instanz die Klage pure abgewiesen ist - dann schwindelt einem ~~allmählich~~, obgleich man sich früher als Jurist stolz fühlte ^{die Überzeugung} ~~und meinte~~, daß die Juristen alles könnten.

Ich bitte Sie dringend, im Interesse unserer Finanzen dem Antrage des Rates stattzugeben.

Stadtv. N e s s e n i u s : Meine Damen und Herren! Ob das Urteil des Gewerbegerichts oder des Rechtsfriedensamts zu gunsten der einen oder anderen Partei ausfallen muß, daß wird sich wohl zumeist aus den vorliegenden Verhältnissen ohne weiteres ergeben, ob nun der Vorsitzende ein Jurist oder Nichtjurist ist, und ich glaube nicht, daß ein Nichtjurist sich der klaren rechtlichen Lage entgegenstellen kann. Andererseits möchte ich darauf hinweisen : Sollte ~~nicht~~ ein alter Corpsstudent, der Richter wird, nicht wegen seiner früheren Verbindungen auch verkehrte Urteile abgeben müssen. Solche früheren Zusammenhänge müssen für den Richter Punkte sein, die erledigt sind. Ein warmblütiger Mensch mit gutem Herzen, das ist für diese Frage das Entscheidende und ist das, was die große Masse haben möchte, ganz gleich ob er Jurist ist oder nicht. Tragen wir dieser Richtung der neuen Zeit in unserem Beschlusse also Rechnung.

Stadtv. M a a ß : Die Zeit rückt immer mehr vor. Ich glaube, die Sache ist nun genügend geklärt, jeder wird schon wissen, wie er zu stimmen hat. Ich beantrage Schluß der Debatte.

Die Mehrheit der Versammlung (17 : 16) ist für Schluß der Besprechung.

Darauf wird die Ratsvorlage (mit 20 Stimmen) angenommen.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Geschäftsordnungs-
mäßig ~~17~~ möchte ich bitten, die Sitzung nicht über-
haupt zu schließen, sondern noch in die vertraulich
Sitzung einzutreten, denn meiner Meinung nach ver-
langt der letzte Teil der Gehaltsregelung noch
Erledigung. Es ist notwendig, daß die Beamten, für
die eine Sonderregelung beschlossen werden muß, und
auch die Mitglieder des Rates der Stadt ihr Schick-
sal in dieser Sache erfahren.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 9 Uhr.

Georg Fischer & Söhne
Braunschweig